

ARBEITSLOSIGKEIT UND KAPITALBILDUNG

Zugleich ein
bankpolitisches Programm
zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise

Von
Dr. rer. pol. Heinrich Rittershausen

Mit 1 Kurve im Text



Jena
Verlag von Gustav Fischer 1930

Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany

**LIBERTARIAN
MICROFICHE
PUBLISHING**

c/o J. ZUBE, "PEACE PLANS"

35 OXLEY ST., BERRIMA.
N.S.W. , 2577,

AUSTRALIA,
TEL.(02) 48 771436
jzube@acenet.com.au

(2005 address details!)

Druck von Ant. Kämpfe, Jena

(Innere Umschlagsseite, Verlagsanzeige.)

Verlag von Gustav Fischer in Jena

Heinrich Rittershausen

Die Reform
der Mündelsicherheitsbestimmungen
und der industrielle Anlagekredit

Zugleich ein Beitrag zum Erwerbslosenproblem

VII, 90 S. gr. 8o 1929 Rmk 3.60

Inhalt:

1. Die Bedeutung der Mündelsicherheitsvorschriften.
2. Die geltenden Bestimmungen. Anhang: Überblick über einige ausländische Regelungen.
3. Die Entstehungsgeschichte der Mündelsicherheitsbestimmungen.
4. Die Notwendigkeit einer Reform.
5. Volkswirtschaftliche Prinzipien der Anlage gebundener Kapitalien.
6. Die Reformvorschläge.

Weltwirtschaftl. Archiv. Bd. 30 (1929), Heft 1:

R. sucht darzulegen, daß infolge der veralteten Bestimmungen über die Anlegung der Mündelgelder, Sparkasseneinlagen, Versicherungseinnahmen usw. mehr als die Hälfte des jährlich neugebildeten deutschen Kapitals in falsche Bahnen gelenkt wird. Der Satz, daß industrieller Kredit und städtischer Bodenkredit als weniger sicher von der Anlage solcher Gelder ausgeschlossen sein müssen, ist nach R. nach den Erfahrungen der letzten Jahr-zehnte und der Entwicklung des industriellen Kapitalismus nicht mehr aufrechtzuerhalten, insbesondere hat der öffentliche Kredit seine Vorzugsstellung eingebüßt. R's Vorschlag geht dahin, für die in Frage stehenden Kapitalbeträge auch die Anlage in nach Maßgabe eines Reichsgesetzes gesicherten Teilschuldverschreibungen von Kreditanstalten öffentlichen und privaten Rechts und in Forderungen und Teilschuldverschreibungen zuzulassen, für die eine öffentliche Aufsicht unterstehende Kreditversicherungsgesellschaft die Garantie übernommen hat. hn

(J.Z.: Nach dem Leiter der Finanzabteilung der Berliner LVA, in den fünfziger Jahren, haben die Sozialversicherungsträger Deutschlands über alternativen Anlagemöglichkeiten schon seit 1923 nur diskutiert und verhandelt, sind aber, anscheinend, mit ihren Vorschlägen nie an die Öffentlichkeit getreten. Das wäre "politically incorrect" gewesen, denn der Staat hatte sich stets vorbehalten sich an diesen Vermögen zu

vergreifen. Dieses staatliche Privileg hat, gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch noch viel mehr Unrecht und Schaden angerichtet als die berüchtigte "jus primae noctis" der "Adligen" der Vergangenheit. Der Staat hat diesen Mißbrauch auch, "tüchtig" unternommen und tut es, meines Wissens, immer noch. Das durch ihn verschleuderte Vermögen, z.B. für Hitlers Aufrüstung und Kriegführung, wird dann durch weitere Steuertribute und erhöhte Versicherungsbeiträge "legal" "ersetzt". – J.Z., 29.6.05.)

Bankarchiv. 15. April 1929:

"... Dieses Buch, das nur in der 1875 erschienenen Schrift von Felix Hecht, Die Mündel- und Stiftungsgelder in den deutschen Staaten, einen Vorgänger hat, kann das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, die ganze Materie rechtlich, geschichtlich und rechtsvergleichend zusammenfassend zu behandeln und vor allem ihre gewaltige wirtschaftliche Bedeutung zu beleuchten;
Wirkl. Geh. Rat Prof. Dr. H. Göppert, Bonn

Deutsche Bergwerks-Zeitung. 8. 12. 1929:

"... Das ganz ausgezeichnete Buch verdient die besondere Beachtung der maßgebenden Kreise.
Dr. R. W.

(J.Z.: Die "maßgebenden Kreise" charakterisieren sich meist durch Unkenntnis oder Nichtbeachtung solchen Wissens! -

Zeitschr. f. d. ges. Versicherungs-Wissenschaft. Bd. 29, 3:

Eine Schrift, die im Kreise der Individualisierung der Sozialversicherung ernste Beachtung verdient; denn der Verfasser übt scharfe und teilweise sicherlich nicht unberechtigte Kritik an den bisherigen Bestimmungen über Mündelsicherheit und über die Vorschriften, die so genannte mündelsichere Anlagen zur Pflicht machen. ... Es wäre zu wünschen, daß sich an die Vorschläge des Verfassers eine rege öffentliche Erörterung anschließt
Prof. Dr. A. Manes, Berlin.

(J.Z.: Prof. Manes schrieb auch ein interessantes Buch über Staatsbankrotte, von Ulrich von Beckerath sehr empfohlen und daher von mir in meiner PEACE PLANS Serie verfilmt. – J.Z., 29.6.05.)

Bankwissenschaft, 1929, Heft 3:

"... Das Buch ist so reich an tatsächlichem, kritisch verarbeitetem Material und an wertvollen, gut begründeten Vorschlägen, daß es der Beachtung aller dringend empfohlen werden muß, welchen die Gesundung der deutschen Wirtschaft durch Reform der Kapitalbewirtschaftung am Herzen liegt. K.

(J.Z.: Warum hat der Fischer Verlag seine Schriften von Prof. H. Rittershausen nicht im Druck gehalten? Erkannte er ihre Bedeutung nicht oder wollte er sie sogar der Öffentlichkeit vorenthalten?

Wenn er die Druckkosten und das Verlagsrisiko für solche Ausgaben nicht tragen wollte, warum hat er dann nicht von den sehr erschwinglichen alternativen Medien Gebrauch gemacht, um sie wenigstens **so** beständig und billig anbieten zu können? Ich versuche das jetzt an seiner Stelle zu tun - wenigstens bis er sich selbst auf solche Möglichkeiten und seine Veröffentlichungspflicht besinnt.

Ein finanzielles Einkommen erwarte ich mir von dieser Ausgabe nicht sondern nur die Zufriedenheit in dieser Hinsicht meine Pflicht getan zu haben, so weit wie ich es konnte.

Die Welt braucht solche Ideen - heute vielleicht mehr als je zuvor, um weitere von Regierungen und ihren Gesetzen und Maßnahmen geschaffene und aufrechterhaltene künstliche Katastrophen zu vermeiden oder endlich abzuschließen. - PIOT, John Zube, jzube@acenet.com.au Berrima, 4.7.2005.)

Prof. Dr. W. Kalveram-Frankfurt a.M.

in dankbarer Verehrung

gewidmet

Vorwort.

Das Nebeneinander von Massenarbeitslosigkeit, Warenhungern und Absatzstockung wird heute von immer weiteren Kreisen als paradox empfunden. Das Gefühl, eine Kredit- und Bankorganisation, die solche Störungen erlaubt, könne nicht in Ordnung sein, gewinnt an Verbreitung. Die nähere Untersuchung zeigt, daß dieses Mißtrauen der hergebrachten Lehre und Politik gegenüber berechtigt ist: Sie erweist, daß das Problem der Arbeitslosigkeit lösbar ist. Allen praktischen Versuchen, durch Ankurbelung der Wirtschaft oder durch öffentliche Arbeiten zusätzliche Arbeitsgelegenheit zu beschaffen, scheint der gegenwärtige *Kapitalmangel* im Wege zu stehen. Die unten entwickelte Theorie der Kapitalbildung und der Arbeitslosigkeit erweist die weit verbreiteten Ansichten über das Wesen des Kapitalmangels als Irrtum und zeigt, daß es auch heute genügend Kapital gibt, um alle Arbeitslosen zu beschäftigen und zu entlohnen. Das darauf folgende Finanzierungsprogramm erläutert im einzelnen, wie die sehr großen Beträge zur Beschäftigung der arbeitslosen Millionen in wenigen Wochen und Monaten aufgebracht werden können. Die gesamte Last liegt dabei auf den deutschen Banken, die unserer Wirtschaft schon vor dem Kriege einen fast märchenhaften Aufstieg ermöglicht und auch im Kriege gezeigt haben, was sie leisten können, wenn sie gesund sind und ihre Kräfte voll zu entwickeln vermögen. Das am Schlusse gegebene bankpolitische Programm erörtert daher die in den letzten Jahren entstandenen Krankheitserscheinungen in unserem Banksystem und gibt eine Therapie zur Gesundung unserer Banken und dadurch zur Beseitigung der dringenden Not der Arbeitslosen und der Geschäftsleute.

Meine Untersuchungen sind auf das *ganze* Gebiet von Arbeitslosigkeit und Kredit gerichtet gewesen. Wenn ich in der vorliegenden Schrift nur die den langfristigen Kredit und die Kapitalbildung behandelnde *eine* Hälfte meiner Ergebnisse veröffentliche, so geschieht das, um den Umfang und damit den Preis des Buches nicht zu sehr anschwellen zu lassen. Die andere Hälfte der Ergebnisse soll binnen kurzem unter dem Titel "Arbeitslosigkeit und Banknotenausgabe" veröffentlicht werden. Auch eine dogmenhistorische und -kritische Arbeit steht vor der Veröffentlichung.

VI

Bei all diesen Untersuchungen glaube ich fest auf dem Boden der deutschen bankpolitischen Tradition zu stehen, die in *Adolf Wagner*, *J. Riesser* und *Adolf Weber*, meinem verehrten Lehrer, ihren besten Ausdruck gefunden hat. In dem gleichfalls berührten Gebiet der Sozialen Frage sind seit den Forschungen von *Proudhon* und *Marx* bahnbrechende Ideen kaum noch zutage getreten, wie eine Durchsicht der neueren Erscheinungen zeigt. Wenn auch die "Bibliographie der Arbeitslosigkeit" des Internationalen Arbeitsamts in Genf (1926) allein für die Jahre von 1914-1925 155 engzeilige Druckseiten voll Schriften enthält, so ist es mir doch nicht möglich gewesen, auch nur ein Werk darin zu finden, das eine wirklich volkswirtschaftliche Problemstellung mit einer geschäftlich brauchbaren Lösung des anfänglich erwähnten Paradoxons verbindet, obwohl doch die Nachfrage nach einer solchen Lösung überaus dringend ist. Es scheint, als ob die Sozialpolitiker sich in der neueren Zeit ebensowenig mit dem Geld- und Bankproblem beschäftigt haben, wie die Bank- und Kredittheoretiker mit der sozialen Frage in ihrer heutigen Gestalt, der Arbeitslosigkeit.

Eine besondere Freude ist es mir, allen denjenigen zu danken, denen ich für das Zustandekommen dieser Schrift verschuldet bin. Neben Herrn Oberregierungsrat Dr. *Morsbach*, Direktor der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, dem ich meinen einjährigen Austauschaufenthalt in England verdanke, und der Deutschen Gemeinschaft zur Erhaltung und Förderung der Forschung (Notgemeinschaft), die diese Abhandlung gefördert hat, muß ich besonders

Herrn Dr. A. W. Fehling (Berlin), Secretary of the Fellowship Advisory Committee of the Rockefeller Foundation for the Social Sciences in Germany hervorheben, wie ich überhaupt der *Rockefeller Foundation* verpflichtet bin, die beschlossen hat, mir die Fortsetzung meiner Untersuchungen in Frankreich, Spanien und Italien für ein weiteres Jahr zu ermöglichen.

Berlin-Zehlendorf, im Herbst 1930. Riemeisterstr. 101.

Heinrich Rittershausen.

Allgemeine Inhaltsübersicht.

	Seite
Vorwort	V
Analytisches Inhaltsverzeichnis	VIII
Zusammenfassung der wichtigsten theoretischen Gedanken	XIII
Einleitung: Die Arbeitslosigkeit.....	I
1. Kapitel: Volkswirtschaftliche Grundbegriffe.....	20
2. Kapitel: Wesen und Aufgaben der Kapitalbildung und des langfristigen Anlagekredits	38
3. Kapitel: Die gegenwärtige Organisation des Anlagekredits und ihre Mängel	68
4. Kapitel: Bisher gemachte unzulängliche Vorschläge zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit	93
5. Kapitel: Ein Programm zur Finanzierung von Arbeitsgelegenheit:	102
a) Das große Mittel.....	102
b) Die Voraussetzungen.....	129
c) Die Hilfsmaßnahmen.....	137
d) Die Annäherung von Reichsbank und Großbanken	143
Literaturnachweis.....	149
Alphabetisches Sach- und Personenregister.....	151

Analytisches Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort	V
Allgemeine Inhaltsübersicht	VII
Analytisches Inhaltsverzeichnis	VIII
Zusammenfassung der wichtigsten theoretischen Gedanken	XIII

Einleitung.

Die Arbeitslosigkeit.

1. Geschichte der Arbeitslosigkeit	1
a) im klassischen Altertum.	
b) im Mittelalter.	
c) in der beginnenden Neuzeit.	
d) in der Zeit des liberalen Kapitalismus	
2. Umfang, Gliederung und Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der neuesten Zeit	5
3. Schäden der Arbeitslosigkeit	11
4. Der Absatzmangel und sein Verhältnis zur Arbeitslosigkeit	13
5. Arten der Arbeitslosigkeit	16
6. Definition und Wesen der objektiven Arbeitslosigkeit als des Mangels an Arbeitsgelegenheit in zwei Formen	17

Erstes Kapitel.

Volkswirtschaftliche Grundbegriffe.

a) Produktionserlös und Einkommen	20
1. Die Produktion-Konsumgleichung	20

2. Begrenztheit der Produktionsmöglichkeiten, Unbeschränktheit der Konsummöglichkeiten	21
3. Die Produktionserlös-Einkommensgleichung	22
4. Das Einkommen	25
5. Der volkswirtschaftliche Einkommensbegriff	25
6. Das abgeleitete Einkommen	26
b) Konsum und Ersparnisse	27
1. Die beiden Möglichkeiten der Einkommensverwendung	27
2. Konsumgüter und Kapitalgüter	27
3. Sparen und übertragener Konsum	28
4. Sparen und Kapitalgüterverbrauch	28
5. Verteilung der Arbeitskräfte auf die beiden Hauptindustrien	29
6. Kapitalbildung	30
Zusammenfassung	30
c) Die Problematik der Verteilungslehre und die Störungen im Absatz	31
I. Der Zeitunterschied	31
1. Die Diskontierung	32
2. Die Banken und der Umsatzkredit	32
3. Der Notenumlauf und die Zentralnotenbanken	32
II. Der unvollendete Sparvorgang	33
1. Widerlegung der Ausbeutungstheorie	34
2. Die Verwandlung der Unternehmerersparnisse in Kapitalgüter	35
3. Die Vollendung des Kapitalbildungsvorganges erst durch die Antizipationskredite	36
4. Die übrigen Probleme des Anlagekredits im Rahmen der Erlös-Einkommensgleichung	36

Zweites Kapitel.

Wesen und Aufgaben der Kapitalbildung und des langfristigen Anlagekredits.

a) Die Kapitalbildung	38
1. Wesen der Spargelder	38
2. Arten der Ersparnisse	38
3. Einkommenssparen (im Sinne von épargner)	39
4. Die Verschiebung der verfügbaren Arbeitskräfte innerhalb der Gesamtindustrie durch Spartätigkeit	42
5. Kostensparen (im Sinne von économiser)	43
6. Die negative Spartätigkeit	46
7. Die Kapitalbildung	46
b) Arbeitslosigkeit infolge von Rationalisierungen	48
1. Kaufkraftrückgang als Ursache des Fehlschlages von Rationalisierungen	48
2. Die angebliche Steigerung der Unternehmerkaufkraft	51
3. Volkswirtschaftlich richtige Rationalisierungen	53
c) Die Effektivierung der latenten Kapitalbildung	54
1. Latente und effektive Kapitalbildung	54
2. Zielbewußte Produktion von Ersparnissen	55
3. Der antizipierte Emissionskredit bei den deutschen Großbanken	58
4. Antizipierter Emissionskredit und Arbeitsgelegenheit vor dem Kriege	61
5. Die Antizipation der Ersparnisse durch die Banken als Mittel zur Vollendung des Kapitalbildungsprozesses	64
6. Der interlokale Ausgleich durch den Kapitalmarkt	64

7. Abgrenzung gegen die expansive Kredittheorie von Macleod, Schumpeter, Hahn u. a.	65
--	----

Drittes Kapitel.

Die gegenwärtige Organisation des Anlagekredits und Ihre Mängel.

a) Die Vernachlässigung des Antizipationskredits	68
1. Börsentätigkeit und Arbeitslosigkeit vor dem Kriege	68
2. Der Rückgang und seine Gründe	69
3. Sinken der Führerqualitäten der Bankleiter	70
b) Die Überversorgung des Geldmarktes auf Kosten des Kapitalmarktes	71
1. Trennung der kurzfristigen und der langfristigen Gelder durch den Zins	71
2. Die Bedeutung des Diskontsatzes für den langfristigen Anlagekredit	73
3. Die Fehlleitung langfristiger Anlagemittel durch die deutsche Bankorganisation	74
4. Keine erhöhte Verwendungsmöglichkeit für Umsatzkredite	77
5. Die geringere Liquidität der Sparkassen ein wichtiger Ausgleichsfaktor am Vorkriegsgeldmarkte	77
6. Die Zunahme echter Spargelder in den Bankdepositen	78
7. Ungesunde Verwendung kurzfristiger Kredite zu Anlagezwecken	79
8. Die Effektenkredite an die Börse als Sicherheitsventil	80
9. Mangel einer Organisation des langfristigen Industriekredits	82
10. Zusammenfassung und Abgrenzung gegen die Antizipationskredite	84
c) Die Blockierung des industriellen Kapitalmarkts durch die Mündelsicherheits- und Anlegungsvorschriften	86
1. Wesen und Bedeutung der Mündelsicherheits- und Anlegungsvorschriften	86
2. Die Verkümmern des industriellen Anlagekredits als Folge der Vorschriften	86
3. Anlegungsvorschriften und Arbeitsgelegenheit	87
4. Ergebnis	88
d) Die Verhinderung der Wiederhereinnahme der Kapitalflucht in Form von Anleihen des Auslandes an uns	89
1. Umfang der Kapitalflucht und der Auslandsanleihen	89
2. Identität von Auslandsverschuldung und Kapitalflucht	90
3. Der Kampf gegen die Auslandskredite und seine Folgen	90

Viertes Kapitel.

Bisher gemachte unzulängliche Vorschläge zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit

Vorbemerkung	93
a) Lohn- und Preissenkung	93
b) Arbeitsverschiebung	94
c) Verstaatlichung der Wirtschaft	95
d) Arbeitsdienstpflicht	96
e) Sparzwang	97
f) Verweigerung der Kriegsentschädigungszahlungen	97
g) Erwerb von Kolonien	98
h) Verkürzung der Arbeitszeit	99
i) Aufnahme von Anleihen	100

Ein Programm zur Finanzierung von Arbeitsgelegenheit.

a) <i>Das große Mittel: Zusätzliche Kapitalbeschaffung aus der unerschlossenen latenten Kapitalbildung</i>	102
1. Heilung der Arbeitslosigkeit von ihrer Ursache aus	102
2. Die latente Kapitalbildung als Kapitalquelle	103
3. Grenzen der zusätzlichen Kapitalbildung durch Antizipationskredite	103
4. Solche Antizipationskredite sind nicht mit "Kreditausdehnung" identisch	104
5. Kreditausweitung nach dem Plane von J. M. Keynes	105
6. Die praktische Durchführung der Finanzierungsaktion	107
7. Verwendung der Kapitalien und der Arbeitskräfte zur Schaffung langlebiger Kapitalgüter	108
8. Das Baugewerbe als Schlüsselindustrie	109
9. Ein Bauprogramm	109
Wohnungsbau. — Umgestaltung von Großstädten.	
— Bodenmeliorationen. — Abwässerverwertung. — Straßenbau.	
10. Beispiele aus der Geschichte und aus dem Auslande	115
Deutschland vor dem Kriege. — Umgestaltung von Paris durch Haussmann. — Wiederaufbau Tokios.	
11. Staatliche oder private Projekte	117
12. Staatskredite oder Bankkredite	118
13. Banknotenumlauf und Giro Guthaben	118
14. Verwendbare und unverwendbare Arbeitskräfte	119
b) <i>Die Voraussetzungen</i>	120
I. <i>Die Senkung des Zinsniveaus</i>	120
1. Rentabilität der Projekte und Zinsniveau	120
2. Ursachen der gegenwärtigen Höhe des Zinsniveaus	121
3. Befreiung des deutschen Zinsniveaus aus seiner Abhängigkeit vom Auslande	123
4. Das Mittel dazu: Abstoßung der kurzfristigen Auslandsverschuldung	124
5. Die Überkompensierung der kurzfristigen Auslandsverschuldung durch aufzunehmende Anleihen	124
II. <i>Die Umgestaltung des Großbankgeschäfts</i>	126
1. Liquidität und Antizipation	126
2. Frankreich als Beispiel: Ein Land ohne Arbeitslosigkeit	127
3. Die Rückkehr zur Arbeitsteilung zwischen Sparkassen und Banken	129
4. Die Halbierung der Bilanzsummen bei den Großbanken	131
a) Rückgang der Auslandskreditoren.	
b) Entbehrliche Devisenreserven.	
c) Umwandlung eines Teiles der inländischen Kreditoren in Effekten.	
d) Abstoßung industrieller Debitoren.	
5. Die Annahme langfristiger Gelder und deren Anlage in Effekten	133
6. Die Illiquidität der Großbanken als internationales Problem	133
England. — Die Vereinigten Staaten: Anlage der Kreditoren in Effekten und Krediten. — Vergleichung mit den deutschen Banken. — Eine Äußerung Andersons. — Gefahren von Bankanlagen in Effekten.	
c) <i>Die Hilfsmaßnahmen</i>	137
1. Popularisierung des Effektenbesitzes	137
2. Förderung der Börse	138

3. Kapitalanlagegesellschaften	138
4. Organisation des industriellen Anlagekredits	139
5. Beseitigung der Ursachen der Kapitalflucht	140
6. Neugestaltung der Mündelsicherheits- und Anlegungsvorschriften	141
7. Steuerreform	142
d) <i>Die Annäherung von Reichsbank und Großbanken</i>	143
1. Verfeinerung auch des Umsatzkredits	143
2. Förderung des antizipatorischen Bankakzepts	144
3. Zusammenarbeit zwischen Reichsbank und Großbanken	145
<i>Literaturnachweis</i>	149
<i>Alphabetisches Sach- und Personenregister</i> (Hier gleich anschließend! – J.Z.)	151

Sach- und Personenregister.

(Im Original auf S. 151- 154, hier vorverlegt, um leichter zugänglich zu sein. – J.Z.)

Die Ziffern bezeichnen die Seitenzahlen.

Absatzmangel 13, 20, 21, 50, 51.
 — chronischer 51.
 Abwässerverwertung 113.
 Agrarprogramm 112.
 Aktienrechts, Reform des - 140.
 Akzeptkredite 60, 66, 144 ff.
 Altwohnungen 110.
 Amerikanische Banken, Lage d. 133 f.
 Anderson, B. M. 135.
 Anlagekredit, langfr. 36.
 —s, Quelle des 66, 103.
 Anlegungsvorschriften 86, 141.
 Anleiheaufnahme als Mittel 100.
 Antizipationskredite 36, 58, 60, 61, 64, 85, 97, 103
 (Bankakzepte); 145 (Grenzen) — zwei
 verschiedene Begriffe der, als technisches
 Hilfsmittel und als Mittel zur Effektivierung
 latenter Ersparnisse 85, 126, 127.
 — Vernachlässigung der - 68.
 Arbeitsdienstpflicht 96.
 Arbeitsbeschaffungsanleihen 101.
 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der
 Reichsregierung 115, 100.
 Arbeitslosigkeit, Geschichte der 1ff.
 - im Mittelalter 2, 3.
 - bei Kriegsbeginn 9.
 - bei der Demobilmachung 9, 10.
 - in Rußland: Fußnote S. 11 u. 23.
 - Gesamtzahl 5, 8, 9.
 - Arten 15.
 - subjektive 15.
 - objektive 15, 16, 17.
 - Umfang 5.
 - Gliederung nach Berufsgruppen (Tab.) 5, 6.
 - innerhalb der Gruppe Holzarbeiter (Tab.) 6.
 - zeitlich (Tab.) 6.
 - regional (Tab.) 8.
 - Programm gegen 102 ff.

 Arbeitslosigkeit, Wesen der XIII, 17, 19, 51, 54,
 102, 144, 146.
 — identisch mit Kapitalflucht 90.
 Arbeitslosenversicherung 120.
 Arbeitsteilung zwischen Banken und Sparkassen
 129 ff.
 Arbeitsverschiebung 94.
 Arbeitszeit, Verkürzung der 99, 100.
 Armengesetze 4.
 Aufklärungsfeldzug gegen Kapitalflucht 141,
 Ausbeutungstheorie 34.
 Auslandsanleihen 89ff., 122, 124, 131.
 Auslandskreditoren 124, 131.
 Auslandsverschuldung 89, 124.

Bankakzept 60, 66, **144** (antizipator.).
 Bankdirektoren 70.

Bankkonten, Vorgänge auf den, bei
 Rationalisierungen 52.
 Bankkredite, zusätzliche 66, 104.
 Banknotenausgabe, -wesen 65, 118, 144.
 Bankobligationen 133.
 Barocks, Egon, Dr. 112.
 Baugewerbe, -programm 108, 109 ff.
 Beispiele aus d. Geschichte 115.
 Bernhardt, Gg., 145.
 Beschäftigungsgrad 50.
 Beseitigung der Arbl. 102.
 Beurlaubungen 100.
 Beveridge 94.
 Bilanzsummen, Halbierung der 131.
 Bodenmeliorationen 112.
 Börse 68, 69, 132, 138 (Förderung der).
 Börsenkredite in U.S.A. 134.
 Börsenspekulation 81.

Cassel, Gustaf, 21, 90.

Definition der Arbl. 17, 19, 41, 51, 53, 54, 102,
 XIII.
 Deflation 105.
 Dernburg 147.
 Deutsche Bodenkultur A.-G. 112.
 Devisenreserven 131.
 direkte Steuern 142, 143,
 Diskontierung 32.
 Diskontpolitik, unabhängige 124.
 Diskontsatz 73.
 Dränagen 112.

Économiser 43.
 Effektenabsatz durch Börsenkr. 81.
 Effektenanlage durch Großbanken 123 ff.
 Effektenkredite 80.
 Eierfarm als Beispiel 35.
 eingefrorene Kredite d. Großb. 80.
 Einkommen 24, 25, 26.
 - abgeleitetes 26.
 - übertragenes 28.
 Einkommensparen 39.
 Einkommenspyramide 121.
 Einkommensteuer 143.
 englische Arbeitsl. 101.
 englische Banken 59, 78, 133.
 Enquete (Reichsbank) 145.
 Erdbeben und Arbl. 116, 117.
 Ersparnisse 27 ff., 38 ff., 53.
 Ersparnissen, Produktion von 55.

Finanzierungsprogramm 102, 107 ff.
 Frankreich als Beispiel 110, 115, 122, 127

Geldmarktes, Überversorgung des 71.

Genzmer 111.
 Giroguthaben 118, 119.
 Globalwarenwechsel 147.
 Goldbestand der Reichsbank 122.
 Goldklausel 92, 140.
 Großbanken 69 (Kreditpolitik), 78, 131 ff
 - (Effektenanlagen), 143, 148.
 Großindustrie, Kredit der 83.
 Grzimek (Abwässerverw.) 113.

Hahn, A. L. 65.
 Handelswechsel 146.
 Haußmann (Paris) 110, 111.
 Hecht, Felix 83, 139.
 Henderson, H. D. 106.
 Heymann (Straßenbau) 113, 114.
 Hilfsmaßnahmen 137 ff.
 Hirsch, Jul. 14, 77.

Indirekte Steuern 142.
 Industriekredite der Banken 127, 132.
 Industriekredit 82, 86, 139 (Org. des).
 Illiquidität der Großbanken 133 ff.
 Inflation 105.
 Inlandsanleihen 101.
 Inseln billigen Geldes 123.
 Investment Trusts 138, 139, 142.

Käferlein, H. 145.
 Kanalbauten 112.
 Kapitalanlagegesellschaften **138**, 139, 142.
 Kapital 27, 30, 39, 40, Beschaffung 102.
 Kapitalbildung 29, **30**, 33, 35, **36**, **47**, **64**,
 - Mangel an K. 36.
 - als Ursache der Arbl. 17.
 - effektive und latente 55.
 - zusätzliche 53.
 - Förderung der 57.
 - Vollendung der **36**, 55, 58, **64**, 67.
 Kapitalflucht 8g ff.; identisch mit Auslandsanleihen
 90; Beseitigung der Ursachen der K. 140, 143.
 Kapitalgüter 27, 39, 40.
 Kapitalmarkt 64.
 Kapitalmangel, keine Ursache der Arbl. 55, 58, 65.
 Kapitalquelle 103.
 Kaufkraft, aktuelle 52.
 — geht unter 53.
 Kaufkraftrückgang infolge von Rationalisierungen
 48.
 Keynes, I. M. 105.
 Kolonien 98.
 Kommunistisches Verteilungssystem 22.
 Konsumtivkredite 46.
 Konsum 27 ff.; - Besteuerung 142, 143;

- güter 27, 38; - möglichkeiten (unbegrenzt) 22;
 - rückgang 51; übertragener 28; - theorie 51, 52.
 Kostensparen 43 ff.
 Kreditausdehnung 104 - 106; -schöpfung 32; -
 theorie (expansive) 65.
 Kreditorensteigerung 74, 78.
 Kriegsentschädigung 97, 88.
 Krise d. J.1930 105.
 Kursrückgänge 136.
 Kurzarbeit 7.
 Kurzfristigen Geldern, Zuwachs an 76, 77.

Landwirtschaft 112.
 langfristige Gelder 71, 73, 78.
 langfristiger Industriekredit 82, 84, 86.
 Lasten, soziale 54.
 latente Kapitalbildung 103.
 Liquidität 80, 83; - und Antizipation 126ff.;
 - der Sparkassen 77.
 Lohnelder 52.
 Lohnsenkungsaktion 70, 93.
 Lloyd Georges Vorschlag 101, 106.

MacLeod 65.
McKenna 133.
 Meliorationen 112.
 Mißbrauch der Effektivierung 103.
 Mittlere Industrie, Kredit der 139, 142.
 Mündelsicherheitsbestimmungen 86.
 - Neugestaltung der 141.

Napoleon III. 110.
 Notenbanken 145, 147.

Objektive Arbl. 15.
 Ödländkultivierungen 112.

Paris, Umgestaltung von 110, 115.
 Pariser Grossbanken als Geldgeber 122, 123.
 Pauchalierungssystem 144.
 Polen, Kreditwesen von 144.
 Preis 24.
 Preisniveau 25; -politik 144.
 Preissenkung 93.
 Preissteigerungen 104, 105.
 Prion 76.
 Privatdiskonten 144 ff.
 Produktivgüter (Kapitalgüter) 27.
 Produktionserlös 23, 24.
 Produktionskapazität 18, 55.
 Produktions-Konsumgleichung 20.
 Produktionsmittel 27, 41.
 Produktionsmöglichkeiten (begrenzt) 21, 22.
 Programm gegen Arbl. 102 ff.
 Prosperitätsproblem 19.
 Proudhon 33, 35.

Rationalisierungen 44, 48; volkswirtsch. richtige 53, 59; verfehlte 50, 54.
Reichsbank 73, 74, 118, 143-148.
Reichsetat und Arbl. 117, 140,
Rentabilität der Projekte 120.
Rente (Differentialrente) 24, 25.
Reparationslasten 97, 98.
Reportgelder 82 (Anmerk.), 81.
Riesser, J. 145.

Saisonmäßige Arbl. 94, 100.
Say, I. B. 49.
Schacht 69, 70, 90, 123, 137, 138, 147.
Schäden der Arbl. 11.
Schanzschers Einkommensbegriff 25.
Schmidt, F., Prof. 138.
Schumpeter 65.
Selbstfinanzierung 55.
Solmssen 71.
Sozialisierung 95.
Sparen 27, 38 ff., **41** (s. auch "Kapitalbildung");
negatives 46; unvollendetes 33, 36, 55; Sparzwang 97,
Sparkassen 75 (Kreditoren); 77 (Liquidität); 129ff., 132.
Spekulation 81.
Staatliche oder private Projekte 117.
Städtebau 111.
Steuern 139, 141; Steuerbelastung 98; Steuerreform 142.
Straßenbau 113.
subjektive Arbl. 15.

Tokio, Wiederaufbau von 115, 116.
Trennung der Depositen in lang- und kurzfristige Mittel 72.

Überkompensierung der kurzfristigen Auslandsverschuldung 124 ff.
Übersorgung mit kurzer. Kredit 36.
Umgestaltung des Großbankgeschäfts 126 f.
Umgestaltung von Großstädten 111.
Umsatzkredit 32, 143; Verfeinerung des – 143.
Umschuldung 82.
Umwandlung von Vorschüssen in Anleihen 64.
Unternehmerkaufkraft 51, 52.
Unternehmer, Aufgabe der 56.
Ursachen der Arbl. 17, 18, 102.

Verschiebung von Arbeitern 41, 48
Verstaatlichung 95.
Verteilung 31.
Volkseinkommen 98.
Vollendung der Kapitalbildung 102 ff.
Vorschläge z. Bekämpfung d. Arbl. **102**, 93

Vorräte 66 (Fußnote).

Währung 148.
Weber, Adolf 20, 63, 126, 138.
Wechseldiskontvorschriften der Reichsbank 144 ff.
Wiederaufbau von Tokio 115, 116.
Wirtschaftsführer 54.

Young-Plan 11, 97, 98.

Zentralnotenbanken 32, 147.
Zeitunterschied 31.
Zickert, Dr. Herm. 139.
Zins 24, 25; - gefälle 123; - spanne 72; - niveaus (Senkung des) 120 f.
Zünfte 3.
Zwangsarbeit (Arbeitsdienstpflicht) 96.

(jz1)

Zusammenfassung der wichtigsten theoretischen Gedanken.

(Fettdruck durch J.Z.)

1. Es gibt zwei Arten der Arbeitslosigkeit, nämlich diejenige, die durch Störungen im Güterumschlag und im Umsatzkredit verursacht ist, und diejenige, die durch Störungen in der Kapitalbildung und im Anlagekredit hervorgerufen ist. In dieser Schrift wird allein die zweite Art behandelt, da die erstere Art gegenwärtig weniger aktuell ist.

2. Kapitalbildung bedeutet nichts anderes, als Arbeitskräfte aus der laufenden Konsumgüterproduktion frei machen für die Herstellung von langlebigen Produktivgütern.

3. Daher ist zu unterscheiden zwischen der latenten (oder unvollendeten) und der effektiven (oder vollendeten) Kapitalbildung: Die latente Kapitalbildung tritt ein, wenn durch Entlassung von Arbeitskräften Ersparnisse erzielt worden sind. Diese latente Kapitalbildung wird erst dann effektiv, wenn die entlassenen Arbeitskräfte für die Herstellung von langlebigen Gütern nun auch angesetzt und entlohnt werden.

4. Arbeitslosigkeit ist also unvollendete Kapitalbildung.

5. Die überaus große Arbeitslosigkeit des Jahres 1930 ist vorwiegend dadurch hervorgerufen, daß die seit 1914 rückständigen Rationalisierungen von 1925 an in wenigen Jahren nachgeholt wurden. Diese starke Steigerung der Kapitalbildung wurde nur eingeleitet, aber nicht vollendet: Eine entsprechende Anzahl von Arbeitskräften wurde zwar eingespart und für die Herstellung von langlebigen Gütern freigemacht, hier aber nicht angesetzt. Es ist also viel latente, aber wenig effektive Kapitalbildung vorhanden. (jz2)

6. Dadurch erklärt sich die Absatzstockung, die heute die Lage der Industrie und des Handels kennzeichnet: Sie ist durch die Unterbrechung, das Nicht-Vollenden des Kapitalbildungsvorganges hervorgerufen. Die Konsumgüter verfaulen und verderben also, während zugleich große Not unter den Arbeitslosen herrscht.

7. Daher bedeuten Rationalisierungen geldwirtschaftlich nichts anderes, als Deflation. Es werden weniger Löhne ausgezahlt, während das Warenangebot unverändert bleibt oder sogar steigt. Der Glaube, die effektive Kaufkraft der Unternehmer wachse um den ersparten Lohn, wodurch die Absatzstockung vermieden werde, ist irrtümlich.

8. Das wirtschaftliche Mittel, die überflüssigen Konsumgüter in die Hände der notleidenden Bevölkerung zu bringen, ist allein der kurzfristige Lohngeldervorschuß der Banken an die Unternehmer. Hierdurch kommen die Unternehmer in die Lage, die Arbeitslosen einzustellen, um mit ihnen Wohnungen usw. zu bauen. Arbeitslosigkeit und Absatzstockung werden so beseitigt.

9. Diese Erbauung langlebiger Güter mit kurzfristigen Krediten ist nichts ungewöhnliches, denn neues langfristiges Kapital tritt niemals in Form von Häusern, Maschinen und anderen Dauergütern auf, sondern stets in Form von Lebensmitteln und ähnlichen Konsumgütern parallel mit den durch die Sparvorgänge entbehrlich gewordenen, nun also verfügbaren Arbeitskräften. Die heutige Arbeitslosigkeit ist also nur eine Teilerscheinung des Kapitalbildungsvorganges. Erst die Verwendung dieser Arbeitslosen für die Erstellung von Kapitalgütern und ihre Entlohnung mit diesen Konsumgütern (aus kurzfristigem Kredit) vollendet die Kapitalbildung. (jz3)

10. "Kreditausweitung" ist überflüssig und gefährlich; es genügt, denjenigen Kreditspielraum wieder herzustellen, der vor der mit Deflation verbundenen Rationalisierung be-

XIV

standen hatte; schon dann ist die Absatzstockung beseitigt und der ins Stocken geratene Konsumgüterstrom seinem Ziel wieder zugeleitet, nämlich dem Konsum der eben wieder eingestellten Arbeiter.

11. Diese Vollendung der Kapitalbildung mittels kurzfristiger Baukapitalvorschüsse bewirkt zwangsläufig, daß die echten Spardepositen bei den Banken und Sparkassen in wenigen Wochen um den vollen Betrag der Vorschüsse steigen. Und zwar steigt die effektive Kapitalbildung nicht bei den Lohn- und Gehaltsempfängern, sondern in den Betrieben, d. h. auf den Bankkonten der geschäftlichen Unternehmungen. Es bleiben nämlich die Verkaufserlöse unverändert, während die Abhebungen von Lohn-Geldern bei den Banken sinken, so daß die Guthaben steigen.

12. So suchen wenige Wochen oder Monate nach Beginn der Bauarbeiten zwangsläufig gerade soviel zusätzliche Kapitalien (genauer Kapitaldisposition im Gegensatz zu den realen Gebrauchsgütern) Anlage, wie nötig sind, um die Bankvorschüsse in Hypotheken, Anleihen, Aktien usw. zu konvertieren. Die Banken erhalten damit ihre Vorschüsse zurück und werden für neue Aktivität frei.

13. Die Technik dieser die Kapitalbildung effektivierenden Vorschüsse ist aus dem deutschen "antizipierten Emissionskredit" zu entwickeln.

14. Voraussetzungen einer Anwendung dieser Methode in großem Stile sind: Die Senkung des Zinsniveaus, die durchführbar ist, und eine Umgestaltung des Großbankgeschäfts in Richtung auf die vor dem Kriege übliche und bewährte Tätigkeit dieser Institute.

15. Man kann also in Zukunft die angebliche Unlösbarkeit des Problems der Arbeitslosigkeit nicht mehr mit Kapitalmangel begründen: Ein solcher besteht höchstens in dem Sinne, daß man versäumt, die vorhandene latente Kapitalbildung effektiv zu machen. Es ist Sache eines Programms und des guten Willens, das Versäumte nachzuholen und damit die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Die Arbeitslosigkeit ist kein rätselhafter Schlag des Schicksals, sondern eine Störungserscheinung, die sich beheben läßt.

(J.Z.: Hat die Österreichische Schule der Volkswirtschaft zu dieser Theorie schon irgendwo Stellung genommen? Da sie so viel Wert auf die Kapitalbildung legt und jetzt schon weit verbreitet ist, wäre es eigentlich an der Zeit, 75 Jahre später, eine solche Stellungnahme endlich anzubieten. - J.Z., 4.7.05.)

Die Arbeitslosigkeit.

1. Geschichte der Arbeitslosigkeit.

a) Im klassischen Altertum konnte von Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung in unserm heutigen Sinne noch keine Rede sein. Die Handarbeit wurde im wesentlichen den Sklaven überlassen, die als Sachen galten und von ihren Eigentümern unterhalten wurden. Hätte Mangel an Beschäftigungsmöglichkeit bestanden, so hätte sich das in einem starken Angebot an Sklaven ausdrücken müssen. Wir hören aber von derartigen Krisen nichts. Daß die damalige Wirtschaftsordnung, in der manuelle Arbeit noch als verächtlich galt, fast immer ausreichend Arbeitsgelegenheit bot, ist in dem rein agrarisch-regionalen Charakter des damaligen Systems begründet. Die Verhältnisse waren leicht zu übersehen, und die Schwierigkeiten, die unser weltwirtschaftlich-industrielles Zeitalter gebracht hat, waren noch unbekannt

Nur einige geschichtliche Vorgänge der damaligen Zeit lassen sich unter dem Gesichtspunkte der Arbeitslosigkeit betrachten 1). Vielleicht ist z. B. der starke Drang nach kolonialer Expansion in Griechenland und Rom zum Teil aus Übervölkerung und Arbeitslosigkeit zu erklären. Auch die großartigen öffentlichen Arbeiten sollten nicht nur der Repräsentation dienen, sondern auch Arbeit und Brot für die Massen geben. Perikles, der derartige öffentliche Bauprojekte größten Umfanges in Athen durchführte, sprach selbst die Absicht aus, alle Schichten der Bevölkerung dadurch zu ernähren und zufriedenzustellen. Auch die Politik der öffentlichen Spenden kann als Maßregel zur Milderung der Folgen von Arbeitslosigkeit betrachtet werden. In Athen soll im 5. Jahrhundert schon mehr als die Hälfte der Bevölkerung von den Almosen des Staates gelebt haben. In Rom bildete sich ein eigentliches "Proletariat" im I. Jahrhundert v. Chr. aus den landlosen Leuten, die sich in der Hauptstadt ansammelten und vergebens nach Arbeit sich umsahen. Das mit dem Latifundiensystem verbundene Bauernlegen nahm immer größeren Umfang an; die Regierungen sahen sich daher

1) Ich schließe mich hier eng an K. Kumpmann, Art. "Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung" im Hwb. d. St. (4), S. 791, an.

vor die Notwendigkeit gestellt, die bedrohlich anwachsenden Scharen von mittellosen, aber politisch gleichberechtigten Leuten bei guter Stimmung zu erhalten. Daher wurden seit der Zeit des jüngeren Gracchus (lex frumentaria) auch hier Getreidespenden verteilt, die als eine Art von Erwerbslosenunterstützung angesehen werden können. Cäsar versuchte vergebens diese Spenden in eine geordnete Armenpflege umzuwandeln; vielmehr wurde diese unentgeltliche Versorgung der 6. Steuerklasse immer umfangreicher und planloser. In der Kaiserzeit waren es bis 400 000 Menschen, deren Nahrung und Notdurft der Staat zu decken hatte.

b) Auch im Mittelalter gab es das Problem der Arbeitslosigkeit noch nicht. Die Verhältnisse waren einfach, klein und übersichtlich; die Dorfwirtschaft mit ihrem agrarischen Charakter beherrschte den überwiegenden Teil der Bevölkerung. Bis zum Ende des 1. Jahrtausends waren die sozialen Verhältnisse durch das Lehnswesen in eine strenge traditionelle Ordnung gefügt, die von unten nach oben hin jeden band, andererseits von oben nach unten jeden beschützte. Die Stände waren erblich.

An dieser Lage änderte sich vom 11. bis zur zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts wenig. In Europa war Deutschland das wirtschaftlich führende Land. Die bis 1410 siegreich vordringende Kolonisation des deutschen Ostens schuf von Zeit zu Zeit Arbeitsgelegenheit größten Umfanges. Die Lage der Bauern war bis ins 15. Jahrhundert fast überall erfreulich. Gleichzeitig erlebte das Handwerk und mit ihm die deutsche Stadt ihre Blütezeit.

c) Erst seit der Mitte des 15. Jahrhunderts änderten sich die Verhältnisse allgemein zum Schlechten, zuerst in England und Frankreich, dann in Deutschland. Die Abhängigkeit der Bauern von den adligen Grundbesitzern begann ihre schlimme Seite hervorzukehren. In England setzte um die Mitte des 15. Jahrhunderts jene von Thomas Morus so anschaulich beschriebene Verdrängung der Bauern durch die Schafzucht ein. Die Vergrößerung der

Weidewirtschaft im Interesse der Wollproduktion kostete bis zur Zeit Heinrichs VIII. etwa 50 000 Bauern die Existenz, die nun Zuflucht im Heere und in der Stadt suchten. Die immer weiter zunehmende Einhegung des Gemeindelandes durch den Adel entvölkerte mehr und mehr das flache Land, indem der gesunde bäuerliche Mittelstand dadurch ruiniert und vertrieben wurde. Das gutsherrlichbäuerliche Abhängigkeitsverhältnis verschärfte sich insbesondere in Frankreich, und Deutschland in unerträglicher Weise. Seit dem dreißigjährigen Kriege war die Lage des Bauernstandes in Deutsch-

— 3 —

land unhaltbar geworden. Nachdem schon vorher die Aufstandsversuche, die Bauernkriege, im Blute der Bauern erstickt worden waren, zogen immer größere Massen freiwillig abgewanderter oder verjagter Bauern zur Stadt und bildeten da mit fahrenden Leuten, entgleisten Studenten und arbeitslosen Handwerksburschen ein neues städtisches Proletariat.

Auch die Zünfte waren in dieser Zeit nicht mehr in der Lage, wie Versicherungskassen zu wirken. In der Blütezeit der Zünfte hatte die festgefügte zünftliche Verfassung allen Mitgliedern eine dauernde Existenz gesichert; notleidende Meister, Gesellen und Lehrlinge waren ausreichend unterstützt worden, ein gewisser fester Absatz und Verdienst war jedermann garantiert. Der Niedergang dieser zünftlerischen Wirtschafts-Verfassung ist dadurch gekennzeichnet, daß sich die Zahl derer, die in diesen Institutionen kein Unterkommen gefunden hatten, von der Mitte des 16. Jahrhunderts an rasch vermehrte. Diese schutzlos dastehenden Massen, die sich teils aus dem entwurzelten Bauerntum, teils aus arbeitslosen Gesellen zusammensetzten, waren in sehr schlimmer Lage 1). Ihnen war in der Regel schon von Gesetzes wegen jede Möglichkeit genommen, sich gewerblich zu betätigen; es blieb ihnen daher nur das Vagabundentum und die Bettelei mit ihren hohen polizeilichen Strafen übrig. So vermochten unternehmungslustige Führer im 30jährigen Kriege Heere von Zehntausenden "aus dem Boden zu stampfen", wenn sie nach Wallensteins Prinzip "der Krieg ernährt den Krieg" nur Beute und Nahrung versprachen. Auch im Frieden bildeten die Massen von Arbeitslosen, die als Bettler, Landstreicher und Diebe herumzogen, eine Landplage, der gegenüber alle Repressalien — Prügelstrafe, Gefängnis, Stäupen, Aufhängen — sich als wirkungslos erwiesen.

Die spätmittelalterliche Arbeitslosigkeit hat einen dichterisch edlen Ausdruck gefunden in einigen der von den Brüdern Grimm gesammelten Märchen, z. B. den "Bremer Stadtmusikanten" und "Sechse kommen durch die ganze Welt". Meist sind es entlassene Soldaten, die sich nach langen treuen Diensten plötzlich dem Nichts gegenübersehen, und altgewordene Arbeiter (das alte Pferd, der alte Esel, Jagdhund usw.), die ihr Herr nicht mehr gebrauchen kann. Sie rotten sich voll Zorn zusammen, verbünden sich gegen diejenigen, die sie ausgestoßen haben, und versuchen sich, gemeinsam weiterzuhelfen; Die dichterische Lösung; die Grimm in diesen

1) Vgl. *Petrenz*, Die Arbeitslosigkeit, ihre statistische Erfassung und. ihre Bekämpfung. Leipzig 1911.

- 4 -

Märchen bietet, ist, daß das reine Denken, eine gute Idee, die einem unter ihnen einfällt, plötzlich das über sie gebreitete Netz des Elends zerreißt und ihnen einen Weg zum Glück zeigt.

Vollends zerstört wurde das Zunftwesen durch das Aufkommen der Manufakturen und der Kraftmaschinen (Wattsche Dampfmaschine). Dadurch wurden die Preise vieler Waren derartig gedrückt, daß nicht nur die außerhalb der Zünfte stehenden Massen, sondern die noch von ihnen beschäftigten Bevölkerungsteile um ihren Verdienst kamen. Die Unfähigkeit der zünftlerischen Gesellschaft und ihrer Führer, ihren Mitgliedern Arbeit und Brot zu verschaffen, sollte die mittelalterliche Welt vernichten, so wie sie die klassischen Gemeinwesen zerstört hatte. Sie hatte im wesentlichen darin ihre Ursache, daß die Zahl der Gesellen, die jeder Meister beschäftigen durfte, in den Zunftordnungen festgelegt war (Lassalle), so daß der über diese Zahl hinausgehende Teil der Bevölkerung auch als Konsument ausfiel, indem keine weitere Erwerbsmöglichkeit bestand. (jz4)

Ein weiterer Grund waren die behördlichen und zünftlerischen Preisfestsetzungen, die alle Preissenkungen, daher jede Erweiterung des Absatzes verboten und dadurch die Einstellung neuer Arbeiter auch unlohnend machten. Die neue Zeit, d. h. die Abschaffung der Zünfte und die allmähliche Einführung der Gewerbefreiheit, kam dann, weil die Überzeugung allgemein geworden war, daß die zünftlerische Verfassung den Aufgaben der Zeit nicht mehr gewachsen war, daß sie vielmehr das herrschende Elend nur verschlimmern konnte.

d) Die darauffolgende merkantilistische Übergangsperiode mit ihrer Armengesetzgebung 1) wurde abgelöst durch den wirtschaftlichen *Liberalismus*, der die staatliche Bevormundung durch den Grundsatz unumschränkter (? J.Z.) Selbstbestimmung ersetzte. Vom (jz5) freien *Wettbewerb* erwartete man damals nicht nur die Belebung aller wirtschaftlichen Kräfte, sondern auch die Beseitigung der *Arbeitslosigkeit*. Wenn erst die Schranken des Zunft- und Konzessionssystems gefallen wären, würde jeder tätige Bürger, so glaubte man, auch den ihm gebührenden Platz finden.

Diese Erwartungen sind enttäuscht worden. "In krassem Widerspruch" sagt K. *Kumpmann* 2), "zu den Hoffnungen der

- 1) Der Ertrag der *Armensteuer*, die zur Bezahlung der Wohlfahrtslasten erhoben wurde, stieg von 1785 - 1813 in England von 2 004 238 £ auf 8 640 842 £. Da die Gesamtbevölkerung nur 9 Mill. Personen betrug, von denen ein großer Teil zu den Armen rechnete, war die Steuerbelastung infolge der Armengesetze außerordentlich drückend; der wirtschaftliche Erfolg der Armengesetze war, da nichts produziert wurde, minimal, und der demoralisierende Einfluß blieb bestehen. Vgl. Rogers, *Geschichte der englischen Arbeit*, S. 322.
- 2) Hwb.d.St,S.792.

- 5 -

liberalen Theoretiker standen die Tatsachen des 19. und 20. Jahrhunderts. Es erwies sich, daß gerade das Zeitalter des Liberalismus und des Kapitalismus zugleich das Zeitalter der Arbeitslosigkeit, und zwar einer ungeheuren unverschuldeten Arbeitslosigkeit des Proletariats werden sollte". (jz6)

2. Umfang, Gliederung und Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der neuesten Zeit

Die Zahl der Arbeitslosen schwankt so stark, daß man sie vorzüglich zum Gradmesser der Konjunkturen gemacht hat 1). Sie ist zeitlich und räumlich, branchenmäßig und persönlich den stärksten Veränderungen unterworfen. Sie tritt nicht nur in der Form voller Beschäftigungslosigkeit, sondern auch in der milderen Form der Kurzarbeit auf.

Über die *Schwankungen der Arbeitslosigkeit innerhalb der einzelnen Berufe* gibt folgende Tabelle Aufschluß 2):

Die Beschäftigungslosen im Vergleich zur Gesamtzahl der Arbeiter nach Berufsgruppen

Berufsgruppen der Berufsabteilungen A – C (Landwirtschaft, Industrie und Handel)		Arbeitnehmer am 14. VI. 1895	Von diesen waren in Proz. beschäftigungslos am 14. VI. 1895 am 2. XII. 1895	
I.	Landwirtschaft usw.	5 607 213	0,66	3,62
II.	Forstwirtschaft und Fischerei	116 713	1,19	4,76
III.	Bergbau, Hüttenwesen usw.	564 922	1,47	2,03
IV.	Industrie der Steine und Erden	468 489	1,47	5,76
V.	Metallverarbeitung.	719 775	2,89	3,75
VI.	Maschinen, Werkzeuge usw.	304 463	2,57	3,44
VII.	Chemische Industrie	92 582	1,94	2,29
VIII.	Forstwirtschaftl. Nebenprodukte usw.	38 116	2,09	2,74
IX.	Textilindustrie	878 494	1,64	1,92
X.	Papier	121 256	2,60	2,86

XI.	Leder	123 914	3,46	6,04
XII.	Holz und Schnitzstoffe	456 229	2,93	4,00
XIII.	Nahrungs- und Genußmittel	650 970	3,27	4,35
XIV.	Bekleidung und Reinigung	775 671	3,13	5,42
XV.	Baugewerbe	1 151 851	2,87	15,61
XVI.	Polygraphisches Gewerbe	106 626	4,18	4,38
XVII.	Künstler u. künstlerische Betriebe	18 756	3,59	5,51
XVIII.	Fabrikarbeiter, Gesellen ohne nähere Bezeichnung	28 542	4,96	35,66
XIX.	Handelsgewerbe	626 637	3,52	4,24
XX.	Versicherungsgewerbe	18 216	1,50	1,73
XXI.	Verkehrsgewerbe	533 150	1,30	3,04
XXII.	Beherbergung und Erquickung	316 951	2,54	4,92
		13 725 825	1,77	4,80

1.) z.B. *Pigou* in seinem Werk "Industrial Fluctuations".

2.) Hwb. d. St. S. 799.

— 6 —

Wie groß die Schwankungen sogar innerhalb der einen Gruppe "Holzarbeiter" sind, zeigt die nachstehende Spezifikation aus den Jahren 1926/28 1):

Es waren arbeitslos bei den:	1926 %	1927 %	1928 %
Bürstenmachern	24,1	9,8	10,3
Drechslern	27,3	15,3	14,5
Stockarbeitern	21,6	11,7	22,1
Knopfmachern	45,6	21,4	27,8
Kammachern	51,2	35,8	24,5
Korbmachern	27,0	14,2	13,6
Klaviermachern	17,8	7,3	7,6
Stellmachern .	36,0	19,7	15,3
Tischlern	27,0	11,6	11,1
Stuhlbauern.	25,2	4,9	3,3
Polierern	28,3	8,6	7,6
Bildhauern	40,1	25,1	24,2
Schiffstischlern	29,3	13,3	11,2
Modelltischlern	18,9	7,0	7,3
Vergoldern	19,8	11,9	10,7
Maschinenarbeitern	24,7	10,7	9,5
Pantinenmachern.	9,5	2,2	4,8
Kistenmachern	22,0	8,3	6,9

Ebenso bedeutend sind die *zeitlichen* Veränderungen der Arbeitslosigkeit 2):

Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der Gewerkschaften in den Jahren 1924-1929

Jahr	Jan	Feb.	Mar	April	Mai	Juni	Juli	Aug	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
In Prozenten												
1. Alle Gewerkschaften												
1924	26,5	25,1	16,6	10,4	8,6	10,5	12,5	12,4	10,5	8,4	7,3	8,1
1925	8,1	7,3	5,8	4,3	3,6	3,5	3,7	4,3	4,5	5,8	10,7	19,4
1926	22,6	22,1	21,6	18,7	18,3	18,3	17,9	17,0	15,6	14,5	14,5	17,2
1927	16,9	15,9	11,8	9,0	7,1	6,4	5,6	5,1	4,7	4,6	7,6	12,9
1928	11,4	10,5	9,3	6,9	6,3	6,2	6,3	6,5	6,6	7,3	9,4	16,7
1929	19,4	22,3	16,8	11,1	9,1	8,6	8,6	9,0	9,6	11,0	-,	-,
2. Konjunkturgruppe												
1924	19,5	18,8	13,1	10,1	8,8	10,6	12,8	12,7	11,2	8,8	6,9	6,2
1925	6,0	5,4	4,7	4,3	3,7	3,5	3,7	4,2	4,5	5,7	8,2	14,7
1926	18,2	19,1	19,7	17,6	17,8	18,0	17,9	17,1	15,6	14,0	13,1	13,3
1927	12,4	11,7	10,0	8,5	7,3	6,7	6,0	5,4	4,8	4,3	4,7	6,2
1928	6,4	6,2	5,9	5,8	5,9	6,0	6,3	6,5	6,4	6,5	7,3	9,5
1929	10,3	11,4	10,6	9,2	8,6	8,4	8,6	8,6	8,9	9,2	-,	-,

- 1) Vgl. W. Woytinsky, Der deutsche Arbeitsmarkt, Ergebnisse der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstatistik 1919-1929, Berlin 1930, S. 41.
2) ebendort S. 51.

- 7 -

In Prozenten												
3. Saisongruppe.												
Jahr	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
1924	68,8	69,4	34,0	13,4	7,9	8,5	9,4	10,1	7,4	5,9	9,0	19,6
1925	21,1	18,7	12,0	5,0	3,1	2,8	3,3	4,7	4,7	6,8	5,4	42,8
1926	48,4	38,9	32,0	24,9	21,1	19,8	18,2	16,5	15,6	16,8	21,0	35,9
1927	39,4	37,3	20,8	11,9	6,4	4,9	3,9	3,7	3,9	5,5	20,6	44,0
1928	34,1	30,1	24,6	12,0	8,1	7,0	6,0	6,5	7,4	10,3	18,5	46,7
1929	58,4	68,1	43,4	19,2	11,0	9,2	8,9	10,4	12,8	17,7	-,	-,

Über den Grad der *Kurzarbeit* gibt folgende Tabelle Aufschluß 1).

Jahr	Von 100 Gewerkschaftsmitgliedern standen in Kurzarbeit	Durchschnittliche Verkürzung der Arbeitswoche in Stunden	Durchschnittlicher wöchentlicher Arbeitszeitausfall auf 1 Gewerkschaftsmitglied in Stunden	in %
1926				
Januar	22,4	17,0	3,8	7,9
Februar	21,4	17,1	3,7	7,6
März	21,3	17,1	3,6	7,6
April	18,4	17,0	3,1	6,5
Mai	17,4	16,8	2,9	6,1
Juni	16,4	16,5	2,7	5,6
Juli	15,9	16,3	2,6	5,4

August	14,4	15,7	2,3	4,7
September	12,1	15,1	1,8	3,8
Oktober	9,8	14,2	1,4	2,9
November	8,1	13,9	1,1	2,3
Dezember	7,1	14,2	1,0	2,1

1927

Januar	6,4	13,5	0,9	1,8
Februar	5,7	13,0	0,7	1,5
März	4,3	12,7	0,5	1,1
April	3,6	12,5	0,5	0,9
Mai	2,8	12,2	0,3	0,7
Juni	2,6	12,3	0,3	0,7
Juli	2,6	12,8	0,3	0,7
August	2,8	12,0	0,3	0,7
September	2,4	12,3	0,3	0,6
Oktober	2,6	12,3	0,2	0,5
November	2,1	12,3	0,3	0,5
Dezember	3,0	13,8	0,4	0,9

1928

Januar	3,5	12,5	0,4	0,9
Februar	3,5	12,3	0,4	0,9
März	3,6	12,2	0,4	0,9
April	4,1	12,1	0,5	1,0
Mai	4,8	12,7	0,6	1,3
Juni	5,6	12,6	0,7	1,5

1) ebendort S. 70-71.

- 8 -

Juli	6,1	12,6	0,8	1,6
August	6,6	12,8	0,9	1,8
September	6,3	12,3	0,8	1,6
Oktober	6,3	12,0	0,8	1,6
November	7,1	11,7	0,8	1,7
Dezember	7,0	13,1	0,9	1,9

1929

Januar	8,2	12,0	1,0	2,1
Februar	8,5	12,5	1,1	2,2
März	7,5	13,1	1,0	2,0
April	6,6	12,6	0,8	1,7
Mai	6,3	13,4	0,8	1,8
Juni	6,2	12,8	0,8	1,7
Juli	6,5	13,4	0,9	1,8
August	6,7	12,9	0,9	1,8
September	6,5	13,1	0,9	1,8
Oktober	6,7	12,8	0,9	1,8

Die regionale Verschiedenheit der Arbeitslosigkeit innerhalb Deutschlands war gleichfalls sehr verschieden; von 100 Gewerkschaftsmitgliedern in den einzelnen Bezirken waren im Jahresdurchschnitt 1928 arbeitslos ¹⁾:

Bezirke	%
---------	---

Ostpreußen.....	18,5
Schlesien.....	11,3
Pommern.....	16,0
Nordmark.....	7,6
Brandenburg.....	7,9
Sachsen.....	7,6
Mitteldeutschland.....	8,5
Hessen.....	10,8
Bayern.....	9,5
Niedersachsen.....	7,4
Westfalen.....	6,8
Rheinland.....	8,3
<u>Südwestdeutschland.....</u>	<u>5,9</u>
Reich	8,6

Faßt man die *Gesamtzahl aller Arbeitslosen* ins Auge, so kann man schätzen, daß *vor dem Kriege* im Durchschnitt 2 - 3 % der *gesamten Arbeiterschaft* arbeitslos waren. Dieser Prozentsatz verteilte sich auf die einzelnen Jahre und Monate, wenn man sich auf die Gewerkschaftsmitglieder beschränkt, wie folgt:

1) ebendort S. 95.

— 9 —

Arbeitslose unter den Gewerkschaftsmitgliedern in v. H. ¹⁾.

Jahr	Ende des Monats												/Im Durchschnitt
	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez	
1903						3,2			2,3			2,6	-
1904			2,0			2,1			1,8			2,4	2,1
1905			1,6			1,5			1,4			1,8	1,6
1906			1,1			1,2	0,8	0,7	1,0	1,1	1,1	1,6	1,1
1907	1,7	1,6	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,6	1,7	2,7	1,6
1908	2,9	2,7	2,5	2,8	2,8	2,9	2,7	2,7	2,7	2,9	3,2	4,4	2,9
1909	4,2	4,1	3,5	2,9	2,8	2,8	2,5	2,3	2,1	2,0	2,0	2,6	2,8
1910	3,6	2,3	1,8	1,8	2,0	2,0	1,9	1,7	1,8	1,6	1,6	2,1	1,9
1911	2,6	2,2	1,9	1,8	1,6	1,6	1,6	1,8	1,7	1,5	1,7	2,4	1,9
1912	2,9	2,6	1,6	1,7	1,9	1,7	1,8	1,7	1,5	1,7	1,8	2,8	2,0
1913	3,2	2,9	2,3	2,3	2,5	2,7	2,9	2,8	2,7	2,8	3,1	4,8	2,9
1914	4,7	3,7	2,8	2,8	2,8	2,5	2,9	22,4	15,7	10,9	8,2	7,2	-

Bei einer Gesamtzahl von 21 000 000 Personen waren das durchschnittlich 500 000 - 600 000 Arbeiter.

Bei *Beginn des Weltkrieges*, als alle Aufträge annulliert wurden und die Friedensproduktion in weitem Maße eingestellt werden mußte, stieg die Arbeitslosigkeit gewaltig. Legt man die Berichte der Gewerkschaften zugrunde, so war die Zahl der arbeitslosen Mitglieder im Juli 1914 2,8 %, im August 22,4 %, im September 15,7 % und im Oktober 10,9 %.

Die Einziehungen zum Heeresdienst und die Umstellung der Produktion auf den Kriegsbedarf machten nun ihre Wirkungen auf den Arbeitsmarkt geltend. Bald waren 4 Millionen Arbeiter unter den Waffen. Seit dem Winter 1916/17 (Hindenburgprogramm) trat Arbeitermangel größten Ausmaßes an die Stelle der Arbeitslosigkeit. Im Jahre 1917 entfielen auf je 100 offene Stellen nur 54 männliche und 97 weibliche Arbeitsgesuche (im Januar 1929 lauteten die entsprechenden Zahlen 767 und 337.).

Mit der *Demobilmachung* kehrten nicht nur etwa 8 Millionen Heeresangehörige, sondern auch etwa 1 Million Flüchtlinge nach den alten Arbeitsplätzen zurück. Überraschend schnell gelang es, für diese Massen Arbeit zu finden, worauf später noch einzugehen sein wird. Die Arbeitslosigkeit, die mit 1 100 000 Unterstützten im Februar 1919 ihren Höhepunkt erreicht hatte, sank infolge der Inflation von April an rasch.

Ähnlich war die Entwicklung in den andern Ländern. Während das Internationale Arbeitsamt in Genf die Gesamtzahl der Arbeitslosen in den 20 größten Ländern

1) ebendort S. 102.

— 10 —

für Ende 1910 auf 10 835 000 geschätzt hatten, betrug sie nach der Berechnung dieses Amtes

1914 13 222 000 und

Ende 1919 32 680 000 Personen; in Europa allein

1910 8 500 000 und

1919 mehr als

26 000 000 Menschen.

In derselben Zeit, die in Deutschland die Inflation und damit das Verschwinden der Arbeitslosigkeit brachte, trat in den meisten andern Hauptländern der Welt nach der kurzen inflationistischen Nachkriegsperiode schon im Jahre 1920/21 ein *deflationistischer Rückschlag* ein, der eine Arbeitskrise größten Ausmaßes brachte. Die Arbeitslosigkeit erreichte einen Höhepunkt, wie er noch nicht erreicht worden war, seitdem es eine Statistik der Arbeitslosigkeit gab. Im Januar 1921 betrug die Arbeitslosigkeit in Massachusetts (U.S.A.) 32 % 1), in Dänemark (Februar 1922) 29 %, Norwegen (Januar 1922) 23%, Holland (März 1922) 21 %, England (Juli 1921) 18 %, in Belgien (Januar 1921) 17 %, Canada (April 1921) 16 1/2 %, in Australien (Juli 1921) 12 1/2 %. Man hat berechnet, daß allein im Jahre 1921 nicht weniger als 10 Milliarden Goldfranken an Erwerbslosenunterstützung gezahlt worden sind 2). Nach einigen besseren Jahren erreichte die Arbeitslosigkeit der Welt im Winter 1929/30 wieder einen Höhepunkt, der sie an die Ziffern des Jahres 1920/21 heranführte. Im März 1930 gab es in Deutschland etwa 3,2 Millionen Erwerbslose, von denen unterstützt wurden.

von der Reichsanstalt.....	2 400 000
" " Krisenfürsorge.....	160 000
" " Wohlfahrtspflege	200 000
	2 760 000

Von 100 Gewerkschaftsmitgliedern waren arbeitslos

<u>Monatsende</u>	<u>1923</u>	<u>1924</u>	<u>1925</u>	<u>1926</u>	<u>1927</u>	<u>1928</u>	<u>1929</u>	<u>1930</u>
Januar	4,2	26,5	8,1	22,6	16,9	11,4	19,4	22,2
Februar	5,2	25,1	7,3	22,1	15,9	10,5	22,3	23,7
März	5,6	16,6	5,8	21,6	11,8	9,3	16,8	21,9
April	7,0	10,4	4,3	18,7	9,0	6,9	11,1	20,5

In England betrug die Zahl der Arbeitslosen zur gleichen Zeit etwa 2 Millionen, in den Vereinigten Staaten war sie auf die noch nicht vorgekommene Zahl von 5 Millionen gestiegen 3) und auch in Japan überschritt sie 1 Million. Allein in den Haupt-

1) In den Vereinigten Staaten von Amerika zusammen über 4 500 000 Personen.

2) Hwb. d. St., S. 802.

3) Nach der New York Times vom 29. Juni 1930 ist die Mindestzahl 6 600 000.

ländern Europas (ohne Rußland 1)) und in den Vereinigten Staaten waren im Frühjahr 1930 etwa 12 Millionen Menschen arbeitslos. Rechnet man die Zahl der Angehörigen mit, so kommt man auf etwa 30 Millionen

Personen, die infolge von Arbeitslosigkeit ohne Einkommen waren, die also außerhalb des volks-wirtschaftlichen Tauschprozesses standen.

3. Schäden der Arbeitslosigkeit.

Allein von 1919—1929 soll die Gesamtsumme der ausgezahlten Erwerbslosenunterstützungen in der ganzen Welt über 25 Milliarden Goldfranken betragen haben. Der gleichzeitige Ausfall an Gütererzeugung wird für Europa und dieselben Jahre auf 30 - 40, für die Erde sogar auf 100 Milliarden Goldfranken geschätzt; er war danach *also mehr als doppelt so hoch, als der Barwert der Young-Annuitäten* heute ist. Die seit 1922 weiter eingetretenen materiellen Verluste können auch nicht annähernd berechnet werden.

Viel wichtiger noch sind die moralischen und politischen Schäden.

"Die Arbeitslosigkeit ist die gefährlichste soziale Erkrankung des Volkskörpers, gefährlich vom Standpunkt der unmittelbar betroffenen Arbeiter, der gesamten Arbeitnehmerschaft wie der Allgemeinheit. . . Die Erfahrung zeigt nur zu häufig das folgende Bild: Der Arbeiter verliert seine Stelle, Ersparnisse fehlen oder sind schnell verzehrt, eine Zeitlang fristet die Arbeiterfamilie durch den Verkauf von entbehrlichem, dann von unentbehrlichem Hausrat, Möbeln, Kleidern die Existenz. Bleiben alle Bemühungen des Familienvaters, unterzukommen, ohne Ergebnis, dann folgt das krasse Elend, der Kampf ums Leben. Wirtschaftlich, körperlich und seelisch sinkt die bisher ordentliche Familie mit reißender Schnelligkeit abwärts. Bald sind alle Dämme niedergerissen, jede Art von Verderbnis findet leichten Eingang ²⁾."

Das körperliche Elend und der seelische Druck, unter dem der Arbeitslose lebt, muß ihn zu Gefühlen des Hasses gegenüber der herrschenden Gesellschaftsordnung führen, welche diese auch sei. G. Adler hat daher an Hand der Geschichte nachgewiesen, daß fast alle Aufstände früher und jetzt mit den Massen der Erwerbslosen gemacht worden sind, die glauben, ein Recht auf alles

-
- 1.) In Rußland waren nach dem Soviet Union Year-Book 1929, S. 465, am 1. X. 1928 1 374 000 registrierte Arbeitslose vorhanden, bei einer Industriearbeiterschaft von 5 - 6 Mill., also etwa 25 %. Im Jahre 1930 war die Ziffer nach der Roten Fahne fast dieselbe.
 - 2.) K. Kumpmann, a. a. O. S. 803.

— 12 —

zu besitzen, da ihnen alles verweigert wird 1). Mit Recht sagt daher Lindner:

"Vergebens ist das Ansinnen der Rechtsgesellschaft an den einzelnen Menschen, die bestehenden Rechte zu respektieren, wenn sich dieser Einzelne innerhalb des bestehenden Rechtssystems wie ein Verlassener vorkommt, angewiesen auf die wenig trostvolle Aussicht, in diesem System zu verhungern 2)".

Es ist offenbar, daß auch in Deutschland die radikalen Parteien immer in den Jahren den größten Zulauf gehabt haben, in denen die größte Arbeitslosigkeit herrschte. Dazu kommt, daß die neueste Zeit eine Arbeitslosigkeit unter den Kopfarbeitern, den kaufmännischen und technischen Angestellten und den leitenden Personen des Wirtschaftslebens mit sich gebracht hat, wie sie früher nicht bekannt war. Nur sehr wenige dieser "am laufenden Band produzierten" 3) Intellektuellen werden das Erlebnis vorübergehender oder dauernder Arbeitslosigkeit zum Anlaß für ein Studium der Frage nehmen; die Mehrzahl auch dieser wichtigen Schicht wird vielmehr dem Radikalismus anheimfallen.

Zu der Erscheinung der Arbeitslosigkeit selbst gesellt sich noch die alles überschattende *Furcht vor Arbeitslosigkeit*. Wenn in Deutschland allein 3/4 aller Verdienner binnen Tagen oder wenigen Wochen gekündigt werden können 4), wenn sie also täglich den Abgrund vor sich sehen, so muß das auf ihre Nerven, auf ihre Fähigkeit zu ruhigem Denken, zu tieferer geistiger Tätigkeit und zu Lebensgenuß einen zerstörenden Einfluß haben. Familie und Kinder bringen *lebens-lange Verpflichtungen* für den Ernährer mit sich, denen nicht etwa gleichwerte, lebenslange *Ansprüche* gegenüberstehen, sondern Rechte, die durch eine 1000 oder 10 000 km entfernte vollzogene Fusion oder das Stirnrunzeln eines Abteilungsleiters fast sofort beendet werden können. Diese Unsicherheit der wirtschaftlichen Existenz würde unschädlich sein, wenn stets Gewißheit

bestände, für die verlorene eine neue Stelle zu bekommen. Der absolute Mangel an Arbeitsgelegenheit verhindert das aber. So ist

- 1.) *Herkner* sagt in seiner "Arbeiterfrage": "Man kann nicht erwarten, daß unsere Arbeiter mit der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung einen aufrichtigen Frieden schließen, solange sie ihnen keine ausreichende Schutzwehr gegen den Abgrund der Arbeitslosigkeit errichtet".
- 2.) Zitiert bei C. *Buschmann*, a. a. O. S. I.
- 3.) Ausdruck von *Hans Zehrer* in der neuen "Tat".
- 4.) Selbst nach dem H. G. B. in nur 6 Wochen. Dabei stellt die Fassung des Gesetzes und die Rechtsprechung selbst allen Versuchen wohlmeinender Unternehmer, wenigstens mit einzelnen Arbeitnehmern eine langfristige oder lebenslängliche Anstellung zu vereinbaren, fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen.

— 13 —

die Arbeitslosigkeit auch die tiefere Ursache eines großen Teils der politischen, sozialen und kulturellen Unrast, die das heutige Leben nachteilig beeinflusst

4. Der Absatzmangel und sein Verhältnis zur Arbeitslosigkeit

Wenn ein Arbeiter oder Angestellter sein Produkt, d. h. seine Arbeit, nicht verwerten oder verkaufen kann, so nennen wir ihn arbeitslos; ist der Unternehmer in dieser Lage, so sprechen wir von Absatzmangel. Beide Erscheinungen sind einander überaus ähnlich, beide treten auch zumeist gleichzeitig auf. Wie der Arbeiter mehr oder weniger passiv warten muß, bis ein Arbeitgeber erscheint, der ihn anzustellen bereit ist, ebenso muß der Unternehmer auf die Aufträge warten, mit denen er allein seine Fabrik in Gang halten und seine Läger verkaufen kann. Der Laie glaubt häufig, für die Schaffung von Volksreichtum wäre die Produktion immer größerer Gütermassen in erster Linie erforderlich; zu dem Zwecke sei Steigerung der Produktion durch technische Höchstleistungen, Serienfertigung usw. der beste Weg. Die Schwierigkeit, die so produzierten Warenmengen in die Hand des Verbrauchers zu bringen, wird von den Vertretern dieser mehr technischen Wirtschaftsauffassung unterschätzt. Das Absatzproblem ist heute so wichtig geworden, daß das Produktionsproblem vergleichsweise in den Hintergrund tritt: Fast sämtliche Fabriken und Industrien des Landes könnten mühelos 30 - 50 % mehr produzieren, da ihre Produktionskapazität nur zu 50 - 70 % ausgenutzt ist, wenn nur genügender Absatz vorhanden wäre. Der Kenner des Wirtschaftslebens weiß, daß Produzieren sozusagen "eine Kleinigkeit" ist, wenn nur das Problem des Absatzes dieser großen Gütermassen lösbar wäre. Tatsächlich bemühen sich aber so viele Menschen um die Steigerung des Absatzes, daß die Kosten der Waren beim Konsumenten wohl zu mehr als ein Drittel aus Verkaufspesen bestehen. Die Inseratenteile der Presse sind angefüllt von Warenangeboten, von dem Schrei nach Angestellten, die fähig sind, den Absatz zu vergrößern ("Verkaufskanonen"); die Zeit der Leiter aller großen Unternehmungen ist zum größten Teile mit Bemühungen um Absatz ausgefüllt. Überall rufen riesige Läger, die zu verderben oder zu veralten drohen, nach Absatz: *Der Absatzmangel ist das beherrschende Problem der modernen Industrie geworden*. Das ist um so überraschender, als gleichzeitig Millionen von Menschen ohne Arbeit und Einkommen sind, die eine voll

- 14 -

ausreichende Konsumkraft haben würden, um der Not der Fabrikanten und Händler abzuhelpen. Je stärker der Absatzmangel ansteigt, um so mehr pflegt die Arbeitslosigkeit zu wachsen, und umgekehrt. *Die Entsprechung von Arbeitslosigkeit und Absatzmangel* ist bisher viel zu wenig beachtet worden; sie aufzuklären und aus ihr die Lösung beider Probleme zu entwickeln, soll eine der Aufgaben dieser Abhandlung sein.

In zunehmendem Maße erregt die neue Problemstellung das Interesse der Wissenschaft. So lesen wir bei *Foster* und *Catchings*1):

"Wir haben gesehen, daß die ökonomische Organisation der Gesellschaft innerhalb bestimmter Perioden ihren Hauptzweck, für Produktion und Distribution zu sorgen, nicht erreichen kann. Das war z. B. das Unglück der Vereinigten Staaten während der Depression von 1921. Machen wir uns ein Bild davon: Die Lagerhäuser waren überfüllt mit Baumwolle, Wolle, Leder, Holz, Kupfer, Chemikalien,— ein Reichtum, der die Träume früherer Generationen weit übertraf. Weit ausgedehnte Fabrik- und Maschinenanlagen von unvergleichlicher Kapazität, und dabei Millionen müßiger Hände, bereit zu arbeiten, hundert Millionen unserer Landsleute, bereit, diese unzähligen Dinge zu genießen, die diese müßigen Menschen an jenen müßigen Maschinen mit Freude hergestellt haben würden, ja mit Leichtigkeit in dieser Zeit wissenschaftlicher Zauberei aus dem Rohstoffüberfluß hätten herstellen können. Aber Monat um Monat dauerte die Depression; Rohstoffe, Maschinen, Geld, Menschen — alles im Überfluß, nur nicht die Möglichkeit, sie unmittelbar miteinander in produktive Beziehung zu bringen".

Mit derselben Klarheit erkennt Prof. *Julius Hirsch* die heutige Lage:

"Es bleibt schon ein etwas merkwürdiger, sagen wir ruhig ein etwas sinnwidriger Zustand, daß wir nun im dritten Jahre in Deutschland einen ungeheuren ungedeckten Bedarf auf einem der wichtigsten Gebiete menschlichen Gebrauchs und Verbrauchs feststellen . . . Hier der ungeheure ungedeckte *Bedarf, dort die Arbeitshände*, deren Inhaber nichts sehnlicher wünschen, als diesen Bedarf zu befriedigen, und zwischen beiden ist merkwürdigerweise auch das Kapital da, manchmal so viel, daß es in Deutschland keine Anlage finden konnte, sondern sie zum mindesten als tägliches Geld im Auslande suchen mußte. Hier der ungeheure ungedeckte Bedarf, dort die freien Arbeitshände, zwischen beiden bildet sich danieder unerhörten Arbeitsamkeit des deutschen Volkes auch das Kapital wieder, das

1) Vgl *Foster und Catchings*, "Profits", Boston 1925, zitiert nach E. Altschul, Mag. d. W., 1930, S. 13.

— 15 —

den volkswirtschaftlichen Sinn und Beruf hat, die beiden zusammenzuführen. *Der ungedeckte Bedarf, die Beschäftigung suchenden Arbeitshände, das Kapital, alle drei sind da, sie kommen bloß nicht zusammen.* Also muß doch etwas nicht richtig sein im Staate Deutsches Reich" 1).

Wir glauben daher nicht zuviel zu sagen, wenn wir die Frage der Arbeitslosigkeit und des Absatzmangels die wichtigsten Probleme der nächsten Jahrzehnte nennen, von deren Lösung die Antwort auf die Frage: "Aufstieg oder Niedergang"? abhängt. Wenn es heute auch nur möglich ist, die Grundlinien der Lösung aufzuzeigen, so darf dieses Mißverhältnis zwischen Aufgabe und Leistung nicht zum Schweigen verleiten. Es muß gelingen, zwischen den überflüssigen Vorräten, die die Existenz von Hunderttausenden von Unternehmern zu ruinieren drohen, und den Arbeitslosen dieselbe Verbindung herzustellen, die zwischen den in Arbeit befindlichen Arbeitern und den Lägern schon längst besteht. Es muß versucht werden, die Arbeitslosen in den Konsum wieder einzuschalten, damit die Läger geräumt und dadurch neue Arbeitsgelegenheit zu ihrer Wiederauffüllung geschaffen werden kann. Vor einer solchen Untersuchung ist der vielfältige Begriff der Arbeitslosigkeit in seine Hauptarten zu zerlegen. Hieraus können sich Anhaltspunkte für die Gründe der Arbeitslosigkeit ergeben.

5. Arten der Arbeitslosigkeit.

Wir können mit K. Kumpmann folgende Arten der Arbeitslosigkeit unterscheiden 2):

A. Subjektive Arbeitslosigkeit.

I. Infolge von Unfähigkeit des Arbeiters:

1. Aus körperlichen Gründen >)
2. Aus geistigen Gründen >)> absolute oder relative Unfähigkeit
3. Aus sittlichen Gründen >)

II. Infolge von Unwilligkeit des Arbeiters:

1. Allgemeine Arbeitsscheu

2. bei den vorhandenen Arbeitsbedingungen

a) freiwilliger Austritt (oder verschuldete Entlassung)

b) Streik und Aussperrung (soweit die Ursachen beim Arbeiter liegen).

B. Objektive Arbeitslosigkeit:

I. Infolge von Unauffindbarkeit der vorhandenen Arbeitsgelegenheit (mangelhafter Organisation des Arbeitsmarktes).

1.) Vgl. den Bericht über den Handel in "Das Problem der gegenwärtigen Arbeitslosenkrise in Deutschland", Berlin, 1927, S. 71.

2.) a.a.O. S. 793.

— 16 —

II. Infolge von Arbeitsmangel:

1. Relativer Arbeitsmangel: der Unternehmer will keine Arbeit geben:

a) aus persönlichen Gründen

b) aus wirtschaftlichen Gründen.

2. Absoluter Arbeitsmangel: der Unternehmer kann keine Arbeit geben:

a) unregelmäßig eintretender Arbeitsmangel (Konjunkturarbeitslosigkeit) hervorgerufen durch:

α) elementare Ursachen

β) gesellschaftlich-politische Ursachen

γ) wirtschaftlich technische Ursachen

δ) durch Umlaufstörungen

b) regelmäßig eintretender (periodischer) Arbeitsmangel:

α) Modearbeitslosigkeit

β) Saisonarbeitslosigkeit

γ) Winterarbeitslosigkeit.

Wir möchten noch hinzufügen:

c) dauernd vorhandener Arbeitsmangel, hervorgerufen durch Kreditstörungen (Dauerarbeitslosigkeit).

Im folgenden werden wir uns nicht mit der subjektiven, sondern nur mit der *objektiven Arbeitslosigkeit*, insbesondere aber mit dem absoluten Arbeitsmangel befassen. Diese ist die "wahre Arbeitslosigkeit" (Lorenz von Stein): die Unmöglichkeit, Arbeit zu finden, obwohl der Arbeiter in jeder Weise geeignet und willens ist, zu arbeiten, obwohl eine ausgezeichnete Organisation des Arbeitsmarktes es möglich macht, den rechten Mann an den rechten Platz zu stellen, obwohl auch der einzelne Unternehmer seinerseits alles tun möchte, um Arbeitskräfte einzustellen. Hier handelt es sich also um die Unfähigkeit der Wirtschaftsorganisation, den Arbeitern zu erlauben, sich in den Produktions- und Konsumprozeß einzuschalten. Wenn die objektive Arbeitslosigkeit erst einmal beseitigt worden ist, so wird man die subjektive Arbeitslosigkeit leicht der Fürsorge und die periodische Arbeitslosigkeit den Ausgleichsmaßnahmen überlassen können. Ein eigentliches Arbeitslosenproblem wird dann nicht mehr bestehen; dieses besteht nicht in persönlichem Unglück und sachlichen Zufällen, die die Arbeitsleistung eines Menschen verhindern, ist vielmehr eine Massenerscheinung, die auf eine Diskrepanz größten Ausmaßes zwischen Herstellung und Konsum hindeutet.

— 17 —

6. Definition und Wesen der objektiven Arbeitslosigkeit.

Mit mehr oder weniger juristischen Definitionen wird man dem Begriff der Arbeitslosigkeit im volkswirtschaftlichen Sinne nicht gerecht. Wenn z. B. *Petrenz* definiert: "Arbeitslos ist jeder arbeitsfähige Arbeitnehmer, der seine Stellung ohne Verschulden verloren und trotz Suchens nach Arbeit eine angemessene

Beschäftigung noch nicht gefunden hat" 1), so sind damit keinerlei volkswirtschaftlich faßbare Merkmale gegeben. Die eigentliche Definition wird sich aus dem Verlaufe der nachstehenden Untersuchungen heraus ergeben; sie wird an die Begriffe des volkswirtschaftlichen Güterumsatzes und der Kapitalbildung anzuknüpfen haben.

Wir können einmal davon ausgehen, daß die Menschen sich einander in ihrer Eigenschaft als Konsumenten Aufträge erteilen, die sie in ihrer Eigenschaft als Produzenten ausführen. Fällt eine Person als Konsument aus, so fällt sein Konsum, mithin seine Warenbestellung bei den Produzenten weg. Die Produktion muß eingeschränkt werden, es wird also ebenfalls eine Person in der Produktion überflüssig und arbeitslos. Diese Wurzel der Arbeitslosigkeit bezeichnen wir als Störungen im Güterumsatz und im Umsatzkredit, konkreter gesagt, als Störungen in dem Austausch zwischen den 32 Millionen wirtschaftlich tätigen Personen Deutschlands und den vielleicht 10 Millionen Zins- und Differentialrentenempfängern untereinander.

Eine ganz andere Wurzel der objektiven Arbeitslosigkeit ist in der Kapitalbildung zu finden. Diese bedeutet, wie wir sehen werden, nichts anderes, als das Freiwerden von Arbeitern in den vorhandenen Produktionen, insbesondere in der Konsumgüterindustrie, und ihre Überführung in andere Produktionen, insbesondere in die Industrie langlebiger Kapitalgüter. Sie ist in einer allgemeinen Reichtumssteigerung begründet. Diese äußert sich darin, daß die Volkswirtschaft in der Lage ist, ihre sämtlichen Glieder durch die Arbeit einer immer kleineren Anzahl von Arbeitskräften mit der täglichen Nahrung und Notdurft zu versorgen, so daß immer mehr Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, um die heiß erstrebten langlebigen Güter, insbesondere Produktionsmittel, zu erzeugen. Wenn in dem bei dieser Kapitalbildung nötigen Übergange der Arbeiter von der einen zu einer andern Produktion sich Störungen zeigen, so kann ebenfalls Arbeitslosigkeit größten Umfanges eintreten.

1) Dr. Otto Petrenz, a. a. O., 1911, S. 7.

Dieses ist die zweite volkswirtschaftliche Wurzel der objektiven Arbeitslosigkeit.

Das volkswirtschaftliche Problem der Arbeitslosigkeit läßt sich, wenn man von diesen Grundstellungen ausgeht, noch in einer höheren Ebene betrachten, ganz ohne jede Rücksichtnahme auf das Einzelschicksal der Betroffenen und sogar der Betroffenen als Klasse. Wenn wir uns die gesamte deutsche Wirtschaft als eine einzige große Fabrik vorstellen, in der alle Einwohner arbeiten und von deren Ertrag sie leben, so ist *Arbeitslosigkeit nichts anderes, als ein Beweis für eine geringe Ausnützung der Produktionskapazität* dieser Fabrik. Wir wissen aber, daß die innerbetriebliche Kapitalbildung in stärkstem Maße abhängig ist von dem Grade der Ausnützung der vorhandenen Fabrikationsanlagen; solange also die gesamtdeutsche Produktionskapazität nur zu 65 % ausgenutzt ist, wird die Kapitalbildung gering und die wirtschaftliche Lage Aller schlecht sein. Verwendet man dagegen die brachliegenden Kräfte der Millionen von Arbeitslosen, um mehr Güter zu produzieren, so muß die Gesamtheit reicher werden. Die erhöhten Ausgaben für Löhne brauchen dabei nicht veranschlagt zu werden, da ein Teil der Neueingestellten ja dazu benutzt werden kann, um das herzustellen, was sie brauchen. Eine solche Beschäftigung der Erwerbslosen hat nun keineswegs nur die Wirkung, daß Ertrag und Kosten in ± 0 aufgehen, sondern den Erfolg, daß die *darniederliegende Produktionskapazität der Gesamtwirtschaft nunmehr ausgenutzt wird*. Es wird also viel mehr als der Gegenwert der verausgabten Löhne an zusätzlicher Produktion zur Verteilung verfügbar, die Produktion erfolgt wirtschaftlicher, da die "Efficiency" gestiegen ist, und die innerbetriebliche Kapitalbildung, die heute zu gering ist, steigt stärkstens. *Eine starke Kapitalbildung ist daher nur durch Lösung des Arbeitslosenproblems erzielbar.*

Daher ist das Erwerbslosenproblem heute keineswegs das Problem eines fünften Standes, den man, ohne selbst wirtschaftlich geschädigt zu werden, dem Hungertode überlassen kann, wie *Malthus* und *Ricardo* empfahlen. Die wirtschaftlich führenden Schichten Deutschlands haben nun einmal eine für ihre Versorgung viel zu große Produktionskapazität hingestellt; sie haben jetzt nur die Wahl, diese Anlagen, die bei der heutigen geringen Ausnutzung unrentabel sind, als wertlos abzuschreiben und damit ihr Vermögen wegzuerwerfen, oder für volle Ausnutzung dieser Produktionskapazität zu sorgen, die wieder ohne die Verwendung der

Erwerbslosen nicht zu leisten ist. Im Hintergrunde unserer Untersuchungen wird daher stets das volkswirtschaftliche Problem der Produktionskapazität stehen, das "Properitätsproblem".

Wir können also, unseren späteren Erörterungen vorgreifend, definieren:

"Arbeitslosigkeit ist eine Störung des volkswirtschaftlichen Güteraustausches oder der Kapitalbildung, durch welche Arbeiter in ihrer Eigenschaft als Produzenten derartig aus dem Güterprozeß ausgeschaltet werden, daß sie auch als Konsumenten wegfallen".

Im wirtschaftlichen Leben treten, wie die Geschichte zeigt, entweder die eine oder die andere der beiden Störungen getrennt auf, oder sie erscheinen vereint, wodurch ihre Merkmale vermischt und schwer trennbar werden. Stets ist die Kehrseite der Arbeitslosigkeit aber eine Verminderung der Ausnutzung des gesamten Produktionsapparates, die nachteilig auf den Wohlstand des ganzen Volkes und die Kapitalbildung der Unternehmungen wirkt.

Volkswirtschaftliche Grundbegriffe.

a) Produktionserlös und Einkommen.

1. Die Produktion-Konsumgleichung. — Wenn Arbeitslosigkeit bedeutet, daß der Arbeiter objektiv außerstande ist, Absatz für seine persönliche Arbeitsleistung zu finden, so ist offenbar die Arbeitslosigkeit eine Art von Absatzmangel, wie er aus dem Warenverkehr bekannt ist. Der negative Begriff des Absatzmangels ist nur verständlich aus seinem positiven Korrelat heraus, nämlich dem Zustande des glatten Absatzes, der Deckung von Produktion und Konsum. Hierin könnte man eine Erörterung des "Soll-sein" sehen, die wissenschaftlich unzulässig sein soll, da man sich auf das "was ist" zu beschränken habe. Demgegenüber verweisen wir darauf, daß wir es hier nicht mit einem ethischen Soll-sein, sondern mit einer wirtschaftlichen Problemstellung zu tun haben, die nicht fragt, "was ist moralisch besser?", sondern "was ist wirtschaftlich billiger und zweckmäßiger?" 1). Es ist ebenso Aufgabe der angewandten Volkswirtschaftslehre, zu sagen, welche wirtschaftlichen Voraussetzungen und Relationen erfüllt sein müssen, damit sich der wirtschaftliche Kreislauf vollziehen kann, wie es etwa Aufgabe der angewandten Physik ist, die physikalischen Bedingungen herauszuarbeiten, unter denen z. B. eine Dampfmaschine arbeiten kann.

Die Inkongruenz von Produktion und Konsum kann nun in verschiedenem Sinne in Erscheinung treten. Wenn die *Produktion größer ist, als der Konsum*, so wird Absatzmangel vorherrschen. Man sollte meinen, daß das nur der Fall ist, wenn über den Bedarf der Bevölkerung hinaus produziert worden ist; die Erfahrung lehrt aber, daß solche Absatzstockungen zeitlich fast immer mit Perioden

-
- 1) Vgl. Ad. Weber, Kampf zwischen Kapital und Arbeit, 1920, S. V: " . . Auch das halte ich aufrecht . . . , daß unter Umständen das Sollsein im Rahmen des *Wirtschaftlichen* nur eine andere Formulierung für das erkannte Sein ist. Wenn ich unter gegebenen Voraussetzungen zu dem Resultat komme, daß, soweit rein wirtschaftliche Erwägungen in Betracht kommen, das Wohnungsbedürfnis durch Mietskasernen billiger befriedigt wird, als durch Kleinhäuser, dann heißt das nichts anderes, als daß vom *wirtschaftlichen* Standpunkte aus Mietskasernen "*besser*" sind, daß deren Bau also gefördert werden "*soll*".

großer Armut bzw. Arbeitslosigkeit eines Teiles der Bevölkerung zusammenfallen. — Ist die *Produktion kleiner, als der Konsum*, so beobachten wir Warenmangel; wir müßten auch hier vermuten, daß ein solcher nur dadurch zu erklären ist, daß ein Teil der Bevölkerung *nichts* produziert, also arbeitslos ist. Aber die Erfahrungen der Kriegswirtschaft zeigen auch hier unerwarteterweise, daß Zeiten des Warenmangels zumeist mit Zeiten des Arbeitermangels zusammenfallen. — Es ist klar, daß beide Arten von Inkongruenz zwischen Produktion und Konsum vom Übel sind und daß die Organisation des Güteraustausches nach Möglichkeit so eingerichtet sein muß, daß die Gleichheit zwischen Produktion und Konsum gewährleistet ist. Wir haben es hier mit einem der wichtigsten Probleme der Wirtschaftslehre zu tun, das im Mittelpunkt jeder Untersuchung über Störungen im Güterkreislauf zu stehen hat.

2. Begrenztheit der Produktionsmöglichkeiten, Unbegrenztheit der Konsummöglichkeiten. — Eine Ungleichung zwischen Produktion und Konsum kann nur darin begründet sein, daß zuviel oder zuwenig *produziert* oder zuviel bzw. zuwenig *konsumiert* worden ist. Wir haben also zuerst die Frage zu entscheiden, ob sich die Produktion nach dem Konsum zu richten hat, oder umgekehrt. Wir hören häufig die Ansicht vertreten, der Konsum sei nur in engen Grenzen variabel; wenn heute eine Absatzstockung herrsche, so könne man unmöglich den Konsum steigern, um sie zu beseitigen, man müsse vielmehr die *Produktion einschränken* 1). Andererseits wird behauptet, die subjektiven *Bedürfnisse* der Menschen seien praktisch *unbegrenzt*; wenn es also gelinge, diese

Bedürfnisse etwa durch Verteilung einer genügenden Menge von Zahlungsmitteln zu mobilisieren, so sei es ein Leichtes, alle Güter, die man nur heranschaffen könne, zum Konsum zu bringen 2). Die unbegrenzte Befriedigung der Bedürfnisse scheitere also nur an der Unzulänglichkeit der Produktion, die begrenzt sei, nie aber an der Unzulänglichkeit des Bedarfs. Sache einer richtigen Güterverteilung sei es, dafür zu sorgen, daß alles Produzierte glatt abgesetzt werde,

-
- 1.) 1) *Cassel* z. B. sagt in seiner *Theor. Soz.* 1918, § 8, S. 49: "... Ein vollständiger Absatz für die Produkte kann nur erwartet werden, wenn die Produktion in vollständiger Übereinstimmung mit den Wünschen der Kaufkraft geleitet wird." Das heißt also, daß sich die Größe der Produktion nach der einmal vorhandenen Kaufkraft zu richten hat! Wir dagegen erklären umgekehrt, daß sich die Kaufkraft, die zur Verteilung kommt, nach dem Maße der jeweiligen Produktion zu richten hat, also z. B. um so viel gesteigert werden muß, wie technische Fortschritte die Erhöhung der Produktion zulassen.
- 2) Vgl. z. B. *Tarnow*, a. a. O. und *Garrett*, a. a. O.

— 22 —

und Sache einer richtigen Wirtschaftspolitik sei es, die produktiven Kräfte einer Nation zu befreien und womöglich zu steigern.

Wir schließen uns diesem letzteren Standpunkte an: *Ohne Frage ist das Maß der verteilbaren Güter beschränkt*, indem Arbeitskräfte und Kapitalien (Produktionsmittel) nur in gewissen Grenzen zur Verfügung stehen. Allerdings hat es das Zeitalter der Technik vermocht, die Produktivität der Arbeit in vielen Fällen zu ver Hundertfachen und vertausendfachen; trotzdem sind Grenzen vorhanden in dem Sinne, daß bei einem gewissen Stande der Technik und der Wissenschaft beispielsweise eine Vergrößerung der gesamten Produktion der Welt auf das Dreifache, nicht aber auf das Sechsfache möglich ist

Der latente *Bedarf* dagegen ist *unbegrenzt*; zum wenigsten so lange läßt sich dagegen nichts sagen, als ein erheblicher Teil der Bevölkerung noch ohne Essen, ohne menschenwürdige Wohnung, ohne Badewanne usw. ist. Fraglos ist Überproduktion auf einzelnen Gebieten möglich, indem etwa zuviel Schuhe erzeugt worden sind; allgemeine Überproduktion in dem Sinne, jedoch, daß es auch bei richtiger Proportionierung der Produktion nicht möglich sein sollte, Menschen zu finden, die bereit sind, die Waren zu benutzen und zu verbrauchen, ist heute nicht vorstellbar.

So steht also einer begrenzten aktuellen Produktion ein unbegrenzter latenter Bedarf gegenüber, und es ist "nur" nötig durch eine richtige Güterverteilung den latenten Bedarf stets soweit effektiv zu machen, daß die Läger abgesetzt und die Produktion unvermindert weitergeführt werden kann. Wenn dieses Ergebnis richtig ist, so müssen alle Theorien falsch sein, die zu dem entgegengesetzten Ergebnis (der Produktionseinschränkung) kommen, ebenso wie eine Mathematik falsch sein muß, die zu dem Ergebnis $2 \times 2 = 5$ kommt. Die gegenteilige Theorie, wonach die heute vorhandene Kaufkraft auf alle Zeiten dafür maßgebend sein soll, wieviel produziert werden darf, würde alle Anstrengungen der Technik und der Wissenschaft zum Fortschritt illusorisch machen. Alle Versuche, die Produktion zu vergrößern, würden dann an der starren Schranke einer eingebildeten fixen Kaufkraft scheitern. (jz7)

3. Die Produktionserlös-Einkommensgleichung. — Wie soll nun eine Güterverteilung organisiert sein, die jedes Warenquantum, das nur immer produziert worden ist, glatt zu bewältigen imstande ist? Die kommunistischen Systeme einer mehr oder weniger zuchthausmäßigen Verteilung sollen hier außer Betracht

— 23 —

bleiben, um so mehr, als sie dort, wo sie verwirklicht worden sind, die Arbeitslosigkeit nicht haben bessern können

1). (jz8) Die Mängel des geldwirtschaftlichen Verteilungssystems, das wir fast in allen Ländern der Welt vorfinden, müßten erheblich größer sein, als sie zur Zeit sind, um mit den Mängeln dieser staatlichen Verteilung

wetteifern zu können. Es bleibt der Weg, die Verteilung im Wege des volkswirtschaftlichen Austausches, des Geldes und des Kredits zu bewerkstelligen.

Jede solche Verteilung geht von dem überaus einfachen Prinzip aus, daß *die Kosten und Gewinne, die bei der Herstellung von Gütern auflaufen, identisch sind mit dem Einkommen, das zum Kauf der Güter zur Verfügung steht*. Der Verkaufspreis der Produzenten ist gleich dem Einkaufspreis der Konsumenten. Der Verkaufspreis setzt sich aus Löhnen, Zinsen und Gewinnen zusammen. Diese werden vom Unternehmer ausgezahlt und in den Taschen der Lohnempfänger, Zinsenempfänger und Gewinnerzieler zu Einkommen in gleichem Betrage. Der Preis, den die Einkommenbezieher also beim Einkauf von Gütern anlegen können und müssen, ist stets auf den Pfennig gleich dem Verkaufspreise dieser Gegenstände.

Ein Schuhfabrikant z. B, verauslagt täglich Unkosten, wie Porti, Spesen, Frachten, Steuern usw., er bezahlt laufend Material- und Rohstoffrechnungen, wöchentlich Löhne und soziale Beiträge, endlich monatlich Gehälter, Mieten usw. Schließlich zahlt er an die Bank und seine Kommanditisten Zinsen und entnimmt der Kasse seinen Privatverbrauch und seine Gewinne. Alle diese Zahlungen, es mögen in einem Zeitabschnitt 1000 000 RM sein, sind für seine Firma *Ausgaben*, für die Empfänger aber Einnahmen und sogar *Einkommen*. Sobald der Fabrikant seine Schuhe verkauft hat, erhält er alle diese Auslagen (einschließlich eines Gewinnes) in Form des Verkaufserlöses wieder *zurückerstattet*. Diese Rückerstattung ist darin begründet, daß die 1000 000 RM Ausgaben, die aufgelaufen waren, in den Händen der Empfänger zu 1000 000 RM Einkommen geworden waren, und daß dieses von Unternehmern verteilte Einkommen genau hinreicht, um ihm das gesamte Produkt abzukaufen 2). Volkswirtschaftlich betrachtet lösen sich alle diese Arten von Ausgaben letzten Endes

-
- 1) Nach dem Soviet Union Year-Book betrug die industrielle Arbeitslosigkeit in Rußland in den letzten Jahren ca. 1,3 - 1,4 Mill. Personen, d. h. etwa 20 - 25 %, da die Zahl der Industriearbeiter etwa 5 - 6 Millionen beträgt. (jz9)
 - 2) Tritt ein Händler dazwischen, der das Produkt verteuert, so steigt auch das Gesamteinkommen entsprechend, nämlich um seinen Profit. Dieses vergrößerte Gesamteinkommen reicht wiederum aus, um das verteuerte Produkt zu kaufen.

— 24 —

in Lohn, Zins und Differentialrente auf; man kann daher sagen, daß die Unternehmerschaft als solche laufend gerade soviel Einkommen in Form von Lohn, Zins und Rente verteilt, wie zum Absatz der gesamten Produktion erforderlich ist.

Um zu diesem Ergebnis zu kommen, muß man sich von den tauschwirtschaftlichen Begriffen der "Produktion" und des "Konsums" loslösen und sich der geldwirtschaftlichen Begriffe des "*Produktionserlöses*" auf der einen Seite und des "*Einkommens*" auf der anderen Seite bedienen. In der Geldwirtschaft werden die Güter, die ja bei dem heutigen Stande der Arbeitsteilung für ihre Produzenten persönlich fast wertlos sind, nicht nur allgemein ausgetauscht, sondern beim Austausch zu einem bestimmten Preise verrechnet. Der Käufer hat diesen Preis in Geld zu bezahlen und der Verkäufer in Geld ihn zu erhalten. Wie die Preise zustande kommen, ist hier von geringer Bedeutung; entscheidend ist, daß der für die Produktion gezahlte Preis, der Produktionserlös, immer alle die Löhne, Zinsen und Gewinne enthält, die beim Hersteller 1) aufgelaufen sind, und daß derselbe Preis stets denjenigen Teil des Einkommens der gesamten Käuferschaft darstellt, der von diesem Unternehmer in Umlauf gesetzt worden war.

Dabei spielt die Figur des Unternehmers eine wichtige Rolle: er ist es, der das Einkommen des Volkes auszahlt, indem er Löhne und Zinsen verausgabt und selbst Gewinne erzielt; und er ist es, der diese Einkommensarten *stets genau in dem Betrage* verteilt, der zum *Rückkauf seiner gesamten Produktion* durch diese Einkommensbezieher erforderlich ist. Seine Produktionskosten und Gewinne sind nie größer oder kleiner, als der Erlös aus dem Verkaufe seiner Fabrikate, ebenso wie die Sollseite seiner Bücher nie größer oder kleiner sein kann, als die Habenseite. Das, was "der Unternehmer" (als Klasse betrachtet) erläßt, ist immer das, was er kurz vorher als Lohn-, Zins- und Renteneinkommen in die Hände der Leute gebracht hatte. Produktionserlös ist gleich Einkommen. Diese wenig oder gar nicht beachtete Tautologie wird zum Eckstein der Theorie der *Störungen* des Güterumlaufs, insbesondere der Arbeitslosigkeit, zu benutzen sein 2). (jz10)

-
- 1) oder Weiterverarbeiter, oder Händler usw.
 - 2) Schon J. B. Say (Traite, 1. Ausg., II, S. 175) ist dieser Wahrheit nahe gewesen, hat aber daraus nur die voreilige Folgerung gezogen, es könne Absatzstockungen nicht geben, da er die Störungsquellen (vgl. S. 31 ff.) nicht erkannte. Später haben sich besonders Ad. Wagner, Herrmann, Schumpeter, Wieser u. a. mit diesen Fragen beschäftigt; vgl. auch Philippovich, Grundriß I, 17. Aufl., S. 40: "Produktion und Konsumption sind die entscheidenden, das Leben der Volkswirtschaft gestaltenden Tatsachen. Der Zusammenhang zwischen dem volkswirtschaftlichen Produktions- und Erwerbsprozeß wird dadurch zum wichtigsten Problem der Volkswirtschaft" (S. 41). Vgl. auch die gesondert erscheinende dogmenkritische Abhandlung des Verf.

- 25 -

4. Das Einkommen. — Ebenso, wie also der Produktionserlös sich aus den Aufwendungen für Löhne und Zinsen und den erzielten Gewinnen 1) zusammensetzt, fließt das Einkommen aus drei verschiedenen Quellen, nämlich dem Lohn, dem Zins und der Differentialrente (dem Gewinn am Preise), die wiederum mit den Bestandteilen des Produktionserlöses identisch sind. Dieses Einkommen tritt der Produktion gegenüber und ist prinzipiell stets groß genug, um die gesamte Produktion zu kaufen, wenn nicht eine der später zu erörternden Störungen auftritt. Dabei spielt die Höhe des Preisniveaus keine Rolle, denn je höher die Verkaufserlöse, desto größer ist die Masse des durch die Bezahlung der Produktionskosten in Umlauf gesetzten Einkommens.

5. Der volkswirtschaftliche Einkommensbegriff. — Daß diese Produktionserlös-Einkommensgleichung bisher noch nicht aufgestellt worden ist, ist anscheinend darauf zurückzuführen, daß der bisher in der Volkswirtschaftslehre und in der Finanzwissenschaft verwendete Einkommensbegriff nicht geeignet ist, der Produktion bzw. dem Produktionserlös gegenübergestellt zu werden.

Der heute vorwiegend vertretene Schanzsche Einkommensbegriff ist umfassender, als der hier aus der Theorie der Arbeitslosigkeit und des Absatzmangels entwickelte Einkommensbegriff; daher hat er als *steuerlicher Einkommensbegriff* seit 1919 in allen Ländern den Sieg davongetragen, ist er doch scheinbar geeignet, dem Staat die höchsten Steuereinnahmen zuzuführen. Trotzdem ist dieser auch von Gustaf Cassel u. a. vertretene Einkommensbegriff volkswirtschaftlich nicht brauchbar, da sich der Betrag des so bestimmten Einkommens nie mit dem Wert der Produktion, die zu Einkommen wird, in Übereinstimmung bringen läßt. Das hat seine Ursache darin, daß man z. B. den Vermögenszuwachs, der aus einer Wertsteigerung vorhandenen Vermögens (etwa von Grundstücken oder Wertpapieren) resultiert, mit zum Einkommen rechnet 2). Man erhält dadurch ein viel zu großes Ein-

-
- 1) Diese können positiv oder negativ sein.
 - 2) Vgl. Cassel, Theor. Soz., 1918, § 8, S. 48: "... der wichtige Satz, daß das Einkommen der Gesamtwirtschaft genau hinreicht, um den ganzen Realverbrauch und außerdem noch den Überschußwert des Realkapitals und des Grund und Bodens zu bezahlen", oder: "gleich dem Wert des Realverbrauches mit Zuschlag der Kapitalvermehrung (bzw. mit Abzug der Kapitalverminderung)" ist.

— 26 —

kommen, mit dem man die Produktion nicht einmal, sondern vielleicht eineinhalbmal kaufen könnte. Der vor dem Kriege z. B. im preußischen Einkommensteuergesetz verwendete Einkommensbegriff 1) wies diesen Fehler nicht auf; er war an der Quellentheorie der klassischen Nationalökonomie orientiert, die der hier vertretenen Produktionserlös-Einkommensgleichung sehr nahe stand.

Wenn der Vermögenszuwachs nicht zum Einkommen gehört, so sind andererseits auch Vermögensminderungen nicht abzugsfähig, insbesondere nicht die Abschreibungen. Diese sind nur rechnungsmäßige Posten, bedingen aber keine Verkleinerung der aktuellen Kaufkraft des Einkommensbezieher in dem betreffenden Jahre, und auf diese allein kommt es an.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle auf den überaus wichtigen Einkommensbegriff näher einzugehen; mag der so entwickelte neue Einkommensbegriff für steuerliche Zwecke geeignet sein oder nicht — entscheidend bleibt, daß ihm zufolge nur diejenigen Beträge echtes Einkommen sind, die in Form von Lohn, Zins und Gewinn von Unternehmern mit der Absicht ausgeschüttet worden sind, sie aus dem Produktionserlös wieder zu-rückerstattet zu erhalten. Nur dieser Einkommensbegriff ermöglicht die Aufstellung unserer Produktionserlös-Einkommensgleichung, nur er ist daher eine geeignete Grundlage zur Untersuchung der Absatzstockungen.

6. Das abgeleitete Einkommen. — Neben dem direkten Einkommen aus der produktiven Wirtschaft ist das abgeleitete Einkommen der Beamten, der Unterstützungsempfänger usw. zu betrachten. Durch Steuern oder freiwillige Beiträge wird den Einkommensträgern ein Teil ihrer Bezüge genommen und anderen Individuen als Einkommen zugewiesen. In Deutschland werden zur Zeit etwa 25 Milliarden RM, also fast ein Drittel des Volkseinkommens, durch Steuern des Reichs, der Länder und der Kommunen den direkten Einkommensbeziehern entzogen und zumeist (etwa 80 %) den Beamten und Pensionären als abgeleitetes Einkommen ausgezahlt. Hierdurch wird die Gesamtsumme des durch Produktion entstandenen Einkommens weder vermehrt, noch vermindert. Durch Ableitung von Einkommen kann weder eine Verminderung der Gesamtkaufkraft (Absatzstockung) bewirkt werden, noch eine *Steigerung*. Man kann eine Absatzstockung nicht dadurch beseitigen, daß man etwa die Kaufkraft der Erwerbslosen erhöht, indem man den in Arbeit befindlichen Werktätigen höhere

-
- 1) Einkommen aus Grundbesitz und Gewerbebetrieb (Rente), Einkommen aus Arbeit (Lohn) und aus Kapitalvermögen (Zins), sonst nichts.

- 27 -

Steuern oder Beiträge abnimmt. Durch derartige Maßnahmen, wie überhaupt durch die meisten Maßnahmen, deren die öffentliche Hand fähig ist, wird nur vorhandenes Einkommen von einer Hand in die andere übertragen, nicht aber neues geschaffen.

b) Konsum und Ersparnisse.

1. Die beiden Möglichkeiten der Einkommensverwendung. — Es kommt nun darauf an, welche Verwendung das Einkommen findet. Nicht das ganze Einkommen wird direkt von denen konsumiert, die es bezogen haben; vielmehr wird gewöhnlich ein Teil unverbraucht gelassen, also gespart. Ersparnisse können den Zweck haben, Rücklagen für die Zukunft, z. B. fürs Alter zu schaffen, oder Zinsertrag zu bringen, sie können aber auch einfach unverwendete Überschüsse darstellen. Man kann also Einkommen auf zweierlei Art verwenden: man kann es *konsumieren* oder man kann es *sparen*. Ist ein festes Einkommen gegeben, so kann der Konsum nur insoweit wachsen, wie man die Spartätigkeit beschränkt, und umgekehrt.

2. Konsumgüter und Kapitalgüter. — Dieser grundlegenden Zweiteilung der Einkommensverwendung in Konsum und Ersparnisse entspricht die Scheidung aller Güter, die überhaupt produziert werden können, in Konsumgüter und Kapitalgüter. Wir unterscheiden nämlich zwischen den Konsum- oder Verbrauchsgütern, die durch den einmaligen Konsum- oder Verzehrakt vernichtet werden, und den Kapitalgütern, auch Produktionsmittel, Produktiv- oder Gebrauchsgüter genannt, die langlebig sind und durch Gebrauch oder Benutzung Verwendung finden. Der Hauptteil der *Konsumgüter* wird von den Lebensmitteln, den Getränken und Kleidungsstücken sowie von den immateriellen Diensten und Leistungen, z. B. den Verkehrsleistungen gebildet. Wenn auch Kleidungsstücke oft eine Lebensdauer von mehreren Jahren haben und nur durch Gebrauch nützlich sind, so rechnet man sie doch zweckmäßigerweise zu den Konsumgütern. Sie werden nämlich ebenso wie die Konsumgüter aus dem Einkommen *auf einmal* bezahlt, während Kapitalgüter regelmäßig in Raten (Annuitäten bei Anleihen usw.) bezahlt werden. —

Der Hauptteil der *Kapitalgüter* dagegen besteht aus den Wohngebäuden und den Produktionsmitteln (im engeren Sinne), d.h. den Werkzeugen, Maschinen, Fabriken, Eisenbahnen, Brücken usw.

Entsprechend der Scheidung aller Güter in Konsumgüter und Kapitalgüter unterscheidet man auch zwischen zwei Haupt-

— 28 —

industrien: Der Konsumgüter- und der Kapitalgüterindustrie.

3. Sparen und übertragener Konsum. — Diese beiden Arten der Güterherstellung werden aus ganz verschiedenen Quellen gespeist. Sie entsprechen den beiden Arten der Einkommensverwendung, die wir soeben kennengelernt haben: Der Gesamterlös der Konsumgüterproduktion ist gleich dem konsumierten Teile des Volkseinkommens, und die Gesamtsumme der Ersparnisse ist gleich dem Gesamterlös der Kapitalgüterproduktion. Es können also nie mehr Wohnungen und andere langlebige Güter hergestellt werden, als gespart worden ist.

"Sparen" bedeutet nämlich nicht, daß die Güter, die man mit dem ersparten Einkommen hätte kaufen können, unverbraucht bleiben und verderben. Die Ersparnisse werden vielmehr zu einer zweiten Art von abgeleitetem Einkommen, genauer gesagt zu "übertragenem Einkommen": der entsprechende Betrag Kaufkraft wird vom Sparer z. B. erst an die Sparkasse übertragen, von dieser an einen Bauunternehmer, und von diesem an die Bauarbeiter, in deren Lohntüten diese "Ersparnisse" *ein zweites mal zu Einkommen* werden. Soweit der Bauunternehmer etwa Eisenträger kaufen mußte, wandern sie weiter an das Stahl- und Walzwerk, wo sie als Lohneinkommen an die dortigen Arbeiter ausgezahlt werden usw. —

4. Sparen und Kapitalgüterproduktion. — Genau besehen, wird das ersparte Einkommen entweder direkt zur Anschaffung von Produktionsmitteln verwendet: Das pflegt der Unternehmer zu tun, dessen Reingewinn höher ist, als sein Privatverbrauch: Er kauft neue Maschinen. Oder es wird bei Banken und Sparkassen als Einlage eingezahlt, oder endlich, es wird zum Ankauf von Pfandbriefen, Obligationen und Aktien verwendet. In allen diesen Fällen werden die unverbrauchten Konsumgüter, auf die der Sparer in Höhe seiner Ersparnisse einen Anspruch gehabt hatte, letzten Endes als Lohn, Zins und Rente denjenigen ausgezahlt, die aus der Kapitalgüterindustrie Einkommen beziehen: Beim Unternehmer, der aus Ersparnissen neue Maschinen kauft, dient der Kaufpreis, den er an die Maschinenfabrik bezahlt, offenbar zur Bezahlung der Löhne, Zinsen und Renten, die in dieser Fabrik fällig werden. Läßt der Unternehmer die neuen Maschinen in eigener Regie herstellen, so zahlt er selbst diese seine Ersparnisse als Einkommen an seine Arbeiter usw. aus. Sind die Ersparnisse bei den Banken usw. eingezahlt worden, so bleiben sie zumeist keinen Tag ungenützt; meist wartet schon jemand darauf, aus ihnen ein Darlehen

— 29 —

oder einen Kredit irgendwelcher Art zu erhalten. Derartige Kredite werden praktisch ausnahmslos 1) in Produktionsmitteln und andern Kapitalgütern investiert, da ihre Schuldner anders *die Zinsen nicht aufbringen* können, die sie laufend zu zahlen haben. Investieren in Produktionsmitteln heißt aber, solche durch irgendeinen Unternehmer von Arbeitern mit Hilfe von Produktionsmitteln herstellen lassen. Genau so ist es bei dem Ankauf von Obligationen und Aktien. So dienen die *Ersparnisse* bis zum letzten Pfennig der der Entlohnung von *Produktionsmittelarbeitern* und der Zahlung der dabei fällig werdenden Zinsen und Renten. Es ist nicht einzusehen, was mit erspartem Einkommen anders geschehen könnte; *die Summe der Einkommen, die aus der Produktionsmittelindustrie bezogen werden, kann nie größer oder kleiner sein, als die Summe der Ersparnisse*. In Konsumgütern kann man Ersparnisse nicht anlegen, da diese verderben würden, (jz11) auch andere Quellen da sind, aus denen eine solide Lagerhaltung finanziert wird. Aufhäufen von Geld, z.B. Banknoten, bedeutet auch nichts anderes, als ein Bankguthaben, denn die Notenbank muß einen entsprechenden Teil ihrer Aktiven in Krediten anlegen, Aufhäufen von Edelmetallen wirkt wie Konsum, kann aber außer Betracht bleiben, da es heute in nennenswertem Umfange nicht mehr vorkommt; und andere Möglichkeiten gibt es nicht.

So werden die Ersparnisse zweimal zum Einkommen: einmal bei dem, der sie macht, und zum zweiten male bei demjenigen, der sie direkt oder indirekt (durch die Banken) in Form von Einkommen aus der Produktionsmittelindustrie bezieht. Da auch von letzterem Einkommen wieder ein Teil gespart zu werden pflegt, können die Ersparnisse teilweise noch mehrfach zu Einkommen werden, worauf aber hier nicht einzugehen ist.

Jedenfalls werden aber auch die aus der Produktionsmittelindustrie stammenden Ersparnisse mindestens noch ein zweitesmal zu Einkommen in derselben Industrie.

5. Verteilung der Arbeitskräfte auf die beiden Hauptindustrien. — Die Arbeiter, die Konsumgüter herstellen, decken also nicht nur ihren eigenen Bedarf an solchen Waren, sondern noch dazu den Konsumbedarf der Arbeiter, die Kapitalgüter herstellen. Ebenso muß die Produktion der Kapitalgüterarbeiter die ganze Wirtschaft mit Kapitalgütern und Produktionsmitteln ver-

1) Abgesehen von Konsumtivkrediten.

— 30 —

sorgen, nicht nur die eine Gruppe der Arbeiter. *Wie viele* Arbeiter in der Produktionsmittelherstellung tätig sein und von den übrigen Arbeitern mit Konsumgütern versorgt werden können, ohne selbst Unterhaltungsmittel zu produzieren, hängt von dem Maße der Spartätigkeit ab. Also entscheidet die Spartätigkeit über die Verteilung der Arbeiterschaft auf die beiden Hauptindustrien: Wenn etwa ein Drittel des Einkommens gespart und zwei Drittel konsumiert werden, so dienen nur letztere zwei Drittel des Einkommens zum Unterhalt der in der Konsumgüterindustrie beschäftigten Arbeiter und zur Zahlung der dort fällig werdenden Löhne, Zinsen und Differentialrenten; das letzte Drittel Einkommen dient übertragen der Beschäftigung und Ernährung der Kapitalgüterarbeiter, genau genommen zur Zahlung der dort fälligen Löhne, Zinsen und Renten.

Dabei ist die Höhe der Spartätigkeit nicht vom Landeszinsfuß abhängig 1), sie ist vielmehr eine Funktion der Volksgewohnheiten und besonders des Grades der Ausnutzung der gesamten volkswirtschaftlichen Maschine, worauf später noch näher einzugehen sein wird. Durch diese Kapitalbildung ist das Angebot an Kapitaldisposition begrenzt und bestimmt

6. Kapitalbildung. — Sparen ist nach all dem gleichbedeutend mit Kapitalbildung: Unter "Kapital" sind Häuser, Maschinen, Brücken und alle anderen langlebigen Gebrauchsgüter zu verstehen, die man durch Aufwand von Lohn, Zins und Gewinn herstellen kann. Alle diese Werte werden in gerade dem Maße produziert, wie gespart wird, wie Einkommen also übertragen wird. Demnach ist richtiges Sparen nicht allein eine Art Enthaltung, *sondern auch noch eine positive Leistung, nämlich die Verwendung der ersparten Konsumgüter für den Unterhalt von solchen Arbeitern, die Sachen von dauerndem Wert herstellen*; kurz, Kapitalbildung durch Sparen ist nichts anderes als die Herstellung von realen Kapitalgütern selbst.

Zusammenfassung. — Wir fassen also zusammen: Der Erlös aus dem Verkauf der Produktion besteht aus zwei Teilen: dem Erlös der Konsumgüterproduktion und dem Erlös der Kapitalgüterproduktion. Beide werden von der Unternehmerschaft in Form von Produktionskosten 2), also von Lohn, Zins und Gewinn als Einkommen

-
- 1) Nachdem *Cassels* dahingehender Beweisversuch vollständig fehlgeschlagen ist; vgl. die gesondert erscheinende dogmenkritische Arbeit des Verf.
2) Hier einschließlich Differentialrente gemeint.

- 31 -

an die beteiligte Bevölkerung ausgeschüttet. Dieses Einkommen wird teils zum Konsum verwendet, teils gespart. Die Konsumausgaben sind gleich dem Erlös der Konsumgüterproduktion und die Ersparnisse gleich dem Erlös der Kapitalgüterproduktion, sodaß beide Teile der Produktion restlos abgesetzt werden können: die Konsumgüterproduktion an die "Konsumenten", die Produktionsmittelproduktion an diejenigen Unternehmer, Hausbesitzer usw., denen die Sparer ihre Spargelder direkt oder auf dem Wege über die Banken geliehen hatten. Genau genommen ist es also nicht so, daß Produktion gleich Konsum ist, wie wir erst angenommen hatten, vielmehr würde das nur gelten, wenn man unter "Konsum" die gesamte Güterabnahme einschließlich der langlebigen Güter verstände. Da der Sprachgebrauch aber dem entgegensteht, haben wir dem Begriff der zweigeteilten Gesamtproduktion auch eine zweigeteilte Einkommensverwendung gegenübergestellt, von der der

"Konsum" (im engeren Sinne) nur ein Teil ist. Es bleibt aber bestehen, was das Ziel der Auseinandersetzung war, daß nämlich Produktion gleich Einkommen ist, so daß prinzipiell ein glatter Absatz aller hergestellter Güter gewährleistet erscheint.

c) Die Problematik der Verteilungslehre und die Störungen im Absatz.

Mit dieser einfachen Lösung, daß es nämlich logischerweise gar keine Absatzstockungen geben *könne*, haben sich seit J. B. Say eine große Anzahl von Nationalökonomien begnügt Heute, wo die Tatsache des Absatzmangels offener zutage liegt als je, reicht diese Antwort nicht mehr aus. Eine genaue Analyse zeigt denn auch, daß die Produktion-Einkommensgleichung nur unter bestimmten *Voraussetzungen* gilt, die noch nicht erwähnt sind.

I. Der Zeitunterschied. — So müssen wir uns zuerst vor Augen halten, daß der Absatz der Produktion nicht eine mathematische Gleichung, sondern ein in der Zeit sich vollziehender Vorgang ist. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, wann der Unternehmer den Produktionserlös verteilt, durch den die Käufer in die Lage versetzt werden sollen, seine Ware zu kaufen.

Verteilt der Unternehmer den Erlös erst *nach* dem Verkauf, so würden wir eine unmögliche Voraussetzung machen, indem der Unternehmer *solange nichts verkaufen kann, als er* noch keine Kaufkraft verteilt hat. Erste Voraussetzung der Gültigkeit

— 32 —

unserer Gleichung ist also, daß der Unternehmer Mittel und Wege findet, den Erlös schon zu verteilen, ehe er ihn hat.

1. *Die Diskontierung.* — Das kann geschehen, indem der Unternehmer etwa Geld vorgeschossen erhält, ehe er die Ware verkauft hat, oder indem er die Ware selbst auf Ziel verkauft, den Erlös aber von dritter Seite sofort erhält. Die Erfahrung hat gezeigt, daß der erste Weg äußerst gefährlich ist, indem die Unternehmer dann verleitet werden, Waren herzustellen, die sich später als unverkäuflich erweisen und wertlos werden. Man hat daher schon seit den Erfahrungen der schottischen Banken dieses "Lombardprinzip" aufgegeben und ist zum "Diskontprinzip" übergegangen.

Hierdurch wird der Unternehmer in die Lage versetzt, schon dann Lohn und Zins zu verteilen und Gewinn zu realisieren, wenn sein Produkt zwar an den Handel verkauft, der erlöste Preis aber noch nicht bezahlt ist. Durch eine solche Diskontierung wird der ihm angeschlossene Teil der Bevölkerung gerade insoweit kaufkräftig, daß die Güter restlos vom letzten Konsumenten aus der Hand des Handels gekauft werden können. Die Produktion ist damit abgesetzt, die Läger sind geräumt und die *vorhandenen Arbeitskräfte sind wieder von neuem erforderlich*, um weitere Waren herzustellen.

2. *Die Banken und der Umsatzkredit.* — Diese Diskontierung wird von den Kreditbanken geleistet. Ihr richtiges Funktionieren ist also die zweite Voraussetzung, die erfüllt sein muß, wenn die Gleichung verwirklicht werden soll. Die Banken bedienen sich zur Durchführung ihrer Aufgabe des Umsatzkredits, der eine umfangreiche Organisation verlangt, die von der Metropole bis ins letzte Dorf reichen muß.

Einer weitverbreiteten Ansicht zufolge haben die Banken auch die Macht der Kreditschöpfung, sie können also bewirken, daß insgesamt mehr Kaufkraft zu (zur? - J.Z.) Verfügung steht, als von den Unternehmern in Umlauf gesetzt worden war. Hier werden eingehende Untersuchungen über die Zweckmäßigkeit des gegenwärtigen Kreditsystems erforderlich sein, um beurteilen zu können, ob etwa hier die Ursache des Absatzmangels, von dem die Arbeitslosigkeit nur eine Abart ist, zu finden sei.

3. *Der Notenumlauf und die Zentralnotenbanken.* — Die Leistungen der Banken wiederum hängen in hohem Maße ab von der Qualität und der Quantität des Geldes, daß sie von den Zentralnotenbanken ihrer respektiven Länder zur Verfügung gestellt erhalten, weiter auch von der Kreditpolitik dieser Banken und ihren Maßnahmen zum Ausgleich der internationalen Zahlungs-

bilanzen. Eine eingehende Untersuchung dieser Gruppe von Problemen, die sich an den Umsatzkredit, die Kreditbanken und die Noteninstitute knüpft, würde zu dem Ergebnis führen, daß eine tiefergreifende, in Jahrzehnten durchzuführende Reform unseres Banksystems anzubahnen ist. Damit wäre gegenüber der im Jahre 1930 besonders scharf auftretenden akuten Arbeitslosenkrise nichts gewonnen. Da sich gleichzeitig ergibt, daß die besondere Schärfe und der ungewöhnliche Umfang dieser gegenwärtigen Arbeitslosenkrise nicht durch derartige Störungen des Umsatzkredits, sondern durch Stockungen in der Kapitalbildung und im Anlagekredit verursacht sind, wird sich die vorliegende Schrift auf die Behandlung dieser letzteren Probleme beschränken. *Hier sind sofortige und wirksame Maßnahmen möglich*, da hier nicht eine Umgestaltung der vorhandenen Bankorganisation, sondern nur eine *neue und bessere Bankpolitik* gefordert zu werden braucht. Nach der Durchführung dieses "Bank- und Finanzierungsprogramms" wird noch eine gewisse Arbeitslosigkeit übrig bleiben, die nur durch eine tiefergreifende Änderung der *Bankorganisation* beseitigt werden kann. Die im wesentlichen fertiggestellte Abhandlung, die sich mit diesen Problemen und Maßnahmen beschäftigt, hofft der Verfasser im nächsten Jahre veröffentlichen zu können.

II. Der unvollendete Sparvorgang. — Eine weitere Gruppe von Störungen muß sich aus der Eigentümlichkeit des Sparvorganges ergeben. Wir hatten gesehen, daß die Spartätigkeit nicht mit der negativen "Enthaltsamkeit", dem Nicht-Konsumieren, zu verwechseln ist. Ihr muß sich vielmehr ein positives Element zugesellen, wenn aus dem "Enthalten" ein "Kapitalbilden" werden soll. Dieses positive Element ist nicht nur beim volkstümlichen Sprachgebrauch heute sehr oft zu vermissen, sondern auch in der wissenschaftlichen Behandlung des Kapitalbildungsproblems 1). Schon *Proudhon* war sich der hier gelegenen Schwierigkeit bewußt, indem er die Preissteigerung, von der die Waren beim Verlassen der Fabrik betroffen werden, für die Absatzschwierigkeiten seiner Zeit verantwortlich machte. Er glaubte, daß der *Profit* die Ursache dieser Störungen sei, indem durch ihn die Ware so verteuert würde, daß sie für die Kaufkraft derer, die sie hergestellt hatten, unerreichbar werde.

-
- 1) Eine solche gibt es erst seit wenigen Jahren. Vgl. die ausführlichen Literaturangaben in meiner Schrift "Die Reform der Mündelsicherheitsbestimmungen", Teil V, und bei *Lampe* a. a. O.

1. Widerlegung der Ausbeutungstheorie. — Diese Ausbeutungstheorie kann in zwei Formen vertreten werden: Entweder sagt sie, der Arbeiter erhalte nicht seinen vollen Arbeitsertrag, werde also betrogen, oder sie sagt, der Profit mache einen Teil der produzierten Waren unverkäuflich.

Hier muß zuerst hervorgehoben werden, daß es für die Lösung des Absatz- und Arbeitslosenproblems an sich gleichgültig ist, ob die Arbeiterklasse den vollen Ertrag ihrer Arbeit erhält oder nicht, wenn sie nur in Arbeit und Lohn erhalten wird und wenn nur dafür gesorgt wird, daß derjenige Teil der Produktion, um den man sie "betrogen" hat, andern Konsumenten zugeführt wird, also nicht auf den Lägern verdirbt. Die Betrachtung des täglichen Lebens zeigt nun aber, daß diese der Arbeiterschaft vorenthaltenen Güter unverkäuflich sind. Eine Ausbeutung, die für die Ausbeuter aber ohne Nutzen ist, verdient ihren Namen nicht

Gegen die erste Form der Ausbeutungstheorie ist weiter folgendes zu sagen: Allerdings wird das Produktionsergebnis auf Lohn, Zins und Rente verteilt, und nicht allein auf den Lohn, also die Arbeiter. Es ist also richtig, daß die Arbeiter nicht das volle Ergebnis der Produktion zugewiesen erhalten. Trotzdem bedeuten Zins und Rente keine Verminderung ihres Anteils, denn Zins wird nur gezahlt, wo die Arbeit durch Werkzeuge, Maschinen usw., also durch Kapital unterstützt wird. Die durch dieses Kapital erzielte Mehrproduktion ist stets größer, als die Zinsbelastung; *der Anteil der Arbeiter ist also auch nach Bezahlung der Zinsen noch größer; mindestens ebenso groß, als er wäre, wenn die Arbeit ganz ohne Hilfe von Kapital ausgeführt worden wäre.*

Ebensowenig wird der Lohn durch die gleichzeitige Zahlung der Differentialrente geschmälert. Man muß davon ausgehen, daß der Arbeiter nur den Lohn beanspruchen kann, der sich unter den ungünstigen Bedingungen gewähren läßt. Andernfalls müßten die Arbeiter in den besser gelegenen Betrieben mehr Lohn erhalten, obwohl sie

dort nicht mehr arbeiten; was dem Prinzip widerspricht, daß es am Markte auch für die Arbeit nur *einen* Preis geben kann. Die Differentialrente ist nur der Mehrgewinn derjenigen Unternehmer, die unter günstigeren Bedingungen produzieren; sie ist nicht Teil des Preises, sondern Gewinn am Preise, über die Lohn- und Zinskosten hinaus.

Hiernach kann man von einer Ausbeutung des Arbeiters in dem Sinne, daß ihm ein Teil seines Arbeitsertrages entzogen wird,

- 35 -

nicht sprechen.

Wie steht es aber mit der zweiten Form der Ausbeutungstheorie, die darauf hinausläuft, daß Absatzstockung und Arbeitslosigkeit durch die Preissteigerung der Güter zu erklären sind, der keine entsprechende Einkommensvermehrung gegenübersteht?

Auch diese Behauptung ist auf den ersten Blick falsch. Wenn die Ware z. B. beim Verlassen der Fabrik oder später in der Hand des Händlers eine Preissteigerung von 5000 RM durchmacht, so muß notwendigerweise gerade dadurch das Einkommen des Fabrikanten oder des Händlers um 5000 RM erhöht worden sein. Sobald der Bezieher dieses "Profits" also sein zusätzliches Einkommen ausgibt oder an eine Bank überträgt, macht er gerade diejenige Kaufkraft geltend, die zum Absatze des ganzen Produkts bisher fehlte. Und wenn der letzte Kleinhändler noch einmal 10 % drauf schlägt, so erhöht er doch im selben Augenblicke sein Einkommen und seine Kaufkraft um denselben Betrag. So ist der Gedanke unrichtig, daß der Profit (Zins oder Rente) an der Überproduktion Schuld sei; das Einkommen ist vielmehr stets ausreichend, um das gesamte Produkt zu kaufen.

2. *Die Verwandlung der Unternehmer-Ersparnisse in Kapitalgüter.* — Und doch steckt in der Ausbeutungstheorie, wie *Proudhon* sie formuliert hat, ein richtiger Kern. Der Teil der Produktion, der den Arbeitern "vorenthalten" und dem Unternehmer zugeteilt worden ist, kann nämlich trotz der Kaufkraft des Unternehmers nicht abgesetzt werden, weil sich die Nachfrage des Unternehmers auf ganz andere Warengattungen zu richten pflegt, als sie am Lager zur Verfügung stehen.

Nehmen wir das Beispiel einer Eierfarm: Ihr Besitzer gewinnt täglich 1000 Eier, von denen er 800 auf die 80 Arbeiter verteilt, die in seinem Betrieb tätig sind und das nötige Futter erzeugen. 200 Eier bleiben für den Unternehmer übrig. Er selbst kann natürlich, um im Beispiel zu bleiben, nur 10 davon essen. So müssen seine Ersparnisse, nämlich die andern 190 Eier, verfaulen, *wenn er nicht dafür sorgt, daß sie in langlebige und ertragbringende Kapitalgüter verwandelt* werden. Diese Verwandlung seiner ersparten Konsumgüter in dauerhafte Werte kann der Besitzer nur dadurch erzielen, daß er 19 Arbeitslose anstellt, sie etwa zur Errichtung eines Wohn- oder Mietshauses verwendet und sie mit 10 Eiern pro Kopf täglich entlohnt. *Nur so* kann er das Verfaulen der Eier vermeiden, Absatz für die ersparten Güter schaffen und das Ziel des Sparens erreichen: den Besitz eines dauerhaften Gutes, das womöglich Zinsen bringt. Wenn der Unternehmer diese Verwand-

- 36 -

lung der "innerbetrieblichen" Kapitalbildung in richtiges Kapital nicht selbst vornimmt, muß er sie andern Unternehmern, in den meisten Fällen unter Vermittlung der Banken, überlassen.

3. *Die Vollendung des Kapitalbildungsvorganges erst durch die Antizipationskredite.* — Diesen Zweig der bankmäßigen Betätigung nennt man den *langfristigen oder den Anlagekredit*. So wird eine Untersuchung der Organisation des Anlagekredits nötig sein, wenn man die Ursachen der Absatzstockungen ermitteln will. Dabei wird der sogenannte "antizipierte Emissionskredit", allgemeiner der "Antizipationskredit" eine besondere Rolle spielen. Man bemerkt nämlich in dem eben genannten Beispiel, daß dem Unternehmer gar kein langfristiges Kapital zur Verfügung stand, mit dem allein er nach herrschender Ansicht dauernde Kapitalgüter, wie Häuser, bauen darf. Es standen ihm nur Konsumgüter, die in der Geldwirtschaft durch den kurzfristigen Kredit repräsentiert werden, zu Verfügung. Hätte er, wie das heute beim soliden Unternehmer und Bankier üblich ist, solange gewartet, bis ihm jemand langfristiges Kapital leihen würde, so wären nicht nur die Erwerbslosen brotlos geblieben und die

Eier verfault, sondern es wäre auch die Herstellung des realen Kapitals unterblieben. Damit wäre aber auch der Sparvorgang unvollendet geblieben und man hätte sich mit Recht *nicht nur über Arbeitslosigkeit und Absatzmangel, sondern auch über Mangel an Kapitalbildung beklagt*.

Aus der genaueren Untersuchung dieser Frage wird sich ergeben (unten Kapitel 2), *daß der Sparvorgang in der Geldwirtschaft tatsächlich nicht ohne Antizipationskredite vollendet werden kann*, also nicht ohne die Verwendung eines bestimmten Betrages *von kurzfristigem Kredit zur Erstellung von langlebigen Kapitalgütern*, wie Häusern, Fabriken usw. Wir kommen daher zu dem Ergebnis, daß die *Proudhonsche Theorie* der Absatzstockungen solange nicht unberechtigt ist, als nicht durch Antizipationskredite für eine Umwandlung der Konsumgüter, also eine Anlage der in Bildung begriffenen Profite (Ersparnisse) gesorgt wird.

4. *Die übrigen Probleme des Anlagekredits im Rahmen der Erlös-Einkommensgleichung.* — Weiter wird bei den Fragen des Anlagekredits der Banken zu erörtern sein, ob und wie weit zur Zeit etwa eine Überversorgung des kurzfristigen Kredits auf Kosten des Anlagekredits herrscht, und welche Rolle der Diskontsatz der Reichsbank hierbei gespielt hat. Auch

- 37 -

die Frage der Kapitalanlegungsvorschriften, die große Teile der Kapitalbildung in bestimmte, nicht immer wirtschaftlich erwünschte Bahnen zwingen, und das Problem der Kapitalflucht und der Auslandsanleihen werden zu behandeln sein, wenn ermittelt werden soll, wie Störungen im Absatz der Arbeitskraft und der Waren entstehen können und wie sie zu beseitigen sind.

Die *praktischen Vorschläge*, die aus diesen theoretischen Untersuchungen zu gewinnen sind, werden im wesentlichen in der planmäßigen Umwandlung vorhandener latenter Ersparnisse in effektive Kapitalbildung gipfeln. Nicht nur das Mittel dazu, die Antizipationsvorschüsse, sondern auch die Bauprojekte, die durch diese Kapitalbildung verwirklicht werden sollen, werden zu erörtern sein. Die beiden Voraussetzungen einer solchen produktiven Bankpolitik sind die Senkung des Zinsniveaus, deren Durchführbarkeit zu beweisen ist, und die Umgestaltung des Großbank-Geschäfts. Daneben werden die Hilfsmaßnahmen und die neuen Aufgaben der Reichsbank zu behandeln sein.

Wesen und Aufgaben der Kapitalbildung und des langfristigen Anlagekredits.

a) Die Kapitalbildung.

1. Wesen der Spargelder. — Das gesamte Einkommen wird keineswegs nur für Konsumgüterbedarf ausgegeben, vielmehr wird immer ein Teil von ihm *gespart*. (jz12) Der einfachste Fall des Sparens liegt vor, wenn ein Teil des Einkommens, d. h. der auf einen Einkommens-träger entfallenen Konsumgüter, nicht direkt verzehrt wird.

In der Geldwirtschaft werden solche unverbrauchten Einkommens teile zumeist in Geldform als Sparguthaben bei einer Bank eingezahlt, durch welchen Vorgang sich ihre weitere Verwendung im allgemeinen dem Gesichtskreis des Sparerers selbst entzieht. Die Banken und Sparkassen verwenden solche Depositen, um daraus Kredite in gleicher Höhe auszugeben; sie übertragen also tatsächlich die unverbrauchten Konsumgüter, die der Sparer nicht zu verwenden wußte, an andere Individuen, die imstande sind, sie regelrecht zu konsumieren. Die Kreditnehmer benutzen die erhaltene Kaufkraft, um für gerade den Betrag Konsumgüter zu erwerben, der vorher erspart war. Oft tun sie das nicht selbst, sondern überlassen es denjenigen, die von ihnen Lohn empfangen. Dieser Fall ist so sehr die Regel, daß tatsächlich fast die gesamten Ersparnisse des Volkes an Unternehmer gelangen, die sie als Lohn an Arbeiter und Angestellte auszahlen.

2. Arten der Ersparnisse. — Diese Spargelder sind aber nicht die einzige Art von Ersparnissen die es gibt. Vielmehr ist dieses (1) Zurücklegen von Einkommen, das wir "Einkommenssparen" nennen wollen, wohl zu unterscheiden von (2) der Spartätigkeit im

— 39 —

Sinne des französischen Ausdrucks *économiser*, die wir "Kostensparen" nennen werden, und (3) der negativen Spartätigkeit. Die Summe von (1) und (2) abzüglich der negativen Spartätigkeit wird *Kapitalbildung* genannt. Sparen ist also nicht mit Kapitalbildung identisch, aber ihr sehr ähnlich.

Bei der Theorie des Sparens ist bisher zu wenig beachtet worden, daß das deutsche Wort "*Sparen*" *zwei ganz verschiedene Bedeutungen* hat, woraus sich ein Teil der Meinungsverschiedenheiten über den Sparbegriff erklären mag. Man sagt von einem Angestellten, der monatlich einen Teil seines Gehalts zur Sparkasse bringt, er "*spart*"; man sagt aber auch von einem Fabrikanten, der seine Unkosten senkt, oder einer Hausfrau, die einen fleischlosen Tag einführt, sie "*sparen*", obwohl in beiden Fällen eine ganz andere Tätigkeit vorliegt. Das eine Mal handelt es sich um aufsammeln, *anhäufen* von Dingen bzw. Bankguthaben, das andere Mal handelt es sich um eine strenge Durchführung des Wirtschaftsprinzips, um die Erreichung des wirtschaftlichen Zweckes mit geringeren Mitteln, als bisher, also um eine Rationalisierung.

Die französische Sprache, die einen gemeinsamen Oberbegriff für beide Tätigkeiten nicht kennt, unterscheidet daher richtig zwischen *épargner* und *économiser*. Dasselbe Verhältnis wird im Deutschen wohl am besten durch die zusammengesetzten Worte "Einkommenssparen" und "Kostensparen" ausgedrückt, da das eine Mal am Einkommen, das andere Mal an den Selbstkosten gespart wird. Weil mit den Worten "sparen", "anhäufen" und "rationalisieren" oft ganz andere Tatbestände gemeint werden, werden wir davon absehen, diese wenig brauchbaren Ausdrücke zu verwenden und uns der neu gebildeten Ausdrücke bedienen, wo es nötig ist.

3. Einkommenssparen (im Sinne von *épargner*). — Welche volkswirtschaftliche Bedeutung hat nun sparen im Sinne von *épargner*?

Wenn in einer Volkswirtschaft etwa 1/10 des Gesamteinkommens gespart wird, so kann das nur heißen, daß die Arbeit von 9/10 der Arbeitenden hinreicht, um 10/10 der werktätigen Bevölkerung mit Konsumgütern zu

versorgen. Das letzte Zehntel der Bevölkerung braucht sich nicht mehr in der Konsumgüterproduktion zu betätigen, um seinen Bedarf zu erarbeiten; es lebt von den Waren, die die andern 9/10 gespart hatten, indem sie den entsprechenden Teil ihres Geldeinkommens unverbraucht zur Bank brachten. *Dieses letzte Zehntel der Bevölkerung, das von der übrigen Bevölkerung ernährt wird, ist also verfügbar, um die überall*

— 40 —

so dringend begehrten Kapitalgüter herzustellen, insbesondere die Produktionsmittel.

Wir sind uns klar darüber, daß eine Wirtschaft, in der alle Hände voll beschäftigt sind, um den laufenden Konsumgüterbedarf zu beschaffen, zwar keine Arbeitslosigkeit kennt, aber doch größte Armut zeigen muß, indem die Arbeit ohne Werkzeuge, Straßen, Verkehrsmittel verrichtet werden muß, indem ferner die Bevölkerung ohne oder ohne neue Wohnungen usw. hausen muß. Der Augenblick, in dem es gelingt, die Ernährung der gesamten Bevölkerung mit nur 90 % der Arbeiter zu bewerkstelligen und 10 % verfügbar zu machen, um Wohnungen, Wege, Brücken usw. zu bauen, ist der *Wendepunkt von der Armut zum Wohlstand*.

Wir werden sehen, daß dieser Fall auch heute wieder in verstärktem Maße gegeben ist, daß man aber merkwürdigerweise jetzt mit den überschüssigen Arbeitskräften nichts anzufangen weiß, ihr Vorhandensein vielmehr als ein nationales Unglück betrachtet; ein Gedanke, der den Einwohnern in dem oben erwähnten Beispiel sicher als unbegreiflich erschienen wäre. Offenbar sind diese freigesetzten Arbeitskräfte allein in der Lage, durch Herstellung neuer Kapitalgüter und Produktionsmittel das Los des ganzen Volkes zu erleichtern.

In der Tat werden nun auch die Spargelder (*épargner*) der Nation fast ausschließlich zur *Herstellung von Kapitalgütern* verwendet. Die Beträge, die bei Banken und Sparkassen eingezahlt werden, können von diesen Instituten regelmäßig nur zur Herstellung von Produktionsmitteln ausgeliehen werden, da die Banken und Sparkassen für die Einlagen Zinsen bezahlen müssen. Es kommen also nur solche Ausleihungen in Frage, die ihrerseits wieder Zinsen zu bringen vermögen, und das sind praktisch nur Umsatzkredite und Anlagekredite. Da die Umsatzkredite, wie sich zeigen läßt, aus den Giroguthaben und dem Banknotenumlauf voll und ganz bestritten werden, bleibt für Spargelder nur die Ausleihung in Anlagekrediten als einzige Anlagemöglichkeit übrig. Das trifft natürlich nur für den Durchschnitt der gesamten Volkswirtschaft zu, während die Verhältnisse bei den einzelnen Banken von Fall zu Fall verschieden liegen können. Bei Ausleihungen, die nicht in eine dieser Kategorien fallen, würde die Bank niemals sicher sein, das Kapital, insbesondere aber Zinsen zurückzubekommen, da solche unproduktiven Kredite kein Substrat haben, das einen Überschuß abwirft, aus dem also die Zinsen bezahlt werden können.

- 41 -

Auch wenn die Spargelder zum Ankauf von *Obligationen, Anleihen oder Aktien* verwendet werden, findet das zurückgelegte Geld seine Anlage in Produktivgütern, d. h. es wird zur Bezahlung der Lohn- und sonstigen Kosten von Produktionsmitteln, Häusern usw. verwandt. Das ist sogar bei Stadtanleihen der Fall, denn die Diskussion zwischen dem früheren Reichsbankpräsidenten Schacht und dem Städteverband über die Verwendung der Auslandsanleihen hat ergeben, daß nur ganz wenige Prozent Anleihe summen auf relativ unproduktive Güter, wie z. B. Sportanlagen (also immerhin für Kapitalgüter), und der volle Rest auf werbende Zwecke, insbesondere auf die Erweiterung der Gas- und Elektrizitätswerke entfällt — Ebenso ist die Anlage von Spargeldern in *Pfandbriefen* zu beurteilen. Eine solche Anlage bedeutet die Verwendung der unverbrauchten Konsumgüter für Lohnzahlungen an Bauarbeiter, sachlich also für die Förderung des Wohnungsbaues, einer besonders wichtigen Klasse von Kapitalgütern.

Hat ein Unternehmer selbst die Ersparnisse zurücklegen können, so wird er damit entweder sein Bankguthaben erhöhen oder seine Bankschuld tilgen, welche Fälle oben bei der Erörterung der Bankdepositen bereits einbegriffen sind, oder er wird neue Maschinen kaufen. Dann dient der Kaufpreis, den er an die Maschinenfabrik bezahlt, offenbar zur Bezahlung der Löhne, Zinsen und Differentialrenten, die in dieser Fabrik fällig werden. Oder der Unternehmer läßt die neuen Maschinen in eigener Regie selbst herstellen: Dann zahlt er

selbst diese seine Ersparnisse an seine Produktionsmittelarbeiter aus. *So werden zurückgelegte Einkommensersparnisse stets in Produktionsmitteln und anderen Kapitalgütern investiert.* Alle solche Ersparnisse dienen letzten Endes der Entlohnung von Produktionsmittelarbeitern und der Zahlung der dabei fällig werdenden Zinsen und Renten.

Mithin ist die volkswirtschaftliche Aufgabe des Sparens die Freisetzung von Arbeitskräften innerhalb der Konsumgüterindustrie, damit diese verfügbar werden, um langlebige Kapitalgüter herzustellen. Ohne die Spartätigkeit wäre das Leben des Menschen von dem der Tiere wenig verschieden, die ihren Tag fast ausschließlich der Einsammlung von Konsumgütern widmen müssen. Die Vermehrung und Verfeinerung des Sparens ist also eins der wichtigsten Mittel, um die Grundlagen der menschlichen Kultur zu verstärken, denn nur durch Sparen ist die Erstellung langlebiger Güter, die plan-

— 42 —

mäßige Fürsorge für die Zukunft, die Sicherung des Lebens gegen die Einflüsse der Naturgewalten und die feinere geistige Gestaltung möglich. Alle diese Komponenten der menschlichen Kultur setzen die Befreiung der damit Beschäftigten von der unmittelbaren Konsumgüterproduktion voraus.

4. Die Verschiebung der verfügbaren Arbeitskräfte innerhalb der Gesamtindustrie durch die Spartätigkeit. — Wenn die Spargelderanlage in Bankguthaben, in Aktien, in Pfandbriefen usw. typisch für die Vorgänge auf der Geldseite der Wirtschaft ist, *welches sind die analogen Vorgänge auf der Sachgüterseite?* Gehen wir aus von einer Wirtschaft, in der überhaupt nicht gespart wird. Der Beginn der Spartätigkeit auf Seiten der Einkommensbezieher bedeutet hier offenbar Rückgang der Nachfrage nach Konsumgütern, dementsprechend die Notwendigkeit, die *Konsumgüterproduktion einzuschränken.* Wenn der volkswirtschaftliche Zweck des Sparens die Freisetzung von Arbeitskräften innerhalb der Konsumgüterindustrie ist, damit diese verfügbar werden, um Produktionsmittel herzustellen, so muß offenbar *der Beginn der Spartätigkeit Leute aus ihren Arbeitsstellen in der Verbrauchsgüterindustrie herauswerfen.* Denn die Einschränkung der Konsumgüter-Produktion hat nur Sinn, wenn sie von Personalentlassungen begleitet ist. Würde man etwa aus sozialen Gründen oder durch Sozialgesetze gezwungen auf den Beginn der Spartätigkeit nicht durch Personalabbau in der Verbrauchsgüterindustrie antworten, so würden die Selbstkosten in der Konsumgüterindustrie die gleichen bleiben, obwohl die Produktionsmenge eine geringere wäre. Die Kosten und Preise pro Stück Ware würden also derartig steigen, daß die eben begonnene Spartätigkeit sofort wieder aufhören würde, indem die Einkommensbezieher wieder ihr *volles* Einkommen ausgeben müßten, um das bisherige Quantum von Konsumgütern einkaufen zu können. Überdies würde der Zweck des Sparens gar nicht erreicht werden.

So bedeutet der Beginn oder die Steigerung der Spartätigkeit stets eine Einschränkung der Produktion durch Personalabbau. Genauer gesagt, wird für je 50 RM zusätzlicher Ersparnisse in der Woche ein Konsumgüterarbeiter mit einem Wochenlohn von 50 RM entlassen werden müssen. Ohne diese Entlassung kann der Zweck des Sparens, die Überführung von Arbeitern in die Produktionsmittelindustrie, nicht erreicht werden.

— 43 —

Sobald der Betrag der jährlichen *Ersparnisse* einen einigermaßen *konstanten Wert* erreicht hat, werden weitere Entlassungen natürlich nicht mehr in Frage kommen. Wenn z. B. Jahr für Jahr 10 % des Volkseinkommens gespart werden, so werden 90 % der Arbeiter 1) in der Konsumgüterindustrie arbeiten, während 10 % der Arbeiter laufend von den 10 % unverbrauchten Konsumgütern ernährt werden, die "erspart" worden sind. Diese letzteren werden die Arbeiter in den Produktionsmittelindustrien sein.

Konstante Akkumulation von Spargeldern hat also keinen *Einfluß auf den Arbeitsmarkt, nur die Steigerung der Spartätigkeit ist es, die Arbeitslosigkeit in den Konsumgüterindustrien hervorruft*, indem sie einen Teil der Arbeiter zwingt, in die Produktionsmittelindustrie abzuwandern. So ist die *gegenwärtige Arbeitslosigkeit* in Deutschland erklärlich, wenn man bedenkt, daß wir am Abschlüsse einer Periode plötzlicher Rationalisierungen größten Umfanges stehen, nachdem solche während des Krieges und der Inflation ungewöhnlich lange aufgeschoben worden waren.

Natürlich ist auch die umgekehrte Erscheinung denkbar: Wenn die laufende Spartätigkeit *sinkt*, indem bei gleichem Einkommen mehr konsumiert wird, so muß der Beschäftigungsgrad in der Verbrauchsgüterindustrie steigen und Arbeitslosigkeit in der Produktionsmittelindustrie eintreten.

In welcher Weise die *Abwanderung der Arbeitskräfte* in die Produktionsmittelindustrie vor sich geht, ist nach dem Gesagten leicht erkennbar. *Offenbar stehen der Produktionsmittelindustrie aus den neuen Spargeldern auf die Mark genau soviel zusätzliche Kredite zur Verfügung*, wie nötig sind, um die freigewordenen Arbeiter in der Produktionsmittelindustrie zu den alten Löhnen wieder einzustellen. Denn es ist genau soviel mehr gespart (aufgesammelt) worden, wie in der Konsumgüterindustrie durch Entlassungen an Löhnen gespart (rationalisiert) worden ist. Das führt uns auf die Betrachtung des Sparens im Sinne von *économiser*.

5. Kostensparen (im Sinne von *économiser*). — Die eben behandelte aufhäufende Spartätigkeit erzwingt eine Selbstkostenermäßigung im gleichen Betrage innerhalb der Konsumgüterindustrie; sie erzwingt sie, weil Tausende von Unternehmungen durch den

1) Genauer der Löhne (ausgezahlt werden).

— 44 —

Absatzrückgang vor die Alternative gestellt werden: entweder Verlust und Untergang, oder Kostensenkung. Da die Zinsen und andere konstanten Kosten in der industriellen Kalkulation bekanntlich unveränderlich sind, beim Sinken des Absatzes also nicht kleiner werden, kann eine solche Kostensenkung nur in der Form von Arbeiterentlassungen verwirklicht werden.

Aufhäufung (sparen) innerhalb der Einkommenssphäre geht also stets parallel mit Kostensenkung innerhalb der Produktionssphäre, und zwar im gleichen Betrage.

Es gibt nun aber Kostensenkungen innerhalb der Produktionssphäre, die keineswegs durch einen Absatzrückgang erzwungen sind. Vielmehr können solche Maßnahmen ebensowohl der Initiative der Unternehmer, der Verbreitung neuer Erfindungen, dem Wettbewerb, dem Gewinnstreben usw. entsprungen sein.

Bekannt ist die "New Industrial Revolution"¹⁾, die große *Rationalisierungswelle*, mit der sich die deutsche Industrie von 1924 - 1928 nach der Zerstörung der Kalkulationsgrundlagen durch die Inflation wieder an die Spitze der Industrieländer Europas zu stellen versuchte. Hier wurden große Mengen von Arbeitskräften entlassen, indem man neue Arbeitsmethoden, neue Maschinen, neue Stücklohnverfahren usw. einführte, um die Selbstkosten zu vermindern und auf diese Weise mehr Reingewinn zu erzielen.

Wenn auch zwischen den Begriffen der "Selbstkostensenkung" und der "Rationalisierung" im Einzelnen manche Unterschiede bestehen mögen, so genügt hier die Feststellung, daß *Sparen im Sinne von économiser* nichts anderes ist als der vorhin beschriebene Vorgang der *Kostensenkung* auf der Produktionsseite. Beide Sparbegriffe unterscheiden sich dadurch, daß *die Kostensenkung beim Einkommenssparen eine erzwungene ist, während sie beim Kostensparen freiwillig ist.*

Der Begriff des Einkommensparens umschließt stets den Begriff des Kostensparens, indem jedes Einkommenssparen ein Kostensparen in gleichem Betrage erzwingt.

Der Begriff des Kostensparens dagegen setzt keine Veränderung auf der Einkommensseite voraus.

Natürlich hat auch das Kostensparen seine *Rückwirkungen* auf die Einkommensseite, indem der Reingewinn des Betriebes, also das Einkommen, vermehrt wird, sodaß bei gleichem Konsum nun *mehr gespart* wird. Stets geht aber beim Einkommenssparen der Anstoß von der Einkommens-

1) Buchtitel von Meakin.

— 45 —

seite aus, während er beim Kostensparen von der Produktionsseite ausgeht. Das Vorhandensein einer gemeinsamen Wurzel für beide Sparbegriffe im Kostensparen beweist, daß der deutsche Sprachgebrauch, der zwischen *épargner* und *économiser* nicht unterscheidet, keineswegs falsch ist.

Die durch Rationalisierungen aller Art freiwillig ersparten Kosten im Sinne des *économiser* machen einen sehr bedeutenden Teil der Volksparsnisse aus. Ist ihr Betrag von Jahr zu Jahr in der ganzen Volkswirtschaft gleich und nur von Betrieb zu Betrieb verschieden, so geht von hier kein Anstoß zur Abwanderung von Arbeitskräften aus. Soviel Arbeiter, wie in dem einen Betrieb der Verbrauchsgüterindustrie infolge einer gelungenen Rationalisierung überflüssig werden, finden in einem anderen Betrieb derselben Industrie Aufnahme, der zusätzliche Arbeiter einstellen muß, obwohl seine Produktion nicht gestiegen ist. (jz13) Dasselbe ist innerhalb der Produktionsmittelindustrie der Fall. Sobald aber jedes Jahr ein *wachsender* Teil der Selbstkosten erspart wird, sobald also die Industrie im Laufe der Jahrzehnte immer rationeller organisiert wird, muß dieselbe Folge eintreten, die eine Zunahme der Spartätigkeit zeigt: es müssen Arbeiter von der betroffenen Konsumgüterindustrie abwandern in die Produktionsmittelindustrie, oder, wenn sie schon bisher in dieser Industrie beschäftigt waren, müssen sie in neue Zweige der Produktionsmittelindustrie verschoben werden. Da auch diese Kostenersparnisse volkswirtschaftlich gesehen letzten Endes nichts als zurückbehaltene Löhne sind, die Anlage suchen und entweder direkt oder indirekt (durch die Banken) wieder als Lohnkredite an die Produktionsmittelindustrie ausgeliehen werden, so steht auch hier wieder gerade derjenige zusätzliche Kreditbetrag für Lohngehälter in der Produktionsmittelindustrie zur Verfügung, der den eben entlassenen Arbeitern entzogen worden ist, der also gerade hinreicht, um sie vollzählig zu den alten Löhnen wieder einzustellen.

Der Vorgang der Kostensenkung in der Industrie und der Landwirtschaft ist nicht etwa für die neueste Zeit typisch, sondern so alt, wie der wirtschaftliche Fortschritt überhaupt. Besonders seit Beginn des kapitalistischen Zeitalters hat er ein lebhaftes Tempo angenommen, so daß heute die zur Versorgung der *gesamten* Bevölkerung erforderlichen Konsumgüter mit weit weniger Kosten hergestellt werden, als etwa im Jahre 1875; d.h., daß heute ein geringerer Prozentsatz der Bevölkerung in der Konsumgüterindustrie beschäftigt ist, als im Jahre 1875. Das

- 46 -

ergibt sich z. B. aus der folgenden Statistik des Stat. Reichsamts 1):

1. Beschäftigte Personen:

	1875	1925
Konsumgüterindustrie	3,5 Mill.	6,2 Mill.
(Nahrung, Bekleidung, Wohnungsaustattung, Gerätschaften)	65 %	49 %
Produktionsmittelindustrie	1,9 Mill.	6,5 Mill.
(Kraftstoffe, Grundstoffe, Konstruktionen, Baugewerbe)	35 %	51 %

2. Kraftmaschinen-Leistung:

Konsumgüterindustrie	35 %	26 %
Produktionsmittelindustrie	65 %	74 %

Während also im Jahre 1875 noch 2/3 der Bevölkerung Verbrauchsgüter produzieren mußten, damit alle Einwohner konsumieren konnten, brauchte im Jahre 1925 nur noch die Hälfte der Bevölkerung dieser in gewissem Sinne unproduktiven Tätigkeit obzuliegen; damals waren nur 1/3 für die Herstellung von produktiven Anlagen frei, heute sind es 1/2 der Bevölkerung.

6. Die negative Spartätigkeit. — Sowohl die Einkommensersparnisse als auch die Kostenersparnisse können bei der Berechnung der gesamten Kapitalbildung nicht mit ihrem Bruttobetrag angesetzt werden. Von den Einkommensersparnissen ist vielmehr derjenige Betrag abzusetzen, der von einzelnen Einkommensträgern *über* das vorhandene Einkommen *hinaus* verbraucht worden ist, und von den Kostenersparnissen die Betriebsverluste.

Ein solches "über seine Verhältnisse leben" ist bei beiden Ersparnisarten dadurch möglich, daß *Konsumptivkredite* in Anspruch genommen werden. In normalen Zeiten spielen solche Konsumptivkredite eine überaus geringe Rolle, weil die betreffenden Individuen keine ertragbringende Kreditunterlage zu haben pflegen, aus der der Zinsdienst sich bestreiten läßt. Anders war das bei dem deutschen Grundbesitz, insbesondere der Landwirtschaft nach Beendigung der Inflation. Die Hypothekenlast war größtenteils ausgelöscht und es war reichlich Platz in den Grundbüchern für eine Neuverschuldung, ohne daß man aber stets daran gedacht hätte,

dauerhafte Gegenwerte für das erhaltene Geld aufzuführen. Die Erlöse der Neuverschuldung sollen im Betrage von 3 - 5 Milliarden RM für die Bezahlung laufender Betriebsverluste und voreilige, mißglückte Rationalisierungsmaßnahmen verwendet worden sei. Freilich

1) Vgl. Deutsche Wirtschaftskunde 1930, S. III.

- 47 -

konnte man dadurch landwirtschaftliche Arbeitskräfte vor der Entlassung bewahren; nachdem die Löhne aber ausgezahlt worden waren, war kein rentabler Gegenwert da, der der volkswirtschaftlichen Güterproduktion hätte dienstbar gemacht werden können. Hätte man die Hypothekarkredite besseren Verwendungsarten zugeführt, so wären aus ihnen genau so viel Löhne gezahlt worden, es wären aber Gegenwerte erstellt worden, die das Volksvermögen erhöht und die Aufbringung der Zinsen ermöglicht hätten. Die Verwendung dieser Milliarden zu konsumptiven Zwecken bedeutete also für den Arbeitsmarkt keine größere Entlastung, als eine produktive Verwendung, stellte aber einen volkswirtschaftlichen Verlust in größtem Ausmaße dar 1). — Seitdem die Grundbuchstellen wieder besetzt sind und keine Möglichkeit zu einer so plötzlichen Zusatzverschuldung mehr besteht, spielen die Konsumptivkredite keine Rolle mehr. Außerhalb der Betriebe kann es sich bei den Konsumptivkrediten im wesentlichen nur um kleinere Kredite etwa zu Ausbildungszwecken oder aus Krankheitsgründen handeln.

Die andere Möglichkeit des Konsums über das Einkommen hinaus liegt in dem "Rückgriff auf die Vermögenssubstanz." Wenn ein Rentner oder eine Aktiengesellschaft einen Teil ihres Vermögens "verbraucht", so ist dies nur bildlich zu verstehen, da sich Kapitalgüter nicht verzehren lassen. Es findet vielmehr ein schrittweiser Verkauf von Vermögensstücken statt. Die Käufer sind letzten Endes immer Sparer, die das von ihnen unverbraucht gelassene Einkommen direkt oder auf Umwegen dem in Not geratenen Verkäufer zur Verfügung stellen, indem sie dafür die verkauften Aktien usw. erwerben.

In beiden Fällen des Überkonsums dienen die ersparten Konsumgüter, die "Ersparnisse", nicht der Ernährung bzw. Entlohnung von Produktionsmittelarbeitern zwecks Herstellung langlebiger Kapitalgüter, sondern dem Konsum, d. h. der Entlohnung von Arbeitern *ohne* Schaffung neuer Werte oder dem privaten Verbrauch überhaupt ohne Arbeitsleistung wirtschaftlicher Art. Es läßt sich der Fall denken, daß dieser "Überkonsum" gerade so groß ist, wie die Summe der Ersparnisse. Dann würde trotz der Spartätigkeit die ganze werktätige Bevölkerung in der Verbrauchsgüterindustrie tätig sein, ohne daß Arbeitskräfte in der Produktionsmittelindustrie angesetzt werden könnten.

1) Man hätte vielleicht die Aufnahme von Neuhypothesen ohne den Nachweis landeskulturell nützlicher Verwendung für die Jahre nach der Inflation verbieten müssen.

- 48 -

Von den beiden Arten der Ersparnisse, den Einkommensersparnissen und den Kostenersparnissen, ist also dieser Überkonsum *abzuziehen*, weshalb man diesen Teil mit Recht als "negative Ersparnisse" bezeichnet.

7. Die Kapitalbildung. — Die Kapitalbildung ist hiernach aus der Summe beider Ersparnisarten abzüglich der negativen Ersparnisse zu berechnen.

Faßt man die Ergebnisse der Untersuchung über das Wesen der Kapitalbildung zusammen, so muß man zuerst hervorheben, daß die Kapitalbildung über die Verteilung der Arbeitskräfte auf die beiden Hauptindustrien, nämlich die Konsumgüter- und die Produktionsmittelindustrie, entscheidet. *Kapitalbildung ist die Fähigkeit einer Nation, Arbeiter zu ernähren, ohne daß sie sich an der Verbrauchsgüterproduktion zu beteiligen brauchen, und sie für die Herstellung von Produktionsmitteln anzusetzen* 1). Diese Verteilung der Arbeitskräfte auf beiden Industrien wird bedingt durch den Prozentsatz vom Volkseinkommen, der unverbraucht gelassen wird, und durch den Grad der Wirtschaftlichkeit der Produktion. Eine solche einmal feststehende Verteilung wird *verschoben*, wenn der

Ersparnisprozentsatz wächst oder sinkt und dadurch Entlassungen in der einen Industrie erzwingt, oder wenn die Wirtschaftlichkeit der Produktion mittels Entlassungen gesteigert wird. In beiden Fällen können die zur Abwanderung gezwungenen Arbeitskräfte neue Stellen zum alten Einkommen erhalten, da die so erzielten zusätzlichen Ersparnisse nach Anlage suchen und *nur hier*, also nur zur Wiedereinstellung und Entlohnung der Entlassenen in der Produktionsmittelindustrie verwendet werden können. —

b) Arbeitslosigkeit infolge von Rationalisierungen.

1. Kaufkraftrückgang als Ursache des Fehlschlags von Rationalisierungen. — Wir haben gesehen, daß es für Ersparnisse beider Arten nur eine Anlagemöglichkeit gibt: die *Anlage in* Produktionsmitteln, genauer: die Überweisung der in Rede stehenden unverbrauchten Konsumgüter an solche Arbeiter, die durch den Sparvorgang in der Konsumgüterindustrie freigeworden sind. Denn nur *Produktionsmittel* bringen Ertrag, nur aus ihnen können

1) Dieses letzte Merkmal fehlt bei den bisherigen Definitionen, die die Literatur aufweist.

— 49 —

Zinsen herausgewirtschaftet werden; nur die Erstellung *neuer* Produktionsmittel kann als Anlagemöglichkeit in Frage kommen, da die Arbeitskosten älterer Produktionsmittel schon in früherer Zeit aufgebracht worden sind und hier nicht mehr interessieren, wo es sich um die Aufsuchung *zusätzlicher* Anlagemöglichkeiten handelt. Endlich kann nur die Beschäftigung der *entlassenen* Arbeiter in Frage kommen, da alle anderen Arbeiter schon in festen Händen sind. Es gibt, von unwesentlichen Einzelfällen abgesehen, überhaupt keine Möglichkeit, zusätzliche Ersparnisse anders anzulegen, als in Löhnen an diejenigen Arbeiter, die durch die zusätzliche Kapitalbildung ihre Arbeitsstellen verloren hatten.

So wäre Arbeitslosigkeit infolge von Rationalisierungen unmöglich? Das haben J. B. Say und andere behauptet. So einfach ist die Lösung aber nicht, denn die gegenwärtige Lage des Arbeitsmarktes lehrt, daß sie in großem Umfange *Tatsache* ist. Dieses für die heutige Situation entscheidende Phänomen kann nur geklärt werden, wenn man sich die bei einer Rationalisierung zu beobachtenden Umsatzvorgänge klar vor Augen hält.

Wenn in Deutschland im Jahre 1925 z.B. 3 Millionen Arbeitskräfte infolge von Rationalisierungen entlassen wurden, die bisher wöchentlich 50 RM verdient hatten, so bedeutete daß für die Industrie tatsächlich die ersehnte Unkostensenkung von wöchentlich 150 Mill. RM, d. h. um jährlich rund 7 1/2 Milliarden. Nimmt man beliebige Zahlen und schätzt man den Wert der gesamten industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Produktion auf 75 Milliarden RM, so war die Kalkulation der Industriellen offenbar die, diesen Produktionswert, den man bisher ohne jeden Reingewinn, oft mit Verlust, zu Selbstkosten beispielsweise von 76 Milliarden erzeugt hatte, mit nur 68 1/2 Milliarden RM Selbstkosten herzustellen. Dann blieb ein Reingewinn von jährlich 6 1/2 Milliarden RM, während man bisher 1 Milliarde Verlust gehabt hatte.

Bei dieser Kalkulation hatte man angenommen, daß der *Absatz* mit 75 Milliarden RM vor und nach der Rationalisierung *unverändert* bleiben würde. Eine solche Annahme ist durchaus verständlich, wenn man überlegt, daß die Industrieführer ja keine Volkswirtschaftler sind, die, ohne an ihren Betrieb zu denken, nur die gesamte Volkswirtschaft im Auge haben. Vielmehr ist jeder Industrielle bei seiner Rationalisierungskalkulation allein von seinem Betrieb ausgegangen; er hat sich gesagt, daß eine Entlassung von 500 Mann im Verhältnis zu der Kaufkraft von fast 30 Millionen Arbeitern und Angestellten in Deutschland, die in Arbeit bleiben,

— 50 —

gar nichts bedeutet. Er hat nicht berücksichtigt, daß alle andern Arbeitgeber Deutschlands in der gleichen Zeit auch mit Rationalisierungen beschäftigt waren, daß überall ungefähr im gleichen Verhältnis Entlassungen vor-

genommen wurden. Er hat also nicht daran gedacht, daß die von ihm vorgenommene Entlassung von 500 Arbeitskräften volkswirtschaftlich der Entlassung und Arbeitslosigkeit von 3 Millionen Arbeitern gleichkommt. Ein solches Ansteigen der Arbeitslosigkeit bedeutet aber einen Ausfall an Kaufkraft, eine *Verminderung des Absatzes*. Wenn 3 Millionen Arbeitskräfte entlassen werden, so sinkt der Absatz offenbar in den Branchen, die Arbeiterbedarf herstellen und feilbieten, also besonders in der Konsumgüterindustrie, schon nach wenigen Tagen um 150 Mill. RM. wöchentlich, also um jährlich 7 % Milliarden RM. Das ist gerade der Betrag, den man durch die Rationalisierung mehr zu verdienen gehofft hatte.

Das Ziel der Rationalisierung war gewesen, Kostenersparnisse im Betrage von 7 1/2 Milliarden RM zu erzielen. Dieses Streben nach Ersparnissen war auch volkswirtschaftlich vernünftig gewesen, da man mit dem zusätzlich gebildeten Neukapital von 7 1/2 Milliarden jährlich, das Anlage suchen mußte, gerade die 3 Millionen entlassenen Arbeitskräfte zu einem Lohn von 50 RM wöchentlich wieder hätte beschäftigen können. Dieses Ziel mußte verfehlt werden, weil der Absatz um den gleichen Betrag sank. Die Selbstkosten der Industrie betrugen nun 68 1/2 Milliarden RM, die Einnahmen aus Verkäufen aber nur 67 1/2 Milliarden anstatt 75 Milliarden, so daß keinerlei Reingewinn verblieb, obwohl man mit 6 1/2 Milliarden Reingewinn sicher gerechnet hatte. Der Beschäftigungsgrad der Industrie, der eben eine entscheidende Rolle spielt, hatte sich um 10 % vermindert; die fixen Produktionskosten, insbesondere die Zinsen, verminderten sich nicht im gleichen Maße, blieben vielmehr unverändert; die aufs äußerste herabgesetzten Lohnkosten ließen sich nicht mehr vermindern. So war der industrielle Apparat schlechter ausgenutzt; er arbeitete teurer; der erhoffte Reingewinn wurde durch die Verschlechterung des Beschäftigungsgrades wieder aufgeessen.

Wenn aber die erwarteten Kostenersparnisse ausblieben, so war auch keine zusätzliche Kapitalbildung da, mit der man den Arbeitsuchenden Löhne in der Produktionsmittelindustrie hätte auszahlen können. Die Rationalisierungen, die in solcher Weise durchgeführt worden sind, haben sich also nicht nur privatwirtschaftlich,

- 51 -

sondern auch volkswirtschaftlich als verfehlt erwiesen: Nicht nur die erhoffte Rentabilität der Einzelbetriebe ist ausgeblieben, sondern auch die *Kapitalbildung ist verhindert worden, mit der allein man die entlassenen Arbeitskräfte wieder in den Produktionsprozeß eingliedern kann*. Aus vorübergehender Arbeitslosigkeit zum Zwecke des Abwanderns in die Produktionsmittelindustrie ist *Dauerarbeitslosigkeit* geworden, die das soziale Gebäude aufs schwerste zu erschüttern droht; aus Rationalisierung und Umstellung ist chronischer *Absatzmangel* geworden; dabei ist der *Kapitalmangel* so groß, daß es unmöglich erscheint, Arbeit zu beschaffen, um wieder Absatz und Besserung herbeizuführen.

Durch diese Charakterzüge ist die moderne Arbeitslosigkeit, ja überhaupt die gegenwärtige Wirtschaftslage insbesondere in Deutschland, England und den Vereinigten Staaten gekennzeichnet. Mit einem Wort gesagt: *der durch die Entlassungen verursachte Konsumrückgang ist der eigentliche Grund, warum hinterher Ersparnisse zur Wiederbeschäftigung der abgebauten Arbeitskräfte in der Produktionsmittelindustrie nicht zur Verfügung stehen*. Chronische Arbeitslosigkeit, Absatzrückgang, Kapitalmangel gehören daher zusammen; sie sind ebenso die Kennzeichen von Störungen in der *Kapitalseite* der Wirtschaft, wie Diskontschwierigkeiten und Vertrauenskrisen zusammen mit akuter Arbeitslosigkeit bezeichnend sind für Störungen auf der *Umsatzseite* der Wirtschaft.

Eine solche volkswirtschaftliche Kritik der in den letzten Jahren üblichen Rationalisierungsmethoden könnte zu der Schlußfolgerung führen, daß Rationalisierungen überhaupt zwecklos und zu unterlassen sind. Dieser Gedanke ist offenbar falsch; man kann nicht auf die eine der beiden Quellen der Kapitalbildung, die Kostensenkung, einfach verzichten, ohne auf wirtschaftlichen Fortschritt überhaupt zu verzichten. Zudem zeigt die Geschichte, daß der Wohlstand der Massen gerade im letzten Jahrhundert, das die stärksten Rationalisierungen brachte, wesentlich gestiegen ist. *So wird man nach einer volkswirtschaftlichen und finanztechnischen Methode zu suchen haben, wie man rationalisieren kann, ohne durch Absatzrückgang um den Erfolg des Werkes betrogen zu werden.*

2. Die angebliche Steigerung der Unternehmerkaufkraft. — Der schwache Punkt der gegenwärtig üblichen Rationalisierungs-

- 52 -

methode ist offenbar, daß sie annimmt, der Absatz werde sich nach der Rationalisierung auf gleicher Höhe halten. Diese Annahme ist um so unrichtiger, als das Wesen der Rationalisierung ja in einer Verminderung des Lohnanteils pro Einheit des Produkts besteht.

Man hat nun gesagt, daß die Kaufkraft der Unternehmer ja um gerade soviel steige, wie die der Arbeiter gesenkt worden sei. Die Steigerung der Unternehmerkaufkraft vermag aber für den Ausfall an Arbeitskaufkraft solange keinen Ersatz zu bieten, als sie nicht oder nicht voll in Höhe des Ausfalls *aktuell ausgeübt* wird. Sie kann im allgemeinen schon deshalb nicht effektiv verausgabt werden, weil der Unternehmer fast immer *nur in einer Branche* tätig ist. *Sparen bedeutet aber Abwanderung* der Arbeitskräfte, also eine *Entfernung* der Arbeiter aus dem Bereich des Unternehmens, das die Rationalisierung durchführt und die Kostenersparnisse erzielt. Man könnte vielleicht annehmen, daß der Unternehmer ja seine Ersparnisse auf der Bank ansammelt und daß die Banken gar nicht anders können, als diese Gelder anderweitig auszuleihen, so daß die Verschiebung der Kaufkraft von der Konsumgüterindustrie in die Kapitalgüterindustrie und damit die notwendige Verschiebung der Arbeitskräfte *von den Banken* geleistet wird. Das ist aber nicht der Fall, wie die folgende Überlegung zeigen wird.

Praktisch spielt sich der Vorgang meist so ab, daß der Unternehmer, der zusätzliche Kosten erspart hat, seinen eigenen Verbrauch nicht oder nur unverhältnismäßig wenig erhöht. Von Seiten des Unternehmerkonsums ist also eine Belebung des Arbeitsmarktes nicht zu erwarten. Der Unternehmer hofft vielmehr darauf, daß sich seine *Bankschulden nunmehr vermindern* bzw. seine Bankguthaben vermehren werden. Er stützt diese Hoffnung aber nicht auf die Überzeugung, daß auf seinem Bankkonto *mehr Erlöse* aus Verkäufen eingehen werden, sondern nur darauf, daß er von jetzt an *wöchentlich weniger Lohn gelder* bei der Bank abheben wird, während die eingehenden Rechnungsbeträge gleich hoch bleiben.

Was geschieht bei den Banken, wenn die Unternehmer weniger Lohn gelder abheben? Die Banken lassen entsprechend weniger Bargeld bei der Zentralnotenbank holen und diskontieren weniger Wechsel bei ihr. So sinkt also der Notenumlauf und damit die verteilte Kaufkraft. Keineswegs aber verbleiben den Banken nun die nicht beanspruchten Lohn gelder zur anderweitigen Verfügung; die von den Unternehmern weniger ver-

- 53 -

teilte Kaufkraft, tritt nicht an anderer Stelle wieder zutage, etwa in der Kapitalgüterindustrie, sondern sie *geht unter*. Die durch Rationalisierung ersparte Lohnkaufkraft wird nicht an eine andere Stelle verschoben, sondern sie wird vernichtet!

Das zeigt sich auch auf den Bankkonten der Unternehmer: Anstatt unveränderter Eingänge bei gesunkenen Abhebungen für Lohnungszwecke, beobachtet man *verminderte* Eingänge, da ja der Notenumlauf und das in Verkehr gesetzte Einkommen zurückgegangen ist. Das erstrebte Ziel: vermehrter Reingewinn, vermehrte innerbetriebliche Kapitalbildung, erhöhte Bankguthaben, aus deren Ausleihung erhöhte Nachfrage am Arbeitsmarkt — alles das ist nicht erreicht worden. Die als unausbleiblich erwartete Steigerung der Unternehmerkaufkraft, mit der die Schäden des Sinkens der Arbeiterkaufkraft hätten ausgeglichen werden können, ist ausgeblieben, ja sie muß ausbleiben, solange nichts zu ihrer Effektivierung getan wird.

3. Volkswirtschaftlich richtige Rationalisierungen. — Eine erfolgreiche Rationalisierung wird also nicht nur auf eine exakte Lösung der ingenieurtechnischen und betriebswirtschaftlichen Fragen Wert zu legen haben, sondern auch darauf, daß der bisherige Absatz unter allen Umständen erhalten bleibt. *Das kann nur geschehen, indem man den abgebauten Arbeitern unverzüglich wieder Arbeit verschafft.* Eine Rationalisierung ist nur dann vollständig, wenn sie die Arbeitsbeschaffung für die Entlassenen einbegreift. Gelingt es, die von der Rationalisierung betroffenen Arbeiter sofort wieder in den volkswirtschaftlichen Güterumsatz einzuschalten, so bleibt der Absatz auf gleicher Höhe, *es werden also die zusätzlichen Ersparnisse tatsächlich erzielt*, um

derentwillen man die Rationalisierung begonnen hatte. Bei verminderten Lohnghelderabhebungen bleiben die Eingänge aus verkauften Waren auf den Bankkonten der Unternehmer auf der alten Höhe, die Schulden der Unternehmer sinken also, und die Bankguthaben steigen. Das hat die weittragende Bedeutung, daß nun auch *die zusätzliche Kapitalbildung da ist, ohne welche die Beschäftigung der abgewanderten Arbeiter nicht möglich wäre.*

Allerdings wird man dem Unternehmer, der 5 oder 500 Arbeiter entläßt, nicht immer zumuten können, sich persönlich um das Schicksal der Entlassenen, das nach dem Gesagten auch sein Schicksal ist, tatkräftig zu bekümmern. Gerade auf diesem Gebiete herrscht aller-

— 54 —

dings noch überall ein manchesterliches Denken im üblen Sinne; man entläßt Leute, ohne Rücksicht auf die Folgen für die übrige Wirtschaft, unklugerweise sogar ohne tiefere Berücksichtigung der eigenen Interessen, die in viel höherem Maße mit dem Gesamtinteresse verknüpft sind, als vermutet wird. Wenn auch der Zusammenhang zwischen den Fehlschlägen der Rationalisierung und dem eben dadurch herbeigeführten Absatzrückgang heute noch nicht erkannt wird, so bricht sich doch schon die Erkenntnis Bahn, daß man bei der Rationalisierungskalkulation zum mindesten nicht die Steigerung der sozialen Lasten berücksichtigt hatte, die direkt oder indirekt durch die folgende Dauerarbeitslosigkeit veranlaßt ist.

Wenn die einseitig technische und nicht volkswirtschaftliche Behandlung der Rationalisierung eine der Ursachen der Arbeitslosigkeit ist, so müßte man bei dem heute vorherrschenden etatistischen Denken die Rettung etwa in einer Gesetzgebung sehen, die dem Unternehmer für jede entlassene Arbeitskraft einen Sonderbeitrag zur Erwerbslosenfürsorge auferlegt. Dieser Betrag könnte so hoch sein, daß einzelne Unternehmer oder deren Verbände sich vielleicht bemühen würden, neue Arbeitsgelegenheit zu schaffen, um ihren Mitgliedern die Zahlung der Sonderbeiträge zu ersparen. Daraus könnten sich aber bürokratische Kapitalverschwendungen größten Umfanges entwickeln, ohne daß ein Erfolg gewährleistet wäre, weil das Problem ja letzten Endes ganz außerhalb des Problemkreises der Arbeitgeberverbände liegt.

Nicht Syndizi, sondern Bankiers werden die Lösung bringen müssen. Es handelt sich nicht um eine Verursachung der Arbeitslosigkeit, für die der einzelne Unternehmer verantwortlich gemacht werden kann. Ihm kann keineswegs zugemutet werden, von der Entlassung abzusehen, denn dann würde ja die so erfreuliche und im tiefsten produktive Tatsache der Kostenersparnis gar nicht eintreten, die vermehrte Kapitalbildung also noch mehr verhindert werden. Es kann nur verlangt werden, daß die Wirtschaftsführer als Klasse die Zusammenhänge überschauen und dafür sorgen, daß an anderer Stelle ein Ersatz für die verlorenen Arbeitsplätze geschaffen wird. Das kann nur durch eine geeignete Organisation des Kredits geschehen, wie noch zu zeigen sein wird. Die Kredit- und Bankorganisation muß so eingerichtet sein oder werden, daß sie die völlig normale und herkömmliche Erscheinung der Rationalisierung bewältigt und laufend den abwandernden Arbeitskräften Lohn und Brot zu verschaffen vermag.

- 55 -

c) Die Effektivierung der latenten Kapitalbildung.

1. Latente und effektive Kapitalbildung. — Die Kapitalbildung besteht also aus zwei verschiedenen Bestandteilen, von denen keiner entbehrlich ist: a) Der Einkommens- oder Kostenersparnis und b) der Abwanderung und Wiederansetzung der freigewordenen Arbeitskräfte zur Erzeugung von Produktivgütern. Fehlt eines dieser Bestandteile, so ist der Kapitalbildungsvorgang noch *unvollendet*, die Kapitalbildung ist nur *latent* vorhanden. Erst wenn der zweite Bestandteil hinzutritt, wird der Sparprozeß *vollendet*, die Kapitalbildung also *effektiv*. Diese in der Wissenschaft noch neue Erkenntnis ist von grundlegender Bedeutung für die hier behandelte zweite Art 1) der Arbeitslosigkeit

Wenn man sagt, diese Arbeitslosigkeit sei durch Kapitalmangel verursacht, so ist das nur insoweit richtig, als der Kapitalbildungsprozeß wohl *eingeleitet* ist (daher Arbeitslosigkeit), daß ihm aber der notwendige *Abschluß* fehlt. Dieser Abschluß kann aber nicht von dem Eintreten irgendeines außerhalb der Arbeitsbeschaffung liegenden

Vorganges erwartet werden, sondern nur von der produktiven Beschäftigung der Erwerbslosen selbst. Insofern ist es sogar falsch, im Kapitalmangel die Ursache der Arbeitslosigkeit zu sehen; vielmehr kann man sagen, die Arbeitslosigkeit sei die Ursache des Kapitalmangels, nämlich der mangelnden Vollendung des eingeleiteten Sparprozesses.

2. Zielbewußte Produktion von Ersparnissen. — Es wird heute in der Öffentlichkeit viel von der Förderung der Kapitalbildung gesprochen. Die Kapitalbildung will man, wenn sie erst einmal da ist, zur Beschäftigung der Arbeitslosen verwenden. Ein solches privatwirtschaftlich-bürokratisches Denken entspricht nicht den volkswirtschaftlichen Tatsachen. Schuld an der Kapitalknappheit sind die umfangreichen Arbeiterentlassungen, die den Absatz so sehr vermindert haben, daß nunmehr ein zu großer Produktionsapparat für die verminderte Versorgung vorhanden ist, daß also die Kosten im Verhältnis zur verbliebenen Produktionsmenge in der gesamten Volkswirtschaft zu groß sind. Dieses ungünstige Kostenverhältnis, diese zu geringe Ausnutzung der Produktionskapazität läßt eine Kapitalbildung in den Betrieben nicht zu. Der Schrei nach Kapitalbildung, und zwar gerade nach Kapitalbildung in den industriellen Betrieben, nach "Selbstfinanzierung", ist sonach verständlich 2).

-
- 1) Wegen der ersten Art vgl. oben S. 31—33 und die vor der Veröffentlichung stehende besondere Abhandlung des Verf.
 - 2) Vgl: die Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie: "Aufstieg oder Niedergang". Berlin 1930.

- 56 -

Nur die Lösung ist nicht richtig: Nicht Senkung der sozialen Lasten, der Löhne usw., denn dadurch würde der Absatz noch weiter sinken und der Verlust weiter ansteigen. Das Unternehmertum wird sich vielmehr auf seine geschichtliche Aufgabe besinnen müssen, *Arbeit zu geben*. Nur durch Darbietung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten kann die Wurzel der heutigen Krisenerscheinungen, die unzureichende Ausnutzung des Produktionsapparates, beseitigt werden, da solche Arbeitsbeschaffung das Volkseinkommen und den Verbrauch steigert. Wie schon erwähnt, liegt in der Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht nur eine allgemeine Tendenz zur Marktstärkung, sondern sogar wertmäßig eine genaue Entsprechung. Jede neu eingestellte Arbeitskraft, die 50 RM wöchentlich erhält, vergrößert den Absatz um ebensoviel; hatte man gehofft, durch Entlassung von 3 Millionen Arbeitskräften jährlich 7 1/2 Milliarden Lohnkosten zu sparen, so erreicht man durch deren Wiederbeschäftigung tatsächlich eine *zusätzliche innerbetriebliche Kapitalbildung von 7 1/2 Milliarden*, die auf den Pfennig hinreicht, um die erforderlichen Löhne bei der Wiederbeschäftigung der Entlassenen laufend zu finanzieren. Dabei sind die Einkommensersparnisse, die von den Neu-Eingestellten zur Sparkasse gebracht werden, noch gar nicht berücksichtigt; sie mögen weitere etwa 5 % von der Lohnsumme ausmachen.

Für das Unternehmertum als Ganzes ist also die *Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit der einfachste Weg zur Kapitalbildung in den Betrieben*, d. h. zum Reingewinn: Jede auf neu erschlossenen Arbeitsgebieten in produktiver Weise neu eingestellte Arbeitskraft, die wöchentlich 50 RM Lohn erhält und konsumiert, steigert den Umsatz der gesamten Industrie um 50 RM wöchentlich. Die Unkosten dagegen bleiben unverändert, da nur der vorhandene Produktionsapparat besser ausgenutzt wird, nicht aber zusätzliche Zinslasten entstehen. Wenn die eingehenden Rechnungsbeträge aber steigen, während die Unkosten unverändert bleiben, so heißt das, daß die Reingewinne steigen, also volkswirtschaftlich gesehen im wesentlichen die Differentialrenten. So bedeutet tatsächlich in der gesamten Volkswirtschaft die Steigerung des Beschäftigungsgrades durch *vergrößerte Umsätze von 50 RM wöchentlich eine Erhöhung der effektiven Kapitalbildung um ebenfalls 50 RM wöchentlich*. Umgekehrt bedeutet *jeder unbeschäftigte Arbeiter einen vermeidbaren Ausfall an Volksparsnissen im Betrage von 50 RM wöchentlich*, jede Million Arbeitsloser also einen solchen in Höhe von 50 Mill. RM

— 57 —

wöchentlich oder 2500 Millionen jährlich. *Eine Wirtschaftsführung, die eine Förderung der Kapitalbildung durch Gewinnsteigerung der Betriebe anstrebt, braucht also nichts anderes zu tun, als Arbeit für die entlassenen, ja für alle noch außer Arbeit befindlichen Arbeitskräfte zu schaffen.*

Dagegen kann nicht eingewandt werden, daß die Bereitstellung neuer Arbeitsgelegenheit wöchentlich genau soviel Lohnausgaben, also Unkosten bedingt, wie eingenommen werden, so daß eine zusätzliche Bildung von Gewinnen und Ersparnissen unmöglich sei. Denn die Arbeiter sollen ja nicht an ihren alten Arbeitsstellen, wo sie mit Recht entbehrlich geworden sind, wieder eingestellt werden, sondern *neue produktive Werte* schaffen! Sie sollen neue Industrien aufbauen, neue Verkehrswege, neue Wohnungen schaffen, alles ertragbringende langlebige Kapitalgüter, die die Zahlung von Zinsen und Tilgungsraten auf das Baukapital ohne jeden fremden Zuschuß *aus sich heraus* gestatten.

Wesentlich ist dabei zweierlei: Daß die solcherart beschäftigten Arbeiter voll als Konsumenten erhalten bleiben (und das geschieht ohne weiteres), und daß sie veranlaßt werden, solche Werte zu schaffen, die nachgefragt und rentabel sind, damit die neu investierten Löhne aus dem Ertrag der neuen Sachgüter selbst verzinst und getilgt werden können. Die Arbeiter sollen also nicht nur voll weiterkonsumieren, sondern *sich ihren Unterhalt selbst verdienen*. Sie dahin zu bringen, ist die Aufgabe der Wirtschaftsführung.

Wir hatten in den theoretischen Grundbegriffen erklärt, daß die Konsumgüterproduktion gleich dem Konsum und die Produktionsmittelproduktion gleich der Summe der Ersparnisse sei. Dieser Satz kann hier erklärend benutzt werden: Bei einer volkswirtschaftlich richtigen Rationalisierung, wie sie hier vorgeschlagen wird, bleibt der Konsum unverändert; in der Konsumgüterindustrie zeigt sich also weder Absatzrückgang noch Absatzsteigerung. Aber die Kapitalbildung steigt. Daher kann und muß die Produktionsmittelproduktion im gleichen Betrage steigen. Ein Teil der Konsumgüter, die bisher noch von den in der Konsumgüterindustrie beschäftigten Arbeitskräften verzehrt worden waren, und ein Teil dieser Arbeiter selbst wird frei, um die volkswirtschaftlich wichtigeren *Kapitalgüter* zu produzieren bzw. diese Arbeiter bei ihrer neuen Beschäftigung zu ernähren. So bewirkt die echte Rationalisierung gerade das, was für den wirtschaftlichen Fortschritt entscheidend ist: Sie ermöglicht es, die Versorgung des ganzen Volkes mit Konsum-

- 58 -

gütern durch einen kleineren Aufwand nationaler Arbeit zu bewerkstelligen, so daß *mehr* Arbeitskräfte als bisher für die Produktion von Produktionsmitteln und anderen langlebigen Gütern verfügbar sind.

Hiernach ist auf die allgemeine Klage über Kapitalmangel, über zu geringe Kapitalbildung zu antworten: *Wenn Euch Kapital fehlt, so produziert es!* Sorgt für die Beschäftigung aller Arbeitslosen, laßt sie geeignete Kapitalgüter herstellen, so wird das für ihre Entlohnung bzw. zur Finanzierung der neuen Baulichkeiten erforderliche Neukapital sich sofort *bilden*. *Die Kapitalbildung kann also in dem Umfange, in dem Arbeitslose zur Verfügung stehen, absichtlich hervorgerufen werden.* Die Wirtschaft ist nicht abhängig von den zufälligen Zuflüssen, die der Kapitalmarkt hat, sondern sie kann stets wenigstens diejenige Menge Neukapitals bewußt produzieren, die zur Einstellung aller Arbeitslosen erforderlich ist.

Die Ausdrucksweise, daß sich Kapital planmäßig bilden lasse, soll nur heißen, daß der unvollständige Kostenersparnisvorgang, als den wir die Rationalisierung erkannt haben, *planmäßig vollendet* werden kann, *daß man die latente Kapitalbildung also in effektive Kapitalbildung verwandeln kann.* Diese Ausdrucksweise stimmt überein mit der Auffassung, daß dem Kapital, genauer der Kapitaldisposition, stets Sachkapital in Gestalt von Maschinen, Häusern usw. zugrunde liegen muß, und daß man Arbeitslose zweifellos verwenden kann, um solche langlebigen Güter herzustellen. In diesem Sinne kann man einem vorhandenen Kapitalmangel (Mangel an Kapitaldisposition), wenn er von Arbeitslosigkeit begleitet ist, abhelfen, indem man die Arbeitslosen benutzt, um Kapital (Kapitalgüter) zu produzieren. (jz14) Wie die dargestellte Hervorrufung effektiver Ersparnisse aus latenten und die dabei erforderliche Finanzierung der Neubauten im einzelnen finanztechnisch zu bewerkstelligen ist, wird nunmehr darzulegen sein.

3. Der antizipierte Emissionskredit bei den deutschen Großbanken. — Offenbar genügt es, wenn die Banken *mehr* Ersparnisse ausleihen, als ihnen zur Verfügung stehen. Sie müssen also kurzfristige Vorschüsse nicht nur für Umsatzzwecke gewähren, sondern auch zur Erstellung von Produktionsmitteln. Diese Vorschüsse bedeuten volkswirtschaftlich nichts anderes, als daß man den zusätzlichen Produktionsmittelarbeitern Anweisungen auf die

für sie vorhandenen Konsumgüter in die Hand gibt, damit sie erst einmal ihren Konsum unverändert aufrecht erhalten können. Das Vor-

- 59 -

handensein der erforderlichen Verbrauchsgüter ergibt sich aus der *Tatsache, daß diese Leute entlassen worden sind*; würde Mangel an solchen Waren sein, so hätte man sie dringend gebraucht, um Konsumgüter, zum mindesten für ihren eigenen Bedarf, zu produzieren. — Der solcherart aufrechterhaltene Konsum macht die vorhergegangenen Rationalisierungen erfolgreich, die latente Kapitalbildung wird nun erst effektiv; so werden laufend genug zusätzliche Ersparnisse gebildet, um den Banken die Abdeckung der Vorschüsse aus langfristigen Mitteln zu ermöglichen.

Ein Blick auf das Banksystem, das Deutschland in den Jahrzehnten vor dem Kriege einen selbst für amerikanische Verhältnisse kaum glaublichen Aufschwung ermöglicht hat, wird zeigen, daß hier *nichts grundsätzlich neues, sondern nur die Fortführung einer alten Tradition verlangt wird*. Die deutschen Großbanken unterschieden sich vor dem Kriege besonders von den englischen Depositeninstituten dadurch, daß sie sich lebhaft im industriellen Kreditgeschäft betätigten, was bei den englischen Instituten strengstens verpönt war. Die Industrie braucht Umsatzkredit und Anlagekredit, so wie die Landwirtschaft etwa Wechselkredit für die Erntebewegung und Hypothekarkredit für Grundverbesserungen und ähnliche langlebige Anlagen benötigt. Während die englischen Banken nur den Umsatzkreditbedarf der Industrie befriedigten und jedes Übergreifen in den industriellen Anlagekredit ablehnten, gewährten die deutschen Großbanken stets beide Kreditarten an die Industrie. Es liegt im Wesen des Anlagekredits, der der Erstellung der Maschinen, Gebäude und sonstigen fabrikatorischen Anlagen dient, daß er nicht in wenigen Monaten zurückgezahlt werden kann, wie der Umsatzkredit, daß er vielmehr langfristige Kreditmittel voraussetzt, die nur im Verlaufe vieler Jahre in kleinen Raten getilgt zu werden brauchen. Solche langfristigen Mittel sind die bei den Banken eingezahlten Ersparnisse des Volkes. Sie stehen den Kreditbanken aber nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung. Dazu kommt, daß auch diejenigen echten langfristigen Ersparnisse, die bei den Banken als Depositen eingezahlt sind, größtenteils in der Rechtsform des täglichen Geldes oder mit kurzfristiger Kündigung dort stehen, auch wenn sie jahrzehntelang nicht abgehoben werden, weil die Banken wirklich langfristige Depositen nicht entgegennehmen 1). Eine Bank, die industriellen

-
- 1) Am 30. April 1930 hatten die Berliner Großbanken unter 12,2 Milliarden Kreditoren nur 456 Millionen RM Kreditoren mit einer Laufzeit von über 3 Monaten, von denen wieder der größte Teil auf Gelder von 3 - 6 Monaten entfallen dürfte.

— 60 —

Anlagekredit gewährt, läuft daher das Risiko, daß sie diese *kurzfristigen* Gelder *langfristig* festlegt und zahlungsunfähig wird, sobald größere Beträge von Depositen abgehoben werden. Dies ist die Ursache für die Ablehnung des eigentlichen industriellen (Anlage-) Kreditgeschäftes durch die englischen Großbanken.

Demgegenüber vermochten die deutschen Großbanken eine neue Methode der Kreditgewährung zu entwickeln, die es tatsächlich möglich macht, mit kurzfristigen Geldern industrielle Anlagen zu finanzieren. Sie wählten sich solche Industrieunternehmungen aus, die groß und bekannt genug waren, um als Emittenten eigener Aktien oder Teilschuldverschreibungen an der Börse erscheinen zu können. Diesen gewährten sie etwa zur Erweiterung der Fabrikanlagen Kontokorrentvorschüsse und Akzeptkredite 1) weit über das Maß des Umsatzkredits hinaus. War der Neubau fertig, so veranlaßten sie die fragliche Industriefirma, eine Obligationenanleihe herauszugeben oder das Aktienkapital zu erhöhen. Die neu geschaffenen Effekten vertrieben sie mittels des engmaschigen Netzes von Filialen und Depositenkassen, das ihnen zur Verfügung stand, an ihre Depositäre, also an ihre Sparer. Der Teil der Bankdepositen, der in dem Industriekredit festgelegt gewesen war, ging damit der Bank verloren; er wurde nunmehr direkt von den Sparern an die Industrie gegeben. Die Kredite der Bank sanken entsprechend, denn die Banken deckten mit dem Erlös der Anleihe bzw. der Kapitalerhöhung den aufgelaufenen Millionensaldo auf dem Konto der Industrieunternehmung ab. Sie halsten also nur die für sie selbst unerwünschten illiquiden Industriekredite in Form von Effekten ihren eigenen Einlegern auf, die sie wünschen

mußten, weil solche Anleihen mehr Zinsen brachten, als Spareinlagen. So trugen sie das Risiko der Illiquidität stets nur wenige Monate oder Jahre lang und stets nur für einen kleinen Teil ihrer Industriekunden gleichzeitig; danach verkauften sie die illiquide Forderung, in Aktien oder Teilschuldverschreibungen aufgeteilt, an ihre Kundschaft, wodurch sie sich selbst wieder liquide machten.

Mit diesem sogenannten "*antizipierten Emissionskredit*" 2) ist der Hauptteil der deutschen Industrie, insbesondere die Schwerindustrie des Ruhrgebiets und Berlins, in wenigen Jahrzehnten aufgebaut worden. Die Methode hat vorzüglich gearbeitet und weniger Nachteile gezeigt, als das englische System. Man muß schon bei

1) Vgl. unten Kap. 5 d, 2: Die Förderung des antizipatorischen Bankakzepts.

2) Ausdruck von *Hecht, Somary, Rießer* u. a.

Jeidels 1) nachlesen, um heute noch zu verstehen, welche ungeheuren Summen laufend in dieser Weise der Industrie vorgeschossen wurden, bis sie bei günstiger Börsenlage an den Kapitalmarkt abgestoßen werden konnten. Besonders ein großer Teil des Umlaufs an Bankakzepten war als Vorläufer von Emissionen anzusehen: nach *Rießer* wurden in Deutschland etwa 30 % aller Kontokorrentkredite in Akzepten der Banken gewährt; Ende 1913 wies das Akzeptkonto der 160 deutschen Kredit-Aktienbanken die Summe von 2 6244 Mill. M. auf, d.i. 36 % des gesamten damaligen Wechselumlaufs. Heute dagegen betragen die Bankakzepte nicht mehr als etwa 500 Mill. RM (1930).

4. Antizipierter Emissionskredit und Arbeitsgelegenheit vor dem Kriege. — Diese Zeit der Blüte des "*antizipierten Emissionskredits*" *steht nun in engem Zusammenhang mit der Tatsache, daß es eine nennenswerte objektive Arbeitslosigkeit in Deutschland vor dem Kriege nicht gegeben hat.* Die hierin liegende volkswirtschaftliche Bedeutung der neuen Kreditmethode ist heute wie damals nicht erkannt worden; erst der heutige Druck des Arbeitslosenproblems nötigt zu ihrer Würdigung.

Aber die Rolle des antizipierten Emissionskredits erschöpfte sich nicht in der Umwandlung kurzfristiger in langfristige Kreditmittel; die neue Kreditmethode machte vielmehr *mehr* Ersparnisse zum Ausleihen verfügbar, als Depositen überhaupt da waren. Die Banken wurden nämlich in diesen Jahrzehnten des Aufschwunges von den Industriellen um Kredite bestürmt. Da es sich nicht um Umsatzkredite handelte, konnten solche Darlehen eigentlich *nur aus Depositen*, d. h. aus Ersparnissen, gewährt werden. Die Kreditorenziffern der Großbanken wuchsen aber längst nicht so schnell an, wie das nötig gewesen wäre, um die Kreditansprüche ihrer industriellen Kunden zu befriedigen. Die Banken befanden sich in einer gewissen Zwangslage, da sie bei Verweigerung solcher Kredite fürchten mußten, daß der Kunde zur Konkurrenz abwanderte. So griffen sie zu dem anscheinend gewagten Auskunftsmittel, *mehr* Kredite zu gewähren, als ihnen Depositen überhaupt zur Verfügung standen. Sie wandten sich zu dem Zwecke an den Geldmarkt, zum Teil auch an die Reichsbank, wie der hohe Privatdiskontenbestand der Reichsbank (zeitweise 50 %) zeigte.

Die Periode der Industrialisierung Deutschlands war im Grunde nichts als eine Zeit fortgesetzter Rationalisierungen und Erweiter-

1) Das Verhältnis der Großbanken zur Industrie, Berlin 1902.

ungen. Fortgesetzt wurden, besonders in der Konsumgüterindustrie, Leute entlassen, fortgesetzt mußten für diese abgebauten Arbeitskräfte sowie den aus der Bevölkerungsvermehrung sich ergebenden Nachwuchs, der in dieser Industrie keine Aussichten hatte, neue Arbeitsplätze geschaffen werden. *Die zur Errichtung ganzer neuer Fabriken usw. erforderlichen Kapitalien waren naturgemäß bei der Entlassung der Arbeitskräfte noch nicht da:* so half man sich damit, daß man vorläufig kurzfristige Kredite gewährte, mit denen man Konsum und Kapitalbildung aufrecht erhielt, bis die Kapitalbildung so weit fortgeschritten war, daß man an die Umwandlung der Vorschüsse in

langfristige Anleihen denken konnte. Im Maße des Fortschreitens der Arbeiten *sammelten sich dann auch tatsächlich in der gesamten Wirtschaft die Mehrersparnisse an*, die zur schließlichen Konversion dieser Vorschüsse in Anleihen usw. erforderlich waren. *So erzeugten die Arbeitslosen die zu ihrer Beschäftigung erforderliche Kapitalbildung selber.* (jz15) Inwiefern waren die Ersparnisse noch nicht da? Man könnte annehmen, daß sie nach unserer Theorie ausreichend zur Verfügung stehen müßten, da der Absatz ja nun aufrechterhalten blieb, die Rationalisierung gelungen war und die Kapitalbildung effektiv sofort einsetzte. Hier ist eine nähere Erläuterung am Platze: Die Kapitalbildung begann nur, sie lieferte pro Woche gerade soviel Neuersparnisse, als Löhne für die entlassenen Arbeitskräfte gespart wurden bzw. für die zusätzlich eingestellten Arbeiter neu verausgabt werden mußten. Das heißt also, daß am Tage der Entlassung noch keinerlei zusätzliche Ersparnisse bemerkbar waren, und in den folgenden Wochen nur Beträge in Höhe der jeweils gesparten Wochenlöhne, die sich zudem über das ganze Land verteilten. Wenn also z. B. 100 Arbeitskräfte mit einem Wochenlohn von 50 RM durch eine Rationalisierung zum Abwandern in eine andere Industrie gezwungen wurden, so betrugen die zusätzlichen Ersparnisse am Ende der ersten Woche nach der Wiedereinstellung nur 5000 RM, ein Betrag, der bei den Banken kaum bemerkt werden konnte.

Dieser Punkt ist besonders wichtig. Denn infolge der Teilung der Produktion, des Handels und des Bankwesens in Hunderttausende von Einzelbetrieben fehlt den Unternehmern und den Banken die Übersicht. Die Banken können nicht warten, bis eine Spargelderstatistik erscheint, die ihnen sagt, wieviel Spargelder vorhanden oder zu erwarten sind. Auch können die Ersparnisse in ganz andern Landesteilen oder bei Konkurrenz-Instituten auf-

- 63 -

treten, ohne daß sie davon erfahren. Der Kapitalmarkt ist außerdem in hohem Maße von dem Zufluß von und dem Abfluß nach dem Auslande abhängig, wie noch zu zeigen sein wird; seine Zinssätze sind daher nicht immer ein brauchbarer Maßstab für die Menge der vorhandenen Ersparnisse; übrigens ist der Kapitalmarkt stark von Spezialgesetzen, wie Zöllen, Steuern und Anlegungsvorschriften, eingeengt. Entscheidend aber ist, daß es für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf die werdenden und zukünftigen Ersparnisse ankommt, also auf ein noch gar nicht wirksames Angebot am Kapitalmarkte. So handeln die Banken besonders heute (? - J.Z.), wo sie korrekt und weniger wagemutig, als vor dem Kriege sind, rein nach ihrer privatwirtschaftlichen Liquidität, die ihnen gebietet, niemals mehr Gelder für langfristige Zwecke auszuleihen, als ihnen an Depositen langfristigen Charakters zur Verfügung steht. Da mit den Arbeitslosen nur langlebige Güter produziert werden können, zu deren Herstellung regelmäßig ein großer Kapitalaufwand erforderlich ist, muß der Unternehmer vor Beginn der Arbeiten sein Projekt *ordnungsmäßig finanzieren*, d. h. er muß Verträge mit Banken abschließen, die ihm die *insgesamt* erforderlichen Ersparnisse in Form von Anleihen, Hypotheken oder andern langfristigen Mitteln von *vornherein sichern*. Derartige Zusicherungen abzugeben, glauben die Banken aber nicht in der Lage zu sein, da ihnen zusätzliche Ersparnisse noch gar nicht oder fast gar nicht zur Verfügung stehen. In unserm Beispiel würden die Banken auch eine Woche nach Beginn der Arbeiten erst 5000 RM zusätzliche Ersparnisse erhalten haben, während der Wert des zu finanzierenden Neubaus vielleicht 500 000 RM beträgt. Die Kreditinstitute lehnen daher, wenn sie vorsichtig geleitet sind, eine solche Finanzierung in Höhe von 500 000 RM ab. Es finden sich also keine Unternehmer, die die Arbeiter beschäftigen; die Herstellung der Kapitalgüter unterbleibt, Konsum und Kapitalbildung gehen zurück und die Arbeitslosigkeit wird verewigt.

Vor dem Kriege war das anders. Die Banken wurden von wagemutigen Führerpersönlichkeiten geleitet, die es mit der korrekten Einhaltung der Liquidität oft nicht genau nahmen. Die Kritik der Öffentlichkeit an diesem spekulativen Verhalten der Banken war scharf, bis zum Erscheinen des *Adolf Weberschen* Werkes "Depositen-Banken und Spekulationsbanken" sogar fast einmütig. Die Großbankleiter selbst waren sich darüber klar, welches Risiko sie eingingen, indem sie mehr Anlagekredite gaben, als ihnen

- 64 -

Mittel zur Verfügung standen. Die volkswirtschaftliche Richtigkeit ihres Handelns blieb ihnen verborgen; daher zeigten sie nicht selten ein schlechtes Gewissen, indem sie sich mit kleinlichen Gründen zu entschuldigen versuchten.

5. Die Antizipation der Ersparnisse durch die Banken als Mittel zur Vollendung des Kapitalbildungsprozesses. — Wir finden also in der *"Antizipation der Ersparnisse"* wie wir sie nennen wollen, also in der *Vorwegnahme der Spartätigkeit durch Zwischenkredite der Banken* die erprobte und adäquate Lösung des Problems, wie man latente Kapitalbildung in effektive verwandeln, der Rationalisierungswelle zu Erfolg verhelfen und die Masse der Arbeitskräfte durch Produktion von Kapitalgütern beschäftigen kann. Durch diese Antizipation der Ersparnisse bleibt der Konsum auf der veranschlagten Höhe; infolgedessen steigt die Kapitalbildung um den mit der Kostenersparnis bezweckten Betrag, so daß die Arbeiter an anderer Stelle weiter ihren Unterhalt finden können.

Die zusätzlich produzierten Kapitalgüter können von den Banken in Form von Hypotheken und Anleihen usw. langfristig beliehen werden; auf Grundlage dieser Beleihungen können Pfandbriefe, Industrieobligationen, Stadtanleihen, Aktien und andere Wertpapiere emittiert werden, die am Markte denen angeboten werden müssen, in deren Betrieben das zusätzliche Kapital gebildet worden ist. Dieses Angebot an Effektenkapital muß logischerweise gleich der Nachfrage sein, da dem Werte nach ebensoviel Wohnhäuser, Fabriken usw. neu gebaut sein müssen, wie zusätzliches Kapital gebildet worden ist 1). So können die *"Antizipationsvorschüsse"* der Banken dem Betrage nach *mit Sicherheit* in Effekten umgewandelt, bei der Bank also zurückgezahlt werden.

6. Der interlokale Ausgleich durch den Kapitalmarkt. — Es bleibt noch die volkswirtschaftlich weniger belangreiche Frage übrig, was zu geschehen hat, wenn die Bank A den Antizipationskredit gewährt hat, die Ersparnisse aber bei der Bank B eingezahlt werden. Es ist zu antworten, daß der Kapitalmarkt für den Ausgleich zu sorgen hat. Die Ersparnisse bei der Bank B suchen nach Anlage; bei einigermaßen richtiger Zinspolitik müssen sie als Nachfrage nach Wertpapieren am Kapitalmarkt erscheinen und auf das Effektenangebot treffen, das von der Bank A ausgeht. So

-
- 1) Beide sind nämlich gleich der Lohnsumme der abgebauten und an anderer Stelle neu eingestellten Arbeiter.

- 65 -

muß es zum Kauf bzw. zum Verkauf kommen und weder die Bank A, noch die Bank B kann in Verlegenheit geraten. Sache der Spekulation, d. h. der Lagerhaltung im Effektenhandel, ist es dabei, für die Nachfrage nach Wertpapieren stets ein reichliches Sortiment der verschiedensten Anlagen bereitzuhalten, damit die individuellen Wünsche der Anleger befriedigt werden können, und Aufgabe des Börsenkurses ist es, weniger gefragte Effekten so zu verbilligen, daß auch sie von der Nachfrage aufgenommen werden.

Bei dieser Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit, soweit sie aus Störungen in der Produktionssphäre zu erklären ist (durch Antizipationskredite), können also Arbeiterentlassungen vermieden werden; es kann stets soviel effektives Kapital bereitgestellt werden, daß die Beschäftigung der gesamten werktätigen Bevölkerung gesichert ist. *Kapitalmangel kann eine Ursache der Arbeitslosigkeit nicht mehr sein.*

7. Abgrenzung gegen die expansive Kredittheorie von Macleod, Schumpeter, Hahn u. a. — Man könnte versucht sein, dieser Lehre dieselben Einwände entgegenzuhalten, die einer andern heute verbreiteten Theorie vielleicht mit Recht entgegengehalten werden: Der expansiven Kredittheorie. Eine kurze Auseinandersetzung mit dieser Lehre mag daher erwünscht sein:

Während die expansive Kredittheorie den Standpunkt vertritt, Kredit könne aus dem Nichts geschaffen werden, die von den Banken periodisch hervorgerufenen Kreditinflationen seien der große Hebel der Kapitalbildung und des Fortschritts und nur fortgesetzte Krediterweiterung könne günstige Konjunkturen schaffen, hat die herrschende Lehre daran festgehalten, daß die Banken nie mehr Kredit gewähren können und sollen, als ihnen Depositen zur Verfügung stehen. Man kann diesen Satz mit Bezug auf den *Umsatzkredit* einer Modifikation unterziehen, indem man nachweist, daß seine besonderen Quellen (der Notenumlauf und die Giroguthaben) sich zugleich mit den tatsächlichen Güterumsätzen beliebig zusammenziehen und erweitern und indem man zeigt, daß die Umsatzvorschüsse der Girodepositeinzahlung *vorhergehen* müssen, damit der Tauschprozeß erst einmal in Gang gesetzt werden kann 1). Nun kommen wir für das Gebiet des *Anlagekredits* zu einer

-
- 1) Vgl. die vor der Veröffentlichung stehende Schrift des Verf.: "Banknotenausgabe und Arbeitslosigkeit". (jz16)

- 66 -

ähnlichen Lösung 1): *Auch der Anlagekredit hat in der Kapitalbildung seine besondere Quelle, die sich je nach dem Maße der wiederbeschäftigten Arbeitskräfte als mehr oder weniger ergiebig zeigt; und auch hier muß ein kurzfristiger Vorschuß zeitlich vorhergehen, damit die Kapitalbildung überhaupt in Gang kommt.*

Das scheinen uns notwendige Modifikationen der Theorie, die aber den ersten Grundsatz von der Übereinstimmung der langfristigen Depositen mit den langfristigen Ausleihungen bei den Banken prinzipiell nicht in Frage stellen.

Antizipationsvorschüsse dürfen nur in dem Umfange gewährt werden, in welchem unbeschäftigte, nicht-konsumierende Arbeitskräfte zur Verfügung stehen 2), niemals aber unbegrenzt, wie es die Ansicht der expansiven Kredittheorie ist.

Unbeschäftigte Arbeitskräfte, die nicht konsumieren, sind ein nicht ausgebeuteter Markt; ihn zu erschließen, sind solche antizipativen Kredite geeignet.

Sind aber sämtliche objektiv geeigneten Arbeitskräfte erst einmal beschäftigt, so muß jede weitere Gewährung solcher Kredite eine Nachfrage am Warenmarkte hervorrufen, der keine entsprechende Produktion gegenübersteht. Auch eine zusätzliche Kapitalbildung folgt dann nicht mehr, da vorher keine Entlassung von Arbeitskräften erfolgt, also keine Kostenersparnisse latent vorhanden sind. Diese Kredite können daher später nicht in langfristige Anleihen umgewandelt werden. Illiquidität der Banken und Inflation der Preise müssen die Folgen einer solchen expansiven Kreditpolitik sein.

Der Gedanke, daß *die Zahl der noch unbeschäftigten Arbeitslosen das Maß der zusätzlichen Bankkredite bestimmen muß*, ist naheliegend, wenn man sich den Geldschleier hinwegdenkt und vor Augen hält, daß für die Arbeitslosen Lebensmittel und Kleidungsstücke genug in den Läden liegen, und auch die Produktionskapazität der Industrie für alle ausreichen würde. Es handelt sich nur darum, die brachliegenden Arbeitskräfte zu benutzen, um Werte zu schaffen und dadurch zugleich den Konsum und die Kapitalbildung auf die erforderliche Höhe zu bringen. Eine

-
- 1) Über den Unterschied von Umsatz- und Anlagekredit vgl. die genauere Darstellung in meinem Aufsätze "Die Auswahl und Sicherung langfristiger Industriekredite", in "Bankwissenschaft" 1930, 2. Augustheft, S. 347- 360.
- 2) Eine weitere Grenze für das Maß der Antizipationskredite liegt in dem Umfange der *Vorräte* an Konsumgütern in den Lagern und Läden. Denn in den ersten drei Wochen dieser Vorschüsse sind noch keine zusätzlichen Waren da, es muß also von den Lagern gezehrt werden können, wenn Preissteigerungen vermieden werden sollen; vgl. Fußnote I, S. 65. (jz17)

- 67 -

weitere Kreditexpansion ist durch nichts gerechtfertigt. Der Kreditorganismus einer Volkswirtschaft dient nicht der Spekulation und Preistreiberei, sondern der Bewerkstelligung des Konsumgüterumschlages und der Beschäftigung der dabei nicht benötigten Arbeitskräfte mit Wohnungsbauten, Eisenbahnbauten usw. zum Nutzen aller.

Hält man an dem vorher entwickelten Begriff der Kapitalbildung 1) fest, so dürfen langfristige Kredite offenbar im Maße beider Zweige der Spartätigkeit gegeben werden, ohne daß es erforderlich ist, daß die Neukapitalbildung schon auf einem Bankkonto eingezahlt ist. *Es genügt, wenn die geschilderte Kapitalbildung durch Kostenersparnisse tatsächlich eingeleitet worden ist; Sache der Zwischenkredite ist es, sie vor dem Versiegen zu bewahren bzw. sie effektiv zu machen.*

Die hier vertretene Kredittheorie glaubt also im Gegensatz zu der expansiven Theorie nicht, daß Kapitalbildung oder Kredit aus dem Nichts geschaffen werden könne. Sie glaubt insbesondere nicht, daß die Kapitalbildung ohne die Durchführung von Kostenersparnissen (Arbeiterentlassungen) allein durch kreditpolitische

Maßnahmen irgendwie gesteigert werden könne. Sie behauptet nur, daß durch zweckmäßige Antizipationskredite Störungen und das *Versiegen einer Kapitalbildung vermieden* werden können, die vermöge von Rationalisierungsmaßnahmen *latent schon vorhanden* ist, daß also eine latente Kapitalbildung zu einer effektiven gemacht werden kann.

1) Vgl. S. 47.

Die gegenwärtige Organisation des Anlagekredits und ihre Mängel.

a) Die Vernachlässigung des Antizipationskredits.

1. Börsentätigkeit und Arbeitslosigkeit vor dem Kriege. — Wir hatten gesehen, daß das starke *Angebot* von Arbeitsgelegenheit, das vor dem Kriege zu beobachten war, seine Ursache in der ausgedehnten Pflege des antizipierten Emissionskredits hatte.

Wie eng der Zusammenhang zwischen der Gewährung von Antizipationskrediten bzw. der sich daraus ergebenden Börsentätigkeit mit der Arbeitslosigkeit von jeher gewesen ist, beweist das nebenstehende (hier: unten stehende! - J.Z.) Schaubild des Instituts für Konjunkturforschung 1). Es ergibt sich daraus die alte Erfahrung, daß die Arbeitslosigkeit sehr stark sinkt, wenn die Börsentätigkeit sich lebhaft gestaltet, wenn also durch Antizipation von Ersparnissen eine starke effektive Kapitalbildung hervorgerufen worden ist, die nach Anlage sucht, während gleichzeitig die Banken ihre Antizipationskredite in Effekten umwandeln und auf den Markt werfen.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Börsentätigkeit, die wir seit Mai 1927 in Deutschland beobachten, wahrscheinlich noch viel kleiner ist, als sie vor dem Kriege in den stillsten Zeiten (etwa 1901) war, so können wir uns nicht wundern, daß heute die Arbeitslosigkeit dauernd noch größer ist, als sie damals nur in den Krisenzeiten (1901, 1909) war. Die Gesetzmäßigkeit, die damals den Andrang bei den Arbeitsnachweisen und die Börsentätigkeit miteinander ver-

1) Vierteljahrshefte z. Konj., 1926 IV, S. 44.

knüpfte, gilt auch heute noch; *man kann nicht hoffen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, wenn man nicht entschlossen ist, vorher der Börsentätigkeit wieder aufzuhelfen.*

Was versteht man unter "lebhafter Börsentätigkeit", welches sind die Gründe für ein Steigen der Aktienkurse, wie es das Schaubild zeigt? Offenbar ist die Voraussetzung für beide, daß eine *starke Kapitalbildung* vorhanden ist und daß die Banken in der Lage sind, *reichlich neue Effekten* zu produzieren. Wie wir gesehen haben, ist es der antizipierte Emissionskredit, der in bedeutsamer Weise gerade diese beiden Voraussetzungen vereinigt und verwirklicht.

2. Der Rückgang und seine Gründe. — Schon die hohe Arbeitslosigkeit, die wir heute haben, deutet darauf hin, daß der Antizipationskredit seit der Vorkriegszeit stark zurückgegangen ist, daß sich also die Kreditpolitik der Großbanken in den vergangenen 20 Jahren geändert hat. Auf die einzelnen Gründe dieser Veränderung kann hier nicht eingegangen werden; es ist aber wohl Tatsache, daß der antizipierte Emissionskredit heute nur noch wenig in Übung ist. Man erkennt das nicht nur an dem geringen Umlauf von Bankakzepten, sondern auch daran, daß heute die Börse fast tot daliegt. So ist es heute unmöglich, größere Pakete von Aktien oder Obligationen zu plazieren, was doch die Voraussetzung für Antizipationskredite ist. Zugleich ist das Emissions- und Konsortialgeschäft auf einen Bruchteil seines früheren Umfanges gesunken. Für diese Entwicklung trägt in

erster Linie die kapitalfeindliche, genauer gesagt die den Erwerbslosen schädliche Wirtschaftspolitik des Reichs und der Reichsbank die Verantwortung. Besonders schädlich war die irrige Vorstellung des Reichsbankpräsidenten Schacht, daß die für Börsenkredite verwendeten Gelder der produktiven Wirtschaft verloren gehen 1), und sein Glaube, die gefährlichen kurzfristigen Auslandskredite an Deutschland würden sich vermindern, wenn er die Börse stilllegen und dadurch ihren Geldbedarf ausschalten würde 2).

Kampf gegen die Börse heißt Kampf gegen die Antizipationskredite und die gesamte Finanzierung der Industrie; Besteuerung der Börse und des Kapitalverkehrs be-

-
- 1) Z. B. sein Ausspruch, die Auslandsanleihen seien nicht in die Wirtschaft, sondern in die Gastwirtschaft geflossen.
 - 2) Die Statistik zeigt, daß sie sich in Verfolg der Schachtschen Politik nahezu verdoppelt haben.

- 70 -

deutet Besteuerung gerade derjenigen Finanztransaktionen, mit denen allein neue Arbeitsplätze für die Millionen abgebauter Arbeitskräfte gefunden werden können. Noch in den Jahren 1926/27 hat der deutsche Kapitalmarkt Riesenemissionen, wie die Vereinigten Stahlwerke 1) und der I. G. Farbenindustrie A. G. aufnehmen können; in jenen Jahren ist ein großer Teil der Rationalisierungen mittels Antizipationskrediten finanziert worden. Der Erfolg war, daß fast 2 Millionen Arbeitslose allein in dieser kurzen Periode von der Wirtschaft absorbiert werden konnten, so daß die Wiederkehr des Vorkriegszustandes am Arbeitsmarkte dicht bevorzustehen schien. Erst durch die rigorosen Eingriffe des Reichsbankpräsidenten Schacht ist diese neue und hoffnungsvolle Entwicklung unterbunden worden. Die großen Verluste, die die Banken infolge dieser Maßnahmen erlitten haben 2), haben ihnen die Freude an gewagten Finanztransaktionen, wie sie nun einmal nötig sind, wenn Arbeitsgelegenheit beschafft werden soll, verdorben.

3. Sinken der Führerqualitäten der Bankleiter. — Dazu kommt, daß ein hoher Prozentsatz der Großbankleiter sich in vorgerücktem Alter befindet und daß der Einblick in die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge fast überall fehlt. In welchem Grade hier Mängel vorhanden sind, ergibt sich nicht nur aus den Reichsbank- und Großbank-Berichten der Inflationszeit, worauf *Ad. Weber* hingewiesen hat 3), sondern auch aus neueren Äußerungen, von denen etwa die bekannte Empfehlung einer Lohnsenkungsaktion im Geschäftsbericht der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft für 1929 genannt sein möge, in dem es heißt:

"Wäre die Nominalhöhe der Löhne und Gehälter in Deutschland 10 % niedriger — das ist die Steigerung der letzten 2 Jahre, die sich als untragbar erwiesen hat —, so ständen wir nicht so unter dem Druck der Arbeitslosigkeit. *Die Produktion könnte gesteigert* und damit verbilligt werden, so daß, abgesehen von der Wirkung auf Außenhandel und Zahlungsbilanz, durch sinkende Preise der Reallohn, auf den es doch letztlich ankommt, bald nur wenig vom heutigen abweichen würde. Einen, wenn auch nicht gleichwertigen, so doch genügenden Ersatz einer Lohnreduktion, die in Deutschland aus politischen Gründen wenig Aussicht auf Verwirklichung hat, würde eine Verlängerung der Arbeitszeit bieten.

-
- 1) Deutsche Tranche 126 Mill. RM.
 - 2) Das Massensterben der Privatbankiers geht zum größten Teil auf die am "schwarzen Freitag" erlittenen Verluste zurück.
 - 3) Vgl. das Vorwort zu "Effektenbörse und Volkswirtschaft", a. a. O. S. VII.

- 71 -

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Höhe des Zinsfußes, das dritte große Hemmnis unserer Wirtschaftsentfaltung, sich erheblich ermäßigen würde, wenn eine rationelle Wirtschafts- und Finanzpolitik die Kapitalbildung bei den Unternehmungen wieder ermöglichte und dadurch deren übermäßiges Kreditbegehren milderte."

Leider unterläßt der Bericht, zu bemerken, wie die gesteigerte Produktion trotz gesenkter Löhne abgesetzt werden soll. Allerdings ist die Kapitalbildung in den Betrieben von entscheidender Bedeutung; sie kann aber nur

durch bessere Ausnutzung der Produktionskapazität gesteigert werden. Ob die für den Bericht verantwortlichen Persönlichkeiten wirklich geglaubt haben, man könne diesen vermehrten Absatz durch Lohnherabsetzung erreichen, erscheint nicht sicher; zum mindesten muß es befürchtet werden. Noch vielsagender ist das, was in den Berichten *nicht* gesagt wird: Über die tiefgreifenden Umschichtungen des deutschen Kreditsystems, von denen die Rede gewesen ist und noch sein wird, findet man hier nur wenige Andeutungen. Die Rolle der Ankurbelungs- und der Antizipationsvorschüsse wird nicht erkannt; selbst *Solmsen* stimmt in die allgemeine Klage über den Kapitalmangel ein, ohne zu erkennen, daß es in seiner Hand lag, aus der latenten Kapitalbildung eine effektive zu machen: "Die deutschen Großbanken sind gleichsam Lokomotiven unter Dampf", sagte er noch am 5. Februar 1930 in seinem Züricher Vortrage, "denen jetzt mangels der Schienen in Form des erforderlichen Kapitals die Möglichkeit abgeht, ihre gewaltige Aktionskraft zum Wohle der Wirtschaft ihres Landes und der Welt voll zur Geltung zu bringen"! 1)

Erkenntnis und Wissen sind aber unumgängliche Voraussetzungen des hier notwendigen Handelns, ohne die Arbeitslosigkeit und Absatzmangel nicht beseitigt werden können.

b) Die Überversorgung des Geldmarktes auf Kosten des Kapitalmarktes.

1. Die Trennung der kurzfristigen und der langfristigen Gelder durch den Zins. — Die Behandlung des Kapitalbildungsproblems hat gezeigt, daß der langfristige Anlagekredit alle diejenigen Depositen und Spargelder sammeln muß, die nicht dem Güterumschlag dienen, und daß er diese vereinigten Mittel wieder

1) Berlin 1930, S. 25.

gehörig *verteilen* muß, wenn die volle Beschäftigung der gesamten Bevölkerung sichergestellt sein soll.

Um die erste dieser Aufgaben erfüllen zu können, muß die Kreditorganisation eine Trennung der Depositen und Spargelder in lang- und kurzfristige Mittel ermöglichen. Die Banken müssen ihren Kreditoren ansehen können, ob die Gelder nur für Tage entbehrlich und daher nur für Umsatzfinanzierungen brauchbar sind, oder ob es sich um Depositen handelt, die voraussichtlich für Jahre und Jahrzehnte unverändert stehen bleiben werden, da der Sparer nur den Zinsgenuß beansprucht. Eine solche Trennung in kurzfristig gemeinte und langfristig gemeinte, einfacher ausgedrückt in kurzfristige und langfristige Depositen ist in Deutschland zur Zeit fast unmöglich. Während die Unterscheidung zwischen beiden Arten von Depositen für die deutschen Großbanken vor 30 Jahren noch wenig erforderlich war, weil diese Banken fast nur echte Giro-, also Kassenführungsguthaben unter ihren Kreditoren besaßen, ist sie heute dringend erforderlich, da die Großbanken mit dem Heranwachsen ihres Filialnetzes zu Sparinstituten geworden sind, die über bedeutende Beträge langfristiger Depositen verfügen, wenn diese auch in der Rechtsform des täglichen Geldes verbucht sind.

Übergibt jemand seine Ersparnisse einer Bank oder Sparkasse, so glaubt er sich der Verpflichtung enthoben, ebenso sorgfältig an die Trennung von kurzfristigen und langfristigen Kapitalien zu denken, wie er es wohl tun würde, wenn er die Mitverantwortung für die Versorgung der Wirtschaft mit Anlagekredit trüge. Er faßt vielmehr den Zinsgewinn ins Auge, den ihm seine Kapitalanlage bringen kann. Nun hat man von jeher langfristige Kapitalien nutzbringender verwenden können, als kurzfristige, man hat also schon immer für langfristig festgelegte Gelder einen höheren Zinssatz gezahlt, als für tägliches Geld oder Monatsgeld. Ist der Zinssatz für langfristige Anlagen im Vergleich zu dem Satze für tägliches Geld genügend hoch, so treibt das natürliche Interesse die Sparer, nur diejenigen Gelder, die sie wirklich als jederzeitig greifbare Kassenreserven halten müssen, als tägliches Geld anzulegen. Alle übrigen Kapitalien werden sie auf längere Frist festlegen, um den hohen Zins für derartige Gelder zu genießen. *Nur bei einer hinreichenden Spanne* zwischen dem Zinssatz für tägliches Geld und für langfristige Kapitalanlagen wird also das Selbstinteresse des Sparers, seine Kapitalien fristgerecht anzulegen, wieder hergestellt sein und genügen. Fehlt die Zinsspanne oder ist sie

nicht ausreichend bemessen, so werden die Sparer einen großen Teil ihrer langfristigen Ersparnisse als tägliches Geld anlegen. Schon die Bequemlichkeit würde sie dazu treiben. Täglich fällige Guthaben ersparen ihnen das Nachdenken über die Anlage in Pfandbriefen, Aktien usw., belassen ihnen vollste Freiheit der Disposition und schließen Kursverluste aus, die bei der Veräußerung von langfristigen Anlagen, z. B. von Wertpapieren, immerhin eintreten können.

2. Die Bedeutung des Diskontsatzes für den langfristigen Anlagekredit. — Für die Bemessung dieser Zinsspanne zwischen kurz- und langfristigen Anlagen hat nun der Diskontsatz der Zentralnotenbank eine entscheidende Bedeutung. Nach ihm richten sich die Banken bei der Festsetzung der Zinssätze, die sie auf Guthaben vergüten, ebenso die Sparkassen, so daß der Zinsabstand nach der Rendite der Festverzinslichen hin durch ihn reguliert und bestimmt wird. Die Gefahr eines zu niedrigen Diskontsatzes kann nicht leicht praktisch werden, denn bei ihm würden der Notenbank derart viel Wechsel zum Diskont angeboten werden, daß sie nur wenige Tage einen in dieser Richtung falschen Satz zu halten vermöchte. Wohl aber kann eine Notenbank mit Monopolrecht lange Zeit hindurch einen zu hohen Diskontsatz halten. Klagen über den Verlust der "Herrschaft am Geldmarkt", über großes Angebot an Auslandsgeldern usw. pflegen dann an der Tagesordnung zu sein. Ein derartiger zu hoher Diskontsatz bewirkt eine ebenfalls zu hohe Festsetzung der Depositenzinssätze durch die Banken und Sparkassen. Die Spanne zwischen dem Zinsertragnis eines Pfandbriefes und eines Depositenkontos sinkt also, unter Umständen auf einen unbedeutenden Betrag. Der Sparer und Depositär hat also keine hinreichende Veranlassung mehr, sein Guthaben in Pfandbriefe, Aktien oder andere dauernde Vermögensanlagen zu konvertieren. Die Kreditoren der Banken werden daher steigen und von nun an zum Teil langfristige Ersparnisse enthalten; man wird Überfluß haben an kurzfristigen Geldern.

Eine unrichtige Diskontpolitik macht also die erforderliche Trennung der kurzfristigen und langfristigen Ersparnisse bei den Banken unmöglich. Das Angebot an langfristiger Kapitaldisposition, das, wie wir sahen, schon durch die Folgen von Rationalisierungen leicht unzulänglich wird, muß weiter sinken, wenn erhebliche Beträge echter Spargelder durch eine solche Zinspolitik vom Kapitalmärkte ferngehalten und dem Geldmarkte zugetrieben

— 74 —

werden. Nun deuten verschiedene Anzeichen darauf hin, daß die deutsche Reichsbank aus Gründen der Börsenpolitik, der Währungs- und Reparationspolitik im Verlaufe der letzten Jahre den Diskontsatz künstlich hochgehalten hat; wir werden daher zu prüfen haben, ob sich das Eintreten der Folgewirkungen: Überfluß am Geldmarkte, Mangel am Kapitalmarkte, für die letzten Jahre in Deutschland statistisch feststellen läßt.

3. Die Fehlleitung langfristiger Anleihemittel durch die deutsche Bankorganisation. — Nach der Veröffentlichung des Stat. Reichsamtes "Die deutschen Banken 1924 - 1926" betrugen die Kreditoren der sechs Berliner Großbanken Ende 1912 4,60 Milliarden Mark, während sie Ende 1929 auf 11,4 Milliarden RM gestiegen waren. Die darin sich ausdrückende Steigerung von fast 7 Milliarden ist aber nicht voll auf Rechnung der Einlagesteigerung zu setzen, vielmehr zum Teil auf die Angliederung von 43 Aktienbanken und 56 Privatbanken, die im Verlaufe der Zwischenzeit erfolgt ist 1). Die Statistik des Berliner Tageblattes vom 24. März 1928, die diese Angliederungen einbezieht, soweit es sich um den Ankauf von Aktienbanken handelt, kommt auf eine Kreditorensomme von 5,76 Milliarden Mark für Ende 1912. Berücksichtigt man dazu die bis Ende 1929 erfolgten Angliederungen von Aktienbanken, so wird man auf eine Kreditorensomme von rund 6 Milliarden Mark für Ende 1912 kommen. Ende 1929 beliefen sich diese Kreditoren auf 11 410,33 Mill. RM. Die Nettosteigerung beträgt also allein bei den fünf Berliner Großbanken 2) rund 5,4 Milliarden RM. Allerdings sind dabei nicht die Kreditoren der mit diesen Großbanken vereinigten Privatfirmen berücksichtigt. Wir lassen diese außer Acht, da an die Stelle der Privatbanken ein starkes öffentliches Bankwesen getreten ist, von dem allein die erheblich aufgeblühten Staats- und Landesbanken insgesamt seit 1913 einen Zuwachs an Kreditoren gehabt haben dürften, der den Ausfall dieser Privatbanken mindestens kompensiert.

Hiernach sind im Jahre 1930 rund 5,4 Milliarden RM mehr für kurzfristige Ausleihungen verfügbar gewesen, als im Jahre 1912. Dieser Betrag erhöht sich durch die stark erweiterte Tätigkeit der Sparkassen im kurzfristigen Kreditgeschäft um weitere Beträge:

1) Diese ist leider vom Stat. Reichsamt nicht berücksichtigt worden.

- 2) Deutsche und Diskonto, Dresdner, Darmstädter und Nationalbank, Commerz- und Privatbank, Berliner Handelsgesellschaft.

- 75 -

Ende 1913 waren nur 3 % der Mittel der deutschen Sparkassen kurzfristig angelegt 1), Ende 1929 2) dagegen 30 %. Von den Aktiven aller deutschen Sparkassen, die sich Ende 1913 auf 20 801,8 Mill. M beliefen, waren damals nur 127 Mill. = 3 % in Kasse, Bankguthaben, Wechseln und Schuldnern als kurzfristigen Anlagen investiert, alles übrige 3), nämlich 94,1 %, in Hypotheken, Wertpapieren und Kommunalدارlehen, also in langfristigen Anlagen 4). Am Ende des Jahres 1929 betrugen die Kredite und Wertpapierbestände aller deutschen Sparkassen (ohne die Girozentralen, ohne Kasse und Bankguthaben) 10 080,8 Mill. RM. Hiervon waren 3007,3 Mill. RM, mithin 30 % oder mehr als das Vierfache des ausmachenden Betrages von 1913 dem kurzfristigen Geschäft gewidmet und nur 7073,5 Mill. gleich 70 % dem langfristigen Geschäft. Demnach sind heute bei den Sparkassen ungefähr 2,4 Milliarden RM mehr kurzfristige Ausleihungen festzustellen, als im Jahre 1913.

Allerdings hat sich auch das Passivgeschäft der deutschen Sparkassen seit 1913 verändert. Im Jahre 1913 machten die Spareinlagen (19 689,7 Mill. M) 94,7 % der Gesamtpassiven (20 801,8 Mill. M) aus, Ende 1929 aber nur noch 83,1 % (9 275 Mill. RM), während 16,9 % (1885 Mill. RM) auf die Giro-, Scheck-, Kontokorrent- und Depositeneinlagen entfielen, die 1913 kaum vorhanden waren (nur 0,3 %) 5). Die Sparkassen haben also in den vergangenen 16 Jahren das kurzfristige Bankgeschäft aufgenommen und damit 1885 Mill. RM zusätzliche Mittel geworben, die früher von dem privaten Bankwesen verwaltet worden waren. Sie haben sich aber nicht damit begnügt, diesen Betrag voll der kurzfristigen Anlage zuzuführen, sondern sie haben dem neuen kurzfristigen Geschäft noch weitere 1122 Mill. RM aus ihren langfristigen Spareinlagen zugeführt.

1) Vgl. Vierteljahrhefte 1927 III, S. 65.

2) Vgl. Wirtschaft und Statistik, 1930, S. 301 : Von den 10 080,8 Mill. RM Gesamteinlagen der deutschen Sparkassenorganisation (ohne Girozentralen), die Ende 1929 dem Kreditgeschäft und der Wertpapieranlage dienten, waren investiert

in Hypotheken	4 143,8	
in Wertpapieren	1 460,3	
<u>in Kommunalدارlehen</u>	<u>1 469,3</u>	
langfristige Anlage insgesamt ...	7 073,5	= 70 %
in Wechseln	378,5	
<u>in Debitoren</u>	<u>2 628,8</u>	
kurzfristige Anlage insgesamt...	3 007,3	= 30 %.

3) Abgesehen von 363,5 Mill. M "sonstigen Aktiva" (1,7 %).

4) Vgl. zur Sparkassenstatistik 1913 und 1926 Vierteljahrhefte zur Stat. d. d. R., 1927, III, S. 64 ff.

5) Vgl. Vierteljahrhefte 1927, III, S. 65; Wirtschaft und Statistik 1930, S. 301.

- 76 -

Hiernach haben die Berliner Großbanken, die sich ausschließlich auf die kurzfristige Anlage ihrer Mittel beschränken, am 1. Januar 1930 rund 5,4 Milliarden RM mehr kurzfristige Mittel zur Verfügung gehabt, als 1913, und die Sparkassen, die sich der kurzfristigen Anlegung nach dem Kriege neu zugewandt haben, widmeten diesem Zweige rund 2,4 Milliarden RM. Dazu kommt, daß sich der Notenumlauf der Reichsbank von Ende 1913 bis Ende 1929 um rund 2,5 Milliarden RM gehoben hat 1); auch aus dieser Quelle sind etwa 1,5 Milliarden neu für Umsatzkredite verfügbar geworden 2). Insgesamt waren also schon aus diesen Quellen am 1. Januar 1930 9,3 Milliarden RM mehr an kurzfristigen Umsatzkrediten verfügbar, als 1913.

Daß diese Schätzung keineswegs zu hoch ist, wird durch eine Statistik der Wirtschaftskredite aller Bankgruppen in Deutschland bewiesen, die Prion gibt 3). Hiernach betragen die Bilanzpositionen Kontokorrent-Debitoren, Wechsel, Lombards und Warenvorschüsse am 30. Juni 1928:

11 Großbanken	9 703 Mill.	RM
Sonstige Akt. Bkn.	1 480 "	"
Öff.-r. Kr.-Anst	3 536 "	"
Sparkassen	2 324 "	"
Genossenschaften	2 057 "	"
Girokassen	254 "	"

19 393 Mill. RM

Wegen der von Mitte 1928 bis Ende 1929 eingetretenen starken Steigerungen muß man die Summe derselben Posten per 1. Januar 1930 auf mindestens 22 Milliarden RM schätzen. Die entsprechende Ziffer für 1913 kann kaum größer als 8 - 9 Milliarden M gewesen sein, da sich die öffentlichen Anstalten vor dem Kriege kaum im kurzfristigen Geschäft betätigten und die Großbankdepositen nur die Hälfte der heutigen betrugen. Der Zuwachs würde sich hiernach sogar auf etwa 13,5 Milliarden RM belaufen.

- 1) Die Kredite der Reichsbank an die Wirtschaft betrugen am 31. Dez. 1913 nur 1584 Mill. M, Ende 1927 aber 3 206 Mill. RM.
- 2) Darüber hinaus kann man unbedenklich einen Teil der Devisen und Auslandswechsel der Reichsbank zu den Wirtschaftskrediten rechnen, denn ebenso wie die Reichsbank heute im Unterschiede zu 1913 mit diesen Mitteln die ausländischen Wirtschaftsumsätze finanziert, beteiligen sich die ausländischen Notenbanken an der deutschen Umsatzkreditgewährung, indem sie Devisenguthaben teilweise in RM halten, was sie vor dem Kriege nicht getan haben.
- 3) Vgl. Der deutsche Geld- und Kapitalmarkt seit der Stabilisierung, in "Strukturwandlungen der d. Volkswirtschaft", Berlin 1929, S. 346.

- 77 -

Nehmen wir einen *Zuwachs* von 9 auf 20 Milliarden, also um 11 Milliarden als das mindeste an, so bleibt uns noch übrig, die übliche Geldwertkorrektur anzubringen, indem wir die Ausgangsziffer von 9 Milliarden mit 1,4 multiplizieren (= 12,6). Wir erhalten dann, im heutigen Geldwerte gemessen, einen *Zuwachs an kurzfristigen Ausleihungen bzw. Krediten in juristisch kurzfristiger Form von nicht weniger als 7,4 Milliarden RM seit 1912.*

4. Keine erhöhte Verwendungsmöglichkeit für Umsatzkredite. — Ein so bedeutendes Mehrangebot an Umsatzkredit wäre nur dann gesund, wenn die Anlagemöglichkeit im gleichen Maße gestiegen wäre. Das ist aber nicht der Fall. Wenn auch die Lagerhaltung im Einzelhandel an vielen Stellen gestiegen sein mag, so ist sie doch, im Ganzen genommen, infolge der zunehmenden Rationalisierung der Lagerhaltung in der Industrie und im Großhandel sowie durch die Beschleunigung des Güterverkehrs auf der Achse wahrscheinlich gleich geblieben 1). Wir wissen aber, daß Umsatzkredite *nur* zur Güterbewegung verwendet werden können. Ist die Güterbewegung in bezug auf Wert und Umschlagszeit nicht gestiegen, so ist für vermehrte Umsatzkreditgewährung in der Volkswirtschaft kein Raum.

5. Die geringere Liquidität der Sparkassen ein wichtiger Ausgleichsfaktor am Vorkriegsgeldmarkte. — Vor dem Kriege war die Lage eine andere: Damals konnte von einem Überangebot an kurzfristigen Mitteln nicht die Rede sein. Es ist vielleicht der interessanteste Zug des deutschen Bankwesens vor dem Kriege gewesen, daß die Sparkassen übermäßig viel langfristige Anlagen hatten und so ein Gegengewicht gegen die schon damals übermäßigen kurzfristigen Anlagen 2) der Groß- und Kreditbanken bildeten. Wenn die Sparkassen damals 94,1 % ihrer Gelder langfristig anlegten 3), obwohl diese Gelder zum allergrößten Teil in Tagen oder wenigstens Monaten fällig waren, so handelten sie bankmäßig falsch; sie verstießen gegen das bankmäßige Grundgesetz und waren illiquide 4). Jedoch erfüllten sie damit unbewußt eine wichtige volks-

- 1) Vgl. die diesbezüglichen Spezialarbeiten von Prof. *Julius Hirsch* a. a. O.
- 2) Übermäßig im Verhältnis zur Zusammensetzung ihrer Depositen, von denen ein Teil echte Spargelder waren.
- 3) Allein 63,1% in Hypotheken.

- 4) Sie waren dazu vermutlich berechtigt, weil damals selbst Hypotheken leicht veräußert schienen und die Unterstützung der öffentlichen Verbände hinter ihnen stand.

- 78 -

wirtschaftliche Funktion, indem sie etwa ebenso viele Milliarden *zuviel langfristig* anlegten, wie von den Banken *zuviel kurzfristig* angelegt wurden. Indem die Sparkassen sich heute rühmen können, eine privatwirtschaftlich ausreichende oder sogar gute Liquidität zu besitzen, kommen sie als Ausgleichsfaktor früher höchster Bedeutung in Fortfall. Sie legen heute nicht nur die Girogelder gänzlich kurzfristig an, sondern auch noch rund 15 % der Spargelder, so daß sie heute das übermäßige Angebot an Umsatzkredit nicht nur *nicht mehr kompensieren*, sondern sogar durch ihre eigenen kurzfristigen Anlagen noch verstärken 1).

6. Die Zunahme echter Spargelder in den Bankdepositen. — Wenn heute über 7 Milliarden mehr Mittel für kurzfristige Ausleihungen zur Verfügung stehen, so ist das nur dadurch zu erklären, daß sich in den Bankdepositen nicht mehr nur Giro- und Kassenhaltungsguthaben befinden, sondern in zunehmendem Maße auch *echte Spargelder*. Seit die Großbanken sich ein Netz von Filialen und Depositenkassen angegliedert haben, sind sie in zunehmendem Maße zu Sparinstituten geworden. Besonders deutlich wird diese Entwicklung an den englischen Großbanken, die Ende 1929 über 32 Milliarden RM (£ 1625 Mill.) Depositen verfügten, ein Betrag, der zweifellos zu Bewältigung des Güterumschlages viel zu groß ist, da dieser auch einschließlich des internationalen Verkehrs kleiner ist, als der deutsche. Seitdem die deutschen Großbanken ihren Depositenbestand von etwa 6 Milliarden (1913) auf fast 12 Milliarden gesteigert haben, sind sie in eine ähnliche Lage gekommen. Während aber die englischen Großbanken die Konsequenzen aus der Entwicklung zu Sparbanken gezogen haben, indem sie allein 4 Milliarden RM (196,55 Mill. £) in Effekten investierten, haben die deutschen Großbanken an der überholten Tradition festgehalten, Effektenanlagen zu vermeiden. Die sechs Berliner Großbanken 2) weisen per 1. Januar 1930 bei einer Bilanzsumme von 13 765 Mill. RM nur folgende Effektenanlagen auf:

Börsengängige Effekten	169 Mill. RM
(davon festverzinsliche 24 Mill.)	
<u>Nicht notierte Effekten</u>	<u>23 " "</u>
Insgesamt	192 Mill. RM

-
- 1) Prion steht diesem Gedanken offenbar ganz nahe, indem er, ohne ihn auszusprechen, erklärt: "Die Wandlungen auf dem Gebiet des Sparkassenwesens sind die wichtigste Erscheinung im deutschen Bank- und Kreditwesen des letzten Jahrzehnts". Vgl. Der deutsche Kapitalmarkt seit der Stabilisierung, in Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, Berlin 1929, S. 347.
- 2) Einschließlich der Reichskreditgesellschaft.

— 79 —

Die mit 167 Mill. zu Buche stehenden Konsortialeffekten können dabei nicht gezählt werden, weil sie nicht zwecks eigener Vermögensanlage, sondern als Lagersortiment für den Verkauf an die Kundschaft zu gelten haben. Es sind also nur etwa 1 3/4 % der Aktiva der Banken in Effekten angelegt, dabei nur 2 Promille in fest-verzinslichen, während die englischen Großbanken 12 % ihrer Depositen in Effekten investiert hatten.

7. Die ungesunde Verwendung kurzfristiger Kredite zu Anlagezwecken. — Da der Umsatzkreditbedarf der Wirtschaft allein aus den besonderen Quellen dieses Kredits, den Banknoten und den Giroguthaben, gedeckt wird, haben die Banken keine Möglichkeit gehabt, die zusätzlichen kurzfristigen Mittel von über 7 Milliarden in Umsatzkrediten anzulegen. Sie waren gezwungen, diese Gelder in Produktionsmitteln und ähnlichen langlebigen Gütern zu investieren, da es eine dritte Art der Kapitalanlage nicht gibt. Diesem Zwange versuchten sich freilich die Kreditinstitute zu entziehen, da sie sich aus Liquiditätsgründen verpflichtet fühlten, sich auf kurzfristige Anlagen zu beschränken.

Mit kurzfristigen Ausleihungen, die mit oder ohne Willen der Banken von den Schuldnern langfristig verwendet werden, ist aber eine gesunde Finanzierung von Produktivgütern unmöglich. Vielmehr ist die für die Finanzierung von Produktionsmitteln einzig geeignete Kreditform der *langfristige Kredit*. Die Kapitalbildung, die in dieser Gestalt auf dem Wege über die Entlohnung von Produktionsmittelarbeitern in dauerhafte Kapitalgüter verwandelt wird, hat die Eigentümlichkeit, nicht durch sofortigen Verzehr, sondern durch *jahrzehntelangen Gebrauch* nützlich zu sein. Ein so gewährter Kredit kann also nie sofort, sondern nur in jahre- und jahrzehntelangen Raten (Annuitäten) getilgt werden, und zwar aus den Überschüssen, die das erstellte Gut abwirft. Ein Schuldner, der kurzfristige Kredite annimmt und damit Produktivgüter errichtet, macht sich selbst also die jederzeitige Erfüllung seiner Verpflichtung unmöglich, die dahin geht, sofort oder innerhalb weniger Monate zu bezahlen. Keine Bank sollte ihre Hand dazu hergeben, einen solchen Mißbrauch der Rechtsform des Umsatzkredits zu unterstützen oder zu dulden. Ein solcher Vorwurf muß aber einer Bankorganisation gemacht werden, die etwa 7 Milliarden RM mehr Mittel kurzfristig ausgeliehen hat, als sie vor dem Kriege für denselben Zweck auszuleihen vermochte, obwohl der Kreditbedarf inzwischen nicht wesentlich gestiegen ist. Der Zu-

— 80 —

wachs *kann* von den Schuldnern gar nicht anders, als in Produktivgüter investiert worden sein.

Verfolgen wir die Verwendung der zusätzlichen 7 Milliarden im einzelnen, so finden wir, daß etwa 2000 Mill. auf die stark gestiegene kurzfristige Verschuldung der Kommunalverbände entfallen, die am 30. September 1929 2337,8 Mill. RM betrug, während sie vor dem Kriege nicht größer als 300 Mill. M gewesen zu sein scheint 1). Es handelt sich hier keineswegs um die Finanzierung von Warenumsätzen, sondern um langfristige Anlagen, um städtische Wasserwerke, Elektrizitätswerke, Schlachthäuser, Schulen, Rathäuser und ähnliche Dauergüter, die in der Hoffnung auf spätere Anleiheaufnahme gebaut worden sind, bis die plötzlich durch die Anleiheberatungsstelle eingetretene Kreditsperre die beabsichtigte Umschuldung unmöglich machte. Diese 2 Milliarden kurzfristige Kredite sind also nichts anders als eingefrorene Zwischenkredite; sie stellten die Finanzierung langfristiger Anlagen mit Hilfe von juristisch kurzfristigen Krediten dar. Die Finanzierung erfolgte mit Hilfe von juristisch kurzfristigen Krediten, obwohl die Mittel, die verwendet wurden, ihrem eigentlichen Charakter nach langfristige waren. Die Banken wählten also folgenden umständlichen Weg: Sie erhielten echte Spardepositen, also langfristige Mittel, nahmen diese in der Rechtsform kurzfristiger Mittel herein und liehen sie kurzfristig aus, obwohl der Empfänger sie wieder langfristig anlegte. Anstatt also langfristige Mittel einfach und ehrlich langfristig anzulegen, wählten sie einen überaus komplizierten Weg, der ihnen hohe Risiken und dem Schuldner noch höhere Gefahren aufbürdete, ohne für den Depositär vorteilhaft zu sein 2).

8. Die Effektenkredite an die Börse als Sicherheitsventil. — Ein anderer Teil der Überversorgung des Geldmarktes ist der Börse in der Form von Effektenkrediten und Reportgeldern zugeflossen. Bei einer ausreichenden Spanne zwischen dem Zinssatz für tägliches Geld und der Rendite der festverzinslichen Papiere bzw. der Aktien sehen sich die Einleger der Banken veranlaßt, *selbst* Effekten für ihr Guthaben zu kaufen. Ist die Spanne aber so gering, daß den Banken und Sparkassen zuviel Gelder in Form

-
- 1) Vgl. Die Schulden der Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern und der Gemeindeverbände. Wirtsch. u. Stat. 1930, S. 292.
 - 2) Diese eingefrorenen Zwischenkredite dürfen nicht mit den nützlichen Antizipationskrediten verwechselt werden, denn sie stammen aus echten schon bei den Banken eingezahlten Spargeldern, während Antizipationskredite solche Ersparnisse erst hervorrufen sollen. Vgl. S. 84 u. 85.

— 81 —

täglich fälliger Guthaben zufließen, so bleibt keine andere Möglichkeit, als daß die Banken ihrerseits Effekten erwerben, da andere Möglichkeiten, solche Gelder zu beschäftigen, fehlen. Die Depositenbanken lehnen nun in Deutschland eine solche Anlage ab. Um trotzdem wenigstens indirekt Mittel in Effekten anlegen zu können, hat man in der Börsenspekulation einen *Vermittler* eingeschoben. Der Spekulant hält sich einen Effektvorrat mit fremdem Gelde; er besitzt Wertpapiere und schuldet dafür Geld. Er übernimmt also gerade das Risiko, das den Banken untragbar erscheint: jederzeit verpflichtet zu sein die Schuld zurückzuzahlen, ohne jedoch die Sicherheit zu

haben, daß am Tage des Rückrufs der Gelder die Effekten auch verkäuflich sind. Der Spekulant übernimmt das Risiko, langfristige Anlagen mit kurzfristigem Gelde zu finanzieren, weil er große Gewinnchancen sieht und oft wenig zu verlieren hat. Aus Gründen des Ressentiments und der Moral ist er überall verachtet; in Krisenzeiten pflegt er als der Sündenbock hingestellt zu werden. Und doch ist die Effektenspekulation bei unserer heutigen Bankverfassung unentbehrlich, wenn die Verwendung der Volksparsnisse für langfristige Anlagen, d. h. die Beschäftigung der Arbeitslosen mit diesen Ersparnissen sichergestellt werden soll. Denn die Spekulation erlaubt den Banken, ihre *kurzfristigen* Mittel nicht in Form eigenen Aktienbesitzes, sondern in Form von Krediten fast ohne Risiko 1) den *langfristigen Anlagezwecken* der Wirtschaft dienstbar zu machen. Jede Million zusätzlicher Börsenkredite ermöglicht der Spekulation den Hinzukauf weiterer Aktien in gleichem Betrage. Die Effektenspekulation zusammen mit dem Report- und Lombardgeschäft ist also ein Apparat zur Anhäufung von Effektenbesitz, eine Maschinerie zur Förderung des Effektenabsatzes. Soviel Börsenkredite gewährt worden sind, soviel Aktien haben sich neu absetzen lassen. Wenn in den Jahren 1926/27 Effektenkredite im Betrage von 4 Milliarden RM gewährt worden sind 2), so hatte die Industrie also für 4000 Mill. RM

-
- 1) Seit Einführung der Liquidationskassen in Deutschland und der Maklersyndikate in Frankreich sind Verluste so gut wie gar nicht mehr eingetreten.
 - 2) Die Effektenkredite betrugen am 30. April 1927 (zwei Wochen vor dem "schwarzen Freitag") nach den Zweimonatsbilanzen:

1. *Reportgelder:*

bei den Berliner Großbanken	856	Mill. RM
84 Kreditbanken	1072	" "
21 Staats- und Landesbanken	133	" "
16 Girozentralen	30	" "
	2091	Mill. RM

2. *Kredite gegen Unterlage von Effekten:*

nach sorgfältiger Schätzung mindestens	
<u>ebensoviel</u>	<u>2000 Mill. RM</u>
Insgesamt	4091 Mill. RM

— 82 —

Emissionen absetzen können, für die sonst kein Käufer dagewesen wäre!). Wie früher nachgewiesen, müssen diese 4 Milliarden letzten Endes als Löhne in der Produktionsmittelindustrie ausgezahlt worden sein. Daß das der Fall gewesen ist, zeigt ein Blick auf die Arbeitsmarktstatistik: Im Jahre 1927 sind tatsächlich rund 2 Millionen Erwerbslose neu eingestellt worden. Bei einem Lohnbetrage von RM 2000. - pro Kopf und Jahr erfordert die Entlohnung von 2 Millionen Arbeitern in einem Jahre etwa 4 Milliarden RM, also gerade den Betrag der gesamten Börsenkredite. Wie segensreich diese vier Milliarden für die deutsche Wirtschaft gewesen sind, braucht nicht betont zu werden; sie haben die Durchführung der Rationalisierung, die zeitweise Beseitigung der Erwerbslosigkeit und einen allgemeinen Aufschwung durch die daraus folgende Konsumsteigerung gebracht, von der politischen Beruhigung ganz abgesehen. Die im Mai 1927 erfolgte Stillegung der Börse durch die börsenfeindliche Politik der Reichsbank wurde schon erwähnt, sie hat nicht nur die Börse als das *unentbehrliche Umschuldungsorgan* zur Übernahme von Antizipationskrediten lahmgelegt, sondern auch *den großen Absatzmarkt für Wertpapiere versperrt, den die Effektenkredite der Banken eröffnet hatten.*

9. Mangel einer Organisation des langfristigen Industriekredits. — Heute sind die Effektenkredite der Banken bis auf wenige Hundert Millionen zusammengeschrumpft. Den noch verbleibenden zusätzlichen 5 Milliarden kurzfristiger Mittel der Banken und Sparkassen steht also nur noch die Beschäftigung als eingefrorene industrielle Debitoren offen. Offenbar haben die deutschen Banken ihre Umsatzvorschüsse an die Industrie und das Gewerbe im Laufe der Jahre stärker ausgedehnt, als die Güterumsätze in der gleichen Zeit gestiegen sind. Sie sind also von der Sphäre des Umsatzkredits mehr und mehr in die Sphäre des Anlage-

- 1) Dagegen spricht nicht, daß aus den Reportgeldern auch die oft recht erheblichen Kursgewinne des verkaufenden Teils der Spekulation bezahlt werden mußten. Diese Gewinne wurden nämlich von den Effektenverkäufern zum allergrößten Teil kurz darauf wieder in andere Effektenarten investiert. Die Eigentümer des Vermögens wechselten also, aber nicht die Kapitalempfänger (die Industrie), auch nicht dem erhaltenen Betrage nach.

- 83 -

kredits hinübergeglitten, denn die erhöhten Kreditmittel können von den Unternehmungen nur zu Betriebsverbesserungen und Erweiterungen benutzt worden sein.

Bei der Großindustrie, die in der Lage ist, mit ihren Emissionen direkt an die Börse heranzutreten, sind diese Kredite weniger gefährlich, da diese Schuldnerkategorie börsenfähig ist. Bei der mittleren und Kleinindustrie haben die Banken dagegen nicht die Möglichkeit, den Vorschuß bei gelegener Zeit in eine Wertpapieremission umzuwandeln. Hier geschieht die Überschreitung der Grenze des Umsatzkredits zum Nachteil sowohl der Kreditgeber, als auch der Kreditnehmer. Der Kreditgeber, der in der Lage sein muß, seine Depositen jeden Tag zurückzuzahlen, wird illiquide, da solche Kredite in die Gattung der "eingefrorenen" gehören, wenn sie auch weiter unter Debitoren gebucht werden. Ebenso übel ist die Lage des Kreditnehmers. Nicht nur der Industrielle, der einen solchen Kredit nimmt, sondern auch der Bankier, der ihn gibt, sind sich bei seiner Gewährung stillschweigend darüber im klaren, daß eine plötzliche Rückzahlung durch den Kunden unmöglich ist. Sie vereinbaren aus formellen Gründen eine etwa 3 monatige Rückzahlungsfrist, um dem Liquiditätsbestreben des Bankiers Rechnung zu tragen; dabei wird vorausgesetzt, daß die Bank von ihrem Rückforderungsrecht keinen Gebrauch macht 1). Mit einem solchen zweideutigen Kreditvertrage ist aber weder den Bankeinlegern, noch der Industrie gedient. Die in den Bankbilanzen ausgewiesene Liquidität besteht in Wahrheit gar nicht, da sie nur juristisch statuiert ist, wirtschaftlich aber nicht vorhanden sein kann. Andererseits ist dem Industriellen mit einer stillschweigenden Zusage, man wolle von dem Rückforderungsrecht keinen Gebrauch machen, nicht geholfen; im Falle der Not oder der Schikane wird die Bank doch kündigen und damit die Schlinge zuziehen, die sie — ohne es zu wollen — um den Hals des Industriellen gelegt hatte.

Heute wie vor dem Kriege hört man also auf Seiten der Industrie nicht die Klage über ein "zu wenig" an Kredit, sondern über *die falsche Art und Weise der Kreditgewährung*. Alle Kreditmittel, die den Bedarf an Umschlagskredit übertreten, sollten offen und klar in langfristiger Form gewährt werden; dann werden sich die Banken nicht über die Unfähigkeit ihrer Schuldner zu beklagen brauchen, auf Erfordern den Debetsaldo abzutragen, und

1) Vgl. Felix Hechts Vortrag vor dem Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein im Jahre 1908, a. a. O.

- 84 -

die Industriellen werden ihre Selbständigkeit nicht mehr durch die Übermacht der Banken bedroht finden.

Eine Kreditorganisation, die nicht den Banken erlaubt, für ihre Spargelder eine adäquate Anlage zu suchen, und die es der Industrie unmöglich macht, den an sich vorhandenen langfristigen Kredit auch in langfristiger Form aufzunehmen, ist als fehlerhaft zu bezeichnen.

Der Umsatzkredit fand in den Notenbanken und den Großbanken schon früh eine vorzügliche Organisation.

Auch der Bodenkredit und der langfristige Agrarkredit sind in den Hypothekenbanken und den öffentlich-rechtlichen Pfandbriefinstituten bestens organisiert.

Zuletzt hat das Problem des langfristigen Kommunalkredits eine adäquate Lösung gefunden, indem die Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank durch Sammelanleihen die Kreditbedürfnisse der vielen kleinen, nicht marktfähigen Kommunen zusammenfaßte und durch ein großes, einheitliches und sicheres Börsenpapier (die deutschen Kommunal-Sammelanleihen) befriedigte.

Der letzte Zweig des deutschen Kredits, der noch nicht seine zweckmäßige Organisation gefunden hat, ist der langfristige Industriekredit. Er wird noch immer in der Form des Handelskredits gewährt, die ihm in keiner Weise gerecht wird 1). Die Kapitalbildung, d. h. die Überführung von Arbeitern in neue Produktionsmittel-Industrien, wird dadurch aufs äußerste erschwert.

Daß die letzten rund 5 Milliarden RM überschüssiger Spargelder in solchen juristisch kurzfristigen, der Sache nach aber langfristigen Krediten an die Industrie ihre Anlage gefunden haben, läßt sich statistisch schwer beweisen, weil diese Art von Krediten in den Debitoren der Bankbilanzen stecken, ohne daß die Möglichkeit besteht, sie auszusondern. Man kann nur aus der Liquiditätsverschlechterung der Großbanken unmittelbar nach den börsenfeindlichen Maßnahmen des Jahres 1927 auf eine derartige Tendenz schließen 2) sowie daraus, daß die Bankdebitoren heute mehr als doppelt so hoch sind, wie vor dem Kriege, was durch zusätzliche Warenumsätze nicht erklärt werden kann.

10. Zusammenfassung und Abgrenzung gegen die Antizipationskredite. — Wir hatten festgestellt, daß die Gesamtmenge der effektiven, bei den Banken also schon eingezahlten Ersparnisse nur dann ausreicht, alle Arbeitskräfte zu beschäftigen, wenn keine neuen Rationalisierungen, genauer gesagt keine neuen Kosten-er-

1) Vgl. S. 66, Fußnote 1.

2) Vgl. die Großbankabschlüsse für 1927.

- 85 -

sparnisse vorgenommen würden. Auch in diesem günstigen Falle würden sich schwere Störungen am Arbeitsmarkte zeigen, wenn ein Teil dieser vorhandenen Ersparnisse gar nicht oder nur auf Umwegen seiner eigentlichen langfristigen Bestimmung zugeführt würde. Wir haben gesehen, daß diese Situation in Deutschland gegenwärtig Wirklichkeit ist; daher haben wir in dem vorliegenden Abschnitt verlangt, daß alle wirklichen Ersparnisse auch tatsächlich der Arbeitsbeschaffung, d. h. der langfristigen Investierung, zugeführt werden.

Mit dieser einfachen Diagnose ist aber der Tatbestand, den uns die Wirtschaft der Gegenwart bietet, nicht erschöpft; nicht nur die mangelhafte Verteilung der *vorhandenen* Kapitalbildung ist Ursache der Arbeitslosigkeit, sondern auch die mangelnde Vollendung des Sparprozesses bei der über jene Art der Kapitalbildung hinausgehenden *latenten* Kapitalbildung. *Die Kapitalbildung wird also, soweit sie effektiv ist, schlecht verteilt, und soweit sie nur latent ist, nicht in effektive Kapitalbildung verwandelt.*

Dagegen könnte man einwenden, daß die Ausleihung ursprünglich langfristiger Depositen in Form kurzfristiger Zwischenkredite ja nichts anderes darstellt, als die Gewährung von Antizipationskrediten. Allerdings wird auch hier von den Banken die Technik des antizipierten Emissionskredits angewandt. Man erkennt aber, daß dieser antizipierte Emissionskredit etwas ganz anderes sein kann, als die hier geforderte Antizipation von Ersparnissen.

Ersterer ist eine Vorwegnahme des Erlöses zukünftiger Emissionen, letztere eine Vorwegnahme zukünftiger Ersparnisse, die schon heute latent vorhanden sind.

Die Kredittechnik des antizipierten Emissionskredits kann für beide Fälle verwandt werden; im einen Falle erleichtert sie die Verteilung schon vorhandener effektiver Ersparnisse, ohne irgendeine effektivierende Wirkung auf die latenten Ersparnisse auszuüben, im anderen Falle verwandelt sie latente Ersparnisse in effektive, und zwar kann sie das nur dann, wenn die vorhandenen Ersparnisse schon erschöpft sind.

Die betriebswirtschaftliche Technik des antizipierten Emissionskredits kann also die vorhandene effektive Kapitalbildung nun dann erweitern, nämlich um die latente Kapitalbildung, wenn sie über das Maß der effektiven Kapitalbildung hinaus angewandt wird; nur dann wird sie zu der hier behandelten Antizipation von Ersparnissen.

c) Die Blockierung des industriellen Kapitalmarkts durch die Mündelsicherheits- und Anlegungsvorschriften.

1. Wesen und Bedeutung der Mündelsicherheits- und Anlegungsvorschriften. — Wenn die vorhandene Kreditorganisation schon der Aufgabe nicht gewachsen ist, die vorhandenen echten Ersparnisse auf geradem Wege der Produktionsmittelindustrie zu zuführen und die darüber hinaus latent vorhandenen Ersparnisse zu effektivieren, so wird die Lage noch verschlimmert durch die Tatsache, daß die heute gültigen Mündelsicherheits- und Anlegungsvorschriften noch aus einer Zeit stammen, in der Deutschland noch ein Agrarstaat war, in der also die Zulassung des Anlagekreditbedürfnisses der *Landwirtschaft* und des *städtischen Wohnungswesens* ausreichte. Inzwischen hat sich Deutschland zum größten Industriestaat Europas entwickelt, dessen Bevölkerung zu 2/3 von der Industrie lebt und nur durch sie erhalten werden kann. Die Mündelsicherheits- und Anlegungsvorschriften für gebundene Kapitalien sind aber, wie sich nachweisen läßt, aus Gründen der Gerichtsverfassung seit der Zeit der Römer noch im wesentlichen unverändert geblieben. Sie haben aber, unbemerkt von der volkswirtschaftlichen Wissenschaft und den am Industriekredit und an der Arbeitsbeschaffung interessierten Volkskreisen, ihr Anwendungsgebiet besonders im Laufe der letzten 30 Jahre gewaltig erweitern können. *Mehr als die Hälfte der sichtbaren deutschen Kapitalbildung* wird heute direkt durch die Mündelsicherheitsvorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches beherrscht oder fließt in große Kapitalsammelbecken, wie die Sparkassen, die Lebensversicherungsinstitute, die Sozialversicherungsanstalten, die Hypothekenbanken usw., die alle mit nur geringen Ausnahmen den Mündelsicherheitsvorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches oder der einzelnen Landesrechte unterliegen 1).

2. Die Verkümmernng des industriellen Anlagekredits als Folge der Vorschriften. — So wird dieser entscheidende Teil der jährlichen Kapitalbildung durch gesetzlichen Zwang einseitig für bestimmte Kreditbedürfnisse reserviert, während die übrigen

-
- 1) Vgl. Dr. H. Rittershausen, Zwangswirtschaft auf dem Kapitalmarkt? Die Reform der Mündelsicherheitsbestimmungen und die Zukunft des industriellen Anlagekredits, in der Bankwissenschaft, Heft 20 vom 20. Januar 1930, S. 801—811. (jz18)

- 87 -

gesetzlich nicht privilegierten Kapitalanlagen mehr oder weniger leer ausgehen. Nicht nur die Großindustrie, sondern auch die mittlere und Kleinindustrie, die schon durch den Mangel einer Organisation des langfristigen Industriekredits stark benachteiligt ist, hat keinen Zugang zu diesem bedeutsamen Ausschnitt des Kapitalmarkts. Wenn also durch Rationalisierungen Umschichtungen am Arbeitsmarkte erforderlich werden, wenn Arbeitskräfte in neue Industrien übergehen müssen, dann steht die Wirtschaft vor der unübersteigbaren Schranke der Anlegungsvorschriften. Rein finanztechnisch hat das zur Folge gehabt, daß der industrielle Anlagekredit, insbesondere der mittleren Industrie, im Laufe der Zeit verkümmert ist, da er den Fortschritt, die Verfeinerung und die Sicherungsmaßnahmen, die die andern Kreditzweige in der Zwischenzeit haben entwickeln können, nicht hat mitmachen können; er war von seinen Quellen abgeschnitten und konnte sich zum mindesten in Deutschland nicht so entwickeln, wie er das hätte tun können und in anderen Ländern getan hat.

3. Anlegungsvorschriften und Arbeitsgelegenheit. — Nur die Finanzierung von agrarischen Produktionsmitteln, von Wohngebäuden und von staatlichen Ausgaben ist heute erlaubt; die Finanzierung gewerblicher und industrieller Produktionsmittel, offenbar eine der Hauptvoraussetzungen der Beschäftigung der Industriearbeiterschaft Deutschlands, fällt außerhalb der Mündelsicherheits- und Anlegungsvorschriften. Da heute — im Gegensatz zu der Zeit, in der die Mündelsicherheitsvorschriften entstanden sind — 2/3 der Bevölkerung von der Industrie leben, hätte die Versorgung dieses Bevölkerungsteiles mit ausreichenden Produktionsmitteln voll und ganz die Aufgabe wohl durchdachter Mündelsicherheitsvorschriften zu sein; *denn welche bessere Verwendung läßt sich für Mündel- und Institutsgelder denken, als eine solche, die gerade der Schicht Arbeitsgelegenheit verschafft, aus der sie stammen?* 1). Das ist in der Geschichte immer Aufgabe und Erfolg guter Mündelsicherheitsvorschriften

gewesen, wie die römische und mittelalterliche Regelung beweist, die in einer Zeit ländlich-bäuerlicher und städtisch-handwerklicher Wirtschaft die Anlegung der Gelder in ländlichen und städtischen Hypotheken

-
- 1) Vgl. Dr. H. *Rittershausen*, Die Reform der Mündelsicherheitsbestimmungen und der industrielle Anlagekredit, zugleich ein Beitrag zum Erwerbslosenproblem. Jena 1929. Hier ist im einzelnen das Beweismaterial für die obigen Behauptungen zu finden; der Verf. kann sich daher hier kurz fassen.

- 88 -

verlangte, so daß *mit* diesen Kapitalien für Arbeitsgelegenheit der großen Masse der Bevölkerung gesorgt werden konnte.

4. Ergebnis. — Es bleibt also für die Erstellung der nötigen industriellen Produktionsmittel heute nur noch die innerbetriebliche Kapitalbildung und der geringe Teil der freien Kapitalbildung, der nicht den großen Kapitalsammelbecken anheimgefallen ist. Wir haben schon festgestellt, daß die innerbetriebliche Kapitalbildung solange latent und unfruchtbar bleiben muß, als sie nicht durch Antizipationskredite effektiviert wird, und daß von der geringen freien Kapitalbildung noch die den Kreditinstituten zufließenden Mittel teilweise verloren gehen bzw. kostspielige Umwege über den kurzfristigen Kredit und die Börsenkredite einschlagen. So ist es nicht verwunderlich, daß die Industrie nur den zehnten Teil der Kapitalien erhält, die den Mündelwerten zufließen. In den Jahren 1888 - 1913 sind 46,37 Milliarden M Mündelwerte emittiert worden gegen 4,61 Milliarden Privatobligationen, und vom November 1923 bis zum 30. April 1928 9,6 Milliarden RM Mündelwerte gegen 750 Mill. RM Industrieobligationen 1). Hiermit ist offenbar der Rolle, die Industrie und Gewerbe in Deutschland für die Beschäftigung der Bevölkerung spielen, nicht genüge geschehen.

Wir können daher nochmals folgendes Ergebnis zusammenfassen:
Die Kapitalbildung der gesamten Wirtschaft ist laufend bereits um die latente Kapitalbildung in Höhe des vollen Lohnausfalles der Arbeitslosen geschmälert. Diese verminderte, zur Beschäftigung der außer Arbeit Befindlichen also "nicht mehr ausreichende" Kapitalbildung wird von der gegenwärtigen Bankorganisation nur teilweise und dann noch in bedenklich kurzfristiger Form an die Stellen des Kapitalbedarfs weitergeleitet. Dabei bilden die Anlegungsvorschriften eine weitere Barriere, die einen der wichtigsten Kapitalverbraucher, die Industrie und das Gewerbe, zum großen Teile ausschließt. *Die Versorgung der Industrie, unseres größten Arbeitgebers, mit langfristigem Kredit, ist also denkbar unzweckmäßig geordnet.*

-
- 1) Vgl. *Rittershausen*, Die Reform der Mündelsicherheitsbestimmungen, a. a. O. S. 40. (jz19)

- 89 -

d) Die Verhinderung der Wiederhereinnahme der Kapitalflucht in Form von Anleihen des Auslandes an uns.

1. Umfang der Kapitalflucht und der Auslandsanleihen. — Dieser Gesamteindruck von der gegenwärtigen Organisation des langfristigen Anlagekredits in Deutschland wird verstärkt durch die Fehler, die man augenscheinlich bei der Behandlung der Kapitalflucht gemacht hat. Der Reichsfinanzminister *Moldenhauer* hat auf eine Anfrage des Abg. *Keil* (Soz.) im Haushaltsausschuß des Reichstags erklärt, verschiedene Banken schätzten den Umfang der Kapitalflucht auf 6 - 8 Milliarden RM. Daß diese Ziffern nicht übertrieben sind, beweisen die Verhältnisse in der Schweiz. Von den Fr. 6318 Mill. fremden Mitteln, die den 8 schweizerischen Großbanken Ende 1929 zur Verfügung standen, sollen nach neuesten Schätzungen 1) rund Fr. 2000 Mill. ausländischen Ursprungs sein. Dazu kommen die umfangreichen Verkäufe schweizerischer Effekten an Deutsche und die Bankeinlagen und Effekten, die von Privatpersonen Schweizer Nationalität für Rechnung von Deutschen gehalten werden.

Wenn die Kapitalflucht also tatsächlich 6 - 8 Milliarden RM beträgt, so ist es interessant, zu sehen, daß sie fast genau mit dem Gesamtbetrag der Auslandsanleihen übereinstimmt, die Deutschland seit 1924 hereingenommen hat:

<u>Auslandsanleihen:</u>		
1924	1002 Mill. RM	2)
1925	1320 "	" 3)
1926	1770 "	"
1927	1659 "	"
1928	1537 "	"
1929 4)	373 "	"
Insgesamt	7 661 Mill. RM	

Die gesamte Auslandsverschuldung Deutschlands ist allerdings höher, da die kurzfristigen Schulden hinzukommen. Diese schätzt man ebenfalls auf etwa 6 - 8 Milliarden RM 6).

-
- 1) Vgl. Frankf. Zeitung vom 20. Mai 1930.
 - 2) Nach dem Stat. Jahrbuch 1927, S. 389; einschl. Dawes-Anleihe (960 Mill. RM).
 - 3) Die Jahre 1925 - 1930 nach "Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung", herausgegeben von der Reichskreditgesellschaft, 1930, I.
 - 4) Für das erste Halbjahr 1930, das aber auch oben bei der Kapitalflucht nicht mitgerechnet ist, kommen einschl. der Young- und Zündholzanleihe 1117 Mill. RM hinzu.
 - 5) Nach den Feststellungen des Stat. Reichsamtes befanden sich unter den Kreditoren der 6 Berliner Großbanken im Jahre 1928 43 % Auslandsgelder. *Solmssen* schätzte den Satz für 1930 in seinem Züricher Vortrage auf 50 %.

— 90 —

Die deutsche Kapitalflucht ist demnach gerade so groß, wie die gesamte kurzfristige, oder wie die gesamte langfristige Auslandsverschuldung Deutschlands!

2. Identität von Auslandsverschuldung und Kapitalflucht. — Beide Summen stimmen jedoch nicht nur dem Betrage nach, sondern auch materiell miteinander überein. Die enormen Kapitalien, die uns in Form von Anleihen "aus dem Auslande" zugeflossen sind, sind in Wirklichkeit deutsche Kapitalien, die aus Gründen des Ausgleichs der internationalen Zahlungsbilanzen vom Auslande nur wieder in Deutschland investiert werden *können*. Kein Land kann mehr Kapital im Ausland anlegen, als den Exportüberschuß seiner Handelsbilanz 1), bedeuten doch Auslandsanleihen, um einen Ausdruck *Cassels* zu gebrauchen, nichts anderes als die Finanzierung des Exportüberschusses des darlehnggebenden Landes an das darlehnnehmende Land 2). Werden von den Bürgern eines Landes aus außerwirtschaftlichen Gründen, wie im Falle der Kapitalflucht, trotzdem mehr Kapitalien im Auslande angelegt, so sorgt die Zahlungsbilanz und das internationale Zinsgefälle dafür, daß diese selben Beträge in Form von Auslandskrediten an uns zurückfließen.

3. Der Kampf gegen die Auslandskredite und seine Folgen. — Durch diese Erkenntnis erhält der Kampf, den insbesondere der Reichsbankpräsident Schacht gegen die Hereinnahme von Anleihen und kurzfristigen Geldern aus dem Auslande geführt hat, eine besondere Bedeutung. Als Schuldner von Auslandsanleihen kommen praktisch nur die 66 ganz großen, auch in den Ver. Staaten börsenfähigen Industrieunternehmungen Deutschlands 3) und die Länder und Städte in Frage. Die Großindustrie hatte bereits ihren Kreditbedarf fast vollständig gedeckt. Als Schacht daher im Jahre 1927 die bekannten Richtlinien der "Anleiheberatungsstelle", die zum Zwecke der Erschwerung der Aufnahme von Auslandsanleihen gegründet war, durchsetzte, war damit praktisch ein *Verbot der Aufnahme* von Auslandsanleihen zustande gekommen. Denn wenn sich die Richtlinien auch nur mit den Anleihen der Länder und Kommunen beschäftigten, so genügte das, weil die 66 Unternehmungen der Großindustrie bereits gesättigt

1) Im weiteren Sinne.

- 2) Cassel, Geldproblem der Welt, S. 84.
- 3) Nach der Betriebszählung von 1925 gab es nur 66 Unternehmungen mit über 5000 Arbeitern.

- 91 -

waren, und andere Personen als Träger von Auslandsanleihen nicht in Frage kamen. Dieses verbotähnliche Vorgehen gegen die Auslandsanleihen wurde verschärft durch die Verweigerung der bis dahin üblichen Befreiung der Auslandsanleihen von der Kapitalertragsteuer. Ohne eine solche Befreiung waren deutsche Anleihen im Auslande nicht unterzubringen.

Der Kampf gegen die Auslandskredite, der nach den im Juli 1930 veröffentlichten "Richtlinien für das Schuldenwesen der Gemeinden" 1) in Zukunft in verschärfter Form fortgesetzt werden soll, ist also nichts anderes, als ein *Kampf gegen deutsches Kapital*: man weigert sich, denjenigen Teil der innerdeutschen Kapitalbildung, der seinen Weg ins Ausland gefunden hat, in Form von Auslandskrediten wieder ins Inland hereinzulassen. Kapitalbildung durch Ersparnisse ohne sofortige Wiederanlage des Ersparten bedeutet aber *Arbeitslosigkeit*. Der durch die Kapitalflucht verursachte Teil der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit kann nur behoben werden, wenn alles getan wird, den *geflüchteten Kapitalien den Heimweg zu erleichtern*, damit sie dort Arbeitsgelegenheit bieten, wo sie durch ihr Entstehen Arbeitslosigkeit geschaffen haben.

Die Frage wäre von geringer Bedeutung, wenn es sich um kleine Beträge handelte. 8 Milliarden RM sind aber ein Betrag, der ausreicht, um 4 Jahre lang eine Million Arbeitskräfte bei einem Jahreseinkommen von 2000 RM zu beschäftigen. Beträge von solchen Dimensionen sind heute unentbehrlich; Deutschland ist nicht reich genug, um auf 8 Milliarden verzichten zu können.

Es kann nicht eingewandt werden, daß diese Beträge ja infolge der Automatik der Zahlungsbilanz doch stets wieder nach Deutschland zurückgeflossen sind. Denn wegen der Verhinderung der Auslandsanleihen sind sie nur in kurzfristiger, also praktisch fast unverwendbarer Form vorhanden gewesen. Zweifellos ist hier eine der Wurzeln der Überversorgung des Geldmarktes auf Kosten des Kapitalmarktes zu finden. Wenn die Banken dadurch gezwungen sind, Milliardenbeträge an formell kurzfristigen Mitteln kurzfristig und doch für Anlagezwecke auszuleihen, dann wird ihre Liquidität so sehr angespannt, daß sie zur Betätigung im eigentlichen antizipierten Emissionskredit zum Zwecke der Effektivierung der Kapitalbildung gar nicht mehr kommen können. Daß diese Lage heute eingetreten ist, ist nur durch die Anleihepolitik zu erklären, die

1) Entwurf des Reichsfinanzministeriums.

— 92 —

diesen deutschen Kapitalien, so dringend sie auch gebraucht wurden, das Recht auf Anlage in Deutschland verweigerte.

Es braucht nicht erwähnt zu werden, daß auch die *deutsche Bankorganisation* nicht von dem Vorwurf freizusprechen ist, nicht alles getan zu haben, um eine direkte Kapitalanlage in Deutschland sicher und vorteilhaft erscheinen zu lassen. Von diesem Standpunkte aus ist die deutsche Kapitalflucht nichts anderes als der Beweis, daß ein Teil der deutschen Kapitalanleger die Einrichtungen der ausländischen Konkurrenzbanken denen der deutschen Institute vorzieht. Es kann nicht bezweifelt werden, daß die deutsche Öffentlichkeit wie auch der deutsche Reichstag gern bereit gewesen wären, jedem Plane zur währungstechnischen Sicherung von Kapitalanlagen ihre Unterstützung zu leihen 1). Solche Vorschläge sind aber nicht gemacht worden; und eine Beseitigung der steuerlichen Gründe zur Kapitalflucht, die oft verlangt worden ist, dürfte nicht ausreichen.

1) Hier ist z. B. an eine Verbesserung der Goldklausel in den Anleiheverträgen usw. zu denken.

Viertes Kapitel.

Bisher gemachte unzulängliche Vorschläge zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Vorbemerkung. — Es wird für den Leser nicht schwer sein, auf Grund der bisherigen Darlegungen zu den von anderer Seite gemachten Vorschlägen selbst kritisch Stellung zu nehmen und im einzelnen zu ermitteln, wie die verschiedenen Gegenwartsprobleme zu beurteilen sind. Die nun folgende Darstellung kann daher äußerst kurz gehalten werden; sie soll nur Andeutungen bringen, da naturgemäß eine erschöpfende Behandlung auch nur einer der hier erörterten Fragen der Praxis eine bänderreiche Darstellung verlangen würde. Diejenigen Probleme sind in den Vordergrund gestellt, die von prinzipieller Bedeutung für die Reform unseres Bank- und Kreditsystems sind; Einzelheiten von erheblicher aktueller, aber geringer prinzipieller Bedeutung sind weggelassen worden.

Alle hier folgenden Einzelschlüsse erhalten ihren eigentlichen Sinn erst durch den Inhalt der vorhergegangenen Kapitel 1 - 3, denn eine erhebliche Anzahl von Fachausdrücken wird in einer Bedeutung gebraucht, die von den bisher üblichen Definitionen abweicht, und alle entscheidenden Argumente erscheinen allein in den grundsätzlichen Kapiteln. Der Leser, der nur die Vorschläge liest, muß also zu einer unrichtigen Meinung kommen; er wird etwas ganz anderes verstehen, als gemeint war.

Um den zahlreichen Einwendungen zu begegnen, die erhoben werden könnten, werden zuerst diejenigen Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit behandelt, die als verfehlt anzusehen sind, wenn man sie an den Ergebnissen der bisherigen Darstellung mißt.

a) Lohn und Preissenkung. — Es braucht hier nicht mehr besonders bewiesen zu werden, daß sich *zusätzliche* Arbeitsgelegenheiten im volkswirtschaftlichen Sinne nicht durch Lohn- und Preisabbau schaffen lassen 1). Selbst wenn die Lage einiger In-

1) Vgl. die bevorstehende besondere Veröffentlichung des Verf., a. a. O.

dustrien, z. B. der Produktionsmittelgruppe, dadurch soweit verbessert würde, daß neue Arbeitskräfte eingestellt werden können, würde sich die Arbeitslosigkeit in den anderen Industrien doch entsprechend erhöhen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß eine obrigkeitliche oder sonst zwangsweise Veränderung der Preise im allgemeinen unmöglich ist, wie die Erfahrungen der Zwangswirtschaft im Kriege bewiesen haben. Nur solche Preise, die bisher *künstlich* hochgehalten worden sind, lassen sich ermäßigen; die Wirkung einer solchen Preisermäßigung, die niemals großen Umfang haben kann, kann nur eine andere Verteilung des Volkseinkommens, nicht aber die Schaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheit sein.

b) Arbeitsverschiebung. — Vor dem Kriege galt die Arbeitsverschiebung, d. h. die Verlegung der öffentlichen Aufträge auf Zeiten der Krisen und der Arbeitslosigkeit, als das vornehmlichste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 1). Wie schon der Name sagt, kann damit grundsätzlich keine neue Arbeitsgelegenheit geschaffen, vielmehr nur die vorhandene zeitlich besser verteilt werden. Eine solche Arbeitsverschiebung ist von nicht geringer Bedeutung, soweit der saisonmäßige Ausgleich in Rede steht. Die winterliche Arbeitslosigkeit kann erheblich gemildert werden, wenn die Städte z. B. ihre Straßenbauaufträge soweit tunlich im Winter ausführen lassen. Als Mittel gegen die konjunkturelle oder Dauerarbeitslosigkeit ist dagegen die Arbeitsverschiebung nicht brauchbar. Sie scheitert regelmäßig daran, daß *im Augenblick der Not auch die öffentlichen Kassen leer* zu sein pflegen. Ohne Kapital können aber auch nach Ansicht der Anhänger der Arbeitsverschiebung keine öffentlichen Arbeiten begonnen werden. Dieser Hinderungsgrund wirkt jeder

zweckmäßigen konjunkturellen Arbeitsverteilung so sehr entgegen, daß nichts von dem Prinzip übrig bleibt. Nur in Zeiten der Hochkonjunktur fließen die Steuern so reichlich, daß die öffentlichen Körperschaften zu größeren Investitionen geneigt sind. Man überschätzt dann regelmäßig den Steuereingang der nächsten Jahre, der erfahrungsgemäß wieder schlechter wird, sodaß man gerade im Augenblick der höchsten Arbeitslosigkeit sich leicht in einer Geldklemme befindet. Die Tatsachen erzwingen dann sogar noch einen Abbau der öffentlichen Ausgaben, also eine *Verminderung* der Arbeitsgelegenheit aus öffentlichen Aufträgen, wo doch gerade in solchen Zeiten dem Prinzip zufolge die öffentlichen Mittel freigebiger ver-

1) Vgl. Beveridge, Unemployment a Problem of Industry, London 1912.

- 95 -

ausgibt werden sollten. Diese Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand im unrechten Augenblick erleben wir gerade heute wieder.

Dagegen hilft auch nicht die Ansammlung von Kapitalfonds als Reserve für schlechte Zeiten, denn alle derartigen Reserven müssen bis zum Zeitpunkt ihrer Inanspruchnahme irgendwie investiert werden. Ihre tatsächliche Verwendung bedeutet dann aber nichts anderes, als die Zurückziehung aus der bisherigen Anlage und die Investierung in eine neue. Man müßte also neue Löcher aufreißen, um alte zuzustopfen. Solange diese Gegebenheiten sich nicht ändern, werden die Ergebnisse auch der Arbeitsverschiebung durch Reservenansammlung enttäuschend sein.

c) Verstaatlichung der Wirtschaft. — Einen viel radikaleren Standpunkt nehmen Diejenigen ein, die in der Arbeitslosigkeit ein Wesensmerkmal der "kapitalistischen" Wirtschaftsordnung sehen, das man nur beseitigen kann, indem man die "kapitalistische" durch die "sozialistische" Ordnung ersetzt. Eine solche sozialistische Ordnung der Wirtschaft kann in *zweierlei* Form gedacht werden: in Gestalt der Verstaatlichung der Produktionsmittel zwecks machomäßiger Beherrschung und Bewirtschaftung des Produktionsapparates 1) und in Gestalt einer mehr oder weniger bankmäßigen Organisation des privaten Austauschs, um jedem das Produzieren und den Konsum des Produzierten zu ermöglichen, der sich am Austausch beteiligen möchte 2). Die Theorie und die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte beweisen, daß auch eine weitgehende Verstaatlichung der Wirtschaft und eine vollkommene Zusammenballung aller Macht in wenigen Händen nicht in der Lage sind, die fehlende Arbeitsgelegenheit zu beschaffen, wenn diese Macht nicht ausgeht von den verborgenen Gesetzen des Austausches und der Kapitalbildung und nur zu deren Verwirklichung benutzt wird. Diese verborgenen Gesetze des Austauschs und der Kapitalbildung sind aber von denen, die zur Verstaatlichung raten, bisher nicht ausreichend oder gar nicht dargestellt worden; vielmehr ist das Hauptgewicht auf den Wechsel in der Person des Eigentümers (Verstaatlichung) und auf die machtpolitischen Fragen, nicht aber auf die der Organisation des Geldes, des Kredits und der Banken, gelegt worden. Schon *Proudhon* hat gezeigt, daß die gerade für die Arbeitsklasse so gefährliche Verstaatlichung mit ihrem polizeimäßigen Zwangsregime gar nicht erforderlich ist, um diesen wirtschaftlichen Gesetzen, wenn

1) Vgl. das System von Marx.

2) Vgl. das System von Proudhon.

- 96 -

man sie nur einmal erkannt hat, Geltung zu verschaffen. Eine freiwillige bankmäßige Organisation ist durchaus genügend, wenn sie nur durch eine unzuständige Organisation der Kollektivbedürfnisse (Staat) nicht gestört wird.

Überhaupt ist die Vorstellung, daß Sozialismus und Verstaatlichung der Wirtschaft identisch sind, nur in Mitteleuropa verbreitet, wo sie als eine Erbschaft des Polizeistaates aufzufassen ist. In Frankreich und vielen anderen Ländern 1) sieht man heute mehr als je in der Verstaatlichung den Feind des Sozialismus, der sozialen Frage, der Versuche, planmäßig Arbeitsgelegenheit zu beschaffen.

Solange nicht dargetan ist, mit welchen Kapitalien und auf welche Weise in einer verstaatlichten Wirtschaft, wie etwa in Rußland, die fehlende Arbeitsgelegenheit beschafft werden soll, und wie das mangelnde Kapital beschafft werden soll, ohne das auch in Rußland keine Arbeiter beschäftigt werden können 2), ist die Sozialisierung im Sinne der Verstaatlichung nicht als eine brauchbare Methode zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit anzusehen. Wohl aber könnte die andere Form des ursprünglichen Sozialismus, die in einer immer feineren Ausbildung der betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Methoden zwecks Förderung von Austausch und Kapitalbildung die Lösung der sozialen Frage sieht, sich als eine geeignete Therapie der Arbeitslosigkeit erweisen.

d) Arbeitsdienstpflicht. — Ein anderer Ausläufer des machtpolitischen Denkens ist der Vorschlag, gleichsam zum Ersatz des alten stehenden Volksheeres eine Arbeitsdienstpflicht einzuführen, die nicht nur moralische Wirkungen haben, sondern insbesondere auch eine Lösung der Erwerbslosenfrage darstellen soll. Der Gedanke mutet geradezu grotesk an, heute, wo man für 2 - 3 Millionen Arbeitswillige keine Arbeitsgelegenheit finden kann, eine weitere Million ausheben zu wollen, ohne für sie Arbeit zu haben. Er ist nur verständlich aus der immer noch verbreiteten Anschauung, die Arbeitslosen seien in Wirklichkeit Drückeberger und Faulpelze, die man nur zur Arbeit zu zwingen brauche, um das Problem zu lösen. Wenn das auch für einen gewissen Prozentsatz aller Bevölkerungsschichten zutrifft, so wird doch dadurch die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß das Problem eben *nicht* in der

-
- 1) Z. B. auch nach der Praxis des englischen Sozialismus *Macdonaldscher* Färbung.
 - 2) Nach der dort herrschenden Theorie, in der der Antizipationskredit nicht zu finden ist.

— 97 —

Beschaffung von Arbeitskräften, sondern in der Bereitstellung von Arbeitsgelegenheit besteht. Über diese und über die Finanzierungsfrage enthalten aber die verschiedenen in Buchform vorliegenden Vorschläge so gut wie nichts, ebensowenig, wie die diesbezüglichen Anträge der Wirtschaftspartei im Reichstag (1930).

e) Sparzwang. — Gerade diese Mängel hofft ein anderer Vorschlag zu vermeiden, der davon ausgeht, daß die Ursache der Arbeitslosigkeit im Kapitalmangel zu finden ist. Durch zwangsweises Sparen soll die Kapitalbildung gehoben werden; so sollen die Mittel zur Beschäftigung der Erwerbslosen beschafft werden. Dieser Vorschlag verkennt das Wesen der Kapitalbildung. Nach unserer Definition müßte ein solcher Sparzwang eine Neuverteilung der Arbeitskräfte, d. h. eine Abwanderung eines Teiles der Arbeiter aus ihren bisherigen Arbeitsplätzen in neue Arbeitsstellen zur Folge haben. Wie schon der Name "*Sparzwang*" besagt, würde man aber nur die mit dem zusätzlichen Sparen untrennbar verbundenen zusätzlichen *Entlassungen* erreichen, solange man nicht den Sparzwang durch einen "*Antizipationszwang*" ergänzt, was freilich praktisch unmöglich ist. Denn mit Sparen allein erreicht man keine Kapitalbildung, sondern nur Entlassungen. Wünscht man neue effektive Kapitalbildung, so muß man die latente Kapitalbildung durch Antizipationskredite zur effektiven machen. Wir haben gesehen, daß man heute nicht einmal die überall unausgenutzt *vorhandene* latente Kapitalbildung effektiviert; wie will man also hoffen, durch weitere Vermehrung dieser latenten Kapitalbildung, die für sich allein nur schädlich ist, eine Besserung herbeizuführen?

Ein weiteres Bedenken der Idee des Sparzwanges ist die Schwierigkeit der *Anlage* der so gesammelten Mittel. Da eine Behörde die Verwaltung führen würde, müßte man sich auf absolut "sichere" Anlagen beschränken. Als solche gelten aber nach herrschender Ansicht nur *mündelsichere* Werte. Welche Bedenken gegen die schon bisher übertriebene einseitige Anlage der Volksparsnisse in Mündelwerten gerade vom Standpunkte der Arbeitsbeschaffung aus zu erheben sind, sahen wir schon. Diese Bedenken würden erhöht werden, wenn auch die durch Sparzwang gewonnenen Kapitalien in dieser oft schädlichen Weise verwendet würden.

f) Verweigerung der Kriegsentschädigungszahlungen. — Andere Anhänger der vorwiegend politischen Betrachtungsweise glauben in den enormen Kriegsentschädigungszahlen von rund

2 Milliarden RM jährlich, zu denen Deutschland verpflichtet ist, die Wurzel auch der Arbeitslosigkeit zu erblicken. Diesen muß gesagt werden, daß das deutsche Volkseinkommen sogar bei der heutigen schlechten Wirtschaftslage 70 - 90 Milliarden RM beträgt 1), daß die Kriegsentschädigung also nicht mehr als 2 - 3 % vom Einkommen ausmacht. Die Steuerlast, die das Deutsche Reich, die Länder und Gemeinden ihren Bürgern auferlegt haben, beträgt demgegenüber rund 25 Milliarden, also etwa das 12 fache der Reparationslasten. Auch im Vergleich zu anderen Ländern ist die deutsche Belastung nicht so hoch, daß sie als Erklärung für die herrschende Dauerarbeitslosigkeit dienen könnte; England z. B. zahlt rund 7 1/2 Milliarden RM jährlich allein für den Dienst seiner Staats- und Kriegsschulden. (jz20)

g) Erwerb von Kolonien. — Wieder ein anderer Vorschlag zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit geht dahin, das "überschüssige" Menschenmaterial nach dem Auslande abzuschieben, es am besten in geschlossenen Siedlungen zur Erschließung eigener Kolonialgebiete zu verwenden. Demgegenüber ist nicht allein auf das gesundheitsschädigende und rassenzerstörende Klima der in Frage kommenden tropischen Landstriche hinzuweisen, sondern auch darauf, daß man mit demselben Geld- und Kapitalaufwand hier in Deutschland nachweislich doppelt so viel Arbeitsplätze schaffen könnte, wie drüben. Die Ansiedlung eines Weißen in den Tropen kostet mindestens 20 - 50 000 RM, wenn man die den heimatlichen Steuerzahlern aufzubürdenden Verwaltungs- und "Pazifizierungs-" Kosten mitrechnet. In Deutschland sind die Kosten einer Siedlerstelle nur halb so hoch. Die Kolonisierung von Neuland kann überhaupt grundsätzlich nur in der Weise geschehen, daß durch eine Geld- und Kreditorganisation ein wirtschaftlicher Austausch zwischen den Kolonisatoren untereinander und mit der Heimat in die Wege geleitet wird. Dazu ist Umsatzkredit und Anlagekredit erforderlich, letzterer insbesondere in Form von Antizipationskrediten. Es ist nun nicht einzusehen, warum man diese arbeitsbeschaffenden Umsatz- und Antizipationskredite gerade in Afrika bereitstellen soll, und nicht im Heimatlande selbst, was doch viel näher liegt und aus den verschiedensten Gründen mehr und dauerhafteren Erfolg verspricht. Wenn man eingesehen hat, daß die wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nur durch eine gute Kredit-

-
- 1) Vgl. wegen der letzteren Ziffer *Woytinsky*, wegen der ersteren (amtliche Schätzung) "Deutsche Wirtschaftskunde", bearbeitet im Stat. Reichsamt, 1930, S. 330.

- 99 -

Organisation erfolgen kann, so ist die Anwendung dieser Erkenntnis auf die deutschen Verhältnisse wichtiger, als auf einen tropischen Wüstenstrich. Fehlt diese Erkenntnis aber, so wird es auch in den Tropen nicht gelingen, diejenigen Arbeitslosen auf die Dauer zu beschäftigen, die man im Heimatlande nicht unterzubringen vermochte 1).

h) Verkürzung der Arbeitszeit. — Gegenüber diesen mehr oder weniger politischen Vorschlägen verdient der rein wirtschaftliche Gedanke Beachtung, das Angebot an Arbeitskraft, das man der Zahl der Arbeitskräfte nach nicht vermindern kann, dadurch zu verknappen, daß man die Zahl der Arbeitsstunden pro Kopf vermindert. Man denkt sich also das Maß der Arbeit, das täglich verrichtet werden muß, als unveränderlich und gegeben, und verändert nun die Anzahl der Arbeitskräfte, die zur Bewältigung dieses Quantum erforderlich sind. So glaubt man erreichen zu können, daß nicht nur ein Teil der Arbeiterschaft, sondern alle Arbeiter verwendbar werden.

Dabei vergißt man aber, daß das Freiwerden und Zurverfügungsein von Arbeitskräften, als welches die Arbeitslosigkeit im Grunde anzusehen ist, eigentlich nicht ein Mangel, sondern der Hebel größten wirtschaftlichen Fortschritts ist. Arbeitslosigkeit entsteht, wenn einzelne Industrien Arbeitskräfte zu entbehren vermögen, da sie mit den Natur- und Menschenkräften sparsamer zu wirtschaften gelernt haben. Diese vergrößerte Wirtschaftlichkeit der Produktion darf nicht durch Leistungsverminderungen totgeschlagen werden, sie ist vielmehr nur dann sinnvoll, wenn die freigewordenen Arbeitskräfte *zur Errichtung neuer Güter benutzt werden, an denen noch Mangel herrscht*, oder deren Qualität und Zustand bisher gesundheitlich teilweise unerträglich war, wie z. B. Wohnungen. Hier heißt Herabsetzung der Arbeitszeit nichts anderes als Verewigung des gegenwärtigen Lebensstandards, der doch keineswegs bisher schon zufriedenstellend ist. Durch Arbeitszeitverkürzung im Wege des Gesetzes 2) kann vielleicht die Arbeitslosigkeit beseitigt werden, aber nur unter Opferung der Vorteile einer aufsteigenden Zukunft. Dieses Opfer würde die Nation, die damit beginnt, auf

- 1) Übrigens vergißt man, daß die Auswanderung von 1 Mill. Menschen den Wegfall von 1 Mill. Käufern für die deutsche Industrie bedeutet, was neue Arbeitslosigkeit im Gefolge haben muß.
- 2) Auf die damit meist bezweckte gleichzeitige Erhöhung des Stundenverdienstes ist hier nicht einzugehen; es ist hier nur von einer solchen Arbeitszeitverkürzung die Rede, die eine entsprechende Senkung des Pro-Kopf-Verdienstes mit sich bringt. (jz21)

— 100 —

die Dauer in Rückstand bringen hinter den Nationen, die sich dazu nicht entschließen können; es scheint uns solange zu groß, als es noch andere Wege gibt, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, nämlich die planmäßige Vollendung eben des Kapitalbildungsvorganges, der die Ursache der Entlassungen gewesen war.

Wohl aber können Beurlaubungen und Arbeitszeitverkürzungen mit Recht erwogen werden, wenn es sich darum handelt, *die saisonmäßige Arbeitslosigkeit des Winters auszugleichen*. Sobald einmal feststeht, daß man aus klimatischen Gründen im Winter unmöglich diejenige Arbeiterzahl beschäftigen kann, wie im Sommer, muß entschieden werden, ob es nicht am besten ist, die winterliche Arbeitszeit überall oder in bestimmten Branchen so sehr zu vermindern, daß Platz wird für die sommerlichen Saisonarbeiter. Wenn aus klimatischen Gründen die produktive Verwendung der brachliegenden Arbeitskräfte nicht möglich ist, kann man in den herbstlichen Entlassungen nicht mehr die Einleitung eines Kapitalbildungsprozesses erblicken, den man nur zu vollenden brauchte, um die Kapitalien zu erhalten, die man zur Wiederbeschäftigung der Entlassenen nötig hat. Es liegt dann vielmehr eine Arbeiterentlassung anderen Charakters vor, die heute den Entlassenen selbst und der Arbeitslosenversicherung zur Last fällt. Eine Verteilung dieser Lasten auf die Schultern der gesamten Wirtschaft durch eine allgemeine winterliche Arbeitszeitverkürzung bzw. Beurlaubung kann daher sehr wohl erwogen werden.

i) Aufnahme von Anleihen. — Ein rein wirtschaftlicher Vorschlag, der sich zwar als unbrauchbar erweist, aber schon zu dem hier vertretenen Programm überleitet, geht dahin, große Anleihen aufzunehmen und so das Kapital zu beschaffen, mit dem man die Erwerbslosen beschäftigen kann. Insbesondere die Pläne der Regierung *Brüning* gehen in dieser Richtung. Diesem Vorhaben ist folgendes entgegenzuhalten: Wenn *Auslandsanleihen* gemeint sind, die echtes 1) Auslandskapital beschaffen sollen, so muß notwendig ein Strom von Auslandswaren in Höhe des Anleihebetrages nach Deutschland hereinfließen, da anders echte Auslandsgelder nicht verfügbar sein können 2). Der Import muß also um den Betrag der Anleihe steigen. Eine solche Anleihe kann offenbar den Arbeitsmarkt nicht entlasten, denn sie bietet keine

-
- 1) Solches Kapital, das nicht nur die Rückkehr geflüchteter Kapitalien oder die Stundung von Reparationszahlungen bedeutet.
 - 2) Vgl. den Ausspruch *Cassels* oben S. 90.

— 101 —

Gelegenheit, Waren durch inländische Arbeiter herzustellen, da die Waren bereits fertig hereinkommen. Soweit aber die Aufnahme von *Inlandsanleihen* gemeint ist, würde dadurch *nur das vorhandene Kapital von anderen Verwendungen abgelenkt werden*. Die effektive, bei den Banken eingezahlte, am Markte erscheinende Kapitalbildung ist begrenzt; soviel man davon für eine öffentliche Arbeitsbeschaffungsanleihe abzweigt, *entzieht man der Privatwirtschaft, die dann nur entsprechend weniger Arbeitslose anstellen kann*.

Der berühmte Vorschlag *Lloyd Georges*: "We can Conquer Unemployment" (London 1929) ist damit erledigt, soweit die Finanzierung in Rede steht, die nach *Lloyd George* durch Anleihen erfolgen sollte 1). Eine Politik, die sich zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit desselben Kapitals bedienen will, das bisher schon verwandt wurde, um noch größere Arbeitslosigkeit zu verhindern, verspricht keinen Erfolg. So sind auch die im Jahre 1930 erwogenen Pläne zu verurteilen, große Reichsanleihen aufzulegen, um aus deren Ertrag Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu finanzieren. Wohl gemerkt, ist die Anleiheaufnahme *nur* zu verurteilen, wenn sie der Auszahlung der zusätzlichen *Löhne vorausgehen* soll, wenn also *erst* die Anleihe aufgenommen werden, und dann die zusätzlichen Einkommen verteilt werden sollen. Eine solche Anleiheaufnahme schafft keine neue

Kapitalbildung. *Zusätzliche effektive Kapitalbildung ist aber nötig, um die Erwerbslosen zu beschäftigen*, die mit der bisher verfügbaren Kapitalmenge nicht in Brot gesetzt (jz22) werden konnten.

-
- 1) Dieser Vorschlag sieht die Ausführung gewaltiger öffentlicher Arbeiten im Betrage von etwa 5 Milliarden RM vor. Er stand im Mittelpunkt des englischen Wahlkampfes im Jahre 1929.
-

Fünftes Kapitel.

Ein Programm zur Finanzierung von Arbeitsgelegenheit.

a) Das große Mittel; Zusätzliche Kapitalbeschaffung
aus der unerschlossenen latenten Kapitalbildung.

1. Heilung der Arbeitslosigkeit von ihrer Ursache aus. — Wir haben anfangs zwischen der latenten und der effektiven Kapitalbildung unterschieden. Dabei haben wir festgestellt, daß der Vorgang der Kapitalbildung *nur dann vollendet* wird, wenn die ersparten oder durch Sparen verdrängten Arbeitskräfte unverzüglich wieder beschäftigt werden. Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit hat ihre Ursache im wesentlichen darin, daß in den Jahren von 1924 bis 1928 *mit einem Male* alle die Rationalisierungen nachgeholt worden sind, die seit 10 Jahren infolge des Krieges und der Inflation unterblieben waren. Diese stoßweise Kapitalbildung verlangte stoßweise Überführung der entbehrlich gewordenen Arbeitskräfte in neue Beschäftigungen, wenn der Kapitalbildungsvorgang überhaupt vollendet werden sollte. Diese ist aber unterblieben, man hat sich damit begnügt, zu "rationalisieren", zu entlassen, sodaß jetzt nur latente Kapitalbildung vorhanden ist.

Hiermit kommen wir zum *Ergebnis* unserer Untersuchungen: Wenn die heutige Arbeitslosigkeit dadurch verursacht ist, daß die Kapitalbildung nur latent vorhanden, also unvollendet ist, so kann sie nur durch Vollendung des Kapitalbildungsvorganges beseitigt werden. Die latente Kapitalbildung muß zu effektiver Kapitalbildung umgewandelt werden, die Arbeitslosen müssen also beschäftigt werden, damit durch ihre Beschäftigung diejenige zusätzliche Kapitalbildung effektiv entsteht, die zur Lohnzahlung an die Neueingestellten erforderlich ist. Wie dieser Vorgang im einzelnen sich abspielt, ist dargetan worden; es genügt zu erwähnen, daß *Antizipationskredite* das Mittel sind, mit dem allein die Lohnzahlungen erst einmal bewerkstelligt, der Kapitalbildungsprozeß also in Gang gehalten und abgeschlossen werden kann.

2. Die latente Kapitalbildung als Kapitalquelle. — Die umfangreichen Rationalisierungen der letzten Jahre, die die Ursache der Arbeitslosigkeit sind, haben einen *gewaltigen Vorrat latenter vorhandener Kapitalbildung* geschaffen, den wir nun zum Leben erwecken können. Der herrschende Absatzmangel, die übergroßen Lagervorräte, die der Erwerbslosigkeit wegen unverkäuflich sind, zeigen, woher die Subsistenzmittel zu nehmen sind, wo also das "Kapital" steckt, mit dem man die neu anzusetzenden Arbeitskräfte entlohnen kann. Wir brauchen nicht das mühselige Werk der so überaus schwierigen technischen Rationalisierungen noch einmal zu wiederholen, um Kapital zu bilden; es genügt vielmehr, den angesammelten reichen Vorrat latenter Kapitalbildung in Gestalt der eingesparten Arbeitskräfte und der unverkäuflichen Vorräte effektiv zu machen.

Ist dieser Vorrat latenter Kapitalbildung auf alle Fälle ausreichend, um die heute vorhandenen Arbeitskräfte sämtlich zu beschäftigen?

Er ist es, da diejenigen Arbeitslosen, die ihre Arbeitsstellen nicht durch die Folgen von Rationalisierungen verloren haben, durch Maßnahmen auf dem Gebiete des Umsatzkredits wiedereingeschaltet werden können. Alle Rationalisierungs-Arbeitslosen haben gerade durch ihr Entlassenwerden, also durch die Einsparung ihres Lohnes, durch ihr Nichtkonsumieren diejenige Voraussetzung zur effektiven Kapitalbildung geschaffen, die wir "latente Kapitalbildung" genannt haben. *Die latente Kapitalbildung ist also stets gerade so groß, daß sie für alle diejenigen ausreicht, die infolge von Rationalisierungen arbeitslos geworden sind.*

Eine Quelle, die stets soviel Wasser liefert, wie man braucht, nennt man unerschöpflich. Da wir nicht die Absicht haben, mehr Kapital aus der Quelle zu schöpfen, als zur Beschäftigung aller Arbeitslosen erforderlich ist,

können wir auch die latente Kapitalbildung als eine *praktisch unerschöpfliche Quelle* für langfristiges Kapital zur Beschäftigung der Arbeitslosen bezeichnen.

3. Grenzen der zusätzlichen Kapitalbildung durch Antizipationskredite. — Trotzdem darf kein Mißbrauch mit der Effektivierung der latenten Kapitalbildung durch Antizipationskredite getrieben werden.

Zwei Grenzen sind dem gesunden Antizipationskredit gesetzt:
Er darf nicht zu Anleihen ans Ausland oder zu Spekulationen verwendet werden, sondern nur zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheit. Nur dann erzeugen Antizipationskredite zusätzliche effektive Kapitalbildung. Zweitens muß beachtet werden, daß die Antizi-

— 104 —

pationskredite volkswirtschaftlich die Aufgabe haben, diejenigen in den Läden und auf den Lägern befindlichen Konsumgüter, welche durch die vorgängigen Entlassungen unverkäuflich geworden sind, absetzbar zu machen, indem die Entlassenen neue Stellen und neue Einkommen erhalten.

Hieraus ergibt sich, daß der Umfang der Antizipationskredite nie den Umfang der gewissermaßen steckengebliebenen Konsumgütermengen 1) überschreiten darf. Nur so werden Preissteigerungen durch diese "Kreditausdehnung" mit Sicherheit verhindert.

Es wird dann nämlich keine zusätzliche Nachfrage geschaffen, die den Preis der Waren in die Höhe treiben könnte, sondern es wird nur dafür gesorgt, daß die Nachfrage und der Preis *nicht sinkt*.

Der gesunde Antizipationskredit ist also einerseits durch die Zahl der noch vorhandenen einstellungsfähigen Arbeiter begrenzt, anderseits durch die Menge der Waren, die durch die Entlassung, also seit dem Entstehen der Arbeitslosigkeit, unverkäuflich geworden sind.

4. Solche Antizipationskredite sind nicht mit "Kreditausdehnung" identisch. — Bei der Behandlung des *Umsatzkredits* haben wir festgestellt, daß eine Ausdehnung dieser Kreditart mit Notwendigkeit zu einem vermehrten Angebot von Konsumgütern führen müsse 2). Umsatzkredite sind nur diskontierte Verkaufserlöse; soviel echter Umsatzkredit also gewährt wird, soviel Waren müssen an den Markt kommen, und soviel Einkommen muß auch verteilt worden sein.

Bei den Antizipationskrediten, die in das Gebiet des *Anlagekredits* fallen, ist das anders. Die Kaufkraft aus solchen Krediten wird ebenfalls fast vollständig in Gestalt von Löhnen, Zinsen usw. frei; sie wird auch fast allein zum Ankauf von Konsumgütern benutzt, aber ihr steht *keine zwangsläufige Steigerung des Warenangebots* gegenüber, da langlebige Kapitalgüter hergestellt werden, nicht aber Konsumwaren.

Man könnte daher meinen, daß die plötzliche Gewährung von Antizipationskrediten zu einer Preissteigerung führen müsse, indem die Nachfrage steigt, ohne daß ein erhöhtes Warenangebot da ist. Das ist jedoch nicht der Fall. Denn *eine Ausdehnung des Kredits liegt gar nicht vor, da durch die Antizipationskredite nur soviel Kredit und Kaufkraft verteilt werden soll, wie vorher da war*, einschließlich der inzwischen erzielten latenten Ersparnisse (Kapitalbildung). Der Verzicht auf Antizipation, den wir heute zusammen mit seiner Folgeerscheinung, der

1) Dem Werte nach.

2) Vgl. die besondere Abhandlung des Verf.

— 105 —

Dauerarbeitslosigkeit, beobachten, ist eigentlich nicht ein Verzicht auf Ausdehnung des Kredits, sondern eine Kontraktion, eine Deflation, da durch die Entlassung der Arbeitskräfte Lohn Gelder erspart werden, so daß der Banknotenumlauf sinkt. Die hier vorgeschlagenen *Antizipationskredite stellen also keine Ausdehnung der Kredite dar, sondern nur eine unverminderte Aufrechterhaltung* des Kreditspielraums, der durch die Folgen der Rationalisierungen bedroht ist. Wir haben in der bisherigen Darstellung mit Recht vermieden, eine Kreditausdehnung mit ihren unvermeidlichen inflatorischen Folgen vorzuschlagen; jetzt können wir feststellen, daß die hier verlangte umfangreiche Gewährung von Antizipationskrediten nichts mit Kreditausdehnung zu tun hat.

Die Antizipationskredite sollen vielmehr nur das Vakuum ausfüllen, das durch die vorherigen Entlassungen herbeigeführt ist, indem *Arbeiterentlassungen unweigerlich deflatorische* Folgen haben.

Immerhin ist es denkbar, daß die Antizipationskredite eine gewisse preissteigernde Wirkung haben. Wenn nämlich die Entlassungen, also der Ursprung der Arbeitslosigkeit, schon lange zurückliegt, so kann die Krise und die Not der Kaufmannschaft infolge der Absatzstockung so groß werden, daß die Preise unter die niedrigst mögliche Kalkulation sinken. (jz23) Werden die Antizipationskredite nicht sofort oder alsbald nach den Entlassungen gewährt, sondern erst nach Monaten oder Jahren, so müssen sie natürlich eine Korrektur dieser Schleuderpreise nach sich ziehen. Es tritt dann eine Preissteigerung insoweit ein, bis die früheren Preise wieder hergestellt sind. Eine weitere Preissteigerung ist nicht zu erwarten.

Die Preisstürze des Jahres 1930 scheinen größtenteils den soeben gekennzeichneten Charakter zu haben; so würden durch die Antizipationskredite, mit denen die Arbeitslosigkeit beseitigt werden soll, die Preise vielleicht wieder auf das Niveau von 1927/28 steigen. Es ist bekannt, daß hierdurch kein Schaden entstehen, vielmehr der Zusammenbruch von Hunderten von Firmen und Unternehmungen vermieden werden würde. Schleuderpreise sind ebenso ungesund wie Boom-Preise; es ist kein Einwand gegen einen Vorschlag, wenn man sagt, er verhindert Schleuderpreise.

5. Kreditausweitung nach dem Plane von J. M. Keynes. — Im Gegensatz zu dem hier vertretenen Plane hält *Keynes* eine Kreditausweitung für unumgänglich, wenn die Arbeitslosigkeit be-

— 106 —

seitigt werden soll 1). Seine Vorschläge sind aber so ähnlich den unsrigen, daß man nur sagen kann: *Keynes* wird durch ein richtiges Gefühl fast zur richtigen Lösung geführt; er weiß nicht, daß die von ihm vorgeschlagene Kreditausweitung ("expansion of credit") in Wirklichkeit gar keine ist; er setzt sich all den Vorwürfen aus, die mit Recht gegen die Kreditausweitung erhoben werden, obwohl er das gar nicht nötig hätte.

Das liegt daran, daß *Keynes* über keine brauchbare Kapitalbildungstheorie verfügt. Er und *Henderson* erwähnen in der Schrift "Can Lloyd George do it?" 2) mit keinem Worte, daß die geforderte "Kreditausweitung" zwangsläufig die erhöhte Kapitalbildung produziert, deren man bedarf, um die Antizipationsvorschüsse später in langfristige Kredite und Anleihen umzuwandeln. Er fühlt jedoch instinktiv das Richtige, denn auch er legt auf die Art der *Verwendung* der Kredite das entscheidende Gewicht. Nur wenn gleichzeitig mit der Kreditausdehnung Arbeiten und Unternehmungen im Inlande begonnen werden, die Erwerbslose beschäftigen, ist die Kreditausdehnung ungefährlich 3). Da er aber den Begriff der latenten Kapitalbildung nicht kennt, gedenkt er das notwendige langfristige Kapital aus den Ersparnissen der Erwerbslosenversicherung und aus einer Verringerung der Anleihegewährung an das Ausland zu gewinnen. Von diesen Posten kann nur der erstere in Rechnung gestellt werden, der sehr gering ist; würden aber selbst beide verfügbar sein, so würde der Betrag im Falle Deutschland doch nie ausreichen, die Antizipationsvorschüsse zurückzuzahlen. Dies haben seine Gegner nach-gewiesen; in der Befürchtung, die Banken würden auf den zusätzlichen Krediten sitzen bleiben und illiquide werden, hat man den *Keynesschen* Gedanken abgelehnt 4). So nahe *Keynes* der Wahrheit war, die Engländer haben seine Schwäche erkannt

1) Ähnlich *Pigon*, vgl. *Industrial Fluctuations*, Part. II, Kap. X.

2) *The Pledge examined* by J. M. *Keynes* and H. D. *Henderson*, London 1929, S. 34 ff.

3) S. 36, 37: "Thus it is not safe for the Bank to expand credit unless it is certain beforehand that there are home borrowers standing ready to absorb it at the existing rates of interest." . . . "Thus we accept Mr. McKenna's contention that an expansion of credit is the key to the Situation. But if we were simply to increase credit without providing a specific use for it at home, we should be nervous that too much of this extra credit would be lent to foreigners and taken away in gold. We conclude, therefore, that, whilst an increased volume of bank-credit is probably a *sine qua non* of increased employment, a programme of home investment, which will absorb this increase is a *sine qua non* of the safe expansion of credit."

4) Vgl. *Memoranda on Certain Proposals Relating to unemployment*, presented by the Minister of Labour to Parliament, März 1929, S. 43 ff.

und auf die Durchführung des großen Programms zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit verzichtet, obwohl eine genauere Untersuchung gezeigt haben würde, daß der Plan durchführbar und gesund ist, wenn nur seine Finanzierung geändert wird.

Hiernach ist es also nicht nur notwendig, sondern auch unbedenklich, daß die Banken oder andere Stellen zusätzliche Kredite im Betrage von Hunderten von Millionen gewähren, um die Erwerbslosen mit Arbeit zu versehen.

6. Die praktische Durchführung der Finanzierungsaktion. — Wie ist nun die praktische Durchführung einer solchen Kreditaktion zu denken? Die Voraussetzung ist, wie später noch zu zeigen sein wird, ein so niedriges Zinsniveau, daß Bauprojekte aller Art rentabel werden. Bei einem Hypothekenzinssatz von $3\frac{1}{2}$ - 5 % z.B. würde der Bau von Wohnhäusern überaus rentabel sein, da dann die Mieten in Neubauten niedriger sein würden, als in zwangsbewirtschafteten Häusern. Eine ähnlich große Nachfrage würde sich nach Meliorationsarbeiten, Straßenbauten und vielen andern Objekten einstellen. Unterstellen wir hier, daß sich ein so niedriger Zinsfuß verwirklichen läßt, so würden eine große Anzahl von Bauunternehmern, von Siedlungsgesellschaften, von Fabrikanten, Gemeinden und andern Arbeitgebern mit Kreditwünschen an ihre Bankverbindung herantreten. Die Banken würden zusätzliche Ersparnisse noch nicht zur Hand haben; sie würden sich aber wie vor dem Kriege bereitfinden, trotzdem kurzfristige Vorschüsse zu gewähren, um erst einmal die Bauarbeiten in Gang zu bringen. Die Laufzeit der Vorschüsse würde auf etwa 1 - 3 Monate über die eigentliche Bauzeit hinaus bemessen werden, um Zeit für die endgültige Finanzierung zu gewinnen. Während der Bauzeit würde sich, wie dargetan, im Durchschnitt des ganzen Landes die Kapitalbildung der Betriebe stärkstens heben. Die zusätzliche Bildung von effektivem Kapital aus latenter Kapitalbildung würde bei den Banken eingezahlt bzw. zur Abdeckung eingefrorener Bankkredite benutzt werden. Ihr Umfang würde genau der zusätzlichen Kreditgewährung der Banken entsprechen; wenn also in einem Vierteljahre für die Beschäftigung von 2 Millionen Erwerbslosen eine Milliarde RM Vorschüsse neu gewährt worden sind, so würden in demselben Vierteljahr die Bankdepósitos aus zusätzlicher Kapitalbildung der Unternehmungen um gerade eine Milliarde steigen. Dieser Betrag würde nun gerade hinreichend sein, um die antizipatorischen Vorschüsse der Banken *abzudecken*. Die Banken oder die

Depositäre würden nämlich bestrebt sein, diese Milliarde RM neuen Depósitoskapitals irgendwie *anzulegen*, und die Bauherren würden Hypotheken bzw. Pfandbriefdarlehen *suchen*, um ihre kurzfristigen Bankschulden abzutragen. Der Ausgleich zwischen diesen beiden entgegengesetzten Bestrebungen würde sich am Kapitalmarkte vollziehen, indem die anlagesuchenden Kapitalisten etwa die angebotenen Pfandbriefe kaufen würden. Damit wären die Konten der Bauunternehmer bei den Banken wieder ausgeglichen und die Antizipations-vorschüsse voll und ganz an die Banken zurückgezahlt. Die Banken wären also schon wenige Wochen nach Schluß des Vierteljahrs, von dem hier die Rede war, wieder voll liquide und in der Lage, von neuem eine Milliarde RM oder mehr vorzuschießen, damit die Bauarbeiter wieder auf neuen Bauplätzen Stellen bekommen könnten. Dieser Vorgang müßte sich nicht absatzweise, sondern kontinuierlich abspielen; in ihm wäre die Effektivierung der Kapitalbildung durch Antizipationskredite verwirklicht.

7. Verwendung der Kapitalien und der Arbeitskräfte zur Schaffung langlebiger Kapitalgüter. — Bei diesem Finanzierungsplan sind insbesondere drei Fragen zu klären: *Was soll gebaut werden? Wer soll bauen und wer soll Kreditgeber sein?*

Bei der Frage nach der Art der Objekte, die gebaut werden sollen, ist vor allem zu entscheiden, *ob Konsumgüter oder langlebige Kapitalgüter* hergestellt werden sollen. Diese Frage ist von entscheidender Bedeutung, denn wenn etwa Konsumgüter hergestellt werden 1) und diese sind ohnehin schon im Übermaße vorhanden, so würde eine noch größere Absatzstockung eintreten. Aus unserer Analyse ergibt sich, daß die heutige Arbeitslosigkeit nicht durch Störungen im Umsatzkredit, sondern durch Rationalisierungen verursacht ist. Es sind also in den Läden reichlich unverkäufliche Konsumgüter vorhanden. Auch nach dem Verkauf dieser un-

verkäuflichen Vorräte ist die Konsumgüterproduktion *für alle* Arbeitskräfte ausreichend, da die Absatzstockung ja gerade darin besteht, daß zwar eine genügende *Produktion für alle, nicht aber ein Absatz an alle* vorhanden ist.

Noch aus einem anderen Grunde kann heute nur die Produktion langlebiger Kapitalgüter in Frage kommen: Als Folge des Antizipationskredits wird eine zusätzliche Kapitalbildung erwartet. Kapitalbildung muß aber angelegt werden und verlangt

-
- 1) Das verlangt z. B. *Cassel* - Stockholm, zitiert bei Ad. Lampe, Notstandsarbeiten oder Lohnabbau, Jena 1927, S. 2, 10. Zeile von unten.

- 109 -

Zinsen vom Tage der Investierung an. Zinsen bringen können aber nur langlebige Kapitalgüter, die nicht durch den einmaligen Verzehrsakt, sondern durch langjährigen Gebrauch nützlich sind.

8. Das Baugewerbe als Schlüsselindustrie. — Von geringerer Bedeutung ist die Frage, *welche* Art von langlebigen Kapitalgütern hergestellt werden soll. Es kommen durchaus nicht nur die *Produktionsmittel* im engeren Sinne, als Fabrikanlagen, Eisenbahnen, Brücken usw. in Betracht, sondern ebensosehr die andern langlebigen Kapitalgüter, insbesondere *Wohnhäuser*, an denen bei niedrigen Mieten ein ungemein starker Bedarf herrschen würde, solange die großstädtischen und ländlichen Wohnungsverhältnisse so schlecht sind, wie heute.

Umfangreiche Untersuchungen haben nachgewiesen, daß das *Baugewerbe* in höchstem Maße den Charakter einer "*Schlüsselindustrie*" hat. Wenn auch nur ein Teil der Kosten, die der Haus- und Industriebau verursacht, *direkt* in Löhnen an Bauarbeiter ausgezahlt wird, so dient doch der ganze Rest der nicht weniger wichtigen *indirekten* Auftragserteilung an die Industrie. Nicht nur die Zementindustrie, die Holzindustrie und die Ziegeleien, sondern auch die Eisenindustrie, die chemische Industrie, die elektrische Industrie, die Papier-Industrie, die Möbelindustrie, die Textilindustrie, die Linoleumindustrie, die Glasindustrie, ja sogar indirekt auch der gesamte Maschinenbau profitieren durch die Ankurbelung der Bauindustrie. Man kann durch eine genaue Analyse der Branchen, in denen unsere Arbeitslosen zu finden sind, nachweisen, daß die Arbeitslosen, die wir heute haben, sich fast genau nach dem Verhältnis auf die verschiedenen Branchen verteilen, in dem diese Branchen direkt oder als Unterlieferanten am Baugewerbe beteiligt sind. Das gilt nicht nur für die Arbeiter und exekutiven Arbeitskräfte, sondern auch für die Angestellten und dispositiven Arbeitskräfte. In wie vollkommener Weise durch diese Ingangsetzung der Kapitalgüterindustrien zwangsläufig auch die Stockung in den *Konsumgüterindustrien* beseitigt wird, haben wir eingehend dargelegt (vgl. Kapitel 2). Hiermit ist bewiesen, daß durch eine Ankurbelung der verschiedenen Baugewerbe (im weitesten Sinne) zugleich auch die gesamte Wirtschaft in Gang gebracht und die gesamte Arbeitslosigkeit beseitigt werden kann.

9. Ein Bauprogramm. — Es könnte nicht schwer sein, für die Zweifler, die nicht glauben, daß es genügend Bauprojekte gibt, ein umfangreiches detailliertes Bauprogramm aufzustellen. Da hier

— 110 —

nur die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Lösung der *Finanzierungsfragen*, behandelt wird, genügt eine kurze Aufzählung der Projekte, die in Frage kommen könnten:

Im gesamten deutschen *Bauwesen* sind nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung in den letzten Jahren jährlich mindestens 8,8 Milliarden RM investiert worden, was ungefähr einem Viertel der industriellen Wertschöpfung Deutschlands entspricht. Eine Erhöhung der Bauaufträge um 25 - 50 % würde allein genügen, um fast sämtliche Arbeitslosen zu absorbieren; in diesem Falle müßten etwa 1 - 2 Milliarden Antizipationskredite mehrfach im Jahre gewährt und wieder zurückgezahlt werden, so daß eine jährliche Gesamtbausumme von zusätzlichen 3 - 5 Milliarden RM Kredit verausgabt würde.

Besondere Berücksichtigung würde der *Wohnungsbau* finden müssen. Wenn erst infolge niedriger Hypothekenzinsen die *Neuwohnungen billiger* werden, als die *Altwohnungen*, dann kommt die Zeit, wo man die unhygienischen, überalterten und verwohnten Gebäude aus der Gründerzeit abrechen kann. Sobald diese

Altgebäude wegen Wegzugs der Mieter mehr und mehr leerstehen, wird nicht nur die Zwangswirtschaft auch ohne Aufhebung der diesbezüglichen Gesetze praktisch beseitigt sein, da niemand mehr bereit und gezwungen sein wird, die hohen gesetzlichen Mietzinsen zu zahlen, sondern auch die Hausbesitzer werden dann nicht umhin können, entweder zu verkaufen, oder neu zu bauen. Bei niedrigem Zinsniveau tritt also zu dem heutigen "normalen" Wohnungsbedarf, der unter der Annahme der Unveränderlichkeit des Quantums der Altwohnungen errechnet ist, noch der gewaltige, seit 16 Jahren künstlich zurückgedämmte *Ersatzbedarf für die abbruchreifen Althäuser* 1).

Hierbei wird man den Plänen auf *Umgestaltung verschiedener deutscher Großstädte*, insbesondere der Hauptstadt *Berlin*, nähertreten müssen. Es ist bekannt, das Napoleon III., von dem die arbeitslosen Bevölkerungsmassen Frankreichs eine Lösung des Erwerbslosenproblems erwarteten, durch Haußmann

-
- 1) Berlin hatte im Jahre 1930 noch 11 600 Haushaltungen, die in *Baracken* und in Behelfswohnungen untergebracht sind, 7000 Familien, die in *völlig abbruchreifen* Altwohnungen leben, und 36 000 Haushaltungen, die in Wohnungen leben, die in den nächsten 10 Jahren unter allen Umständen abgebrochen werden müssen. Dazu kommt die laufende Vernichtung von Wohnraum durch Büro- und Geschäftshausbauten in der Innenstadt und die mehreren tausend Laubenbesitzer, die mit ihren Familien in Behausungen leben, die keine Behörde als dauernden Wohnraum ansprechen oder abnehmen kann.

— 111 —

einen großen Teil der Pariser Innenstadt hat niederlegen lassen, um an der Stelle schmutziger Gassen und elender Wohnungen breite, schöne Boulevards 1) mit gesunden und wohnlichen Seitenstraßen zu errichten.

Daß solche Projekte trotz des erhöhten Bedarfs an Straßenland sogar rentabel sind und ohne Verlust für die Stadt durchgeführt werden können, hat z. B. die vorbildliche Umgestaltung von Stuttgart gezeigt, wo man den erforderlichen Mehrwert durch die Zulassung einer größeren Stockwerkhöhe beschafft hat 2). Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß eine großzügige Umgestaltung der Berliner Innenstadt aktuell werden würde, sobald die Finanzierungsfragen als lösbar erwiesen sind und der Zinssatz ein hinreichend niedriges Niveau erreicht hat. Insbesondere wäre dabei wohl an das gewaltige Straßenviereck zu denken, das zwischen dem Halleschen Tor, dem Oranienburger Tor, dem Schönhauser Tor und dem Kottbuser Tor gelegen ist. Ebenso wie Paris durch Haußmann, könnte Berlin durch eine derartige einheitliche architektonische Gestaltung einen Weltruf gewinnen 3). Voraussetzung dazu wäre eine intensive Tätigkeit der Parlamente auf diesem Gebiete 4), damit die Enteignungsgesetze, Bauordnungen 5), Steuergesetze usw. soweit verbessert werden, daß sie ihrem Zwecke zu dienen vermögen, nämlich der Förderung des Wohlstandes der Bevölkerung 6).

-
- 1) Der Boulevard Haußmann ist nach dem Initiator dieser größten städtebaulichen Schöpfung der Neuzeit benannt.
- 2) Vgl. Geheimrat Prof. *Genzmer*, Bebauungspläne, im Taschenbuch für Bauingenieure, III. Aufl., S.1970.
- 3) Von der propagandistischen Wirkung derartiger Bauten im Auslande für den deutschen *Export* braucht hier nicht gesprochen zu werden,
- 4) Gewisse Vorarbeiten zu kleineren städtebaulichen Vorhaben befinden sich schon an verschiedenen Stellen im Stadium der Erwägung. (jz24)
- 5) Vgl. z. B. die Bauordnung für die Stadt Berlin vom 3. Nov. 1925, die ein solches Projekt nicht zulassen würde.
- 6) *Genzmer*, a. a. O., der als Kapazität auf diesem Gebiete anzusehen ist, fordert insbesondere, "daß die Bestimmungen der Enteignungsgesetze, die zumeist in erster Linie auf die Landstraßen, Eisenbahnen und Wasserstraßen zugeschnitten sind, in sofern für die städtischen Verhältnisse günstiger gestaltet werden, daß die Vorteile, welche den Anliegern aus der Verbreiterung der Straße erwachsen, auf die Entschädigungssumme in Anrechnung gebracht werden dürfen. Diese Vorteile bestehen namentlich darin, daß die Bauordnungen bei größeren Straßenbreiten höhere Häuser zulassen, und daß die Auslagen in den Schaufenstern bei auskömmlicheren Breiten der Bürgersteige besser betrachtet werden können".

Weiter fordert *Genzmer*, "daß die Stadtgemeinden das Recht erhalten, auch noch solche Grundstücksflächen, die außerhalb der künftigen Straßenfläche liegen, und die zur wirtschaftlichen

Durchführung von Straßendurchbrüchen und von städtebaulichen Sanierungen ganzer ungesunder Stadtteile erforderlich sind, zu enteignen, was in den meisten Bundesstaaten Deutschlands bisher leider noch nicht der Fall ist" (S. 1968/69). Die Vorfälle bei den freihändigen Grundstückserwerbungen im Jahre 1930 in der Umgebung des Berliner Alexanderplatzes haben gezeigt, daß eine solche Gesetzesverbesserung nicht nur aus arbeitsmarktpolitischen Gründen dringend erforderlich ist.

— 112 —

An weiteren Projekten, die der Ausführung harren, sind in erster Linie die landwirtschaftlichen *Boden-Meliorationen* zu nennen. Hier ist das Vorurteil unausrottbar, solche Vorhaben seien unrentabel. In Wahrheit trifft das nur für Ödlandkultivierungen, Kanalbauten usw. zu, während die eigentlichen Meliorationen von Kulturland, insbesondere *Dränagen*, Vorflutregelungen, Ent- und Bewässerungsanlagen, Mergelungen, aber auch Beregnungsanlagen nach dem Gutachten des Dr. Egon *Barocka* von der Deutschen Bodenkultur A.-G. 1) *überaus rentabel* sind 2). Das Gutachten weist an Hand der Berechnungen der bedeutendsten Sachverständigen und mit Hilfe von umfangreichen Statistiken für jede Art Meliorationen nach, wie hoch erfahrungsgemäß der Mehrertrag roh und rein sich stellt. In der Mehrzahl der Fälle ergibt sich eine Verzinsung des neu investierten Kapitals in Höhe von 20 - 35 % jährlich, so daß nicht nur die Verzinsung, sondern auch die Tilgung in 6 - 10 Jahren allein aus den zusätzlichen Reinerträgen möglich ist. Hier ist nach Ansicht aller landwirtschaftlichen Sachverständigen ein *Agrarprogramm* zu finden, das eine durchgreifende Agrarhilfe bringen könnte, da es nicht die einmalige Abschreibung von weiterlaufenden Verlusten bezweckt, sondern endlich der *Quelle* der Verluste zu Leibe geht, indem es die Selbstkosten der Landwirtschaft senkt. Deutschland hat in den Landeskulturämtern, den Kulturbauämtern und den Kreiswiesenbaumeistern 3) ein Netz von vorzüglich eingearbeiteten Behörden verfügbar, die eine sachgemäße Ausführung der Arbeiten sicherstellen. Projekte, die dringlich sind und der Ausführung harren, sind in großer Zahl vorhanden. In den Bodenverbesserungs- und Wassergenossenschaften des öffentlichen Rechts stehen Rechtsträger zur Verfügung, die eine nahezu absolute dingliche Sicherung bieten und ein Risiko bei der Kredithergabe fast ausschließen. Abgesehen vom Kapital sind also alle Voraussetzungen zu einer gesunden wirtschaftlichen Investitionstätigkeit gegeben.

-
- 1) Die Deutsche Bodenkultur A.-G. ist das Spitzeninstitut des Reichs und der Länder für landwirtschaftlichen Meliorationskredit.
 - 2) Vgl. Gutachten über die Rentabilität von landwirtschaftlichen Meliorationen, Deutsche Bodenkultur A.-G., Berlin 1929.
 - 3) Bzw. den entsprechenden Behörden in den außerpreußischen Ländern.

- 113 -

Auch die *Abwässerverwertung* ist zu erwähnen. Während der Boden auf den heute üblichen Rieselfeldern derartig mit Düngestoffen überladen wird 1), daß er chemisch und bakteriologisch verdorben wird, würde er bei einer zweckmäßigen Ausnutzung der großstädtischen Abwässer sehr hohe landwirtschaftliche Reinerträge bringen. Oberamtmann *Grzimek* und andere Sachverständige propagieren daher den Bau von Rohrleitungen in der Länge von mehr als 100 km, um in weitem Abstand von den Großstädten eine rentable Landwirtschaft auf Grundlage der Abwässerverwertung aufzubauen, die uns vom ausländischen Gemüse- und Düngerbezug unabhängig machen soll. Auch hier fehlt nur das Kapital, um den Plan zu verwirklichen.

Ein weiteres vorläufig unerschöpfliches Feld menschlicher Tätigkeit ist der *Straßenbau*. In Deutschland ist ein sehr großer Teil des Straßennetzes den Anforderungen des Automobilverkehrs nicht mehr gewachsen. Nach den Berechnungen von Dr. *Heymann* 2) sind 15 800 km Staatsstraßen, 22 300 km Provinzialstraßen und 62 500 km Kreis- und Gemeindestraßen, also *fast die Hälfte des Gesamtnetzes als dringend umbaubedürftig* zu bezeichnen. Die Umbaukosten werden geschätzt

bei den Ländern auf	1020 Mill. RM
" ", Provinzen auf	1760 " "
" " preuß. Kreisen einschl. der Gemeindelandstraßen auf	1290 " "
" " außerpreuß. Kreisen auf	550 " "

Einschließlich notwendiger Neubauten ergibt sich also eine Bausumme von rund 5 Milliarden RM, wozu noch der Bedarf der Städte für die Zugangs- und Ausfallstraßen käme. Nach Abzug einiger Posten, die für die Anleihefinanzierung nicht geeignet sind, kommt die Studiengesellschaft für die Finanzierung des deutschen Straßenbaus auf eine Investitionssumme von 3,5 Milliarden RM. Im Jahre 1928 wurden 280 Mill. RM langfristig für Straßenbauten verwandt. Bei Fortsetzung der bisherigen Finanzierungsweise würde daher der errechnete Bedarf erst in etwa 13 Jahren befriedigt sein. Bei einer Abkürzung des Programms auf 8 Jahre müßten die jährlichen langfristigen Aufwendungen um 157,5 auf 437,5 Mill. RM gesteigert werden, wie folgende Tabelle zeigt:

- 1) Er erhält etwa das 7 fache des Quantums Abwasser, das er vertragen kann.
- 2) Vgl. die Denkschrift der Studiengesellschaft für die Finanzierung des deutschen Straßenbaus, Berlin 1930.

- 114 -

Jahr	Gesamtaufwendungen						Gestaltung des ordentlichen Wegeetats					
	A) Unterhaltung	B) Langlebige Investitionen	C) Kurzlebige Investitionen	D) Gesamtaufwendungen für Straßenbau	E) Unterhaltung	F) Kurzlebige Investitionen	Annuitäten für Verzinsung u. Amortisation langlebiger Investitionen bei einem Zinssatz von		(in Mill. RM) Belastung des ordentlichen Etats bei einem Zinssatz von			
	A	B	C	D	E	F	5 %	7 %	9 %	5 %	7 %	9 %
1930/31	298	437,5	125	860,5	298	125	35,1	41 3	47,9	458,1	464,3	470,9
1931/32	298	437,5	125	860,5	298	125	70,2	82,6	95,8	493,2	505,6	518,8
1932/33	298	437,5	125	860,5	298	125	105,3	123,9	134,7	528,3	546,9	566,7
1933/34	298	437,5	125	860,5	298	125	140,4	165,2	191,6	563,4	588,2	614,6
1934/35	298	437,5	125	860,5	298	125	175,5	206,5	239,5	598,3	629,5	662,5
1935/36	298	437,5	125	860,5	298	125	210,6	247,8	287,4	633,6	670,8	710,2
1936/37	298	437,5	125	860,5	298	125	245,7	289,1	335,3	668,7	712,1	758,3
1837/38	298	437,5	125	860,5	298	125	280,8	330,4	383,2	703,8	753,4	802,0
	3,5 Mrd. 1Mrd.											

Ein solcher Ausbau des Straßensystems würde volkswirtschaftlich eine überaus produktive Maßnahme sein, wenn sich auch privatwirtschaftlich seit Abschaffung der Wegegelder für die Straßeneigentümer keine Rentabilität mehr errechnen läßt: Zunächst kann es keine produktivere Ausgabe geben, als diejenige, durch die ein seit Jahrzehnten nur unvollkommen ausgenutztes Vermögen von 11 Milliarden RM (das alte Straßennetz) produktiv gestaltet wird. Dann aber ist im einzelnen zahlenmäßig nachzuweisen, welche Ersparnis an Volksvermögen sich durch ein gutes Straßennetz erzielen läßt. Die Studiengesellschaft berechnet im einzelnen die Ersparnisse und ermittelt als Minderausgaben für Reifen, Kraftstoffe, Reparaturen und Abschreibungen, die sich für die Automobile bei Fahrt auf guten Straßen ergeben, nur für die nächsten 10 Jahre insgesamt auf 2500 Mill. RM, obwohl die Lebensdauer der Anlagen das mehrfache betragen würde. Auch hier ist die Durchführung des Projekts bisher nur an den Schwierigkeiten der Beschaffung effektiver Kapitalbildung gescheitert, die nach unseren Ausführungen jedoch lösbar sind.

Wenn auch die Arbeitskraft der 2 - 3 Millionen Arbeitslosen groß ist, so sind doch die Möglichkeiten, diese Arbeitskraft zur Ernährung der Arbeiter selbst und zur Erstellung von Kapitalgütern auszunutzen, so viele, daß in absehbarer Zeit von wirklichem Mangel an Betätigungsmöglichkeiten nicht gesprochen werden kann. Die Denkschrift über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung 1) führt z. B. folgende Positionen auf (S. 8 - 14):

Reichsbahn	Straßenbau
Reichspost	Meliorationen
Bau von Wasserstraßen	Siedlung
Wohnungsbau	Exportförderung
Bau von Landarbeiterwohnungen	Exportkreditversicherung
Öffentliche Notstandsarbeiten	Reparationslieferungen.

Über die Finanzierung spricht diese Denkschrift von 17 Seiten Länge allerdings nur in einer Spalte: die Gelder sollen dem Steueraufkommen entnommen werden. Wir haben bereits gesehen, daß hierdurch eine Umwandlung der latenten Ersparnisse in effektive Kapitalbildung nicht bewirkt werden kann.

Durch die hier vertretene Auffassung allein können die Mittel beschafft werden, die nötig sind, um die Arbeitslosen in Lohn und Brot zu setzen; gleichzeitig können mit den brachliegenden Kräften dieser Millionen-Armee, welche auf ihren Heerführer zu warten scheint, die erwähnten produktiven Werke größten Umfangs zum Nutzen Aller geschaffen werden.

10. Beispiele aus der Geschichte und aus dem Auslande. — Dieser scheinbare Optimismus ist berechtigt, weil die deutsche Kreditorganisation vor dem Kriege schließlich gar nichts anderes geleistet hat, als das, was hier als neu erscheint. Die gewaltigen Industrien, die Großstädte, das Eisenbahn- und Straßennetz, die damals in wenigen Jahrzehnten gebaut wurden, hätten nachweislich mit den eingezahlten Bankdepositen und dem bezahlten Effektenverkauf *allein* niemals finanziert werden können. Der antizipierte Emissionskredit war es, der unsere damals sehr liquiden Großbanken in die Lage versetzte, nicht nur privatwirtschaftlich zukünftige Emissionserlöse zu realisieren, sondern gleichzeitig volkswirtschaftlich latente Kapitalbildung zu effektivieren.

Das Beispiel der Umgestaltung der Stadt *Paris* zur Zeit Napoleons III. ist schon erwähnt worden. Eine ähnlich erstaunliche Wirkung auf dem Arbeitsmarkt und die Kapitalbildung hat der *Wiederaufbau der japanischen Hauptstadt Tokio* nach der Zerstörung durch Erdbeben und Feuer im Jahre 1923 gehabt. Ein Überblick über die dortigen Leistungen wird in Japan Advertiser gegeben: Gebaut wurden bis 1929

7 Brücken erster Klasse	3 neue Parks
400 kleinere Brücken	117 neue Schulen
52 Hauptstraßen] in einer Länge von	203 000 neue Gebäude.
73 Nebenstraßen] 22 engl. Meilen	

Die Zeitung berichtet über die Besichtigungsfahrt des Kaisers:

"Eine Besichtigung der wieder aufgebauten Stadt erfordert einen halben Tag. An etwa einem halben Dutzend Orten machte der Kaiser halt, an denen sich ein besonders eindrucksvolles Bild bot. An der Halle der namenlosen Toten wurde der Opfer der Katastrophe gedacht, wenige Minuten darauf der Neubau einer Schule besucht. Es war ein Bild, das wenige Herrscher in der Geschichte gesehen haben werden, eine neue Hauptstadt, die sich in sechs Jahren nach einer ungeheuren Katastrophe wieder erhoben hat. Es ist schwer zu bestimmen, was den größten Eindruck hervorrief, wenn das Bild als Ganzes so überwältigend ist. Die lange Fahrt längs des prächtigen Showadori, einer Hauptstraße, die jetzt die Stadt durchschneidet, wo früher ein Netzwerk von armseligen Straßen war, war das wirkungsvollste Beispiel des neuen Straßenzuges. Diese breiten, vornehmen Straßen stehen in starkem Kontrast zu den engen ungepflasterten Gäßchen des alten Tokio, ebenso wie die imposanten Brücken über den Sumida aus Eisen und weißem Granit zu den altmodischen engen Bauwerken der Vergangenheit einen erfreulichen Gegensatz darstellen. Der Wiederaufbau Tokios hat 1600 Mill. gekostet: nicht nur die Bewohner der Hauptstadt selbst können stolz sein, sondern das ganze Land hat sich tatkräftig daran beteiligt. Das Gebiet, das von dem großen Erdbeben betroffen war, war etwa 25 Hektar groß, nahezu die Hälfte des Gesamtgebietes der Stadt. Es gibt in der Geschichte kein Beispiel, daß eine solche Riesenaufgabe nach einem so furchtbaren Erdbeben mit

gleicher Schnelligkeit gelöst wurde. Für Schulbauten wurden 80 Mill. ausgegeben. Zugleich wurden auch die Wasserversorgung und die Kanalisation verbessert und noch andere Vorkehrungen getroffen, Tokio zu einer modernen idealen Stadt zu machen 1)."

Es ist besonders bemerkenswert, daß Japan im Augenblick der Beendigung dieser großen Bauten, die größtenteils mit kurzfristigem Kredit in Angriff genommen werden "mußten" (!), weil es an langfristigem Kapital gebrach, von einer sehr großen Arbeitslosigkeit heimgesucht worden ist. Die Zahl der Erwerbslosen ist dort im Jahre 1930 um mehr als 1 Million über das saisonübliche gestiegen. Wir erkennen leicht die Wurzel dieser Arbeitslosigkeit: Um den Wiederaufbau leisten zu können, um also Millionen von Händen für dieses große Werk freizumachen, mußte

1) Vgl. Vorwärts vom 28. Mai 1930.

- 117 -

die japanische Wirtschaft so sehr rationalisiert werden, daß die übrigen Erwerbstätigen diese Arbeitskräfte miternähren konnten. Sobald die Wiederaufbauarbeiter entlassen wurden, sank der Beschäftigungsgrad der übrigen Wirtschaft sehr stark, so daß die effektiven Ersparnisse, mit denen bisher die aufgelegten Anleihen gekauft worden waren, insoweit wegfielen. Es trat also nun "Kapitalmangel" ein, denn mit latenter Kapitalbildung konnte man keine Anleihen verkäuflich machen, wenn man sich nicht zu Vorschüssen entschloß. Die eingetretene Arbeitslosigkeit, die nichts als eine durch Entlassungen verursachte Deflation ist, beweist aber, daß man Antizipations-vorschüsse nicht oder nicht in genügendem Maße angewendet hat. Man war also der durch die Wiederaufbauarbeiten gestiegenen vergrößerten Kapazität der Industrie nicht gewachsen, wie man das heute in noch größerem Maße in den Vereinigten Staaten sieht. Würde ein neues Erdbeben einen gleichen Schaden anrichten, so würde man zum Handeln gezwungen werden: sofort würden Arbeit und Kapital für die Millionen Menschen von neuem da sein.

Es ist nicht einzusehen, warum erst ein Erdbeben Zerstörungen anrichten muß, ehe man die vorhandenen Konsumgüter und Arbeitskräfte zur Schaffung nützlicher Werke verwenden kann; man kann die produktiven Kräfte der Nation zweifellos auch ohne Erdbeben zur Entfaltung bringen. Der hier gemachte Vorschlag geht daher eigentlich nur dahin, ähnliche große Bauten mit Hilfe der überschüssigen Menschen und Konsumgüter durchzuführen, ohne erst ein Erdbeben abzuwarten.

11. Staatliche oder private Projekte. — Nachdem nunmehr klargestellt ist, daß es unter den gemachten Voraussetzungen an Projekten und produktiven Werken zur Beschäftigung der Arbeitslosen nicht fehlen wird, ist die zweite Frage zu beantworten, ob es nämlich der Staat oder die private Wirtschaft sein soll, die man mit der Durchführung der Arbeiten betrauen muß. Auf den umfangreichen Meinungsstreit über das Für und Wider der staatlichen Wirtschaft braucht hier nicht eingegangen zu werden: Da es sich in diesem Kapitel nur um praktische Vorschläge für die Gegenwart handelt, genügt es, den Standpunkt einzunehmen, auf den sich ein sozialdemokratischer Redner im Reichstag stellte: Die Beschäftigung von 2 - 3 Millionen Arbeitslosen durch den Staat würde Aufwendungen von mindestens 6 Milliarden RM jährlich verlangen. Der Staat, d. h. das Reich oder die Länder, müßten sich also jährlich um diesen Betrag neu verschulden, d. h. der Reichsetat würde

— 118 —

um ca. 40 % gesteigert werden müssen. Ein derartiger Vorschlag kommt bei der heutigen Leere der öffentlichen Kassen überhaupt nicht in Frage; er scheidet aus der praktischen Diskussion aus. Es bleibt also nur übrig, die private Wirtschaft in einen solchen Zustand zu bringen, daß sie die Arbeitslosen ihrerseits aufnehmen kann.

Grundsätzlich ist noch zu bemerken, daß es keinen Unterschied ausmacht, ob ein Arbeitgeber des öffentlichen oder des privaten Rechts Arbeitskräfte anstellt, da dem öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber volkswirtschaftlich keine andern Kapitalquellen zur Verfügung stehen, als dem privaten: die Kapitalbildung einschließlich des Teils, der vorläufig noch latent geblieben ist.

12. Staatskredite oder Bankkredite. — Da der Staat heute in Deutschland kaum Kredit hat, kann er auch keinen geben. Damit ist die Frage schon teilweise beantwortet, ob der Staat oder die Banken heute die Kredite geben sollen, mit denen allein die Arbeitslosigkeit beseitigt werden kann.

Nun handelt es sich allerdings um Antizipationsvorschüsse, zu deren Gewährung langfristige Mittel überhaupt nicht erforderlich sind. Die Quellen der Antizipationskredite sind die Notenemission der Reichsbank und die Giroguthaben in den verschiedenen Gironetzen. Die Reichsbank z. B. könnte also theoretisch dem Reich große Geldsummen etwa in Banknoten zur Verfügung stellen, damit die Reichsbehörden mit diesem an Private zur Ankurbelung des Bauwesens Kredite geben könnten. Abgesehen davon, daß ein solches Kreditgeschäft der Reichsbank nicht gestattet sein würde, kommt eine solche Vermittlerrolle des Reichs praktisch wohl gar nicht in Frage. Soweit das Reich aber Spezialbanken für die Gewährung von Antizipationskrediten ins Leben ruft, könnte es diese Institute nur aus Steuermitteln speisen, wie das teilweise bei der Deutschen Bau- und Bodenbank A.-G. in Berlin der Fall ist. Dann aber kann deren Geschäftsumfang nur relativ gering sein, denn überschüssige Steuergelder für solche Zwecke sind nicht verfügbar.

So kommen für die Gewährung von Antizipationskrediten praktisch nur die Banken, nicht aber der Staat in Frage.

13. Banknotenumlauf und Giroguthaben. — Die Banken, ob sie nun in privater oder öffentlicher Rechtsform arbeiten, haben dieses Privileg der Gewährung von Antizipationskredit schon des-

- 119 -

halb, weil sie vermöge des Notenumlaufs und der Giroguthaben über die *Quellen* der Antizipationskredite verfügen. Dazu kommt, daß in Deutschland die Großbanken sich von jeher der Pflege des antizipierten Emissionskredits besonders angenommen haben; daß sie ihn begründet und erfolgreich zu hoher Blüte geführt haben. Nur das Institut, das die Konten der Arbeitgeberkundschaft selbst führt, das die Verminderung von Lohngelderabhebungen bei Rationalisierungen als erstes spürt und ein Lebensinteresse an der kapitalbildenden Kraft der Industrie hat, ist in der *Lage, sachgemäß* die Quellen des Notenumlaufs auszuschöpfen (durch Rückgriff auf die Reichsbank) 1). Bei denselben Depositengroßbanken, die die Antizipationskredite geben, wachsen auf den Konten der Depositäre alsbald die zusätzlichen Spardepositen empor, die einige Monate lang die Kreditorensumme erhöhen und die Banken instand setzen, die Antizipationskredite erheblich länger, als die 25 Tage, die der Warenumsatz und der Umsatzkredit normalerweise dauert 1), durchzuhalten. Diese erhöhten Depositen sind es dann auch, die mehr und mehr Anlage in Pfandbriefen, Obligationen und Aktien suchen, wenn das Zinsniveau niedrig genug ist. Solche Effekten sind aber größtenteils durch Vermittlung derselben Depositengroßbanken emittiert worden, denn in demselben Maße, wie die Depositäre ihre Depositen in Effekten umwandeln, müssen die Banken ihre Debitoren in Effekten verwandeln: den antizipierten Emissionskredit in Emissionen umgießen. Man kann beweisen, daß eine zusätzliche Gewährung echter Umsatzvorschüsse in jedem verlangten Maße möglich und stets unschädlich ist 1); nach dem Gesagten gilt dasselbe von den echten Antizipationsvorschüssen: auch bei ihnen ist die Benutzung des Notenumlaufs und der elastischen Giroguthaben als Kreditquelle unbegrenzt möglich und sicher unschädlich. Unbegrenzt bedeutet dabei "innerhalb des Gebiets der echten Antizipationsvorschüsse", deren Grenzen schon erörtert waren.

14. Verwendbare und unverwendbare Arbeitskräfte. — Wenn gesagt worden ist, daß sich durch ein derartiges Finanzierungsprogramm alle Arbeitslosen beschäftigen lassen, so gilt das natürlich nur für die objektiv *verwendbaren Arbeiter*. Ein bestimmter Prozentsatz jeder Bevölkerungsschicht ist zur Arbeit nach heutigen Begriffen untauglich oder vermindert tauglich. Diese subjektive Arbeitslosigkeit ist schon in der Einleitung ausgeklammert

1) Vgl. die bevorstehende besondere Veröffentlichung des Verf. über "Banknotenausgabe und Arbeitslosigkeit." ("Die Arbeitslosigkeit als Problem des Umsatzkredits und der Zahlungsmittelversorgung." - J.Z.)

worden: *hier steht nur die objektive, nicht saisonmäßig bedingte Arbeitslosigkeit in Rede*. Es ist auch nicht möglich, Arbeitsgelegenheit gerade in der branchenmäßigen Verteilung zu bieten, wie sie heute unter den Erwerbslosen zu finden ist; der fortlaufende Prozeß der Neuverteilung der Arbeitskräfte einer Nation, als den wir die Kapitalbildung erkannt haben, verlangt vielmehr, daß ein Teil der Entlassenen *seinen Beruf* wechselt. Für die genügende Fachausbildung dieser zum Wechsel gezwungenen Arbeiter zu sorgen, ist Sache der Arbeitsämter und der Städte 1); diese Fürsorge kann hier nicht behandelt werden, wo nur die Schaffung von Arbeitsgelegenheit für die verwendbaren Kräfte in Rede steht.

So schwer die Not der übrig bleibenden körperlich und geistig vermindert Tauglichen auch nach der Beseitigung der eigentlichen Arbeitslosigkeit noch bleiben wird, so muß doch gesagt werden: Wenn erst einmal die "wahre" Arbeitslosigkeit beseitigt ist, kann die besondere Fürsorge für diese kleine Minderzahl, die in Deutschland vielleicht 300 000 Personen ausmachen wird, nicht mehr schwer sein. Alle Kräfte eines reichen Landes können sich dann auf dieses soziale Sonderproblem, das eigentlich außerhalb der Arbeitslosenfrage liegt, konzentrieren. Sache der Arbeitslosenversicherung muß es aber bleiben, Schutz gegen den Verdienstaufschlag bei vorübergehender Entlassung, während der Stellungsuche und während der Fachausbildung zu einem neuen Beruf zu gewähren.

b) Die Voraussetzungen.

I. Die Senkung des Zinsniveaus.

1. Rentabilität der Projekte und Zinsniveau. —Die erste und wichtigste Voraussetzung zur Durchführung dieses Finanzierungsplanes ist eine nachhaltige Senkung des Zinsniveaus. Ausreichende Antizipationskredite würde man auch bei hohem Zinsniveau geben können, allein man würde keine Schuldner finden, die bereit wären, bei hohen Zinslasten Kapitalgüter zu erbauen. Denn die Rentabilität langlebiger Kapitalgüter hängt nicht in erster Linie von den Produktionskosten, sondern von der Zinsbelastung ab: Kostet ein Bauwerk 100 000 RM, und ist das Kapital ratenweise

-
- 1) Vgl. z. B. die vorbildlichen Maßnahmen der Stadt Düsseldorf, dargestellt in der Schrift "Brachliegende Arbeitskraft", hrsg. von der Stadtverwaltung. Düsseldorf 1927.

unter Zuhilfenahme der ersparten Zinsen in 30 Jahren zu tilgen, so beträgt die jährliche Verpflichtung für Zinsen und Tilgung (Annuität) 1)

bei 3 1/2 % Zinsen 2)	RM 5 437.13
bei 10 % Zinsen	RM 10 607,92.

Die Wohnungsmieten müssen also bei einem Zinssatz von 10 % etwa doppelt so hoch sein, als bei einem Zinssatz von 3 1/2 %. Nun zeigt aber die Einkommenspyramide, daß nur die kleinen Einkommen, die für die Tragung kleiner Mieten in Frage kommen, in großer Zahl vertreten sind; die großen Einkommen, die man zur Vermietung teurerer Wohnungen braucht, sind dagegen selten. In viel schnellerem Maße, wie die Einkommen pro Kopf steigen, sinkt die Anzahl der Einkommensbezieher: das geht so weit, daß nach der Einkommensteuerstatistik im Jahre 1926 in Deutschland nur 308 373 Personen vorhanden waren, deren Einkommen über 8000 RM betrug 3).

Daraus geht hervor, daß die *Nachfrage nach Kapital bei hohen Zinssätzen nur gering* sein kann; sie wird bei hohen Zinssätzen fast immer so klein sein, daß die vorhandenen *Arbeitslosen nicht beschäftigt werden können*. Alle Versuche, trotz hohen Zinsniveaus etwa durch verlorene Zuschüsse des Reichs oder durch Zinsverbilligung zu Lasten des Etats eine Beschäftigung der Arbeiterschaft zu erreichen 4), müssen auf die Dauer fehlschlagen, denn die Summen, die zur Beschäftigung *aller* Arbeitslosen gebraucht werden, sind zu groß, als daß sie der Reichshaushalt tragen könnte.

Solange das hohe Zinsniveau bestehen bleibt, sind die Mehrzahl auch der besten Bauprojekte notwendig unrentabel. *Die gesamte hier begründete und ausgearbeitete Finanzierungsaktion würde also aus Mangel an Objekten scheitern müssen, wenn es nicht gelingt, das Zinsniveau wirksam herabzusetzen.*

2. Ursachen der gegenwärtigen Höhe des Zinsniveaus. — Es mußte daher ein Verfahren gefunden werden, das eine Senkung des Zinsniveaus mit rein wirtschaftlichen Mitteln gestattet. Dazu war zunächst zu ermitteln, *welches die Ursachen* des hohen Landeszinssfußes sind, den wir seit Jahren in Deutschland beobachten. Der Hinweis auf den Kapitalmangel kann nicht ge-

-
- 1) Vgl. *Spitzer*, Tab. V, S. 268 und 292.
 - 2) Jährlich, postnumerando.
 - 3) Vgl. *Deutsche Wirtschaftskunde*, vom Stat. Reichsamt, 1930, S. 319.
 - 4) Z. B. durch billige Hauszinssteuerhypotheken.

— 122 —

nügen, denn wir haben bei anhaltender "Kapitalknappheit" sehr verschiedene Zinssätze gehabt. Auch geht, wie erörtert, der von *Cassel* aufgebrachte Gedanke fehl, daß ein hoher Zinssatz einen besonderen Anreiz zur Kapitalbildung biete. (jz25) So wird man nicht umhin können, in unserer *Abhängigkeit vom Zinsniveau des Auslandes* die Ursache des hohen Landeszinssatzes zu erblicken. Unsere Handelsbilanz ist in den letzten Jahren vorwiegend passiv gewesen; zur Deckung des Saldos mußten wir Auslandskredite hereinnehmen. Dazu kamen die Reparationszahlungen, die wir ebenfalls durch Kredite des Auslands aufgebracht haben und schließlich die Kapitalflucht deutscher Steuerzahler, die 6 - 8 Milliarden RM betragen haben soll, und deren Objekt, das geflüchtete Kapital, vom Auslande wieder in Form von Anleihen in Deutschland investiert werden mußte. So hat Deutschland heute eine Auslandsverschuldung von ca. 15 Milliarden, von denen etwa die Hälfte auf kurzfristige Kredite entfällt. *Diese kurzfristigen Auslandsgelder können jeden Tag oder jeden Monat gekündigt werden* und müssen dann, da Devisen aus einem Exportüberschuß nicht verfügbar sind, letzten Endes mit dem Golde der Reichsbank zurückgezahlt werden. Die für solche Transaktionen bereiten Gold- und Devisenbestände der Reichsbank sind aber sehr klein; wenn die Gold- und Devisenvorräte des Zentralinstituts auch im Jahre 1930 rund 3 Milliarden betrugen, so sind hiervon doch etwa 2 Milliarden als 40 % ige Notendeckung unentbehrlich und gebunden (jz26), so daß nur ein Kampffonds von 1 Milliarde RM übrigbleibt. Selbst einschließlich der Devisenreserven der Großbanken *stehen nur etwa 3 Milliarden an bereiten Mitteln zur Verteidigung der Zahlungsbilanz zur Verfügung, während die sofort fälligen Verpflichtungen sich auf über 7 Milliarden belaufen.* Sein oder Nichtsein unserer Währung ist also ganz in die Hand der ausländischen Bankiers gelegt. Wenn sie einheitlich kündigen, kann die Stabilität der Reichsmark mit gar keinen Mitteln aufrechterhalten werden; keine Kreditrestriktionen, keine wirtschaftlichen oder gewaltsamen Mittel können aus den vorhandenen 3 Milliarden die 7 machen, die nun einmal in Gold oder Devisen vorhanden sein müßten. Daß diese Gefahr nicht nur theoretisch, sondern sehr real über uns schwebt, haben die Vorgänge während der Pariser Konferenz (1929) gezeigt, als die Pariser Großbanken, die schon vor dem Kriege als die größten Geldgeber des Berliner Marktes bekannt waren, ihre deutschen Guthaben auf Veranlassung ihrer Regierung kündigten, was nicht (jz27)

— 123 —

mehr als ihr gutes Recht war. Sinken der Notendeckung auf 40 %, scharfe Kreditrestriktionen und panikartige Zustände mit vermehrter Kapitalflucht und Arbeitslosigkeit waren die Folge 1).

Diese fast sklavische Abhängigkeit unserer deutschen Währung vom Auslande ist die Grundtatsache des heutigen Zinsmarktes. Wir müssen nämlich, um eine Kündigung der Auslandsgelder zu vermeiden, *unser Zinsniveau stets höher* halten, als das des Auslandes; es muß ein *Zinsgefälle* von uns zum Auslande vorhanden sein, das in ruhigen Zeiten einen genügenden Anreiz für die ausländischen Geldgeber bietet. Daher ist jetzt auch

die Auffassung herrschend geworden, es sei die Hauptaufgabe der Diskontpolitik, dieses Zinsgefälle immer wieder herzustellen, obwohl dieser Gedanke der normalen Diskontpolitik eigentlich fern liegt.

Schacht hat vor dem Enqueteausschuß 2) selbst mit aller Deutlichkeit auf diese Abhängigkeit hingewiesen und erklärt, daß die innerdeutschen Wirtschaftszustände auf das Zinsniveau fast ohne Einfluß sind, da unsere Zinssätze sich nach denen des Auslandes zu richten haben.

3. Befreiung des deutschen Zinsniveaus von seiner Abhängigkeit vom Auslande. — Eine Senkung des Zinsniveaus im Inlande wäre bei Durchführung des geforderten Antizipationsprogramms wirtschaftlich durchaus berechtigt, denn die effektive Kapitalbildung würde sehr stark steigen, das Kapitalangebot also ein sehr großes werden. Wenn man sich vor Augen hält, daß auch sehr arme Länder 3) fast dauernd sehr niedrige Zinssätze von 2 - 5 % hatten, wenn sie nur über ein gutes Bankwesen verfügten, so kann man in der inländischen Wirtschaftslage keinen Grund erkennen, warum das Zinsniveau die gegenwärtige Höhe, die durch das Zinsgefälle vom Auslande diktiert ist, beibehalten soll.

Der Versuch, die Herrschaft dieses Zinsgefälles zu stürzen, ist nun keineswegs aussichtslos. Es ist bekannt, daß auch in der letzten Periode hoher Zinssätze (1927/28) einige Länder als "*Inseln billigen Geldes*" eine Ausnahmestellung einnahmen, und zwar insbesondere Schweden und Frankreich. Hier wurden Börsengelder mit 2 - 3 % ausgeliehen, die gleichzeitig in Deutschland, England,

-
- 1) Wie die Leichtfertigkeit des damaligen Reichsbankpräsidenten zu beurteilen ist, der diese Gefahr vorausgesehen haben mußte, und die zum mindesten erforderliche Übertragung der Gelder auf neutrale Plätze unterließ, ist hier nicht zu erörtern.
 - 2) Vgl. Die Reichsbank, a. a. O, S. 148, 149.
 - 3) Z. B. Schottland.

— 124 —

Spanien, Italien, Polen usw. 6 - 10 % und mehr kosteten. Das hatte seine Ursache darin, daß *jene Länder keine kurzfristige Auslandsverschuldung* hatten. Die Guthaben der Banken Frankreichs usw. im Auslande übertrafen die kurzfristige Auslandsverschuldung, es bestand also kein Zinsgefälle, das diese Währungen bedrohte. Infolgedessen hatten es diese Länder nicht nötig, ihr Zinsniveau über dem des Auslandes zu halten; sie konnten eine *unabhängige Diskontpolitik* machen und ihr Zinsniveau so einrichten, wie es ihre wirtschaftlichen Erfordernisse, insbesondere also das freie Spiel der inländischen Nachfrage und des inländischen Angebots an Kapital verlangten.

4. Das Mittel dazu: Abstoßung der kurzfristigen Auslandsverschuldung. — Eine solche unabhängige Diskontpolitik kann *auch Deutschland* führen, wenn es sich der drückenden kurzfristigen Auslandsverschuldung entledigt.

Die kurzfristige Auslandsverschuldung hat, wie wir gesehen haben 1), ihre gegenwärtige Höhe nur erreichen können, weil den einzigen Schuldnern, die praktisch in Frage kamen, nämlich den Ländern und Kommunen, die Aufnahme von Auslandsanleihen seit 1927 verboten war. Denn eine andere Tätigkeit hat die sogenannte Anleihe-"Beratungsstelle" des Reichsfinanzministeriums und der Reichsbank nicht entfaltet: Sie hat das Zustandekommen von Auslandsanleihen planmäßig *verhindert*. Die ungedeckten Salden der Zahlungsbilanz konnten nur deswegen zu einer solchen Höhe auflaufen, weil die Banken diese für sie unangenehmen Kreditoren nicht durch langfristige Anleihen der öffentlichen Körperschaften konsolidieren konnten. Wollen wir uns also der kurzfristigen Auslandsverschuldung entledigen, so müssen wir denselben Weg wieder rückwärts schreiten, der uns in diese Lage gebracht hat: *Wir müssen die Anleiheberatungsstelle* und mit ihr alle Erschwernisse der Aufnahme langfristiger Auslandsanleihen *beseitigen* und zuerst einmal darangehen, die 7 Milliarden kurzfristige Schulden in langfristige Anleihen umzuwandeln.

5. Die Überkompensierung der kurzfristigen Auslandsverschuldung durch aufzunehmende Anleihen. — Heute ist Deutschland in der Lage eines Industriellen, der seine Fabrik mit kurzfristigen Bankschulden erbaut hat und nun nicht nur in seiner Existenz von dem guten Willen der Bank abhängig ist, sondern

auch sieht, daß die Bank *ihm den Zinssatz diktiert*, da er ohne sie nicht leben kann. Unsere Wirtschaftsführer gleichen Fabrikdirektoren, die in dieser Lage alles tun, um das Zustandekommen einer langfristigen Anleihe zu verhindern. Ein tüchtiger Kaufmann versucht in solcher Lage mit allen Mitteln, eine Obligationenanleihe aufzunehmen, um aus deren Erlös die Bankschulden abzudecken und *vielleicht sogar ein Guthaben* bei der Bank zu unterhalten. *Dann kann er der Bank den Zinssatz* mehr oder weniger vorschreiben, denn wenn ihm die Bank seinen Willen nicht tut, zieht er sein Guthaben zurück und geht zu einer anderen Bank.

Deutschland 1) muß also, um eine unabhängige Zinspolitik treiben zu können, *nicht nur die vorhandenen Auslandsschulden durch Anleihen kompensieren, sondern darüber hinaus noch weitere Anleihen aufnehmen, um mehr Guthaben im Auslande zu besitzen, als Schulden kurzfristiger Natur*. Durch diese *"Überkompensation der kurzfristigen Auslandsverschuldung"*, wie wir dies neue, bisher noch nicht diskutierte Verfahren nennen wollen, wird *Deutschland von einem Schuldnerland zu einem Gläubigerland*. Es beseitigt damit die Herrschaft des Zinsgefälles und erlangt die Freiheit, sein Zinsniveau so tief herabzusetzen, wie es zur Beschäftigung aller Arbeitslosen in den Kapitalgüterindustrien erforderlich ist. (jz28)

Freilich hat man den *besten Zeitpunkt* zur Konsolidierung der schwebenden Auslandsschulden verpaßt, da inzwischen in dem wichtigsten Geldgeberlande eine schwere Krise ausgebrochen ist, die die Aufnahmefähigkeit der ausländischen Börsen für deutsche Anleihen stark vermindert hat. Man sollte aber annehmen, daß wohl vorbereitete Besprechungen etwa mit den am Anleihegeschäft besonders interessierten Auslandsbanken die Situation auch heute noch klären und bessern können, denn diese Banken kennen wahrscheinlich die Verhältnisse im deutschen Bankwesen recht gut; ihr Vertrauen wird steigen, wenn sie sehen, daß eine Abkehr von der bisherigen Vogel-Strauß-Politik beabsichtigt ist. Den Auslandsbanken ist ja auch nicht damit gedient, Debitoren in Milliardenbeträgen zu besitzen, von denen jedermann weiß, daß sie im entscheidenden Falle aus Mangel an Gold und Devisen nicht bezahlt werden können. Sie werden eine Konsolidierung dieser schwebenden Schulden also nicht nur aus Gründen der Provisionseinnahme begrüßen.

1) D. h. die deutschen Gesellschaften, Firmen, Körperschaften usw.

Wir haben bei der Behandlung der Kapitalflucht gesehen, daß die erleichterte Aufnahme von Auslandsanleihen schon deshalb notwendig ist, damit die deutsche Kapitalbildung, auch wenn sie den Weg ins Ausland genommen hat, der Beschäftigung derjenigen deutschen Erwerbslosen dienstbar gemacht werden kann, die eben durch diesen Kapitalbildungsvorgang ihre Stelle verloren hatten. Hier sehen wir, daß dieselbe Politik deswegen noch *wichtiger* ist, weil ohne sie das inländische Zinsniveau nicht herabgedrückt werden kann. Mit dieser Ermäßigung der Zinslasten steht und fällt aber jedes Programm zur Finanzierung der Arbeitsgelegenheit.

II. Die Umgestaltung des Großbankgeschäfts.

1. Liquidität und Antizipation. — Die *erste* Voraussetzung zur Durchführung des Finanzierungsprogramms ist also die Senkung des deutschen Zinsniveaus. Die *zweite* Voraussetzung ist eine *sehr hohe Liquidität der deutschen Kreditbanken*. Sie ist von ganz anderer Art: durch sie sollen nicht nur genügend Objekte und Arbeitsmöglichkeiten gefunden werden, wie durch die Zinssenkung; durch sie soll vielmehr die gefahrlose Gewährung so umfangreicher Antizipationskredite, wie sie hier nötig sind, erst ermöglicht werden.

Wir hatten zwei *Begriffe der Antizipation* unterschieden: Den (unechten) antizipierten Emissionskredit als kredittechnisches Verfahren, und die echte Antizipation von Volkspersparnissen als volkswirtschaftlichen Vorgang.

Wir hatten gesehen, daß man jenes banktechnische Verfahren bei der Ausleihung schon als Depositen eingezahlter effektiver Ersparnisse *ebensowohl* anwenden kann, wie bei der Vorschußgewährung aus der Quelle der Noten- und Giromittel, *ohne* Vorhandensein ausreichender Depositen. Nur die letztere Anwendung des kredittechnischen Verfahrens der "antizipierten Emissionskredite" hatten wir die "Antizipation von Ersparnissen" genannt; nur durch sie wird der latente Kapitalbildungsvorgang vollendet.

Die Banken dürfen nun, wie *Adolf Weber* 1) nachgewiesen hat, antizipative Kredite aller Art *keineswegs unbegrenzt* gewähren, wenn sie nicht ihre Liquidität und Sicherheit ernstlich gefährden wollen. Sie dürfen solche Kredite etwa *nur bis zur Hälfte ihres Eigenkapitals* ausgeben, wenn sie sicher gehen wollen, da sie mindestens privatwirtschaftlich mit dem Einfrieren solcher Debitoren rechnen müssen. Sie dürfen sich nur soweit in

1) Vgl. das grundlegende Werk "Depositenbanken und Spekulationsbanken" a. a. O.

dieses riskantere "irreguläre" Geschäft einlassen, daß auch ein etwaiger Totalverlust ihren Bestand nicht gefährden kann.

Diese äußerste Grenze ist nun bei den Banken schon seit langem überschritten, denn sie haben unbewegliche Industriekredite größten Ausmaßes unter ihren Debitoren. Wir haben gesehen, daß der Umfang der Debitoren heute 2 - 3 mal so groß ist, wie vor dem Kriege, ohne daß sich die Anlagemöglichkeit, also der volkswirtschaftliche Güterumschlag, vermehrt hat. Wir haben nachgewiesen, daß die Banken seit der Unterdrückung der Börsentätigkeit diese illiquiden Industriekredite, die sich in Milliardenbeträgen unter den Debitoren befinden müssen, nicht mehr an die Börse abstoßen konnten. Wir konnten daraus den Schluß ziehen, daß mehr als 7 Milliarden RM echter Spardepositen in Gestalt des antizipierten Emissionskredits ausgeliehen und illiquide geworden sind. *Der unechte antizipierte Emissionskredit ist also heute schon so überspannt, daß für die echte Vorschußgewährung über das Maß der Bankdepositen hinaus nichts übrig bleibt.* Die echte Antizipation von Ersparnissen ist gegenwärtig nicht möglich, weil die Banken schon durch die falsche Ausleihung der *vorhandenen* Ersparnisse *illiquide* geworden sind.

Da die Banken aus Liquiditätsgründen immer nur einen sehr geringen Spielraum für die Gewährung volkswirtschaftlicher Antizipationskredite haben, müssen sie diesen geringen Kreditspielraum *voll und ganz für den echten Antizipationskredit aufheben*. Sonst versagen sie im echten Antizipationskredit, weil sie sich im unechten übernommen haben. *Die Bankentätigkeit ist also auch hier wieder für die Lösung der Arbeitslosenfrage von größter Bedeutung; nur wenn die Banken auf höchste Liquidität bedacht sind, gewinnen sie diejenige Schlagkraft, welche zur Überführung der rationalisierten Arbeitskräfte in neue Tätigkeiten erforderlich ist. So ist höchste Liquidität der Banken die Voraussetzung wirksamer Antizipationskredite und wirksamer Kapitalbildung.*

2. Frankreich als Beispiel: Ein Land ohne Arbeitslosigkeit. — Hier ist das Vorbild des französischen Bankwesens beachtlich: In Frankreich gibt es keine Sparkassen und öffentlich-rechtlichen Banken mit kurzfristigem Geschäft, die Depositen konzentrieren sich also viel mehr, als in Deutschland, bei den vier Depositengroßbanken 1). Und trotzdem belaufen sich die Depositen insgesamt

1) Crédit Lyonnais, Comptoir National, Société Générale, Crédit Commercial.

nur auf rund 5 1/2 Milliarden RM 1), das ist unter Berücksichtigung der gesunkenen Kaufkraft des Geldes weniger, als vor dem Kriege, aber auch noch nicht einmal halb soviel, wie der Depositenbestand der deutschen Banken für kurzfristigen Kredit, selbst wenn man die geringere Bevölkerungszahl veranschlagt. Die französischen Großbanken müssen demnach ihre Ausleihungen tatsächlich auf die Finanzierung des Güterumschlages beschränkt haben; sie erfreuen sich einer glänzenden Liquidität 2) und haben ihre gesamte Stoßkraft verfügbar, wenn es heißt, über das Maß ihrer Depositen hinaus echte antizipierte Kredite zu geben. *Hier liegt wahrscheinlich die Wurzel des*

erstaunlichen Phänomens, daß Frankreich unter den großen Industrieländern der Welt das einzige ist, das von Arbeitslosigkeit bisher verschont geblieben ist 3).

Dieser für unsere Begriffe niedrige Depositenbestand erklärt sich daraus, daß man in *Frankreich schon vor Jahren durch umfangreiche Anleiheaufnahme die Abhängigkeit von ausländischem Zinsniveau abgeschüttelt hat*, daß man das Zinsniveau stärkstens gesenkt hat und daß heute wie vor dem Kriege von den französischen Großbanken praktisch keine Zinsen vergütet werden. Denn wenn selbst hier und da 1/2 - 1 % Kreditzinsen gezahlt werden, so werden doch stets am Ende des Halbjahres so viel Provisionen und Spesen belastet, daß die Konten als praktisch zinslos angesehen werden können. In Frankreich ist also jeder Sparer gezwungen, Pfandbriefe und andere Effekten zu kaufen, wenn er Zinsertrag von seinen Ersparnissen zu haben wünscht. Die "Überversorgung des Geldmarktes auf Kosten des Kapitalmarktes", von der wir im 3. Kapitel, unter b gesprochen haben, ist also in Frankreich nicht vorhanden: Wer überhaupt Zinsertrag haben will, muß sein Bankguthaben in Effekten verwandeln 4), daher sind die gesamten Bankdepositen des Landes nicht größer, als der Bedarf an echtem Umschlagskredit. *Alle echten Ersparnisse werden zwangsläufig in Effekten*

-
- 1) Am 31. Dezember 1928 34,445 Mill. Fr., am 31. Dezember 1929 32,905 Mill. Fr.
 - 2) Vgl. M. Grinberg-Paris, Der franz. Goldmarkt seit der Frankenstabilisation, Bankwissenschaft 1930, S. 230, sowie das Werk von Ehrensperger.
 - 3) Große französische Industriegesellschaften klagen in ihren Geschäftsberichten, daß sie leider den vorliegenden Auftragsbestand nicht erledigen können, da keine Arbeiter erhältlich sind! (z. B. Aciéries de Longwy 1928).
 - 4) E. Kaufmann a. a. O. berichtet, daß die französischen Sparkassen vor dem Kriege gehalten waren, alle Sparguthaben, die 10 000 Fr. überschritten, auch ohne Einwilligung des Inhabers in Effekten umzuwandeln.

- 129 -

angelegt, so daß ein großes Angebot echten Sparkapitals bemerkbar ist. Die Hauptsache scheint uns aber zu sein, daß solchermaßen eine *vorzügliche Bankenliquidität* gesichert ist, die den Kreditinstituten *bezüglich des Antizipationskredits eine Stoßkraft verleiht*, wie wir sie an unseren deutschen Banken nicht mehr beobachten können.

3. Rückkehr zur Arbeitsteilung zwischen Sparkassen und Banken. — Das Beispiel Frankreichs zeigt, daß eine Senkung des Zinsniveaus sich nicht nur in den Gewinn- und Verlustrechnungen der Banken bemerkbar macht, sondern geradezu revolutionäre Wirkungen auf das Geschäft der Großbanken und der Sparkassen ausüben muß. Es ist nötig, klar vorherzusehen, welches diese indirekten Wirkungen sein werden, und alles zu tun, um die unumgängliche notwendige "Umgestaltung des Großbankgeschäfts" zu *beherrschen* und nicht von ihr überrannt werden.

Bei der Senkung des Zinsniveaus kommt der Senkung des Diskontsatzes nur symptomatische Bedeutung zu. Wir sehen heute wieder klar, daß Diskontsenkungen ihre Wirkungen verfehlen, wenn sie nicht von einer Ermäßigung des Habenzinssatzes 1) im Depositen- und Spargeschäft begleitet sind. Die Habenzinssätze sind der wichtigste Selbstkostenfaktor im Bankgewerbe, sie sind daher entscheidend für die Debetzinssätze, d. h. für die Bedingungen, die man den Schuldner auflegen muß. Wir sehen heute, daß die Banken ihre Habenzinsen nicht weiter ermäßigen können, weil die *Sparkassen* sich weigern, ihre Zinssätze zu verringern.

Das hat seinen guten Grund. Es ist notwendig, sich den *grundsätzlichen Unterschied zwischen Banken und Sparkassen* in Deutschland zu vergegenwärtigen, wenn man die zukünftige Entwicklung des Zinsniveaus richtig beurteilen will: Die Banken beschäftigen auch heute noch mehr als die Hälfte ihrer Mittel im echten *Umsatzkredit*, die Sparkassen nur etwa 15 %; die Sparkassen pflegen das *langfristige Anlagegeschäft* (Effekten, Hypotheken, Kommunalدارlehen usw.) mit rund 85 % ihrer Mittel, die Banken gar nicht (dagegen haben die Banken die kleinere Hälfte ihrer Mittel in *industriellen Anlagekrediten* 2) festgelegt). Ein Institut kann schwerlich auf die Dauer *beide* Kreditarten zugleich pflegen: Im *Anlagekreditgeschäft* verlangen die Sparer hohe Zinsen, wie man sie nur zahlen kann, wenn man sehr

-
- 1) Der auf Depositen vergütet wird.
 - 2) Wiewohl in der Form kurzfristiger Kontokorrentvorschüsse.

— 130 —

niedrige Unkosten hat und sich mit einer sehr kleinen Marge begnügt, sonst ziehen die Sparer ihre Guthaben zurück und kaufen sich selbst Pfandbriefe und Hypotheken. — Das *Umsatzkreditgeschäft* dagegen verursacht sehr viel Mühe und Kosten, verlangt also eine höhere Zinsmarge, als sie im Anlagekreditgeschäft erzielbar ist. Auch tritt beim Umsatzkredit ein starker Konkurrent auf: die Zentralnotenbank, die ja auch direkt mit der Kundschaft verkehrt und sehr billig sein kann, weil sie auf ihren Notenumlauf gar keine Zinsen zu zahlen hat. Ein Institut, das in der Kreditgewährung mit der Reichsbank konkurrenzfähig sein will, kann unmöglich gleichzeitig hohe Zinsen für seine Gelder bezahlen, wie eine Sparkasse. Die Sparkasse ist auf ihrem Gebiet überlegen, weil sie dem Sparer die höheren Zinsen zu bieten vermag, aber nur solange, wie sie auf das mühevollen und niedrig verzinsliche Kontokorrentgeschäft verzichtet; die Bank ist im Umsatzkredit überlegen, weil sie für ihre Gelder wenig oder gar keine Zinsen zahlt und daher billiger sein kann als die Sparkasse. (jz29)

Wenn also heute die Sparkassen sich weigern, ihre Einlagenzinssätze herabzusetzen, so handeln sie *richtig*, weil sie damit nur die Stärke ihrer Position im Anlagekreditgeschäft betonen. Die Banken können auf diesem Gebiet nicht mit ihnen konkurrieren; versuchen sie es trotzdem, so müßten sie ihren Schuldnern so hohe Debetzinsen belasten, daß sie ihre Debitoren-Kundschaft verlieren. *Vielmehr müssen die Großbanken das Gebiet pflegen, auf dem sie den Sparkassen überlegen sind*: sie müssen den *Umsatzkredit* so *verbilligen* und dabei auch den Kleinkredit so pflegen, daß sie das kurzfristige Geschäft der Sparkassen erhalten. Wenn die kurzfristigen Sparkassendebitoren zu den Großbanken abwandern, weil sie hier billiger bedient werden, so muß das den Großbanken ein Äquivalent für das verlorene Spar- und Anlagenkreditgeschäft sein, in dem die Sparkassen ihnen überlegen sind.

Dies System war vor dem Kriege verwirklicht: Es ist *kein Zufall*, daß die Sparkassen vor dem Kriege 97 % ihrer Mittel langfristig anlegten und die übrigen 3 % in Kasse und Bankguthaben. Die Sparkassen wußten, daß sie bei den hohen Zinsen, die sie vergüteten, im Umsatzkredit nicht konkurrenzfähig waren. Während der Inflation haben die Sparkassen ein ausgedehntes Umsatzkreditgeschäft aufgebaut; ob dieser Geschäftszweig bei richtiger Kostenverteilung heute noch rentabel ist, ob er nicht vielmehr auf Kosten des Anlagekreditgeschäfts, also der Sparer und der Kommunen, künst-

- 131 -

lich erhalten wird, mag dahingestellt sein; denn unter dem bisherigen System überhoher Diskontsätze mag dieser Kreditzweig auch bei den Sparkassen noch rentabel gewesen sein. *Sobald die bisherige künstliche Diskontpolitik aber fällt, wird sich das bankmäßige Geschäft der Sparkassen auf die Dauer nicht mehr halten lassen. Wir werden dann zu der Arbeitsteilung zwischen Großbanken und Sparkassen zurückkehren müssen, die wir vor dem Kriege hatten*, nicht veranlaßt durch Resolutionen und Kampf der Interessenten, sondern gezwungen durch das Rentabilitätsgesetz. Diese Konsequenz einer weitschauenden Zinssenkungspolitik muß schon heute ins Auge gefaßt werden, wenn die Stellung der Kreditinstitute im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit richtig beurteilt werden soll.

4. Die Halbierung der Bilanzsummen bei den Großbanken. — Wir müssen also damit rechnen, daß die Sparkassen ihre hohen Einlagenzinssätze auch in Zukunft aufrechterhalten und dadurch einen Teil der Großbankkreditoren an sich heranziehen, während zugleich die Reichsbank mit ihrem billigen Diskontsatz auf die Großbanken drückt und sie erfolgreich zur Senkung ihrer Debet- und Kreditzinsen nötigt. Die Großbanken würden damit nur solche Kreditoren verlieren, die sie zur Umsatzfinanzierung gar nicht gebrauchen; sie können diesen Geschäftszweig zur Not opfern, während sie das Umsatzkreditgeschäft niemals aufgeben können. Diese Konstellation läßt den Schluß zu, daß die von der Reichsbank zu betreibende Zinssenkungsaktion nicht durch die Sparkassen aufgehalten werden kann, daß sie sich vielmehr durchsetzen wird.

Welches sind nun die Folgen dieser projektierten Zinssenkung für das Geschäft der Großbanken?

(a) Zuerst würden die *Depositen* etwa auf die Hälfte ihres heutigen Bestandes sinken müssen, da für mehr keine Beschäftigung im Umsatzkredit zu finden ist. Weil die gesamte hier geforderte Entwicklung eingeleitet sein muß durch die *Abstoßung der Auslandskreditoren der Banken* 1), so würden sich die Hauptveränderungen hier vollziehen. In dem Maße, wie die Länder und Kommunen Auslandsanleihen aufnehmen, können sie Bankschulden zurückzahlen. *Die Ausleihungen der Banken sinken also im gleichen Schritt mit den Auslandskreditoren.* Die Banken werden nicht in Ungelegenheiten gebracht, sondern erhalten Debitoren zurückgezahlt und zahlen damit selbst Kreditoren zurück.

1) Vgl. S. 124.

Nur sind es allerdings zum großen Teil nicht die Banken, sondern die *Sparkassen*, die Kredite an Länder und Kommunen gegeben haben. Sie erhalten diese Kredite zurückgezahlt, *ohne* daß sich ihre Kreditoren vermindern, da sie keine Auslandsgelder hereingenommen haben. Hier vollzieht sich der Ausgleich auf andere Weise:

Die Sparkassen müssen die zurückgezählten Mittel beschäftigen, sie werden daher Wertpapiere kaufen bzw. Hypotheken erwerben. Beides bedeutet aber nur, daß sie die eingefrorenen Bankdebitoren erwerben. So fließt also auch hier der Erlös der Auslandsanleihen schließlich den Großbanken zu; Debitoren werden zurückgezahlt, so daß die Auslandskreditoren zurückgezahlt werden können.

(b) Wenn die heute etwa 6 Milliarden betragenden Auslandskreditoren der Großbanken zurückgezahlt sind, so werden auch die etwa 2 Milliarden RM ausmachenden *Devisenreserven* entbehrlich, die die Großbanken bisher halten mußten 1). Schon daraus ergibt sich eine weitere erhebliche Verminderung der Debitoren.

(c) Von den *inländischen Kreditoren* würde bei scharfer Zinssenkung zweifellos ein Teil zu den Sparkassen abströmen. Ein größerer Teil würde vermutlich, wenn die Banken einigermaßen tüchtig sind, in Pfandbriefe, Staatsanleihen, Industrieobligationen und Aktien investiert werden. Man muß sich dabei vorstellen, daß *Sinken* des Landeszinsfußes *Hausse* an der Börse bedeutet. Fortgesetztes Steigen der Börsenkurse bis vielleicht auf das Doppelte würde den Depositären die Anlage in Wertpapieren überaus verlockend erscheinen lassen. Die Banken würden dabei reichlich an Provisionen und Bonifikationen verdienen: rechnet man, daß nur 2 Milliarden in *neue* Emissionen von Pfandbriefen, Aktien usw. investiert werden, und rechnet man nur 2 % Bonifikation, ohne alle Konsortialgewinne, so kommt man allein auf 40 Mill. RM Bonifikationseinnahme als Ersatz für die entgehenden Zinsen. Überhaupt würden die Gewinne aus dem Effektingeschäft in weitem Maße an die Stelle der Zinsgewinne treten, wie das auch vor dem Kriege üblich war, sodaß sich die Banken wahrscheinlich nicht schlecht stehen würden.

(d) Diese Konvertierung von Depositen in Effekten würde nichts anderes bedeuten, als die *Abstoßung weiterer eingefrorener Debitoren*. Die Großbanken produzieren diese Effekten selbst, indem sie ihre industrielle Kundschaft veranlassen,

1) Diese Guthaben bei ausländischen Banken waren ohnehin nur durchlaufende Posten, da die ausländischen Banken diese Gelder an einer anderen Stelle ihres Hauptbuches wieder an dieselben deutschen Banken ausgeliehen hatten.

Anleihen aufzunehmen, oder ihr Kapital zu erhöhen. Aus dem Erlös solcher Emissionen werden die Bankschulden abgedeckt, während gleichzeitig die Depositäre vermittels des Netzes von Depositenkassen veranlaßt werden, mit ihren Depositen solche Wertpapiere zu erwerben.

5. Annahme langfristiger Gelder und Anlage in Effekten. — Schließlich ist noch zu überlegen, ob nicht auch die deutschen Großbanken dem Beispiel der englischen und schweizerischen Großbanken folgen und sich offiziell mit dem langfristigen Geschäft befassen sollen. Sie könnten z. B. langfristige Depositen gegen Sparbücher oder Bankobligationen 1) hereinnehmen und mit diesen langfristige Industriekredite gewähren 2), die besonders in der Bilanz ersichtlich gemacht werden müßten. Oder sie könnten dafür Effekten, insbesondere Staatspapiere, Industrieobligationen und Pfandbriefe erwerben 3). Dieses Problem kann hier nur aufgeworfen, nicht aber gelöst werden.

6. Die Illiquidität der Großbanken als internationales Problem. — Der *übermäßige Zustrom* fremder Gelder, und damit die verschlechterte Liquidität der Banken, die unserer Ansicht nach eine der Wurzeln der Arbeitslosigkeit ist, ist nicht nur ein deutsches, sondern ein internationales Problem. Für England hat *McKenna*, der Präsident der Midland Bank, im Jahre 1927 in seiner bekannten Generalversamlungsrede ausdrücklich auf diese Fragen hingewiesen 4). Die größten Ausmaße haben diese Nachkriegs-Schwierigkeiten aber in den Vereinigten Staaten angenommen, so daß es sich verlohnt, dieses warnende Beispiel kurz zu behandeln.

Die gesamten Mittel der Banken in den Vereinigten Staaten betrugen im Jahre 1914 (30. Juni) 20 789 Mill. Dollar, im Jahre 1928 (31. Dezember) aber 58 266 Mill. Dollar. Auf den ersten Blick ist klar, daß so enorme Mittel unmöglich in Umsatzkrediten angelegt werden können. (jz30) So ist denn auch ein großer und wachsender Teil der Gelder von den Banken in Effekten angelegt worden:

-
- 1) In der Schweiz üblich.
 - 2) Wie im Falle der Amerikaanleihen der D-D-Bank und der Commerz- und Privatbank.
 - 3) In England üblich, vgl. oben S.79.
 - 4) Abgedruckt in Post-War Banking Policy von McKenna, S. 118.

— 134 —

Anlagen der amerikanischen Banken in Millionen Dollar 1):

	<u>Kredite 2)</u>	<u>Effekten 3)</u>	<u>Zusammen</u>
1914 (30. Juni)	15 248	5 541	20 789
1921 "	28 970	11 029	39 999
1928 "	39 464	17 801	57 265
(davon Member Banks	4 303	10 758	35 061)

Eine Spezifikation der Posten "Kredite" und "Effekten" für *alle* Banken der Vereinigten Staaten ist nicht erhältlich; wir müssen uns daher mit der Spezifikation der Mitgliedsbanken des Federal Reserve Systems (Member Banks) begnügen.

Diese ergibt folgendes Bild:

Zusammensetzung der "*Effektenanlagen*" der Mitgliedsbanken am 30. Juni 1928
(in Millionen Dollar 4)):

USA.-Staatspapiere	4225	
USA.-Länder- und Kommunalanleihen	1367	
Sonstige Obligationen	3512	
Bundes-Reserve-Bank-Aktien	142	
Andere Aktien	407	
<u>Sonstige inländische Wertpapiere</u>	<u>378</u>	<u>10 032</u>
Ausländische Wertpapiere	726	
Insgesamt	10 758	

Zur Erläuterung diene, daß der gesamte Kurswert aller an der New Yorker Börse gehandelten Papiere Ende Juni 1930 64 Milliarden Dollar betrug. Hiervon befand sich also, wenn man alle Banken betrachtet, etwa *ein Viertel im direkten Eigentum der Banken* (17 801 Mill. Dollar)! Hierzu kommt der indirekte Effektenbesitz:

Zusammensetzung der "*Kredite*" der Mitgliedsbanken am 30. Juni 1928
(in Millionen Dollar) 5):

1. Gegen Unterpand an Effekten:

a) Beleihung von USA.-Staatspapieren	178	
b) Beleihung von anderen Aktien und Obligationen	8 890	9 068

2. Sonstige Kredite:

a) gegen Verpfändung von Grundstücken:		
landwirtschaftliche Beleihungen	444	
andere Beleihungen	2 623	
	3 068	
b) anderweitig gesichert und ungesichert	12 167	15 235
Insgesamt		24 303

-
- 1) 1) Vgl. Annual Report of the Federal Reserve Board, 1928, S. 111 ("All Banks" No. 44).
2) Loans.
3) Investments.
4) Vgl. Annual Report, 1928, S. 119, No. 53.
5) Ebenda, S. 118, No. 52.

— 135 —

Hiernach sind sogar von den "Kreditoren" die Hälfte in Effektenlombards und Hypotheken festgelegt. Von den gesamten 35 Milliarden Dollar Mitteln der Mitgliedsbanken waren im Jahre 1928 *illiquide* festgelegt:

in Effekten	10 758 Mill. Dollar
in Lombards und Reports	9 068 " "
in Hypotheken	3 068 " "
Insgesamt	22 894 Mill. Dollar

das sind mehr als 65 %. Damit ist nicht die privatwirtschaftliche Liquidität gemeint, die vielleicht noch ausreichend ist, sondern die gekennzeichnete Fähigkeit, im volkswirtschaftlichen Sinne für die Beschäftigung der Millionenarmee von Arbeitslosen zu sorgen. Jene kann nicht vorhanden sein, wenn die Banken eines Landes einen so hohen Prozentsatz ihrer fast ausschließlich kurzfristig fälligen Depositen in illiquider Weise angelegt haben 1). Es ist klar, daß Banken, die in solcher Weise "vollgestopft" sind mit effektiv langfristigen Krediten aus kurzfristigen Mitteln, keine Neigung mehr haben können, diese Kreditgewährung *auszudehnen*, um der Wirtschaft zu Hilfe zu kommen und den Erwerbslosen Arbeit zu beschaffen.

Die Bedeutung der Lage der Banken für die Konjunkturbelebung und die Arbeitslosigkeit scheint auch in den Vereinigten Staaten langsam erkannt zu werden: B. M. *Anderson*, der Volkswirtschaftler der Chase National Bank in New York 2), des größten Bankinstituts der Welt, hat Ende Juni 1930 anlässlich einer Bankiertagung Zeitungsmeldungen zufolge 3) die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf eine seiner Ansicht nach höchst gefährliche Entwicklungstendenz im amerikanischen Bankwesen gelenkt. Nach Ansicht des Redners

"haben die amerikanischen Banken ihre Anlagen an den Effektenmärkten, womit sowohl der eigene Effektenbesitz der Banken, als auch die Effektenbeleihungen gemeint sind, besonders in der letzten Zeit in einer Weise gesteigert, die zu ernststen Bedenken Veranlassung gibt. *Der Anteil der Effektenanlagen und Effektenbeleihungen* ist bei rund 600 Mitgliedsbanken des Bundesreservesystems in den Jahren 1921- 1929 von 46 auf 60 % *der gesamten Ausleihungen* und Investitionen gestiegen und

-
- 1) Die Depositen betrugen am 31. Dezember 1927 36 669 Mill. Dollar; wenn sich darunter auch 12 764 Mill. Dollar "Time deposits" befanden, so handelt es sich doch hier um eine Kündigungsfrist von einem oder wenigen Monaten, nicht aber um langfristige Gelder.
 - 2) Morgan-Konzern.
 - 3) In den Berliner Blättern vom 7. Juli 1930.

- 136 -

hat sich in den ersten fünf Monaten dieses Jahres weiter auf etwas *über* 63 % erhöht. Diese Entwicklung ist, wenn sie auch in Zeiten der Hochkonjunktur unbedenklich erschien, im gegenwärtigen Stadium der Wirtschaftsdepression unbedingt als gefährlich zu bezeichnen. Der Redner weist darauf hin, daß die Banken bei dem ersten Anzeichen einer Konjunkturbelebung einem starken Kreditansturm seitens der Industrie und des Handels ausgesetzt sein werden. Um diesen großen Kreditbedarf dann befriedigen zu können, werden sie zwangsläufig den Effektenmärkten beträchtliche Mittel entziehen müssen. Es ist vorauszusehen, daß diese Umschichtung an der Entwicklung der Effektenmärkte nicht spurlos vorbeigehen werde. Ein Rückschlag an den Effektenmärkten zu einer Zeit, zu der sich eine Konjunkturbelebung anbahnen will, würde jedoch der Wirtschaft neue Schwierigkeiten in den Weg legen."

Man findet also drüben dieselbe Problematik, wie hier. Die Lage der amerikanischen Banken ist aber eine noch unangenehmere, als die der deutschen Institute: Die amerikanischen Banken haben fast zwei Drittel ihrer Depositen illiquide angelegt, die deutschen Banken nur etwa die Hälfte. Die amerikanischen Banken haben vorwiegend Effekten gekauft, an denen sie hohe Kursverluste erleiden können, während die deutschen Banken eingefrorene Industrie- und Kommunalkredite haben, bei denen wenigstens Kursrückgänge ausgeschlossen sind.

Wie gefährlich derartige Kursrückgänge für Depositenbanken sind, zeigt ein Blick auf die Entwicklung des Zins- und des Kursniveaus in den letzten 100 Jahren: Die 3 %ige französische Staatsrente von 1825 (Perpétuelle) notierte

1825	(höchst)	76,35
1830	(niedr.)	55,95
1840	(höchst)	86,65
1848	(niedr.)	32,50
1892	(höchst)	100,70
1897	(höchst)	105,25
1924	(niedr.)	48,00

Die Kursschwankungen sind also auch bei sichersten Papieren sehr groß. Bei steigendem Zinssatz müssen die Verluste an Effektenanlagen daher für die Depositenbanken eines Landes bald unerträglich werden 1). Dies ist ein weiterer Grund, warum das Zinsniveau so eingerichtet werden muß, daß alle irgendwie entbehrlichen, also im Grunde langfristigen Depositen der besseren Rente wegen von den Sparern *direkt* in Effekten angelegt werden sollen. Nur so fließt alles verfügbare Kapital ohne Umwege der Produktion von Kapitalgütern zu, nur so wird das Kursrisiko den

1) Vgl. die Kursverluste der deutschen Sparkassen in dem Jahrzehnt vor dem Kriege.

— 137 —

Sparern selbst aufgebürdet und dadurch die Liquidität und Aktionsfähigkeit der Banken auch in Krisenzeiten gewährleistet.

So kann die amerikanische Arbeitslosigkeit, soweit sie durch diese Störungen verursacht ist, auch nur dadurch beseitigt werden, daß die Banken ihre Bilanzsummen halbieren und sich liquide machen. Die Bevölkerung muß also auch in Amerika viel mehr daran gewöhnt werden, daß Bankdepositen nicht notwendig Zinsen bringen, und daß man selbst Wertpapiere kaufen muß, wenn man auf Zinsgenuß Wert legt.

c) Die Hilfsmaßnahmen:

1. Popularisierung des Effektenbesitzes. — Wenn man eingesehen hat, daß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein *liquides* Bankwesen unentbehrlich ist, daß man also ohne die Abwälzung des Kursrisikos auf die Schultern der Sparer nicht auskommt, muß man darangehen, die nötigen Schritte zu tun, um den Effektenbesitz in der Öffentlichkeit *anziehend und populär* zu gestalten.

Weite Kreise des Volkes sehen immer noch in einer "festen" Börse eine abgefeimte Veranstaltung der Kapitalisten, um sich auf Kosten anderer zu bereichern. Die Tatsache, daß die Börse ein Organ zur Verteilung der Volksparsparnisse an die Arbeitslosen, also zur Arbeitsbeschaffung ist, ist sogar einem erheblichen Teile der "bürgerlichen" Wirtschaftsführer unbekannt. Noch 1927 wurde anlässlich der Börsenrestriktionen lebhaft über die Frage diskutiert, ob die Börse der produktiven Wirtschaft Kapital wegnehme, ein Standpunkt, den sogar der Reichsbankpräsident Schacht vertrat. Da kann es nicht verwundern, wenn die breiten Schichten des deutschen Volkes, die heute als Sparer eine so wichtige Rolle auf dem Kapitalmarkte spielen, der Börse und dem Effektenbesitz kühl gegenüberstehen. Hier bietet sich für die *Aufklärungsarbeit der Banken und Sparkassen noch ein reiches Tätigkeitsfeld*. Störend wirkt insbesondere, daß die Namen unserer Wertpapiere vom Volke anscheinend nicht mehr verstanden werden. Heute würde man wohl nicht mehr den Schwerpunkt auf den Rechtscharakter legen und z. B. "Pfandbrief" sagen, wie das damals richtig war, als der unvergleichliche wirtschaftliche Fortschritt, der in dieser Schöpfung lag, jedem Gutsbesitzer und damit fast jedem Wirtschaftler wohlbekannt war. Vielleicht würde man heute "Arbeitsbeschaffungsbrief" oder etwas Ähnliches sagen, was den Interessen des Publikums näher liegt.

- 138 -

Notwendig wäre insbesondere, den verschiedenen Bevölkerungsschichten die für sie besonders wichtigen Vermögensanlagen nahezubringen, den Städtern z. B. die Stadtanleihen, die Emissionen der öffentlichen Versorgungsbetriebe und die Hypothekendarlehen, der ländlichen Bevölkerung die landschaftlichen Pfandbriefe und die Emissionen von Meliorationskreditanstalten, der Industriearbeiterschaft, deren Sparkapital eine immer größere Rolle spielen wird, die Industrieobligationen, die industriellen Vorzugsaktien usw.

2. Förderung der Börse. — Notwendig ist auch, daß die Regierung, die Reichsbank und die Parlamente aufhören, in der Börse ein "Monte Carlo ohne Musik" zu sehen, daß sie ihre Kampfstellung aufgeben und sich zu einer positiven Förderung des Börsenwesens entschließen, und zwar in moralischer und in steuerlicher Beziehung. Indem der Reichsbankpräsident Schacht im Mai 1927 durch seinen "Husarenritt" die Börse erschlug, beseitigte er das Organ des Kapitalmarktes, dessen wichtigste Bestimmung es ist, den Banken ihre illiquiden Debitoren abzunehmen. Er tötete damit den eben wieder neu erstandenen "antizipierten Emissionskredit", lähmte also unser Banksystem und machte es unfähig zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit 1). Es ist dringend zu fordern, daß Derartiges sich nicht wiederholt.

3. Kapitalanlagegesellschaften. — Unter den Mitteln, den Effektenbesitz zu popularisieren, dürfte auch der Investment Trust nicht vergessen werden, der geeignet ist, auch dem Kleinsparer die Vorteile sachverständiger Auswahl, raschen Zugreifens und der Mischung der Risiken zukommen zu lassen, die sonst das Monopol der Großkapitalisten sind. Diese "Kapitalanlagegesellschaften", wie sie in Deutschland genannt werden, haben sich insbesondere in Schottland und England seit 70 Jahren bestens bewährt; sie legen die Gelder ihrer Mitglieder in Effekten der verschiedensten Art an, so daß eine an Versicherung erinnernde Risikoverteilung erzielt wird. Selbstverständlich kommt alles auf die Persönlichkeiten an, die solche Gesellschaften leiten. Prof. F. Schmidt-Frank-

- 1) Über die wirtschaftliche Bedeutung dieses "Schwarzen Freitags" vgl. "Effektenbörse und Volkswirtschaft" von Dr. R. Gunzert, Dr. B. Bennig, Dr. E. Veesenmayer, Jena 1929. In seinem Vorwort dazu sagt Prof. Ad. Weber (München) u.a. folgendes:

"Nur auf dem Weg, wenn man will auf dem Umwege über die Effekten-Börse werden gerade in Zeiten stockenden Geschäftsgangs **die notwendigen Kreditausweitungen erfolgen, die der darniederliegenden volkswirtschaftlichen Gütererzeugung wieder in die Höhe verhelfen.**"

— 139 —

führt a. M. weist besonders darauf hin, daß auch größte Lauterkeit und Tüchtigkeit nur dann Erfolg verbürgt, wenn für *völlige Unabhängigkeit* von den Produzenten und Großhändlern in Effekten, also insbesondere von den Großbanken gesorgt wird 1), wie das in England stets üblich war.

Bekanntlich haben die *Steuergesetze* bisher mit einer Ausnahme 2) die Gründung von Kapitalanlagegesellschaften unmöglich gemacht, so daß alle in Deutschland arbeitenden Trusts ihren Sitz in die benachbarten Länder verlegt haben. Hier sind Gesetzesänderungen dringend geboten, nicht um ein neues Gebilde künstlich aufzuzüchten, sondern um die Sperre zu beseitigen, die einer gesunden Entwicklung bisher im Wege stand. Die Gesetzesänderungen müßten in bezug auf die Körperschaftssteuer völlige Befreiung vorsehen, da hierdurch dem Reich keinerlei Verluste entstehen: Es tritt nur ein Zwischenglied zwischen Einkommensquelle und Einkommenbezieher, die Versteuerung beim Einkommensbezieher findet nach wie vor statt. Sodann ist eine völlige Abschaffung der Kapitalertragssteuer oder doch eine solche Regelung nötig, die die Kapitalanlagegesellschaften nicht schlechter stellt, als die Hypothekenbanken.

In England hat man in klarer Erkenntnis der Wirklichkeit den Investment Trusts eine hervorragende Stelle im Arbeitsbeschaffungsprogramm eingeräumt: Man hat im Jahre 1929 unter Führung der Bank von England den Securities Management Trust als Rationalisierungsbank gegründet.

4. Organisation des industriellen Anlagekredits. — Die Förderung der Kapitalanlagegesellschaften bzw. des Passivgeschäfts dieser Gesellschaften läuft nun im Aktivgeschäft auf nichts anderes hinaus, als auf die Förderung des langfristigen Kredits der mittleren und kleinen Industrie. Hierin ist eine weitere Hilfsmaßnahme für die Durchführung unseres Finanzierungsprogramms zu erblicken. Schon *Felix Hecht* 3) stellte den Gesichtspunkt der Krisenbekämpfung an die Spitze seines denkwürdigen Vorschlages zur Organisation des langfristigen Industriekredits. Unsere früheren Ausführungen haben gezeigt, worin die Mängel der gegenwärtigen Handhabung des Industriekredits begründet sind. Notwendig ist

-
- 1) Es würde vielleicht nichts schaden, wenn dieses wesentliche Erfordernis auch zur Voraussetzung der notwendigen Steuerbefreiung gemacht würde.
2) Dem Deutschen Kapitalverein in Berlin, dem Herr Dr. *Herm. Zickert* vorsteht.
3) Vgl. Bericht über die 2. Generalversammlung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins, Berlin 1908, S. 59 ff.

— 140 —

nicht nur die Gründung und Förderung besonderer industrieller Kreditanstalten oder Kapitalanlagegesellschaften, sondern insbesondere die Entwicklung und Erprobung *neuer Kreditmethoden*, die sich den Besonderheiten des langfristigen Industriekredits anschmiegen, vorzüglich aber dessen eigenartigen Risiken wirksam zu begegnen geeignet sind 1). Diese Methoden sind besonders auch von den Großbanken anzuwenden, deren Betätigung in diesem Kreditzweig nicht entbehrt werden kann.

Eine derartige Verbesserung unseres Kreditsystems, die nun längst überfällig ist, ist eine wirksame und unentbehrliche Hilfsmaßnahme für die Schaffung von Arbeitsgelegenheit.

5. Beseitigung der Ursachen der Kapitalflucht. — Sodann muß alles getan werden, um die Flucht deutschen Kapitals ins Ausland zu vermindern. Es ist vorgeschlagen worden, mit drakonischen Strafmaßnahmen dagegen vorzugehen. Man darf aber behaupten, daß die Macht des Staates über seine Bürger niemals so wirksam zu gestalten ist, wie die Macht des Bürgers über sein Eigentum. Der Fehlschlag der Zwangswirtschaft im Kriege sollte genügen, um derartige Pläne aus der Diskussion auszuschalten.

Niemand legt sein Kapital ohne Grund im Auslande an. Zweckmäßig ist es daher, den *Ursachen* nachzuforschen und diese zu beseitigen; dann wird die Kapitalflucht von selbst aufhören.

Als erste Ursache der Kapitalflucht wird der *Mangel an Vertrauen zur Währung* zu nennen sein. Dieser hat nicht zuletzt in dem rücksichtslosen Tone seinen Grund, in dem der politische Kampf heute bei uns ausgefochten wird. Eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch planmäßige Verwendung der Kräfte der Nation wird den politischen Pessimismus und die Kritik mildern, wie man das schon im Jahre 1926/27 beobachten konnte. Eine derartige Wirtschaftspolitik wird auch durch vermehrte Umsätze automatisch die Reichskassen füllen und den Streit über die Deckung des Haushaltsdefizits zum Verstummen bringen, der dem Vertrauen zur Mark sehr abträglich ist. — Das Vertrauen zur Sicherheit des deutschen Kredits wird auf jede Weise zu fördern sein, z. B. durch eine zweckmäßige Reform des Aktienrechts. — Auch wird man nachprüfen müssen, ob die übliche Feingoldklausel, bei der eine Veröffentlichung des Londoner Goldpreises im Reichsanzeiger er-

-
- 1) Vgl. Rittershausen, Auswahl und Sicherung langfristiger Industriekredite, Bankwissenschaft vom 20. August 1930, S. 347 - 360.

— 141 —

forderlich ist, den Interessen der ängstlichen Kapitalanleger genügen kann.

Die zweite Ursache der Kapitalflucht ist die übermäßige Besteuerung. Man wird sich langsam an den Gedanken gewöhnen müssen, daß die Welt so klein geworden ist, wie früher das Deutsche Reich, innerhalb dessen die Kommunen sich gegenseitig mit Steuerermäßigungen den Rang abliefen, um reiche Steuerzahler zu angeln. Das Kapital ist nun einmal international beweglich; solange es also noch Staaten gibt, die keine oder fast keine besonderen Kapitalsteuern erheben, wird man die Abwanderung des Kapitals ins Ausland nur verhindern können, wenn man international "konkurrenzfähig" bleibt. Von diesem Gesichtspunkte aus verdienen unsere Steuergesetze eine gründliche Durcharbeitung.

Schließlich sollte aber auch mit einer *planmäßigen Aufklärungskampagne* gegen die Kapitalflucht zu Felde gezogen werden. Dabei wird insbesondere zu betonen sein, daß das Ausland uns gerade diese Gelder *wieder leiht*, und zwar zu verdoppelten Zinsen, und daß sich schon aus dieser Anlage ergibt, wie wenig sicherer solche Kapitalanlagen sind, als direkte Anlagen in Deutschland und in deutschen Effekten. Denn wenn das Mißtrauen gegenüber der deutschen Wirtschaft — das offenbar vom Auslande nicht geteilt wird — wirklich berechtigt wäre, würden die schweizerischen, holländischen usw. Banken und Gesellschaften solche Verluste erleiden, daß auch sie in Gefahr geraten müßten.

6. Neugestaltung der Mündelsicherheits- und Anlegungsvorschriften. — Die Kapitalflucht wird auch immer noch gefördert durch den Umstand, daß für die Anlage fast der Hälfte der Volksparsnisse staatlicherseits ganz bestimmte Wertpapierkategorien vorgeschrieben sind, deren Absatz zwar dem Staate sehr erwünscht, deren Erwerb aber nicht immer dem Kapitalanleger angenehm ist. Daß das Vorhandensein dieser Vorschriften ein Anachronismus ist, wurde schon erwähnt. Der Staat ist mehr und mehr dazu übergegangen, die Mündelsicherheits- und Anlegungsvorschriften, die den Schutz der Mündel und Waisen und der Kleinsparer bezweckten, in egoistisch-fiskalischer Weise zur Förderung des Absatzes seiner eigenen Emissionen zu mißbrauchen. Hier müssen Erleichterungen und Verbesserungen entwickelt werden, die nicht nur eine Schädigung der Schwachen verhindern, sondern auch den überflüssigen Zwang beseitigen, der die Kapitalien ins Ausland treiben hilft. Eine solche Reform der Mündelsicherheitsbestim-

mungen 1) würde zur Organisation des Industriekredits und zur Beseitigung der Arbeitslosenfrage wirksam beitragen 2).

7. Steuerreform. — Fast alle diese Maßnahmen sind aufs innigste verknüpft mit steuerlichen Fragen. Es würde zu weit führen, hier Einzeluntersuchungen anzustellen, klar ist nur, daß bei sämtlichen Bestimmungen der Steuergesetze nachgeprüft werden muß, ob und wie weit sie einen hemmenden Einfluß auf das Angebot von Arbeitsplätzen ausüben. Wenn es möglich ist, daß die Mittel- und Kleinindustrie, in der im Jahre 1925 4 005 900 Personen beschäftigt waren 3), von der also über 10 000 000 Menschen lebten, seit Jahren trotz aller Proteste allein durch steuerliche Vorschriften von den für sie zweckmäßigsten Finanzierungsmöglichkeiten (Investment Trusts) ausgeschlossen ist, so muß man vermuten, daß noch eine große Zahl anderer steuerlicher Vorschriften vorhanden ist, die in ähnlicher Weise prohibitiv wirken. *Eine Steuerreform unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsbeschaffung ist also notwendig.*

Dabei wird auch zu prüfen sein, ob die von den Kathedersozialisten aufgestellte These, *indirekte Steuern* seien drückend für die ärmeren Bevölkerungsschichten, den Ergebnissen neuerer Forschungen noch standhält. Zweifellos sind indirekte Steuern eine Belastung der Konsumenten; aber nur im Verhältnis der Einkäufe: ein wohlhabender Mann, der 20 000 M jährlich ausgibt, wird 10 mal so hoch besteuert, wie der Arbeiter, der nur 2000 M ausgibt. Wenn wir bei der Einkommensverwendung grundsätzlich unterschieden hatten zwischen dem *Konsum* und den *Ersparnissen*, so muß von Standpunkt des Arbeiters, besonders des *Arbeitslosen* aus, eine *Besteuerung des Konsums wünschenswert sein*, da jede Besteuerung der Kapitalbildung (also des nicht verbrauchten Einkommens) die Schaffung von Arbeitsplätzen vermindert. Die Lage der Arbeiterschaft, insbesondere

-
- 1) Vgl. meine Schrift gleichen Namens, Jena 1929, in der ein Gesetzentwurf vorgeschlagen und begründet ist.
 - 2) Die Spitzenverbände der Industrie haben sich über diese letztere Tatsache so sehr in Unkenntnis befunden, daß sie bei der Beantwortung des vom Reichswirtschaftsministerium im Jahre 1929 herausgesandten Fragebogens über die Reform der Mündelsicherheitsvorschriften die Beibehaltung der bisherigen Bestimmungen befürwortet haben, soweit die Ausschließung des industriellen Kreditbedarfs in Redestand! Ihre Vorschläge bezogen sich nur auf Einzelheiten; die entscheidenden Fragen wurden nicht erwähnt.
 - 3) Betriebe von 201 - 5000 Arbeitern, nach der Zählung von 1925, vgl. "Wirtsch. u. Stat. 1928, S. 48.

die Lohnhöhe, ist abhängig von dem Spitzenbedarf an Arbeitskräften; eine Vergrößerung der Nachfrage nach Arbeiten allein kann daher die Lage der arbeitenden Klassen wirksam bessern. Wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften durch eine Verbrauchsbesteuerung gesteigert werden kann, so werden die dadurch erzielten Vorteile vermutlich viel größer sein, als die steuerliche Belastung der Arbeiterschaft, die heute infolge der Lohnsteuer vielleicht noch höher ist.

Eine Verlegung des Schwerpunktes der Einkommensbesteuerung vom Gesamteinkommen auf den *Verbrauch* würde nun dadurch möglich sein, daß man bei der Einkommensteuer die deklarierten *Ersparnisse* durch besondere Vorschriften *frei* läßt, um so die Kapitalbildung zu fördern. Man erzielt dann mit dem komplizierten und überaus teuren Apparat der Einkommensbesteuerung aber nichts anderes, als was ein indirektes Steuersystem (z. B. die Umsatzsteuer) billig und einfach erreicht: Die alleinige Belastung des Verbrauchs zum Nutzen der Arbeitsbeschaffung. Es wird also in den kommenden Jahren zu prüfen sein, ob die Theorie von der günstigen sozialen Wirkung der progressiven Einkommensteuer, bei der offenbar das Problem der Arbeitsbeschaffung übersehen worden ist, noch aufrecht erhalten werden kann.

Eine solche Umstellung des Steuersystems würde nicht nur arbeitsmarktpolitisch günstig sein, sondern auch die steuerlichen Gründe der *Kapitalflucht* mit einem Schlage *beseitigen*. Es würde nicht nur eine rückläufige Bewegung einsetzen, sondern vielleicht sogar eine Steuerflucht aus anderen Ländern nach Deutschland beginnen, die von angenehmen Wirkungen begleitet sein könnte.

d) Die Annäherung von Reichsbank und Großbanken.

1. Verfeinerung des Umsatzkredits. — Wir haben unsere "Folgerungen und Vorschläge", angefangen mit dem "*großen Mittel*" der Antizipationsvorschüsse bis zu den *Voraussetzungen* und den *Hilfsmaßnahmen* ganz auf die Eigenart der Arbeitslosigkeit um 1930 abgestellt. Da diese Periode der Arbeitslosigkeit unseres Erachtens in erster Linie durch Störungen in der Kapitalbildung verursacht ist, haben wir unsere Vorschläge allein auf die Beseitigung dieser Störungen eingerichtet. Trotzdem darf nicht vergessen werden, daß auch der *Umsatzkredit* und seine Funktion eine bedeutende Rolle bei der Arbeitslosigkeit spielt. Ein drastisches Beispiel von der Wichtigkeit des Umsatzkredits liefern z.B. die

— 144 —

gegenwärtigen Zustände in Polen. Hier ist es immer noch gang und gäbe, mit Wechseln bis herunter zu 2 Zloty im Detailhandel zu zahlen. Die Zinssätze für Wechseldiskont betragen 24 - 48 %, da die Bank Polski mit illiquidem Wechselmaterial übersättigt ist. Sie kann kaum noch diskontieren, weil sie ihre gesamten Mittel für Prolongationen braucht. Lohnfelder sind schwer erhältlich, der reibungslose Austausch der Güter vermitteltst des Geldes ist stellenweise zur Unmöglichkeit geworden 1). Hier ist das Extrem erreicht: Die Notenbank ist sozusagen zur Hypothekenbank geworden, es fehlt also eine eigentliche Notenbank im schottischen Sinne, die den Austausch organisieren könnte.

Der Verfasser hofft in seiner nächsten Schrift zeigen zu können, wie ein Notenbankwesen eingerichtet sein muß, um die Beschäftigung der Bevölkerung durch gegenseitige Aufträge zu ermöglichen. Nicht das *Geldwesen* ist es ja, von dem die Schaffung von Arbeitsgelegenheit durch Umsatzkredit abhängt, sondern viel enger ein Teilgebiet des Geldwesens, nämlich das *Banknotenwesen*. Der Arbeitgeber ist es, der das originäre Volkseinkommen verteilt; hierzu wird er durch die Banknoten und die Notenbank erst befähigt. Im einzelnen erinnern wir hier nur an die richtige Anpassung der Umsatzkredite an den effektiven Warenverkauf des Kreditnehmers nach Betrag und Laufzeit, an das Wesen der Ankurbelungskredite, an die Beseitigung des Pauschalierungssystems und der Kreditrestriktionen, sowie endlich an die Notwendigkeit einer Abkehr von der Preisniveaupolitik.

Eine vorzügliche Ausbildung der mittleren und höheren Bankleiter, besonders der Depositenkassen Vorsteher, aber auch eine geeignete Aufklärung und Erziehung der Bankkunden dürfte der Schlüssel zu dieser verfeinerten Bankpolitik sein, in der unendlich viel Kleinarbeit in Jahren und Jahrzehnten noch zu leisten ist.

2. Förderung des antizipatorischen Bankakzepts. — Auch an einer *Reform der Wechseldiskontvorschriften der Reichsbank* wird man nicht vorbeigehen können. Die bisherigen Bedingungen für den Diskontverkehr haben nur die Finanzierung des Warenumsatzes alten Stiles im Auge, ohne das Aufkommen des Kontokorrentverkehrs und die Notwendigkeit von Antizipationskrediten zu berücksichtigen. Die Ausschließung von Kontokorrent-

1) Vgl. Dr. F. Seifter, Polens Wirtschaftskrise, Berliner Tageblatt vom 23. Januar 1930.

— 145 —

krediten aus der Notendeckung wird solange bestehen bleiben müssen, als man bei der Trennung des Notengeschäfts von den Depositengroßbanken verbleibt. Wenn man auch über *diesen* Mangel in den nächsten Jahren noch hinwegkommen wird, so erscheint doch die heutige offizielle Ausschließung von Bankakzepten, die vor dem Kriege nicht durchgeführt wurde, kaum als tragbar. Nach *Riesser* wurden vor dem Kriege 30 % aller Kontokorrentkredite in Akzepten der Banken gewährt. Ende 1913 wies das Akzeptkonto von 160 deutschen Kreditaktienbanken die Summe von 2624,4 Mill. M auf 1), das ist 36 % des gesamten deutschen Wechselumlaufs, der am 31. Dezember 1913 rund 7,2 Milliarden M betrug. "Der Umlauf von Bankakzepten", sagt der ausgezeichnete Bankdirektor und Praktiker *Käferlein* 2),

"hatte bei uns riesigen Umfang angenommen. Soweit große, prosperierende Unternehmungen hieran beteiligt waren, bildeten häufig derartige Kredite die *Vorläufer von Emissionen*. Die Bankengagements

pfl egten in absehbarer Zeit dadurch ihre Erledigung zu finden, daß die betreffenden Unternehmungen von den Banken veranlaßt wurden, neue Aktien oder Obligationen auszugeben."

Ein großer Teil dieses Akzeptsumlaufs befand sich im Portefeuille der Reichsbank, das vor dem Kriege zeitweise zu mehr als 50 % Privatkonten enthalten haben soll.

Wir glauben nachgewiesen zu haben, daß die vergleichsweise geringe Arbeitslosigkeit Deutschlands vor dem Kriege ihre Ursache in der freigebigen Verwendung von Antizipationskrediten, also von Vorschüssen *über das Maß der verfügbaren Depositen hinaus* hatte. Ähnliches sagte der Sachverständige Bernhard in der Reichsbank-Enquete 1929 (Bericht S. 142):

"Wenn eine Bank früher mit ihren Mitteln knapp war, und sie hatte Kredite zu gewähren, die sie an sich nicht gut versagen konnte — sie hat das auf die verschiedenen Kunden verschieden verteilt — dann hatte sie schon im Interesse ihrer eigenen Kapazitätsausnutzung ein Interesse daran, die Gewährung ihres eigenen Akzepts an die Stelle von Hergabe von Geld im Kontokorrentverkehr treten zu lassen."

Die Diskontierung von Bankakzepten durch die Reichsbank war also vor dem Kriege der gangbare Weg zur Bereitstellung der Banknoten und des Bargeldes, deren man zur Auszahlung der antizipatorischen Kredite benötigte.

1) Ende April 1930 nur 622,6 Mill. RM, d.h. weniger als 500 Mill. Vorkriegsmark.

2) Vgl. H. Käferlein, Der Bankkredit, 3. Aufl., S. 540, wo auch die vorher genannten Ziffern zu finden sind.

— 146 —

Wenn nun heute Bankakzepte im Gegensatz zur Vorkriegszeit der Reichsbank nicht mehr genehm sind, so kann sich natürlich der antizipierte Emissionskredit nicht entwickeln; die Arbeitslosigkeit kann also schon aus diesem Grunde nicht beseitigt werden.

Diese veränderte Beurteilung des Bankakzepts 1) ist eine der wichtigsten Tatsachen der gegenwärtigen Banksituation. Das Bankgesetz sagt am Ende des § 21 Ziff. 2:

"Die von der Bank diskontierten Wechsel sollen nur gute Handelswechsel sein."

Vor dem Kriege war man offenbar in der Auslegung dieser Bestimmung weitherzig, denn man hatte zeitweise mehr als 50 % Bankakzepte im Portefeuille, von denen bestimmt nur ein kleiner Teil auf Warenunterlage lief. Heute ist das anders geworden: Schacht hat im Enqueteausschuß erklärt,

"daß nach soliden Bankgrundsätzen das Bankakzept nur gegeben werden sollte, wenn man zwar nicht jede einzelne kleine Warentransaktion mit einem Bankakzept sicherstellen will, sondern wenn man einer Warenfirma insgesamt, ohne auf jede einzelne kleine Transaktion zurückzugreifen, einen den Warenkredit ersetzenden Kredit zuteil werden lassen will. Ich meine, in diesem Sinne ist das *Bankakzept gewissermaßen als ein Globalwarenkredit bei den Banken zulässig*. Wir vertrauen darauf, daß die Ausnutzung des Bankakzepts für spekulative, *langfristige und nicht warenmäßige Transaktionen* auf ein Minimum beschränkt bleibt 2). . ."

Schacht weiß also sehr wohl, daß es *zwei Arten von Bankakzepten* gibt, nämlich das Bankakzept als Globalwarenwechsel und das antizipatorische Bankakzept. Er geht auch nicht soweit, letzteres einfach mit den von einer Bank auf eine andere gezogenen Finanzwechseln in einen Topf zu werfen, die mit Recht zu verurteilen sind. Aber er erklärt klar und deutlich nur die Globalwarenwechsel für diskontfähig und *schließt die antizipatorischen Bankakzepte, die Vorläufer von Emissionen, vollständig aus*. Es ist klar, daß bei solchen Diskontierungsbedingungen der Reichsbank die Rationalisierungs-Deflation auch dann nicht behoben und die Arbeitslosigkeit auch dann nicht beseitigt werden kann, wenn unsere Voraussetzungen erfüllt sind, wenn also das Zinsniveau gesenkt und die Liquidität der Großbanken wiederhergestellt sein würde. *Denn das Bankakzept ist der Kanal, durch den allein die erforderlichen antizipatorischen Lohnfelder von der Reichsbank*

1) Vgl. auch R. Brenninkmeyer, Der Akzeptkredit der Banken, Leipzig 1916.

2) Sperrungen vom Verf.

über die Banken in die Wirtschaft strömen können. Wenn in der wenig tiefgründigen Erörterung der Bankakzeptfrage im Enqueteausschuß, die an allen diesen Gesichtspunkten vorbeigegangen ist, zum Schluß bemerkt worden ist, alle Bestrebungen, das Bankakzept zu fördern, seien an dem Mangel kurzfristiger, sich selbst liquidierender Kreditansprüche gescheitert (Schacht, S. 142), sowie daran, daß das Zinsniveau zu hoch sei (hochverzinsliche Anlage in Schatzscheinen usw.), um Bankakzepte als ertragreiche Anlage anziehend erscheinen zu lassen (Dernburg), so erledigen sich diese beiden Einwände durch unsere vorherigen Darlegungen: Bankakzepte als Globalwarenwechsel sind selbstverständlich nicht erhältlich, da der Bedarf an Umsatzkredit fast überall überreichlich gedeckt ist. *Antizipatorische Bankakzepte* aber würden, wenn die Reichsbank sie zuließe, und unsere Voraussetzungen erfüllt sein würden, bald stärkstens angeboten werden. Und daß das gegenwärtige Zinsniveau dem gesunden antizipatorischen Kredit hindernd im Wege steht, wie Dernburg mit Recht erklärt hat, haben wir selbst besonders hervorgehoben.

Die Abänderung der Wechseldiskontbedingungen der Reichsbank oder wenigstens eine veränderte Haltung den Antizipationskrediten gegenüber, die in Form von Bankakzepten der Reichsbank angeboten werden, ist also ein dringendes Erfordernis einer erfolgreichen Arbeitsbeschaffungspolitik.

3. Zusammenarbeit zwischen Reichsbank und Großbanken. — Wir glauben, daß auch hier Mißbräuche nur verhindert werden können, wenn Wege gefunden werden, sie ein enges persönliches Zusammenarbeiten der Leiter der Reichsbank mit den Leitern der Großbanken sicherstellen. Vom Standpunkte der Finanzierung der Arbeitsgelegenheit aus mutet die *Trennung* des Notengeschäfts von dem Kontokorrent- und dem irregulären Geschäft der Depositengroßbanken *ein wenig künstlich* an. Der Verfasser hofft, in seiner späteren Schrift nachweisen zu können, daß diese Trennung heute auch keine Vorzüge mehr bietet in bezug auf die Sicherung der Goldreserven, den Ausgleich der Zahlungsbilanzen, die Beherrschung des Devisenmarktes und die Bemessung des Notenumlaufs. Wirtschaftlich ist es von geringer Bedeutung, ob die Großbanken sich ihren Notenbedarf aus dem eigenen Tresor holen, wie in Canada, oder vom anderen Ende der Straße her, wo die Reichsbank ihren Sitz hat. Ob man in Jahrzehnten einmal zur Vereinigung der Notenemission mit dem Kontokorrentgeschäft

in den Großbanken vordringen wird, was die Vollendung der "Arbeitsvereinigung im Bankwesen" bedeuten würde, die unsere großen Bankgelehrten mit Recht gepriesen haben, kann hier unerörtert bleiben, da hier nur die Theorie der Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung durch sofort brauchbare Maßnahmen der Bankpolitik in Rede steht.

Entscheidend ist die *Sicherheit* der Währung und ihre *Leistungsfähigkeit*, insbesondere mit Rücksicht auf die Mobilisierung aller Kräfte der Nation. Diese kann heute nicht mehr durch eine Herrscherrolle der Reichsbank über die erstarkten Großbanken, sondern nur durch eine enge Zusammenarbeit von Reichsbank und Großbanken auf allen Gebieten der Bankpolitik gewährleistet werden, zum Wohle des Volkes, zur Finanzierung von Arbeitsgelegenheit für alle.

Literaturnachweis.

Die Literatur ist gesammelt in der "*Bibliographie der Arbeitslosigkeit*", herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt, Genf 1926, 155 S. Hier sind insbesondere die Abschnitte "I. Allgemeines" (S. 11—48); "II. Sonderprobleme, 1. Der Wirtschaftskreis, die Geldfragen" (S. 50 - 62); und "III. Die Schaffung von Arbeitsgelegenheit" (S. 79 - 85) zu beachten, wobei zu bemerken ist, daß der zuletztgenannte Abschnitt fast nur Schriften über öffentliche Notstandsarbeiten enthält.

Die vor 1914 erschienenen Bücher sind in den dort S. 6 angegebenen älteren Bibliographien zu finden.

Man kann die bisherigen Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit in folgenden Gruppen einteilen:

- a) Die preistheoretische Schule, die glaubt, durch Lohnsenkungen die Arbeitslosigkeit beseitigen zu können (C. A. Verriijn Stuart-Utrecht, Cassel-Stockholm, Ad. Lampe u. a.).
- b) Die konjunkturtheoretische Schule, die hofft, durch einen Ausgleich der Konjunkturausschläge die Wirtschaft und damit die Arbeitslosigkeit auf einem mittleren Niveau stabilisieren zu können (Beveridge, Pigou, das Intern. Arbeitsamt, I. R. Bellerby u. a.).
- c) Die Inflationstheorie, die glaubt, durch vermehrte Kredite Arbeitsgelegenheit beschaffen zu können, ohne jedoch anzugeben, aus welchen Mitteln die zur Abtragung dieser Kredite nötige langfristige Kapital disposition genommen werden soll, und ohne zu zeigen, wie man an der drohenden Inflation vorbeikommen könne (Lloyd George, Keynes u.a.).
- d) Die gewerkschaftliche Theorie, die in Lohnerhöhungen das geeignete Mittel sieht, die immer mehr anwachsende Produktion abzusetzen und dadurch auch die Arbeitslosigkeit zu beseitigen (Tarnow, Woytinsky u.a.).

— 150 —

Diese Schulen sind in der vorhandenen Literatur reichlich vertreten. Die in der vorliegenden Schrift aufgestellte Theorie, daß die heutige Arbeitslosigkeit gleichbedeutend sei mit unvollendeter Kapitalbildung, daß sie also nur zu bekämpfen sei durch Vollendung des Kapitalbildungsprozesses, wodurch zugleich die erforderliche Menge von Kapitaldisposition verfügbar wird, ist im Schrifttum der letzten Jahrzehnte nicht aufgestellt worden. Da direkte Vorarbeiten mithin fehlen und ein Verzeichnis der mehr oder weniger zufällig zitierten Literatur ein falsches Bild von den Grundlagen der Arbeit geben würde, wird an dieser Stelle auf eine Aufzählung von Schriften verzichtet und nochmals auf die anfangs erwähnte ausgezeichnete Bibliographie verwiesen. (jz31)

Verlag vom Gustav Fischer in Jena

Der Notenbankausweis in Theorie und Wirklichkeit. Von Dr. rer. pol. **Robert B. Käppeli**, wissenschaftl. Mitarbeiter am Inst. f. Weltwirtschaft a. Seeverkehr, Kiel ("Probleme der Weltwirtschaft." Schriften d. Inst. f. Weltwirtschaft u. Seeverkehr a. d. Univers. Kiel. Hrsg. von Prof Dr. *Bernhard Harms*. Nr. 48.) XV, 258 S. gr. 8° 1930 Rmk 12.—

Der schöpferische Kredit. Von Dr. **Hans Honegger**. VI. 135 S. gr. 8o 1929 Rmk 6. —

Als den eigentlichen Grundgedanken dieser "neuen Kredittheorie" erachtet der Verfasser die Lehre vom Vorrang vor dem Kapital, Vorrang des Kredits über das Kapital und weiterhin die Lehre von der wissenschaftlichen Schöpferkraft des Kredits. Die "neue Kredittheorie" bringt das Verständnis für die wirtschaftliche Wirklichkeit des Alltags näher und läßt uns das Wesen des Kapitalismus viel tiefer begreifen, als die überlieferte Kredittheorie das vermag. Honegger will mit seiner Schrift erneut auf die durchgreifende Rolle des Kreditgedankens für die volkswirtschaftliche Theorie hinweisen und zur Neubegründung der neuen Kredittheorie im Geiste ihrer bisherigen Befürworter (Hahn, Macleod) beitragen.

Zur Theorie des Sparprozesses und der Kreditschöpfung. Von Dr. **Adolf Lampe**, Privatdoz. an der Univers. München. XIV, 176 S. gr. 8o 1926 Rmk 7.50

Literarisches Zentralblatt. 1926,Nr. 15: Dem Systemgebäude *Gustav Cassels* nahestehend, will Lampe mit der vorstehenden Arbeit nicht eine neue Zinstheorie geben, sondern "eine besonders geartete Darstellung der wirtschaftlichen Beziehungen des Zinspreises und des Sparprozesses unter dem Gesichtspunkt der wertfreien Preistheorie" bieten. Auf der in den ersten beiden Abschnitten geschaffenen positiven Grundlage setzt sich Verf. dann mit den Plänen zur Beseitigung der Zinswirtschaft auseinander, besonders eingehend mit *Albert Hahns* "Volks-wirtschaftliche Theorie des Bankkredits".

Das "Sparen" als ein Grundproblem der Theorie der kapitalistischen Wirtschaft. Von Dr. **Ferdinande Homann**. VI, 81 S. gr. 8o 1927 Rmk 3.50

Die Untersuchung geht aus von einer näheren Bestimmung der Vorstellung der kapitalistischen Wirtschaft, da das Sparen als ein Strukturmoment im Gefüge dieser Wirtschaft verstanden werden soll, um auf diesem Wege aus der Erkenntnis der gesellschaftswirtschaftlichen Natur der Sparleistung die Beziehungen um Zins- und, in einem bestimmt eingeschränkten Sinn, zum Konjunkturproblem zu gewinnen.

Ihrem rein theoretischen Charakter entsprechend kommen Fragen, wie sie von ethischen, sozialpädagogischen und nationalen Erwägungen aus gestellt werden, von vornherein nicht in Betracht Nicht darum, ob aus irgendwelchen Rücksichten: sozial-ethischen oder persönlichkeitsbildenden (der äußeren oder inneren Ordnung des eigenen Lebens wegen, oder aus nationalen (z. B. um das eigene Land reich zu machen um der Machtstellung gegenüber anderen Völkern willen) gespart werden *soll*, handelt es sich, sondern ob aus rein wirtschaftlichen Gründen gespart werden *muß*.

Das Kapitalzinsproblem im Lichte des Kreislaufs der Waren und des Geldes. Eine Auseinandersetzung mit der herrschenden Zinstheorie. Von Dr. **Hans Marxeli**. Mit 2 schematischen Darstellungen im Text IV, 63 S. gr. 8o 1927 Rmk 3.—

Die Arbeit ist keine Zinstheorie, sofern man unter diesem Namen einen Versuch versteht, das Kapitalzinsproblem mit Hilfe eines einzigen oder einiger weniger, ad hoc herangezogener Gedanken zu lösen. Eher noch kann sie aufgefaßt werden als der Versuch eines Beweises dafür, daß man im Interesse der Lösung des in Frage stehenden Problems irgendwelche besondere, in der Zinstheorie als sogenannte Erklärungsprinzipien fungierende Gedanken gar nicht braucht. Schon im Titel wurde dieser Gesichtspunkt durch die Worte: im Lichte

des Kreislaufs der Waren und des Geldes bezeichnet. Sie sollen besagen, daß gewisse im genannten Kreislauf sich manifestierende volkswirtschaftliche Zusammenhänge zur Grundlage einer Lösung des Zinsproblems gemacht wurden.

Verlag vom Gustav Fischer in Jena

Theorie und Politik der Zentralnotenbanken in ihrer Entwicklung. Von Dr. **Sven Helander**, hauptamtl. Dozent der Nationalökonomie und Leiter der Handelshochschulkurse zu Gothenburg.

Erste Hälfte: **Theorie der Zentralisation im Notenbankwesen.** IX, 149 S. gr. 8° 1916 Rmk 3.60

Die Reichsbank. Probleme des deutschen Zentralnoteninstituts in geschichtlicher Darstellung. Von Dr. **Gert von Eynern**, wissenschaftl. Hilfsarbeiter am Enquete-Ausschuß (Weltwirtschaftl. Institut, Kiel). Mit 9 Kurven im Text. X, 144 S. gr. 8° 1928 Rmk 8.—

Ein kritischer Beitrag zur Theorie des Bankkredits. Von Dr. **Heinrich Mannstädt**, o. Prof. an der Univers. Rostock. V, 36 8. gr. 8° 1927 Rmk 1.80

Finanzbedarf und Wirtschaftsleben. Eine theoretische Betrachtung von Dr. Phil. et rer. pol. **Heinrich Mannstädt**, Bonn. 30 S. gr. 8° 1922 Rmk —.60

Effektenbörse und Volkswirtschaft. Drei wissenschaftliche Abhandlungen von Dr. **Rudolf Gunzert**, Dr. **Bernhard Benning** und Dr. **Edmund Veesenmayer**. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. **Adolf Weber**. ("Münchener volkswirtschaftliche Studien." Begr. von L. *Brentano* und W. *Lotz*. Neue Folge, Heft 6.) 264 S. gr. 8° 1929 Rmk 12.—

Inhalt: 1. **Effektenmarkt und Konjunkturverlauf.** Von Dr. **Rudolf Gunzert**.

2. **Der "schwarze Freitag"**. Eine Untersuchung des Börseneingriffs vom 13. Mai 1927. Von Dr. **Bernhard Benning**.

3. **Die Neugestaltung des Effektermingeschäfts** seit Wiederaufnahme im Oktober 1925. Mit besonderer Berücksichtigung von Liquidationskassen und Medioliqidation. Von Dr. **Edmund Veesenmayer**.

Kreditinflation und Wirtschaftskrisen. Unter besonderer Berücksichtigung der Konjunkturentwicklung Deutschlands vor dem Kriege. Von Dr. rer. pol. **Carl Rosch**. V, 194 S. gr. 8° 1927 Rmk 9.50

Die Arbeit fußt auf der Ertragstheorie von *Liefmann* und der Theorie des Bankkredites von *Hahn*, sowie auf *Knapps* Arbeit "Theorie des Geldes" und der Analyse des Konjunkturproblems durch den schwedischen Nationalökonom *Cassel*.

Der Kreislauf der Wirtschaft (Zirkulation). Die Überwindung der Arbeitslosigkeit durch Fortbildung der Konjunkturen zu einer Wirtschaftserweiterung auf erhöhter Organisationsstufe. Von Dr. **Folkert Wilken**, Priv.-Doz. in Freiburg i. Br. Mit 7 Abbild, im Text VIII, 535 S. gr. 8o 1928 Rmk 26.— I

Inhalt: 1. Die Problemstellung gegenüber der Arbeitslosigkeit. 2. Der wirtschaftliche Kreislauf. 3. Die Erweiterung des wirtschaftlichen Kreislaufes. 4. Die Vermehrung der Zirkulationsmittelmengen. 5. Die Verhältnismäßigkeit (Korrespondenz) innerhalb der Gesamtwirtschaft. 6. Die evolutionäre Notwendigkeit und die geistigen Voraussetzungen der Zirkulationswirtschaft. — Sachregister.

Notstandsarbeiten Oder Lohnabbau? Richtlinien der Wirtschaftstheorie für die Wirtschaftspolitik. Von Dr. **Adolf Lampe**, ao. Professor an der Univers. Freiburg. VII, 130 S. gr. 8o 1927 Rmk 6.—

Inhalt: Einleitung. — I. **Kapital und Arbeitslosigkeit.** 1. Grundsätzliche Verkenntung des Kapitalmangels. 2. Die begrenzte Elastizität des Kapitalfonds. 3. Der Streit um die Verwendung des nicht künstlich erweiterten Kapitalfonds. — II. **Das gewerkschaftliche Lohnmonopol und die Arbeitslosigkeit.** 1. Der Streit um das Kaufkraftproblem. 2. Die Beweglichkeit des Arbeitspreises. — III. **Die Überwindung der Arbeitslosigkeit** 1. Die Unfruchtbarkeit der kritisierten Diskussion und die Aufgaben der Theorie. 2. Unzulängliche und unanwendbare Mittel zur Krisenüberwindung. 3. Produktiver Interventionismus.

=====

Anmerkungen von John Zube

Ich lade jeden Interessenten ein ebenfalls Anmerkungen, klar als solche gekennzeichnet, diesem Werke beizufügen. Es könnte dadurch meist nur gewinnen.

Ich finde es schändlich fuer die Volkswirtschaftslehre, dass ein solches Werk fuer 75 Jahre fast unbeachtet geblieben ist.

Wer noch bessere Vorschlaege zu diesem Thema zu machen hat sollte sich ebenfalls nicht auf Buchverleger und die Universitaetswissenschaft verlassen.

Ich bin der Meinung, dass Prof. Rittershausen auch dieses Buch zwar sehr geistreich und kenntnisvoll und manchmal mit brillianter Ausdruckweise aber doch in zu grosser Eile geschrieben hatte und dass es nicht genuegend von ihm selbst revidiert oder vom Verlage verbessert worden ist. Ich bedauere auch, dass ich ebenfalls nicht dazu kam ihm meine Fragen und Einwendungen noch zu seinen Lebzeiten vorzutragen und daraufhin seine Antworten zu erhalten.

Wo ich Einwendungen, aus einem radikaleren Gesichtspunkte heraus, ausgedrueckt habe, handelt es sich vielleicht nur um Stellen, wo R. sich diplomatisch ausgedrueckt hatte - um die Vorurteile seiner Zeitgenossen nicht zu sehr zu provozieren.

Soviel ich weiss, hatte sich Ulrich von Beckerath ueber dieses Werk nur wenig geaeussert.

PIOT, John Zube, 5.7.2005, jzube@acenet.com.au

jz1: Dies ist zumundest **eine** der über 150 Krisentheorien. Leider sprechen und schreiben die meisten Volkswirtschaftler so als ob es nur ihre Krisentheorie oder einige wenige andere gäbe, statt alle ausreichend zu untersuchen. Man sollte doch annehmen, das Thema sei wichtig genug um es so ernst zu nehmen. Aber, gibt es schon z.B. eine Webseite die **alle** Krisentheorien behandelt und entweder bestätigt oder ausreichend widerlegt? Wenn doch nur genügend Menschen wirklich "greedy" wären für Wahrheiten, die in ihrem Interesse liegen und innerhalb ihrer eigenen Naturrechte oder individuellen Menschenrechte. J.Z., 2.7.05.

jz2: (Auch allzuwenige Bildung über Umsätze und Kapital! - J.Z., 4.7.05.)

jz3: (J.Z.: Freie und vollständige Umsätze für alle erwünschten und bezahlten Konsumgüter und Dienstleistungen ist eine der Voraussetzungen für die grösstmögliche Kapitalbildung und den pro-duktiven Einsatz alles wirtschaftlichen Kapitals. - J.Z. - J.Z., 4.7.05.)

jz4: (J.Z.: In den neu gegründeten Industriestädten gabe es keine Zunfregeln und andere Privilegien. Sie entwickelten sich daher rasch. - J.Z., 4.7.05.)

jz5: (unvollkommen – J.Z.)

jz6: (J.Z.: Ganz unverschuldet? Haben sich die meisten Arbeiter je um das Geldwesen und Finanzierungen gekümmert? Auch diejenigen, denen sie vertrauten ware in dieser Hinsicht allzu unwissend, uninteressiert und mit Vorurteilen belastet. Gibt es heute viele oder genügend Ausnahmen zu dieser Regel? – J.Z., 29.6.05.)

jz7: (J.Z.: Rothbard erwartete hier eine deflationäre "Anpassung" der Preise, Löhne und Verträge und übersah, daß nur gefallene Preise zum Kaufen anreizen während immer noch fallende Preise vom Kaufen abschrecken, also eine schon bestehende Deflation noch schlimmer machen. Er sagte sozusagen: Entweder tauscht ihr nur mit dem einzigen Geld aus, das wir für ehrlich und ausreichend halten, oder ihr tauscht nicht aus. Die Konsequenzen dieses

exklusiven Zahlungsmittels müßt ihr eben zu tragen haben und euch daran anpassen. An die Möglichkeiten einer monetären Emanzipation from seiner Art von idealem Geld dachte er nicht sondern verdammt sie nur als "unehrlich". Freilich wurden viele unehrliche und despotische Versuche gemacht "Geld" einfach zu vermehren, über die Beträge hinaus, die ein freier Markt zum Nennwert annehmen würde. Aber es gab auch genügend Beispiele, wobei frei emittiertes und vermehrtes Geld doch vom Verkehr noch zu seinem Nennwert in Goldgewichtseinheiten angenommen wurde, obwohl es *zusätzliches* Geld war *und nicht* immer in Gold *einlösbar* war. Die wissenschaftliche Einstellung gegenüber solchen Beispielen hätte sein sollen: Warum erhielten sich diese Zahlungsmittel auch ohne Zwangskurs und Edelmetalleinlösung zu ihrem Nominalwert? Mit dieser Einstellung hätte man schließlich die natürlichen Gesetze der Geldausgabe und des Geld-Rückflusses, der Geldannahme, der Geldbewertung und der Geldverweigerung, d.h., die gesunde Verrechnung, erkennen müssen. Aber wenn man immer nur an Goldmünzen und Goldzertifikate einerseits und andererseits an Zwangskurspapiergeld denkt, dann übersieht man ganz die ehrlichen Alternativen zu beiden. Leider sah hier Rothbard nicht die Möglichkeiten für freies Unternehmertum für Ersatzgeld, daß *auch* in Goldgewichtseinheiten rechnet und einen freien Marktkurs besitzt, d.h., das ein Disagio leiden und abgelehnt werden kann und *gerade deshalb* die starke Tendenz hat, sich auf seinem Nominalwert zu erhalten, besonders *durch die Annahme zum Nennwert bei den Ausgebern und ihren Schuldner*n. Statt dessen sah er auch solche freien Banknoten oder andere Zahlungsmittel bloß als inflationäre Mehrausgaben von Geld an, und als ganz betrügerisch. In dieser Hinsicht war er immer noch in der alten Goldeinlösungsidee stecken geblieben, so wie die meisten anderen Libertären. In dieser Beziehung sind primitive und veraltete Ideen und Traditionen auch bei diesen Leuten immer noch vorherrschend. - Was hier in der Vergangenheit als gut genug erschien, wenn ehrlich verwaltet, das soll auch für die Zukunft, nach diesen Leuten, das einzig mögliche, erlaubte und ehrliche sein. Sie wollen immer noch ein einheitliches und ausschließliches Zahlungsmittel, nämlich das, welches sie für das beste halten. Solche Scheuklappen Gesichtspunkte bringen uns nicht weiter. - Jedoch: Gold für "Goldbugs" aber freie Goldwertverrechnung und ihre Zeichen oder Symbole für alle die es wollen oder damit zufrieden sein würden - und alle anderen Alternativen ebenfalls, also alle Geldfreiheitsmöglichkeiten, aber alle nur für freiwillige Zahlungsgemeinschaften. Keine territorial aufgezwungene Geld-, Währungs, Kredit- und Verrechnungsgesetzgebung für alle. Die Betrugsparagrafen genügen gegen wirkliche Betrügereien. - J.Z., 2.7.05.)

jz8: (J.Z.: "Vermindern statt "bessern"? Hier hätte er erwähnen sollten, daß das despotische Zentralbanksystem, mit seinen inflationären und deflationären Folgen, zum großen Teil durch das Kommunistische Manifest propagiert worden ist, und dort gerade als ein **un**wirtschaftliches Mittel um den "Kapitalismus" zu stürzen. - J.Z., 2.7.05.)

jz9: (J.Z.: "beträf"? statt "betrug"? Natürlich, ein Betrug lag hier auch vor, insofern, als die Opfer des Systems um ihre wirtschaftlich wichtigsten individuellen Rechte betrogen wurden. - J.Z., 4.7.05.)

jz10: (J.Z.: Noch klarer würde diese Situation sein unter dem Genossenschafts-Sozialismus, der auch Genossenschafts-Kapitalismus oder Eigentums- und Marktwirtschaft innerhalb von produktiven Betrieben genannt werden könnte, und verwechselt werden sollte mit dem "Genossenschaftssozialismus" von Gleichheits-Fanatikern, die nur wenig vom Geschäft, vom Eigentum, vom Markt und den individuellen wirtschaftlichen Menschenrechten verstehen, wenn überhaupt etwas und denen es mehr darum geht auch verdiente Gewinne von anderen zu verhindern, nur weil sie größer sind als die eignen, als selbst die größtmöglichen Gewinne aus der eigenen Arbeit, dem eigenen Eigentum und dem eigenen Denken zu erzielen. - J.Z., 4.7.05.)

jz11: (J.Z.: Jetzt gibt es auch sehr viele Konserven. Aber Versuche, Preise zu erhöhen dadurch, daß man solche oder andere haltbare Konsumgüter zurückhält, enden wohl meist als fehlgeschlagene Spekulationen, es sei denn, man wird "geschützt" als ihr Besitzer gegen billigere Angebote von anderen. - J.Z., 3.7.05)

jz12: (J.Z.: Ausgenommen bei den Zuständen einer galoppierenden Inflation. - J.Z., 3.7.05.)

jz13: (J.Z.: Dieser Punkt ist hier nicht geklärt. Warum muß der andere Betrieb derselben Industrie dann mehr Arbeiter einstellen. Ich vermute eher, daß das Gegenteil der Fall sein würde. - J.Z., 3.7.05.)

jz14: (J.Z.: Natürlich dachte Rittershausen hier nur an die Planung privater Leute, nicht von Bürokraten. - Hier stehen nicht nur die Bürokratisierung und staatliche "Regulierung" des Kapitalmarktes entgegen und die üblichen Schwierigkeiten die die Gewerkschaften machen bei Lohnsenkungen

[Diese Senkungen werden durch Rationalisierungen manchmal möglich und, vorübergehend, nötig. Facharbeiter können, z.T., durch bessere Maschinen und weitere Arbeitsteilung für billigere Arbeitskräfte ersetzt werden. Aber, auf längere Sicht und im Allgemeinen führen Rationalisierungen zur Erhöhung von Löhnen dadurch, daß sie den Arbeitern mehr "eiserne Sklaven" zur Verfügung stellen und sie dadurch noch viel produktiver machen. Das läßt sich schon bei Handwerkern beobachten, denen jetzt viel bessere Werkzeuge und Materialien zur Verfügung stehen, so daß sie dieselben Arbeiten jetzt oft besser oder wenigstens schneller machen können und dadurch mehr pro Stunde verdienen können. Natürlich werden Arbeiter und Fachkräfte in diejenigen Betriebe abwandern, die ihnen die höchsten Löhne und andere Vergütungen bieten können - gerade weil sie ihre Betriebe sehr rationalisiert haben, so daß verhältnismäßig wenige Arbeiter und mittlere Angestellte genau so viel produzieren können wie früher ganze Heerscharen von ihnen.]

sondern auch z.B. die Lizenzzwänge, die oft dazu führen, daß die Neuausgabe von Kapitalsicherheiten und die Genehmigungen für neue Kapitalbauten auf Monate bis Jahre verzögert werden, währenddessen aber die von Ri. beschriebene Arbeitslosigkeit durch Rationalisierungen besteht.

Nur wenn auch alle diese und andere Hemmnisse beseitigt werden [Gibt es über die schon eine komplette Liste?] und neue Arten von Unternehmen sogleich geschaffen und finanziert werden können, d.h., dem

Unternehmungsgeist, auch dem von produktiven Genossenschaftlern, keine engen Schranken mehr gesetzt werden, dann könnten die bei einem Betriebe entlassenen Arbeiter auch sofort wieder in einem anderen Betriebe - oder im Bau eines neuen Betriebes beschäftigt werden.

Dazu kommt die Schwierigkeit, ja sogar Unmöglichkeit durch eine einzige zentrale Notenbank jederzeit genügend Lohn- und Gehaltszahlungsmittel zur Verfügung zu stellen. Das letztere Thema behandelte Rittershausen in einem besonderen langen Aufsatz, der jetzt auf der Website www.reinventingmoney.com zugänglich ist, nicht nur auf meinen PEACE PLANS Mikrofiche: "Unemployment as a Problem of Turnover-Credits and the Supply of Means of Payment", 1934, 1979, 44 pages. Über diese bürokratischen und ganz unwirtschaftlichen künstlichen Schwierigkeiten siehe in neuerer Zeit zwei Bücher von de Soto, besonders and südamerikanischen Beispielen gezeigt, die u.a. von Laissez Faire Books vertrieben werden. - Aber leider gibt es auch in den "entwickelten" Ländern allzu viele Beispiele von produktionsverhindernden Staatseinmischungen.

Unter völliger Wirtschaftsfreiheit wäre Arbeitermangel die Regel, nicht die Ausnahme. Löhne oder Gehälter könnten dann aber auch so hoch werden, daß viele es vorziehen würden nur Teilarbeit zu leisten oder zwischen verschiedenen Beschäftigungen lange Ferien zu nehmen oder sich schon frühzeitig zur Ruhe zu setzen. Viele Tendenzen in dieser Richtung bestehen sogar heute schon, obwohl immer noch ein großes Ausmaß an Arbeitslosigkeit besteht, nur zum Teil dadurch, daß sie unterstützt wird - ohne Rückzahlungspflicht. - J.Z., 3. 7. 05.)

jz15: (J.Z.: Hierbei ist zu beachten, daß dieser Finanzierungsprozeß in Deutschland vor dem 1. Weltkrieg unter einer stabilen Währung vorgenommen wurde. Termin-Risiken wurden dabei übernommen aber kein Währungsrisiko.

Wenn, wie Rittershausen in "Der Neubau des deutschen Kreditsystems" beschreibt, Depositen nicht mehr hoch belohnt werden, über das Ausmaß hinaus zu dem sie wirklich kurzfristig angelegt werden können, dann würden Sparer, die hohe Zinsen ernten wollen, sich auf den Markt von Wertpapieren begeben müssen und könnten dort, ohne Terminrisiko, ihr Geld langfristig anlegen oder, wenn nötig, durch Verkäufe ihrer Wertpapiere auf der Börse mobilisieren. - Diese Industriekredite waren auch relativ kurzfristig und wurden in häufigen Raten abgetragen. Auch machten sie für viele Betriebe nur einen verhältnismäßig kleinen Teil ihrer laufenden Unkosten aus. Ihre bereits bestehenden Anlagen produzierten weiter. - J.Z., 3.7.05.)

jz16: (J.Z.: Hierbei ist zu beachten, daß dieser Finanzierungsprozeß in Deutschland vor dem 1. Weltkrieg unter einer stabilen Währung vorgenommen wurde. Termin-Risiken wurden dabei übernommen aber kein Währungsrisiko.

Wenn, wie Rittershausen in "Der Neubau des deutschen Kreditsystems" beschreibt, Depositen nicht mehr hoch belohnt werden, über das Ausmaß hinaus zu dem sie wirklich kurzfristig angelegt werden können, dann würden Sparer, die hohe Zinsen ernten wollen, sich auf den Markt von Wertpapieren begeben müssen und könnten dort,

ohne Terminrisiko, ihr Geld langfristig anlegen oder, wenn nötig, durch Verkäufe ihrer Wertpapiere auf der Börse mobilisieren. - Diese Industriekredite waren auch relativ kurzfristig und wurden in häufigen Raten abgetragen. Auch machten sie für viele Betriebe nur einen verhältnismäßig kleinen Teil ihrer laufenden Unkosten aus. Ihre bereits bestehenden Anlagen produzierten weiter. - J.Z., 3.7.05.)

jz17: (J.Z.: Bei Kriegszuständen, Erdbeben, Fluten, großen Bränden etc. sind, wenigstens örtlich, große Vorräte von Konsumgütern für diese Zwecke nicht vorhanden. Sie könnten aber bei Verkehrssicherheit, Wertbeständigkeit, in Abwesenheit von bürokratischen und nationalistischen Schranken und unter Steuerfreiheit sehr schnell herangeschafft werden, bestens als Warenkredite, die künftig durch Warenlieferungen oder entsprechende Gutscheinausgaben oder Verrechnungen abzutragen sind. - Auf dieser Grundlage könnte auch eine Versicherung gegen Naturkatastrophen geschaffen werden, wie U. v. Beckerath mehrfach vorschlug. - J.Z., 3.7.05.)

jz18: (J.Z.: Ich glaube, daß dieser Aufsatz mir auch noch fehlt in meiner Sammlung seiner Aufsätze. Aber genau wissen kann ich das erst wenn ich dazu komme alle diese Aufsätze bibliographisch zusammenzustellen - oder, in einer vollständigen Bibliography seiner Schriften, als bei mir vorhanden zu kennzeichnen. - J.Z., 3.7.05.)

jz19: (J.Z.: Diesen Titel hatte ich früher auf Mikrofiche untergebracht und er wird jetzt der nächste sein unter meinen allzu vielen Digitalisierungsaufgaben. Parlamentswesen, Volkswirtschaft, Buchverleger, Zeitschriften, andere Massenmedien und auch das Internet haben bisher versagt solche wichtigen Titel stets und billig allen Interessenten zugänglich zu machen. - J.Z., 3.7.05.)

jz20: (J.Z.: Wenn die Reparationen **wirklich**, im Verhältnis zum Volkseinkommen, sehr hoch gewesen wären, dann hätten sie **nicht Arbeitslosigkeit sondern Überarbeitung** für das deutsche Volk bedeutet, z.B. durch einen 16- Stundentag und Arbeit auch am Wochenende! Logik ist auch in der Volkswirtschaft unentbehrlich. - J.Z., 3.7.05.)

jz21: (J.Z.: Die Absurdität eines Vorschlages kann oft am Besten durch einen Grenzfall gezeigt werden: Sollte man etwa vorschlagen, daß nicht nur Millionen von zusätzlichen "Arbeitsplätzen" sondern sogar Milliarden geschaffen werden könnten, nur dadurch, daß man die vorgeschriebene tägliche Arbeitszeit auf eine Stunde, Minute oder gar Sekunde senken würde? - J.Z., 3.7.05.)

jz22: (J.Z.: Kein glücklicher Ausdruck! "nicht produktiv beschäftigt? - J.Z.)

jz23: (J.Z.: Notpreise. "emergency sales prices" oder "auction prices".)

jz24: (J.Z.: Ich wuchs in der Ebert Siedlung im Wedding auf, damals bald darauf gebaut. - J.Z.)

jz25: Seitenangabe wäre hier noch einzufügen. Bei kurzen Depositen gegeben verhindert er die Kapitalbildung, bei Wertpapieren ermutigt er sie. - J.Z., 5.7.05.)

jz26: (? - nur gesetzlich, nicht wirtschaftlich. - J.Z.)

jz27: (J.Z.: Hier wendet R. immer noch einen falschen Währungsbegriff an. Ein Wertmaß wird nicht dadurch verändert, daß man große Schulden hat. Man braucht seine Schulden auch nicht in Goldmünzen sondern nur in Goldwerten zu zahlen, z.B. in privaten Zahlungsmitteln die auf dem Paristand stehen mit ihrem nominalen Goldgewichtswert. Und dieser Paristand kann nicht nur durch Einlösung in Goldmünzen erreicht werden sondern durch Einlösung zum Nennwert in Waren und Dienstleistungen sowie Schuldquittungen, die ebenfalls in Goldgewichtswerten aus-gezeichnet sind. - Werden die "Goldbugs" noch weitere Jahrzehnte brauchen, um das einzusehen? - J.Z., 3.7.05.)

jz28: (J.Z.: Wie Deutschland durch Aufnahme von langfristigen Anleihen über den Betrag seiner bisherigen kurzfristigen Auslandsverschuldung hinaus plötzlich zu einem Gläubigerlande werden würde ist mir nicht klar. Es sei denn dieser Anleiheüberschuß wäre im Inlande aufgenommen und dann im Auslande angelegt. Aber diesen

Guthaben im Auslande stünden dann immer noch die interne Anleiheverpflichtung gegenüber. - Selbst Rittershausen hat sich nicht immer klar genug ausgedrückt, wenigstens für mich nicht. - J.Z., 3.7.05.)

jz29: (J.Z.: Für mich hat er sich hier nicht klar genug ausgedrückt. Warum soll das Umsatzkreditgeschäft sehr viel Mühe und Kosten verursachen, wenn es sich für eine freie Notenbank nur um Umwandlung von guten Handelswechseln in zum Umlauf geeignetere Banknoten handelt und wenn keine metallische Einlösung für diese gestückelten Wechsel versprochen wird? Warum soll eine Notenbank Zinsen zahlen für Gelder im Umsatzgeschäft, wenn sie solche Gelder für das Umsatzgeschäft nicht braucht? - Verkehrt die Zentralnotenbank wirklich viel **direkt** mit der Kundschaft in einem ganzen Lande?- J.Z., 3.7.05.)

jz30: (J.Z.: Warum erwähnt er hier nicht, daß der Umsatzkredit keine Anlage von Sparmitteln braucht sondern aus sich selbst heraus flüssig gemacht werden kann, traditionell durch "Wechselstückelung" oder, im Prinzip, durch Verrechnung? - J.Z., 4.7.05.)

jz31: (J.Z.: Eine volkswirtschaftliche Wissenschaft, die sich ganz ernst nimmt, würde alle Krisentheorien zusammenstellen und ausführlich diskutieren, um sie entweder genügend zu kritisieren oder zu beweisen. Von solchen Versuchen ist mir bisher nichts bekannt geworden. Infolgedessen schwirren immer noch die unsinnigsten Hypothesen herum und werden allzu weitgehend als richtig betrachtet. - J.Z., 7.4.05.)